

DIE ENTWICKLUNG
DER THEORIE DER KOMPARATIVEN
KOSTEN UND IHRE BEDEUTUNG
FÜR DIE GEGENWART

THÈSE

présentée à la Faculté de droit, Section des Sciences commerciales,
économiques et sociales de l'Université de Neuchâtel, pour obtenir
le grade de Docteur ès sciences commerciales et économiques

par

STEFAN MAGURA

Licencié ès sciences économiques de la Handels-Hochschule St. Gallen

1955



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555008_0018

DIE ENTWICKLUNG DER THEORIE DER KOMPARATIVEN
KOSTEN UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE GEGENWART

Monsieur Stefan MAGURA, de Tchécoslovaquie, est autorisé à imprimer sa thèse de doctorat ès sciences commerciales et économiques «*Die Entwicklung der Theorie der komparativen Kosten und ihre Bedeutung für die Gegenwart*». Il assume seul la responsabilité des opinions énoncées.

Neuchâtel, le 25 septembre 1953.

Le Directeur de la Section des sciences
commerciales, économiques et sociales,

P.-R. ROSSET

DIE ENTWICKLUNG
DER THEORIE DER KOMPARATIVEN
KOSTEN UND IHRE BEDEUTUNG
FÜR DIE GEGENWART

THÈSE

présentée à la Faculté de droit, Section des Sciences commerciales,
économiques et sociales de l'Université de Neuchâtel, pour obtenir
le grade de Docteur ès sciences commerciales et économiques

par

STEFAN MAGURA

Licencié ès sciences économiques de la Handels-Hochschule St. Gallen



PROBLEMSTELLUNG

I. Die Anwendung der Theorie der komparativen Kosten auf die Wirklichkeit

Die Theorie der komparativen Kosten ist ein Kind des liberalen Zeitalters und ist unlösbar verknüpft mit dem Namen David Ricardo's und Jean Baptiste Say's, selbst wenn sich Anfänge der Theorie schon früher feststellen lassen.¹

Mit dem Aufkommen des Kapitalismus hatte sich in Europa in der Zeit seit etwa 1550 das System des Merkantilismus, weniger als theoretisches Lehrgebäude, sondern viel mehr als eine Summe praktischer Maßnahmen, entwickelt, die von Land zu Land wechselten und den jeweiligen Bedingungen der verschiedenartigen Volkswirtschaften angepaßt waren.²

Allen nationalen Systemen gemeinsam war der Gedanke, daß der Reichtum eines Volkes nur vermehrt werden könnte, wenn diese Vermehrung auf Kosten jener Länder erfolgen würde, mit denen man in Handelsbeziehungen stand.

Diese einseitige Ueberschätzung des Handels und des Geldes führte zu einer Reaktion, die sich zuerst in Frankreich und wenig später auch in England bemerkbar machte.³

¹ Jean Baptiste Say, *Traité d'économie politique, ou simple exposition de la manière, dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses*, Paris 1803.

David Ricardo, *Grundsätze der politischen Oekonomie und Besteuerung*, London 1823, Kap. 7. *Letters of David Ricardo to Thomas R. Malthus 1810—1827* ed. J. Bonar, Oxford 1887.

² E. Heckscher, *Der Merkantilismus*, Leipzig 1932.

³ René Gonnard, *Histoire des doctrines économiques*, Paris 1943, Page 47 seq.

Man hat die Physiokratie das erste System der Nationalökonomie genannt.⁴

Ihr Grundgedanke war der unausweichliche «ordre naturel», wie er von der naturrechtlichen Schule von Hobbes bis Montesquieu begründet worden war.⁵

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung der Welt, der «ordre positif», stellt nur einen Versuch der Menschen dar, in die gottgewollte, oder, wie man damals sagte, vernunftgewollte Ordnung der Dinge einzugreifen, ohne daß man damit den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse hätte ändern können.⁶

Soweit es den Außenhandel betrifft, der allein uns hier zu interessieren hat, lehrten die Physiokraten grundsätzlich den Freihandel. Sie waren allerdings in der Durchführung ihrer Ideen, die ja metaphysisch und nicht ökonomisch begründet waren, nicht konsequent. Wenn man die Natur als einzige reichtumsbildende Kraft stipuliert, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Menge der im Lande erzeugten Agrarprodukte vermehrt werden muß, und man muß daher für Kornzölle eintreten.⁷

Die Deduktionen David Ricardos sind demgegenüber zunächst rein theoretischer Natur und wollen, der ricardianischen Methode entsprechend, auch gar nichts anderes sein als eine Untersuchung darüber, wie sich der Volksreichtum in einer Wirtschaft verteilen würde, in der jedes einzelne Wirtschaftssubjekt nach seinem wohlverstandenen Eigeninteresse handelt.⁸

Im Jahre 1846 war die Agitation der von Cobden und Bright geführten Manchester-Partei soweit gediehen, daß Robert Peel unter dem Eindrucke der irischen «famine» von 1843 die Kornzölle aufhob. 1860 schloß Cobden selber als Vertreter Großbritanniens mit Napoleon I. den ersten Freihandelsvertrag ab, in dem Großbritannien seine Zölle prak-

⁴ Hobbes Thomas, *Leviathan*, London 1651. Montesquieu, *Esprit des lois*.

⁵ Gide Charles u. Rist Charles, *Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen*, Ed. Oppenheimer, Leipzig 1923. Quesnay François, *Das Naturrecht*, Ed. Wäntig, Jena 1921. Le Mercier de la Rivière, *L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques*, éd. Depitre, Paris 1910.

⁶ Hasbach W., *Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von François Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Oekonomie*, Leipzig 1890. Hasbach W., *Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der politischen Oekonomie*, Leipzig 1891.

⁷ Turgot, *Art. Grains*, in der Großen Enzyklopedie zitiert nach Edgar Salin, *Geschichte der Volkswirtschaftslehre*, Bern 1944.

⁸ Ricardo, a. a. O. Kap. I.

tisch abschaffte, während Frankreich nur, wenn auch beträchtliche, Zollermäßigungen zugestand.⁹

Rein historisch gesehen fällt die Freihandelsperiode, wie sie von 1846 bis zum ersten Weltkrieg in Europa bestand, zusammen mit der größten Reichtumsteigerung, die die Welt jemals erlebt hat.¹⁰

Diese Gleichzeitigkeit läßt die Vermutung aufkommen, daß zwischen Sozialprodukt einerseits und Freiheit der Handelsbeziehungen andererseits ein Zusammenhang besteht, daß also die ricardianischen Voraussetzungen wenigstens angenähert für die Wirklichkeit passen. Ein schlüssiger Beweis ist damit allerdings noch nicht erbracht. Es könnte ja sein, daß die unerhörte Bevölkerungssteigerung und die gleichzeitige Vermehrung der Sozialquote auf die Erfindungen zurückzuführen wären, wie sie im Verlaufe der industriellen Revolution gemacht worden sind.¹¹

Freihandel hat es niemals in der Welt in seiner vollkommenen Form gegeben. Niemals war man in der Lage nachzuprüfen, ob tatsächlich das Theorem von der Maximierung des Sozialproduktes in Wirklichkeit gilt.¹²

Es ist durchaus kein Argument, darauf hinzuweisen, daß im Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung die Wirtschaftsgebiete sich ständig vergrößert haben. Wenn z.B. Bücher glaubt, eine Entwicklung feststellen zu können, die von einer hypothetischen geschlossenen Hauswirtschaft über die Stadtwirtschaft zur Volkswirtschaft und von dort zur Weltwirtschaft führt, so ist damit an sich über das Thema der Zölle noch nichts gesagt.¹³

Den meisten von uns wird zwar der Gedanke der Binnenzölle absonderlich vorkommen; vergessen wir aber nicht, daß selbst in der Schweiz noch im Jahre 1870 Binnenzölle bestanden und daß, von einem gewissen theoretischen Standpunkte aus, sie sogar konsequent vertreten werden können.¹⁴

⁹ Sieveking Heinrich, Wirtschaftsgeschichte, Berlin, Wien 1928. Sieveking H., Entwicklung, Wesen und Bedeutung des Handels in Grundriß der Sozialökonomie, Tübingen 1928.

¹⁰ Artikel Ohmgeld Hdb. d. schweizerischen Volkswirtschaft, Zürich 1930.

¹¹ Sieveking, a. a. O.

¹² Max Weber, Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1923. Mises Ludwig von, Liberalismus, Jena 1923.

¹³ Bücher R., Die Entwicklung der Volkswirtschaft, Tübingen 1923.

¹⁴ Spann, Das Fundament der Volkswirtschaftslehre, Jena 1929. Spann O., Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1936.

P. Arndt, Der Schutz der nationalen Arbeit, Jena 1925. Vergleiche Bismarck 15. 12. 1878 «Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches... der gesamten inländischen Produktion einen Vorzug... gewährt.»

Das Problem, das wir zunächst zu untersuchen haben werden, läßt sich dahingehend zusammenfassen, ob tatsächlich dem Gebilde der Volkswirtschaft oder einem anderen Gebilde eine Sonderstellung zukommt, mit der das Freihandelsargument widerlegt werden könnte.

Friedrich List hat das böse Wort von der Weltökonomie der Engländer geprägt und wollte ihnen in seinem «Nationalen System der politischen Ökonomie» eine Theorie entgegenstellen, die bewußt und grundsätzlich von dem Gebilde der Volkswirtschaft ausging.¹⁵

Untersuchen wir diese Frage, so müssen wir die Kriterien festzustellen suchen, durch die sich Außenhandel und Binnenhandel unterscheiden. Wir können dabei die später zu behandelnden ricardianischen Voraussetzungen der Gebundenheit von Kapital und Arbeit außer Betracht lassen und uns auf die neueren Begründungsversuche beschränken.

1. Im Grunde genommen, wenn man die Volkswirtschaft als die Summe der miteinander im Wirtschaftsverkehr stehenden Subjekte einer politischen Gemeinschaft auffaßt, sind es zwei Gedanken, die immer wiederkehren.¹⁶

Schon Thorton hat darauf hingewiesen, daß der Unterschied zwischen der Versendung einer Ware über die Landesgrenze und dem Verkauf innerhalb des Landes in der Währungsverschiedenheit besteht. Den selben Gedanken hat neuerdings Eulenburg wieder aufgenommen.¹⁷

Für die Außenhandelstheorie ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß sie nur im Zusammenhang mit der Geldtheorie behandelt werden kann.

2. Grundsätzlich derselbe Einwand ist von der sozialrechtlichen Schule und innerhalb derselben besonders von Karl Diehl erhoben worden.¹⁸

Darauf hinzuweisen, daß durch die Rechtsordnung Änderungen eintreten können, heißt aber noch nicht beweisen, daß nicht trotz und außer der Rechtsordnung noch andere Momente den ricardianischen Prozeß auslösen können.

¹⁵ Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie, Stuttgart und Tübingen 1840, Ed. Salin, Leipzig 1925.

¹⁶ Adolf Weber, Theoretische Volkswirtschaftslehre, München-Leipzig 1932.

¹⁷ Thorton, An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain, London 1802. Thorton, Besprechung von Ricardo in Edinburgh Review.

¹⁸ Eulenburg, Außenhandel und Außenhandelspolitik, Grundriß der Sozialökonomie, Tübingen 1928, S. 8.

3. Andere Verteidiger des Freihandels haben den Unterschied zwischen Binnen- und Außenhandel in der relativen Gebundenheit von Kapital und Arbeit erblickt. Cairnes hat darauf hingewiesen, daß es non-competing groups gibt und Ohlin hat dann gezeigt, daß zwischen «international» und «interregional trade» nur ein gradueller Unterschied besteht.¹⁹

Tatsächlich machten sich in der Handelspolitik der europäischen Länder schon sehr bald gegen den Freihandel Tendenzen bemerkbar, die bereits 1878 zum Uebergange Deutschlands zum Schutzzollsystem führten, während die Vereinigten Staaten von Nordamerika unter dem Einflusse Lists und später Careys den Freihandel nie eingeführt hatten.²⁰

Unter dem Drucke der Kriegswirtschaft entstanden im ersten Weltkriege Maßnahmen, die an die alten merkantilistischen Versuche der Handelsreglementierung erinnerten und später ihre theoretische Begründung durch Keynes erhielten.²¹

Die Devisenbestimmungen haben noch lange nach Schluß des ersten Weltkrieges weiterbestanden. Sie mußten auch weiter bestehen, solange man nicht bereit war, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus den Verschiebungen des internationalen Gleichgewichtes ergaben. Etwa um 1900 hätte man die Weltlage charakterisieren können, indem man ganz Europa als einen Produzenten von Industrieprodukten betrachtete, dem gegenüber der Rest der Welt als Lieferant von Rohstoffen und Nahrungsmitteln gleichzeitig abnahm, was an gewerblichen Erzeugnissen produziert wurde. Diese Entwicklung, die Adolph Wagner und seiner Schule so große Sorgen bereitete, hat sich gründlich geändert.²²

In Uebersee und besonders in den Vereinigten Staaten sind neue Industrien entstanden. Die Vereinigten Staaten, das klassische Schuldner-

¹⁹ Cairnes, *Some leading Principles of Political Economy*, London 1874. Karl Diehl, *Theoretische Nationalökonomie*, Jena 1916 ff. Karl Diehl, die sozialrechtliche Schule der Nationalökonomie, Jena 1941. Ohlin Bertil, Ist eine Modernisierung der Außenhandelstheorie erforderlich? *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 26, 1927, S. 26. Ohlin, Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationaler Bewegung von Kapital und Arbeit, *Zeitschrift der Nationalökonomie*, Bd. 2, Wien 1930.

²⁰ Carey, *Principles of Political Economy*, Philadelphia 1837/40.

²¹ Keynes J. M., *The general theory of employment, money and interest*, London 1935.

²² Adolph Wagner, *Grundlegung der politischen Oekonomie*, Leipzig 1892—94. Heinrich Dietzel, *Agrarstaat oder Industriestaat*, *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 3. Aufl., Bd. 1. Lujo Brentano, *Die Schrecken des einseitigen Industriestaates*, Berlin 1901.

land, waren zum Gläubiger der Welt geworden und gleichzeitig versuchten die neu entstandenen Staaten Mitteleuropas, um jeden Preis nationale Industrien großzuziehen.

Man kann heute darüber streiten, wie weit es sich dabei um ein Mißverständnis der «lebenswichtigen Industrien» Adam Smiths handelte und wie weit nur nationale Prestigeinteressen im Spiele waren. Jedenfalls ergab sich die absurde Situation, daß die USA gleichzeitig die Bezahlung der Kriegsschulden verlangten und trotzdem mit dem McKinley-Tarif Hochschutzzölle einführten. Es bedurfte wirklich nicht der Entwicklung der Parallel-Theorie durch Kellenberger, um zu beweisen, daß Schulden nur durch Waren oder überhaupt nicht zu bezahlen sind.²³

Der Erfolg war jedenfalls ein Zusammenbruch der Währungen und der Versuch, durch Einführung neuer Maßnahmen die sogenannten «nationalen Ökonomien» zu retten, während gleichzeitig die Weltwirtschaft zugrunde ging.

1931 sah England sich gezwungen, vom Goldstandard abzugehen, 1932 mußte Hoover das Reparationsmoratorium erklären und als 1933 Roosevelt auch den Dollar abwertete, setzte ein System von Devisenbewirtschaftungen, Kompensationen und Clearingverträgen ein, das von einem Abwertungswettrennen begleitet war.

Im Jahre 1936 begann man einzusehen, daß auf diese Art nicht weiter gewirtschaftet werden konnte; England, Frankreich und die USA schlossen das Tripartiteagreement, das wenigstens auf dem Gebiete der Währungspolitik die Ordnung wieder herstellte. 1938 war auch Amerika davon überzeugt, daß nur ein Abbau der Zollschranken die Weltwirtschaft wieder entstehen lassen könnte. Cordell Hull und Eden schlossen ihren Handelsvertrag auf freihändlerischer Basis. Mittlerenweile hatte sich aber in der Welt vieles geändert. Die USSR war zu einem System übergegangen, das man wohl am besten als Staatssozialismus bezeichnen kann und beschränkte sich darauf, durch stoßweises Exportdumping den Weltmarkt zu beunruhigen. In Deutschland und Italien galt das Schlagwort der Autarkie; Importe wurden nur soweit gestattet, als sie lebens-, das heißt kriegswichtig waren und was man sich sonst noch an vorteilhaften Wirkungen versprechen konnte, ging in dem allgemeinen Welt-

²³ Kellenberger Eduard, *Die Theorie des Kapitalexportes*, Bern 1939. Adam Smith, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 1776, ed. Cannan, London 1925.

rüsten unter, welches der unausweichlich kommende Krieg notwendig machte.

Heute liegt wieder die Kriegswirtschaft hinter uns und wieder ist man, wie schon 1918, bemüht, eine Ordnung der Weltwirtschaft zu finden, die nicht auf dem Gedanken des Rüstungswettlaufes, sondern auf der Idee des friedlichen Güteraustausches beruht.

Die Ausgangssituation hat sich jedoch geändert. Bis zum Jahre 1918 konnte die theoretische Zusammenfassung der Außenhandelspolitik der Kulturstaaen in dem Satze bestehen, daß der Importeur, der es vorzog, eine Ware aus dem Auslande zu beziehen, anstatt ein inländisches Produkt zu verwenden, dafür eine Strafe zahlen mußte, die man als Schutzzoll bezeichnete. Heute leben wir in einer Zeit, in der der Neomerkanantilismus viele Anhänger hat. Es geht nicht mehr darum, einen Zoll zu zahlen, sondern darum, ob man überhaupt noch importieren darf oder ob der Welthandel an sich unmöglich gemacht wird.

Wir können daher das Problem unserer Arbeit wie folgt zusammenfassen: Das von Ricardo entwickelte Theorem der komparativen Kosten könnte man modern als ein Modell höchster Abstraktion bezeichnen. Wieweit behält dieses Modell seine Gültigkeit, wenn wir es schrittweise der Wirklichkeit annähern? Was ändert sich, wenn wir dazu übergehen, den Austausch mehrerer Länder und mehrerer Waren zu betrachten, wenn wir das Lohnniveau und die Geldrechnung berücksichtigen, und wenn wir endlich die Transportkosten mit in den Kreis unserer Betrachtungen einbeziehen? Was ändert sich endlich, wenn wir die Arbeitswertlehre durch die Grenznutzenlehre ersetzen? Letztlich und am wichtigsten für die Gegenwart, was können wir für Schlußfolgerungen aus der Theorie der komparativen Kosten für die nicht-konformen Eingriffe ziehen?

II. Die Methode der Untersuchung

Die Methode, der man sich bei einer derartigen Untersuchung bedienen kann, könnte induktiv oder deduktiv sein. Jeder induktive Beweis, wie ihn z. B. die historische Schule anzutreten versuchte, daß, wirtschaftspolitisch gesehen, zu gewissen Zeiten der Schutzzoll oder der Freihandel günstig gewirkt hätte, muß daran leiden, daß wir es mit einem

Komplex von Tatsachen zu tun haben, um günstigenfalls a posteriori sagen zu können, in einem gegebenen Zeitpunkte sei die gewählte Handelspolitik richtig oder falsch gewesen.

Wenn wir von dem deduktiven Verfahren Gebrauch machen, so müssen wir uns dabei der Methoden der komparativen Statik bedienen.²⁴

Wir müssen ein Datensystem wählen und innerhalb diesem Datensystem vom Freihandel zum Schutzzoll oder umgekehrt übergehen, um die Wirkungen zu prüfen, die sich ergeben werden. Eine derartige Methode ist wertfrei, weil die Schlußfolgerung, die wir ziehen können, nur sein kann, daß, wenn A gegeben ist, B eintreten wird.²⁵

Wir können dabei an Bruchstellen der ökonomischen Theorie geraten, weil es unbestimmt sein kann, ob die Wirtschaftssubjekte, auf deren Handlungen es ankommt, auf A mit B oder C reagieren werden, und wir daher die Variationsmethode werden anwenden müssen.²⁶

Wir werden dabei Voraussetzungen über das von den Wirtschaftssubjekten angestrebte Ziel machen müssen und werden dieses, dem allgemeinen Gebrauche der Katallaktik folgend, in der Maximierung des Sozialproduktes erblicken.²⁷

Wir werden immerhin zwei Ausnahmen gelten lassen müssen. Gleichgewichtsmodelle können nur dazu dienen, Einwände zu widerlegen, die von denselben Voraussetzungen einer Gleichgewichtssituation ausgehen, wie z. B. dasjenige Richard Schüllers.²⁸

a) Weder kann man Schlußfolgerungen ziehen, wenn man von einer Datenkonstellation ausgeht, aus ihr ableitet, daß ein systemfremdes Element nicht von Dauer sein kann, wie z. B. die deutschen Reparationszahlungen es waren, und trotzdem mit dem Bestehen eines derartigen Datums weiter argumentieren.²⁹

b) Dynamische Systeme der nationalen Oekonomie lassen sich nie streng widerlegen. In dem Momente, in dem man Datenänderungen

²⁴ Schams, Komparative Statik, Zschf. f. Nationalökonomie, Wien 1930.

²⁵ Max Weber, Der Sinn der Wertfreiheit der soziologischen und ökonomischen Wissenschaft, in Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922.

²⁶ Richard von Strigl, Die ökonomischen Kategorien und die Daten der Wirtschaft, Jena 1923.

²⁷ W. Röpke, Liberale Handelspolitik, in Archiv f. Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Bd. 24, S. 458.

²⁸ R. Schüller, Schutzzoll und Freihandel, Wien 1905.

²⁹ H. von Beckerath, Schutzzölle und Freihandel, in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft des Deutschen Reiches, München, Bd. 50.

voraussetzt, über deren Beschaffenheit bei ihrer Annahme nichts ausgesagt werden kann, begibt man sich auf das Gebiet der Spekulation, wo alles möglich ist, weil alles eintreten kann.³⁰

Im besonderen Maße gilt dies für die List'sche Theorie. Man kann sich vom Standpunkte der Methodenlehre fragen, wieweit Systeme, in denen sich alles gleichzeitig ändert, einer strengen Untersuchung zugänglich sind.³¹ Für die List'sche Theorie im besonderen kann man sagen, daß sie vom Auftreten von Erfindungen abhängt.

In dem Momente, wo das Teilgebilde Volkswirtschaft zum Selbstzweck wird, kann man beweisen, daß ein Schutzzoll eine Verringerung der Güterversorgung bedeutet, kann aber nicht den Wehrwirtschaftler widerlegen, der aus nationalen Gründen die Züchtung von Trauben auf dem Nordpol verlangt.³²

III. Die Theorie der komparativen Kosten und das Wirtschaftssystem

In den letzten Jahren versäumte es Wilhelm Röpke nie, in jedem seiner Bücher darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei um eine Schicksalsfrage unseres Wirtschaftssystems handelt.³³

Eine arbeitsteilige, auf Produktionsfreiheit und Konsumfreiheit beruhende Weltwirtschaft kann nur solange bestehen, als der Preis seine Aufgabe, als Regulator der Wirtschaft zu dienen, erfüllen kann. Je größer das Ausmaß des Interventionismus wird, umso stärker müssen sich die Entwicklungserscheinungen der Volkswirtschaft in den noch

³⁰ Harms, *Die Zukunft der deutschen Handelspolitik*, Jena 1925.

³¹ Carell, *Sozialökonomische Theorie und Konjunkturtheorie*, München-Leipzig 1932.

³² Wilhelm Röpke, *Die Lehre von der Wirtschaft*, Zürich 1943.

³³ Wilhelm Röpke, *Weltwirtschaft und Außenhandelspolitik*, Berlin 1931.

Wilhelm Röpke, *Art. Staatsinterventionismus*, *Hwb. d. Staatsw.* — Wilhelm Röpke, *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Zürich 1944. — Wilhelm Röpke, *Civitas humana*, Zürich 1945. — Wilhelm Röpke, *Die internationale Ordnung*, Zürich 1947, Wilhelm Röpke, *The Network of World Trade*, Genf 1942. — Wilhelm Röpke, *International Economic Desintegration*, London 1942.

freien Sektoren des Wirtschaftslebens bemerkbar machen. Zu diesen Entwicklungserscheinungen gehört aber auch der Konjunkturzyklus, und damit stellt sich die Frage, wie weit die Theorie der komparativen Kosten, die ein Longrun-Argument ist, auf kurze Zeiträume angewendet werden kann. Diese Frage ist deshalb so wichtig, weil unser Wirtschaftssystem nicht mehr als ein gewisses Maß von Eingriffen ertragen kann, wobei zu diesen Eingriffen auch der Schutzzoll und seine modernen Surrogate gehören.³⁴

³⁴ Joseph Schumpeter, *Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*, Wien 1910. — J. Schumpeter, *Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, München/Leipzig 1935. — J. Schumpeter, *Business Cycles*, Cambridge (Mass.) 1939. — J. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, Cambridge (Mass.) 1944. — F. A. Hayek, *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*, Wien 1929. — Hayek, *Preise und Produktion*, Wien 1931. — Hayek, *Prices and Production*, London 1936. — Hayek, *The pure Theory of Capital*, London 1944. — Hayek, *The Way to Serfdom*, London 1945.

G. von Haberler, *Liberale und planwirtschaftliche Handelspolitik*, Berlin-Wien 1934. — Haberler, *Der internationale Handel*, Berlin-Wien 1933. — Haberler, *Prosperity and Depression*, Genf 1943. — Haberler und Hill, *Quantitative Trade Controls*, Genf 1943.

Ludwig von Mises, *Art. Preistaxen*, Hwb. d. Staatsw. — Mises, *Nation, Staat, Wirtschaft*, Jena 1919. — Mises, *Die Gemeinwirtschaft*, Jena 1921. — Mises, *Liberalismus*, Jena 1923. — Mises, *Der Interventionismus*, Jena 1929. — Mises, *Konjunkturpolitik und Geldwertstabilisierung*, Jena 1928. — Mises, *Grundprobleme der Nationalökonomie*, Jena 1933. — Mises, *Nationalökonomie, Theorie des Handelns und des Wirtschaftens*, Genf 1940.

1. KAPITEL

Die Entwicklung der Theorie der komparativen Kosten durch David Ricardo

I. Freihandel und Wirtschaftsentwicklung

Der Außenhandel ist älter als jede Außenhandelstheorie. Wir kennen aus der Steinzeit Depotfunde, aus denen hervorgeht, daß Steinbeile in Gebieten gehandelt wurden, in denen kein Feuerstein vorhanden war.³⁵

In theoretischen Untersuchungen hat man immer wieder ein Stadium der verkehrslosen, sich selbst versorgenden Wirtschaft angenommen. Die geschichtliche Schule der Nationalökonomie hat niemals verfehlt, darauf hinzuweisen, daß Robinson vielleicht wirtschaftet, für eine Volkswirtschaft aber bedeutungslos ist, jedenfalls dann, wenn man als Volkswirtschaft Katallaktik betrachtet, die die Lehre vom Tausch ist und als solche das Vorhandensein mehrerer Personen voraussetzt.³⁶

Die Bedeutung der Lehre von den komparativen Kosten geht deshalb so weit über das Nationalökonomische hinaus und bildet einen der Grundpfeiler der allgemeinen Soziologie, weil sie uns erklärt, warum die Menschen nicht im Sinne Hobbes homo homini lupus einsam umherstreifen, sondern sich als zoon politikon in Verbänden vereinigen.³⁷

³⁵ Menghin O., Weltgeschichte der Steinzeit, 1932.

³⁶ Hobbes, a. a. O. — Mises, Nationalökonomie, S. 3.

³⁷ Aristoteles, Nikomachische Ethik.

Wir müssen keine metaökonomische, staatsbildende Gewalt anwenden, wenn es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Arbeitsteilung allein die Menschen zu Gruppen vereinigt.³⁸

In einem anderen Sinne fiel Karl Bücher einer Täuschung zum Opfer, als er glaubte, in der Oiken-Wirtschaft das Urstadium des Wirtschaftens zu erblicken. Die römische Volkswirtschaft der späten Kaiserzeit war ein Zerfallsprodukt, welches auf eine Zeit des Hochkapitalismus folgte.³⁹

Weder damals noch in den Zeiten der Fronhofwirtschaft des capitulare de villis Ludwigs des Frommen hat der Handel vollkommen aufgehört.⁴⁰

Von einem Außenhandel im modernen Sinne mit geteilter Rechtsordnung und Verschiedenheit der Währungssysteme können wir erst sprechen, nachdem die großen Nationalstaaten entstanden sind.

Die Außenhandelstheorie der Merkantilisten war Warentausch. Man gab Werte hin und glaubte dafür höhere Werte zu erhalten. Diese Art der Handelspolitik ist offenbar ganz unabhängig von der Art der Wertvorstellung, die ihr zugrunde liegt.

In einer Zeit, in der Zahlungsmittel knapp waren, und man die Münzen teilweise als Schatzbildner betrachtete, konnte die Vorstellung entstehen, daß Gold Reichtum bedeutet.⁴¹

Für die Handelspolitik stellte sich die Aufgabe, den Wert der Güter, die man ausführen wollte, möglichst niedrig zu halten, damit man in der Lage war, möglichst viel zu exportieren.

In einem Zeitalter, in dem der Handel hauptsächlich in spezifisch hochwertigen Qualitätsprodukten bestand, und der größte Teil der Nachfrage von den absolutistischen Fürsten für ihren Luxusbedarf entfaltet wurde, waren dies Fertigprodukte.

Der binnenländische Merkantilismus Colberts und die Populationspolitik Friedrich Wilhelms I. von Preußen sind zu erklären mit der Tatsache, daß viel Arbeiter niedrige Löhne und niedrige Löhne niedrige Produktenpreise bedeuten.

Im Handelsstaate England dagegen faßte man den Wirtschaftsbegriff bereits weiter und verstand unter Werten nicht nur Sachgüter, sondern

³⁸ Mises, Nationalökonomie, S. 123.

³⁹ Bücher, a. a. O. — Rostovzeff, The Social and Economic History. — Weber Max, Römische Agrargeschichte. — Neurath, Wirtschaftsgeschichte des Altertums.

⁴⁰ Sombart W., Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, 1928.

⁴¹ Helfferich K., Das Geld, S. 647, Leipzig 1923.

auch Dienstleistungen, insbesondere Transportleistungen, was die Stellungnahme Cromwells und ihre theoretische Fundierung durch Child und North, beides Direktoren der Ostindischen Kompanie, erklärt.⁴²

Der einseitige Export der Manufakturwaren veranlaßte bereits Marschall Vauban, für die Abschaffung der Zölle einzutreten. Die mittelalterlich-scholastische Wirtschaftsverfassung, wie sie ihren Ausdruck in den Schriften Thomas von Aquino gefunden hatte und wie sie praktisch in den Zünften verwirklicht worden war, brach zusammen.⁴³

Neue Gewerbe treten auf und können von den erstarrten Zünften nicht mehr assimiliert werden, so daß sie in die Hände der Landmeister geraten, die dem Zunftzwange nicht unterstehen. Diese sich in Frankreich anbahnende Entwicklung, die zur Aufhebung der Zünfte durch Turgot im Jahre 1776 führte, ging in dem Sturm der französischen Revolution unter, während es der schottischen Moralphilosophie vorbehalten blieb, die Schlußfolgerungen zu ziehen.

II. Adam Smith

1759 erschien Adam Smith's *Theory of Moral Sentiments*, die auf den Lehren Hume's, Locke's, Furgason's und Shaftesbury's aufbaute.⁴⁴

Von dort war es nur noch ein kleiner Schritt bis zu Bentham's «Größtem Glück der größten Zahl» und zum Utilitarismus der beiden Mill.⁴⁵

⁴² D. North, *A Discourse upon Trade*, London 1691. — Child J., *A New Discourse of Trade*, wherein Recommended several weighty Points Relating to Companies of Merchants, London 1693.

⁴³ Thomas v. A., *Summa Theologica*, Qu. 76/1—3. — Thomas v. A., *De regimine principum*, I, 1 — II, 4. — Schmoller G., *Geschichte der Tucher- und Webernzunft*, Straßburg 1879.

⁴⁴ Zu den schottischen Vorläufern Adam Smith's und David Ricardos vgl. J. W. Angell, *The Theory of International Prices*, Cambridge (Mass.) 1925. — Jacob Viner, *English Theories of Foreign Trade before A. Smith*, in *Journal of Political Economy*, Vol. 38, Nr. 3, 4, S. 249 ff., Chicago 1930. — Jacob Viner, *Art. Balance of Trade*, in *Encyclopedia of Social Sciences*, Vol. 2, S. 399, New York 1930.

Es sind zwei Probleme, die im Brennpunkte der Betrachtung stehen. Seit dem Erscheinen von David Humes *Political Discourses*, London 1752, ist die Vorteilhaftigkeit des Außenhandels unbestritten. cf. Friedrich Raffel, *Englische Frei-*

1776 veröffentlichte Adam Smith sein nationalökonomisches Hauptwerk, welches mit einer Darstellung der Arbeitsteilung beginnt, welche später zur Theorie der komparativen Kosten werden sollte.⁴⁶

Adam Smith's ökonomischer Grundgedanke ist die Produktivität der Arbeitsteilung, wie sie sich aus der zunehmenden Spezialisierung ergibt.

Eine Form der Arbeitsteilung ist die internationale Arbeitsteilung. Die Produktivität der Wirtschaft wird sich nicht nur erhöhen, wenn es sich darum handelt, in der Stecknadelfabrik durch den einen Arbeiter die Köpfe und durch den andern die Spitzen machen zu lassen, sondern auch dann, wenn die Köpfe in Paris und die Spitzen in London gemacht werden, immer vorausgesetzt, daß die Franzosen mehr von der einen und die Engländer mehr von der anderen Produktion verstehen.

Modern ausgedrückt «wenn A in der Zeiteinheit 6P oder 4Q zu erzeugen vermag und B nur 2P, jedoch 8Q, dann werden die beiden ohne Arbeitsteilung 4P plus 6Q erzeugen, bei Arbeitsteilung, in der jeder nur die Ware erzeugt, für deren Erzeugung er besser geeignet ist, jedoch 6P plus 8Q».⁴⁷

Die zweite Idee, die bei Smith für uns von Bedeutung ist, ist seine Zolltheorie. Smith war zu sehr induktiver Forscher, um nicht zu sehen, daß in der wirklichen Wirtschaft die Zölle eine Notwendigkeit sind, besonders in einer Zeit, wo England noch Hochschutzzölle hatte. Wir finden denn auch bei Smith alle Ausnahmen von Freihandel, an die später angeknüpft worden ist.⁴⁸

Vorausgeschickt muß werden, daß die Smith'schen Ausnahmen für *Smith Ausnahmen* sind, die seinen Grundgedanken nicht berühren; Tat-

händler vor A. Smith, Zschf. f. die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen, Ergänzungsband 18.

Das andere Problem besteht in der Frage des Währungsgleichgewichts. cf. Whetley, Remarks on Currency and Commerce, London 1801. — William Blake, Observations on the Principles which Regulate the Course of Exchange, and on the Present Depreciated State of the Currency, London 1810. — Torrens, The Economist Refuted, London 1808.

Locke J., A treatise on Government, London 1727. — Hutcheson, System of Moral Philosophy, London 1755.

⁴⁵ Bentham, Defence of Urserly. Mill J., System of Logic Rationative and Inductive, London 1843. — Mill J. S., Principles of Political Economy, Ed. Ashley, London 1820. — Mill J. S., On Liberty, London 1859.

⁴⁶ A. Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Edinburgh 1776, Bd. 1, Kap. 1.

⁴⁷ Mises, Nationalökonomie, S. 126.

⁴⁸ Smith, a. a. O., Buch 5, 3. Kap.

sachen, die man in Kauf nehmen muß, weil es nicht anders geht, die aber an der Gültigkeit des Freihandelsargumentes nichts ändern wollen.

1. Die erste dieser Ausnahmen betrifft die Finanzzölle. Solange der Staat für seine Verwaltung Geldmittel benötigt, wird er über Einnahmen, also entweder über Steuern oder über Zölle verfügen müssen.

Fast prophetisch lesen sich die Worte Smith's, wonach ein guter oder nicht gar zu schlechter Zoll besser ist als eine schlechte Steuer.

Smith empfiehlt Steuern auf die Luxusgüter des täglichen Bedarfs, wobei er an Kaffee, Tee und Alkohol dachte.^{49, 50}

2. Smith's zweite Ausnahme betrifft die lebenswichtige Produktion. Smith dachte dabei an Pulverfabrikation. In einer Welt, in der Kriege geführt werden, kann man nicht wagen, die Waffenfabriken ins Ausland wandern zu lassen; man muß daher einen Schutzzoll einführen.

In der weiteren Entwicklung ist dieses Argument dann in jeder Richtung ausgebeutet worden. Letzten Endes gibt es kein Gut, das nicht lebensnotwendig sein könnte, und man kann sogar dem Bauernsekretariat zugeben, daß die Lebensmittel die lebenswichtigsten Güter sind. Der Plan Wahlen und die Anbauschlacht können sich mit gutem Recht auf Adam Smith berufen. Die Verteidiger von Agrarzöllen in Friedenszeiten werden sich nach einer anderen theoretischen Fundierung umsehen müssen.

3. Als dritte Ausnahme nennt Smith die Erhaltungszölle, die heute als Konjunkturargument wieder aktuell geworden sind. Wenn unter der Herrschaft des Schutzzolls Industrien entstanden sind, die sonst nicht lebensfähig wären, so wird der Uebergang zum Freihandel eine Kapitalvernichtung zur Folge haben. Es gibt daher einen Punkt, wo es vorteilhafter ist, die Zölle nicht schlagartig, sondern langsam zu senken, um den Industrien die Möglichkeit zu geben, ihr stehendes Kapital vorerst zu amortisieren. Wie will man dann allerdings verhindern, daß in den einstweilen noch geschützten Industrien Neuinvestitionen vorgenommen werden?

⁴⁹ Dieses Problem ist im Zusammenhang mit der Bundesfinanzreform aktuell. Wenn die Zölle praktisch die einzige Möglichkeit der Besteuerung niedriger Einkommen darstellen, gewinnt sogar die Getränkesteuer wieder an Bedeutung.

⁵⁰ In einem gewissen Sinne kann man deshalb Smith als den Vater der amerikanischen Unabhängigkeit betrachten.

Modern ausgedrückt, wenn in einem Lande, wie in England 1932, eine strukturelle Arbeitslosigkeit herrscht und eine Senkung der Nominallöhne anders nicht erfolgen kann, dann hatte Keynes vollkommen recht, als er Abwertung und Schutzzölle empfahl, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter umgeschult werden und die Senkung der Reallöhne nicht durch nominelle Lohnerhöhung wieder kompensiert worden wären. Dann und nur dann hätte man nach einer Uebergangszeit die Schutzzölle wieder aufheben können.⁵¹

III. Das Werk David Ricardos

Die klassische Formulierung der Theorie der komparativen Kosten findet sich in: *The Principles of Political Economy and Taxation* von David Ricardo, S. 82 f. (Ed. F. W. Kolthammer, London 1926).

1. Die historische Grundlage

Ricardos Beispiel beruht auf dem Methuen-Vertrag zwischen England und Portugal:

«England may be so circumstanced that to produce the cloth may require the labour of 100 men for one year; and if she attempted to make the wine, it might require the labour of 120 men for the same time. . . To produce wine in Portugal might require only the labour of 80 men for one year, and to produce the cloth in the same country might require the labour of 90 men for the same time.»

Es besteht daher ein Interesse für England, Wein zu importieren und Tuch zu exportieren, während umgekehrt Portugal jedes Interesse daran hat, Wein auszuführen und Tuch zu beziehen, wie dies ja auch tatsächlich der Fall war.

a) Als isolierte Oekonomien betrachtet, müßte England 220 Einheiten, die bei Ricardo in Arbeitsstunden ausgedrückt sind, aufwenden, während Portugal 170 Arbeitsstunden für seine Produktion braucht. Vom weltökonomischen Standpunkte aus werden also ohne Warenaustausch 390 Ar-

⁵¹ Keynes J. M., Gutachten vor der McMillan Commission, London 1931.

beitsstunden verwendet, während, sobald Arbeitsteilung stattfindet, England sich spezialisiert und 2 Einheiten Tuch in 200 Arbeitsstunden erzeugt, dagegen Portugal 2 Einheiten Wein in 160 Arbeitsstunden. Die Ersparnis beträgt also 20 Arbeitsstunden für England und ceteris paribus 10 Arbeitsstunden für Portugal. Friedrich List würde sagen, weltökonomisch gesehen sind 30 Arbeitsstunden gespart worden, die für andere Produktionen freigeworden sind.

b) Der Fortschritt gegenüber Smith besteht nun darin, daß England in beiden Produktionen unterlegen ist, und daß es trotzdem für beide Länder vorteilhaft ist, zu tauschen, obwohl die Arbeit oder, wie wir vorwegnehmend schon sagen können, der Nutzenentgang in England größer als in Portugal ist.

«It will appear, then, that a country possessing very considerable advantages in machinery and skill, and which may therefore be enabled to manufacture commodities, import a portion of the corn required for its consumption, even if its land were more fertile and corn could be grown with less labour than in the country from which it was imported. Two men can both make shoes and hats and one is superior to the other in both employments; but in making hats he can only exceed his competitor by one-fifth or 20 per cent, will it not be for the interest of both that the superior man should employ himself exclusively in making shoes, and the inferior man in making hats ? »

2. Die ricardianische Theorie als Verteilungstheorie

a) Die Theorie des internationalen Handels nimmt im System Ricardos eine Sonderstellung ein. «To determine the laws which regulate this distribution is the principal problem in Political Economy».⁵²

Diese Problemstellung ist in der Folgezeit für die englische Nationalökonomie bestimmend geworden. Die klassische Schule und nach ihr die Neoklassik bis zu Marshall untersuchte immer, wie ein gegebenes Sozialprodukt auf die verschiedenen Klassen der Bevölkerung verteilt wird.⁵³

«But in different stages of society, the proportions of the whole produce of the earth which will be allotted to each of these classes, under the names of rent, profit, and wages, will be essentially different.»⁵⁴

⁵² Ricardo, a. a. O., S. 1.

⁵³ Marshall, Alfred, Principles of Political Economy, Cambridge 1899, Ed. Brentano, Leipzig 1905.

⁵⁴ Ricardo a. a. O., S. 1.

b) Demgegenüber war die Fragestellung der sogenannten deutschen Schule der Nationalökonomie immer diejenige nach der Größe des Sozialproduktes, während die Frage nach der Verteilung in den Hintergrund trat.⁵⁵

Der Vorwurf, den Keynes⁵⁶ Ricardo macht, daß dieser das Produktionsproblem übersehen hätte, ist zwar übertrieben. Es muß aber zugegeben werden, daß der Begriff der Verteilung des Sozialproduktes sowohl bei Smith⁵⁷ als bei Ricardo⁵⁸ am Anfang der Untersuchung steht.

c) «In speaking of the rent of the landlord, we have rather considered it as the proportion of the produce, obtained with a given capital on any given farm, without any reference to its exchangeable value; but since the same cause, the difficulty of production, raises the exchangeable value of raw produce, and raises also the proportion of raw produce paid to the landlord for rent, it is obvious that the landlord, is doubly benefited by difficulty of production. First, he obtains a greater share, and secondly, the commodity in which he is paid is of greater value.»⁵⁹

So findet Ricardo im Verlaufe seiner Untersuchung sein Rentengesetz und bekannt ist sein Ausspruch, daß die ständig steigende Grundrente dazu führen wird, England zu ruinieren.

Ricardo fußt dabei im wesentlichen auf dem Bevölkerungsgesetz von Robert Malthus, so sehr er in den Schlußfolgerungen von ihm abweicht. «On the other hand, if the corn wages of labour were such as to admit of and encourage a considerable increase of population, and yet were always to remain the same, it would involve the contradiction of a continued increase of population at the same rate after the accumulation of capital, and the means of supporting such an increase had entirely ceased.»⁶⁰

Die Größe des Sozialproduktes ist gegeben, die Grundrente steigt ständig, der Lohn ist konstant, folglich muß die Restgröße Profit, unter der Ricardo Zins und Unternehmergewinn zusammenfaßt, ständig sinken. Beim gegebenen Stande der Technik ist eine Reichtumsvermehrung nur durch Sparen möglich. Wenn der Zins, das Entgelt des Unternehmers

⁵⁵ Karl Diehl, Produktivität in Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 2, Wien 1932.

⁵⁶ Keynes, The General Theory of Employment, Money and Interest, London 1935, S. 6.

⁵⁷ Smith a. a. O., S. 1.

⁵⁸ Ricardo a. a. O., S. 1

⁵⁹ Ricardo a. a. O., S. 44 ff.

⁶⁰ T. R. Malthus, Principles of Political Economy, London 1936, S. 272—273.

für sein Sparen, ständig zurückgeht, so muß sich der Fortschritt der Volkswirtschaft ständig verlangsamen.

d) «... but I am convinced that the substitution of machinery for human labour is often very injurious to the interest of the class of labourers.» — S. 267: «If these views be correct, it follows, first, that the discovery and useful application of machinery always leads to the increase of the net produce of the country, although it may not, and will not, after an inconsiderable interval, increase the value of that net produce.» — S. 3: «I have also inserted a new chapter on the subject of Machinery, and on the effects of its improvement on the interest of the different classes of the state.» — S. 71: «The natural tendency of profits then is to fall; for, in the progress of society and wealth, the additional quantity of food required is obtained by the sacrifice of more and more labour. This tendency... is happily checked... by the improvements of machinery.»

Dieser Wechsel in Ricardos Anschauungen ist zu erklären aus der Kontroverse mit Malthus unter dem Eindrucke der Krise von 1816 bis 1817. Die Theorie der komparativen Kosten, die bereits 1811 erschien, ist also in den Augen Ricardos selber ein long run-Argument. Angriffe gegen Ricardo im Rahmen der Katallaktik sind daher, wie noch zu zeigen sein wird, immer wieder unter dem Gesichtspunkte der Konjunktur erhoben worden.⁶¹

3. Die Bewegungsgesetze des Einkommens

a) Den Ausweg aus dieser Situation findet Ricardo im Uebergange zum Freihandel und zur internationalen Arbeitsteilung. Wenn ein freies Spiel der Kräfte herrschen würde, müßte sich der Lohn ausgleichen. «The labour of 100 Englishmen cannot be given for that of 80 Englishmen, but the produce of the labour of 100 Englishmen may be given for the produce of the labour of 80 Portuguese, 60 Russians, or 120 East Indians.»⁶²

Die Theorie des internationalen Handels als Sonderfall der allgemeinen Preistheorie, und damit eine Theorie des internationalen Handels im Rahmen eines beliebigen Systems der Katallaktik ist nur solange möglich,

⁶¹ Ricardo a. a. O., S. 264.

⁶² Ricardo a. a. O., S. 83.

als die relative Unbeweglichkeit mindestens eines Produktionsfaktors angenommen wird. «The difference in this respect, between a single country and many, is easily accounted for, by considering the difficulty with which capital moves from one country to another, to seek a more profitable employment, and the activity with which it invariably passes from one province to another in the same country.»⁶³

4. Das Methodenproblem bei Ricardo

Für Ricardo stellt sich das Problem noch nicht in dieser Form. Ricardo will bewußt idealtypische Zustände untersuchen, gleichgültig, ob diese idealen Regelmäßigkeiten in der empirischen Wirklichkeit vorkommen oder nicht.⁶⁴

Ricardos Annahme ist, daß zwar die Waren, nicht aber die Produktivkräfte, also die Menschen und das Kapital, wandern können.

Die Bedeutung der Theorie für die Gegenwart hängt also davon ab, ob wenigstens ein Produktionsfaktor gegeben ist, für den diese Voraussetzungen zutreffen.

a) Für den Boden ist dies jedenfalls in einem sehr weitgehenden Maße der Fall. Wirtschaftlich kann zwar die Menge des verfügbaren Bodens in einer Volkswirtschaft vermehrt werden, wenn die Kapitalintensität gesteigert wird. Nach dem allgemeinen Ertragsgesetz jedoch wird diese Ertragssteigerung von einem bestimmten Punkte an abnehmende Erträge liefern. «Eine Menge a an Ursache entspricht in einem gegebenen Zeitpunkt einer Menge α an Wirkung. Eine Menge b an Ursache entspricht einer Menge β an Wirkung, wenn die komplementäre Ursache c die Menge γ an Wirkung abgibt. Erst die vereinte Wirkung von α und β bringt die Menge p eines Gutes hervor. Bleibt die Menge b unverändert, so ist jener Wert von c , für den $\frac{p}{c}$ den höchsten Wert erreicht, das Optimum. Für jede andere Kombination ergibt sich ein geringerer Ertrag. Entfernt man sich durch die Vergrößerung der Menge nur eines der komplementären Güter von dem optimalen Mengenverhältnis, dann

⁶³ Ricardo a. a. O., S. 83 ff.

⁶⁴ Amonn A., Objekt und Grundbegriffe der Nationalökonomie, Leipzig und Wien 1927, S. 35.

Ricardos abstrakte Theorie gilt also nur so weit, als ein Gleichgewichtsmodell der Volkswirtschaft vorstellbar ist.

steigt der Ertrag entweder überhaupt nicht oder nicht in demselben Maße, in dem der Aufwand wächst.»⁶⁵

Das allgemeine Ertragsgesetz ist ein rein logisches Gesetz, das immer dann gilt, wenn überhaupt Produktivkräfte kombiniert werden. Solange also der Produktionsfaktor Boden unbeweglich ist, kann man die Theorie der komparativen Kosten *unabhängig von der Wirtschaftsordnung* anwenden.⁶⁶

b) Historisch können wir feststellen, daß der Produktionsfaktor Arbeit nie ganz frei beweglich war. Auch in der Zeit, die keine Einwanderungsbeschränkungen kannte, hat ein Ausgleich der Arbeitskräfte nie vollständig stattgefunden. Für die Wirtschaftstheorie sind die Gründe, die einen Arbeiter bewegen, sich lieber mit einem niedrigeren Lohn in einem ihm bekannten Milieu zufrieden zu geben, anstatt zu einem höheren Lohne, sei es in der Stadt, sei es im Ausland zu arbeiten, Daten, die allenfalls als Friktionen betrachtet werden können. ^{67 68}

c) Das Kapital war sicher zu Ricardos Zeiten annähernd frei beweglich, während in der Gegenwart zwei wesentliche Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind:

aa) Es ist dies einmal das Fehlen einer anerkannten Währung, die für Ricardo im Golde noch gegeben ist, während man für die Gegenwart allenfalls noch behaupten kann, daß sich die Währungsparitäten am Golde als Wertmaßstab orientieren, der Funktionalzusammenhang jedoch wesentlich lockerer geworden ist.

Der zweite Hinderungsgrund sind die bestehenden Devisenbestimmungen.

bb) Zusammenfassend können wir also feststellen, daß, solange ein internationaler Handel, der durch Preise reguliert wird, überhaupt stattfindet, die von Ricardo gemachten Voraussetzungen annähernd zutreffen. Wir müssen aber die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß alle Produktivkräfte unbeweglich werden und der Austausch sich nur noch in der Form von produzierten Gütern durchführen läßt.

⁶⁵ Mises, Nationalökonomie, S. 96.

⁶⁶ F. X. Weiß, Art. Abnehmender Ertrag, IIwb. d. Staatswissenschaften, 4. Aufl.

⁶⁷ R. Strigl, Die ökonomischen Daten und die Kategorien der Wirtschaft, Jena 1923.

⁶⁸ W. A. Jöhr, Die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Bd. I, St. Gallen 1945.

In diesem Falle ist es entweder möglich, daß die Preisbildung im Austausch nach Marktgesetzen erfolgt, ein Fall, den bereits Ricardo untersucht hat, oder aber, daß auch die Austauschverhältnisse der Waren obrigkeitlich festgesetzt werden. In diesem letzterem Falle wird dann untersucht werden müssen, welche Auswirkungen sich aus dem Außenhandelsniveau für den Binnenwert des Geldes ergeben und welche Änderungen im Aufbau der Produktion stattfinden werden.

5. Formulierung der Theorie der komparativen Kosten

«Wenn A B in der Weise überlegen ist, daß er zur Erzeugung einer Einheit der Ware p drei Stunden Arbeit benötigt, gegen fünf, die B dazu braucht, und zur Erzeugung einer Einheit der Ware q 2 Stunden gegen 4, die B braucht, dann ist für A vorteilhafter, seine Kraft ganz auf die Erzeugung von q zu wenden und die Erzeugung von p B zu überlassen.

Wenn jeder von ihnen je 60 Stunden der Erzeugung von p und q widmet, dann ist das Ergebnis der Arbeit für A $20p + 30q$, für B $12p + 15q$. Mithin für beide zusammen $32p + 45q$. Beschränkt sich jedoch A auf die Erzeugung von q, dann erzeugt er in 20 Stunden 60 Einheiten, während B, wenn er sich auf die Erzeugung von p beschränkt, in der gleichen Zeit 24 Einheiten erzeugt. Das Ergebnis ihrer Tätigkeit ist dann $24p + 60q$, was, da p für A einen Substitutionswert von $\frac{3}{2}q$ und für B einen solchen von $\frac{5}{4}q$ hat, einen höheren Ertrag bedeutet als $32p + 45q$.»⁶⁹

Dieses unter der Voraussetzung, daß die Erzeugungen von p und q den Wertungen von A und B entsprechen, und daß p und q nicht nur skalierbar, sondern auch vergleichbar sind, mit anderen Worten, daß Geldrechnung herrscht.^{70 71}

a) Bezeichnen wir mit $1, 2, 3 \dots \delta + 1$ die $\delta + 1$ Wirtschaftssubjekte, die miteinander im Tauschverkehr stehen, ferner mit $X, Y, Z \dots$ die m Konsumgüter, die auf dem Markte erscheinen, und mit $p_x, p_y, p_z \dots$ die Preise der m Konsumgüter. Wenn wir die Preise in Einheiten des Gutes X messen, so können wir $p_x = 1$ setzen.

⁶⁹ Mises, Nationalökonomie, S. 126 ff.

⁷⁰ Rosenstein-Rodan N., Art. Grenznutzen, Hwb. d. Staatswissenschaften, 4. Aufl.

⁷¹ Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, Jena 1923, S. 412.

$$A) \quad f_{1x} = \frac{1}{p_y} f_{1y} = \frac{1}{p_z} f_{1z} = \dots$$

$$A) \quad f_x = \frac{1}{p_y} f_y = \frac{1}{p_z} f_z = \dots$$

Die Gleichungen A sind der mathematische Ausdruck für das Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen. Jedes einzelne der Wirtschaftssubjekte 1 bis $\delta+1$ wird sein Einkommen auf die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten so verteilen, daß der Genuß der letzten Einkommenseinheit, die Ophelimität, in allen Verwendungen gleich groß ist. Dies ist dann der Fall, wenn sich die Ophelimitäten umgekehrt proportional den Preisen der Güter verhalten.

$$B) \quad x_1 - x_{10} + p_y (y_1 - y_{10}) + p_z (z_1 - z_{10}) + \dots = 0$$

$$x_\delta - x_{\delta 0} + p_y (y - y_{\delta 0}) + p_z (z - z_{\delta 0}) + \dots = 0$$

Bezeichnen wir mit x_{10} die Anfangsmenge und mit x_1 die Schlußmenge, die das Wirtschaftssubjekt 1 von dem Gute x besitzt, so besagen die Budgetgleichungen, daß jedes einzelne der Wirtschaftssubjekte 1 bis $\delta+1$ seine Vorräte durch Tauschen so lange verändern wird, bis er den höchsten Befriedigungsgrad erreicht hat.

$$C) \quad x_1 - x_{10} + x_2 - x_{20} + \dots = 0$$

$$y_1 - y_{10} + y_2 - y_{20} + \dots = 0$$

Die Gleichungen C besagen, daß bei freier Konkurrenz alle Warenmengen, die auf dem Markte erscheinen, auch gekauft werden.

Unbekannt sind die $m - 1$ Preise der Güter und die $m (\delta+1)$ Gütermengen, die getauscht werden. An Gleichungen stehen $(m - 1) \cdot (\delta+1)$, Gleichungen A, δ Gleichungen B und m Gleichungen C zur Verfügung, so daß die relative Höhe der Preise gegenüber dem Geldgute X bestimmt ist.

Bezeichnen wir mit A, B, C die für die Produktion zur Verfügung stehenden n Rohstoffe und mit $a_{10}, b_{10} \dots, a_{20}, b_{20} \dots$, die Rohstoffmengen, die den Wirtschaftssubjekten 1 bis $\delta+1$ zu Anfang der Produktion zur Verfügung stehen und mit $p_a, p_b, \dots$ die Preise der Rohstoffe. Nennen wir ferner $a, b, \dots$ die Rohstoffmengen einer Unternehmung. A', B' seien die bei der Produktion verbrauchten Rohstoffe, $x, y, \dots$ die erzeugten Konsumgütermengen, $\pi_x, \pi_y, \dots$ die Stückkosten

und $\pi_x, \pi_y \dots$ die Totalkosten der Produktion. $\pi_{ox}, \pi_{oy}, \dots$ die Investitionskosten, damit die Produktion begonnen werden kann, $P_x, P_y \dots$ seine Verkaufserlöse. $A'_o, B'_o, \dots$ seien die Gütermengen die vorhanden sein müssen, damit die Produktion begonnen werden kann, $A'_{ox}, B'_{ox}, \dots$ seien die Gütermengen, die für die Herstellung eines Stückes verwendet werden.

Wir erhalten dann $x_1 + x_2 + \dots = X$. Die Konsumgütermengen müssen sich im Besitze irgendwelcher Wirtschaftssubjekte befinden. Dasselbe gilt für die Konsumgüter $Y \dots$ und für die Produktionsmittel $A, B \dots$. Bezeichnen wir ferner mit o den Endzustand, so muß entsprechend sein: $x_1^o + x_2^o = X^o$ entsprechend für $Y, A, B, \dots$. Es muß ferner sein: $a^o = A_o - A^o$. Die im Gleichgewicht verbrauchten Rohstoffmengen müssen sein gleich dem Unterschied zwischen Anfangs- und Endvorrat.

Wir können die Produktionsgleichung aufstellen:

$$A' = A'_o + F_a(x, y \dots), \quad B' = B'_o + F_b(x, y \dots).$$

Die verbrauchten Rohstoffmengen sind eine Funktion der aus ihnen hergestellten Konsumgüter zuzüglich des eisernen Bestandes A'_o , der vorhanden sein muß, damit produziert werden kann. Die optimalen Produktionskoeffizienten a_x, b_x, a_y, b_y , ergeben sich als die partialen

$$\text{Differentialkoeffizienten } a_x = \frac{F_a}{\delta_x}.$$

Das Substitutionsprinzip wird durch die Gleichung $f(y, c_y \dots) = 0$ ausgedrückt.

Für jedes Gut x erhalten wir die Produktionsgleichung

$$\pi_x d_x = p_a a_x d_x + p_b b_x d_x + \dots,$$

was integriert ergibt

$$\pi_x = \pi_{ox} + \pi_x d_x.$$

Die Bedingung des Kostenminimums wird ausgedrückt durch

$$\frac{\pi_x^o}{\delta b_y} \frac{b_y}{c_y} + \frac{\pi_y^o}{\delta c_y} = 0$$

Wir erhalten so:

$$C_1) \quad x_1 + x_2 \dots = X$$

$$D) \quad a^o = a_x x^o + a_y y^o + \dots$$

$$E) \quad p_x = a_x p_a + b_y p_b + \dots$$

Unbekannt sind die $(\delta+1)$ $(m+n)$ Produktmengen und ihre $(m+n-1)$ Preise, denen die $(m+n) + 2(m+n) - 1$ Gleichungen entsprechen.⁷²

b) Bezeichnen wir mit A das Angebot und mit N die Nachfrage, so muß für jedes der n Konsumgüter bei freier Konkurrenz $A = N$ sein.

Werden dabei von den Produktionsmitteln 1 bis r die Mengen a_{ij} verbraucht und sind q die Preise der Produktionsmittel und p die Preise der Produkte, so gilt:

$$\begin{array}{rcl} a_{11}q_1 + a_{12}q_2 \dots + a_{1n}q_n & = & Ap_1 = n_1 = f(P_1 \dots P_n) \\ a_{21}q_1 + a_{22}q_2 \dots + a_{2n}q_n & = & Ap_2 = n_2 = f(P_1 \dots P_n) \\ a_{r1}q_1 + a_{r2}q_2 \dots + a_{rn}q_n & = & Ap_r = n_r = f(P_1 \dots P_n) \end{array}$$

$$\begin{array}{ccc} R_1 & R_2 & R_n \end{array}$$

Das Gleichungssystem ist also bestimmt, wenn die Koeffizienten a_{ij} , die Rohstoffmengen $\sum^n R$ und die Nachfragefunktionen $\sum^n F(P_1 \dots P_n)$ bekannt sind.⁷³

c) Das ganze System ist unter den Bedingungen bestimmt:

aa) Daß die Einkommen am Ende der Periode unabhängig von den Einkommen am Anfange der Periode sind, das Zeitelement also eliminiert ist.⁷⁴

bb) Daß die Produktionsintegrale eindeutig sind.

cc) Daß gleichgewichtslose Marktformen nicht vorkommen, es also jeweils nur einen Wert P_{ij} gibt, der den Gleichungen genügt.⁷⁵

⁷² Pareto, Cours d'économie politique, S. 539 ff. — W. Zawadzki, Les mathématiques appliquées à l'économie politique, Paris 1914.

⁷³ Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1932, S. 55 ff.

⁷⁴ Morgenstern Oscar, Das Zeitmoment in der Nationalökonomie, Zeitschrift f. Nationalökonomie, Bd. 2, Wien 1931.

⁷⁵ Chamberlin E., The Theory of Monopolistic Competition, Cambridge (Mass.) 1933. — Robinson Joan, The Economics of Imperfect Competition, London 1936. — Eucken Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1941. — Stackelberg Heinrich von, Marktform und Gleichgewicht, Berlin-Wien 1934.

Der Wert der Paretoschen Gleichgewichtsformeln, die von der «Annahme eines gleichen simultanen Rhythmus' aller ökonomischen Erscheinungen ausgehen», dürfte nicht so sehr in ihrer Anwendbarkeit auf die Wirklichkeit als in der Erkenntnis liegen, daß alle wirtschaftlichen Erscheinungen miteinander in Wechselwirkung stehen, die das Gedankenmodell vermittelt.

6. Die logische Grundlage der Theorie der komparativen Kosten

Eine immanente Kritik der Theorie der komparativen Kosten ergibt, daß die einzige logische Voraussetzung, auf der sie beruht, ist, daß für beide Tauschpartner ein relativer Unterschied in der Geschicklichkeit besteht. Es kommt nicht darauf an, ob man unter A und B Individualitäten oder komplexe Gebilde, wie Volkswirtschaften, versteht. Die Theorie bleibt auch gültig, solange geschlossene Wirtschaftskörper irgendwelcher Art miteinander in Austausch treten, solange überhaupt Unterschiede in der Begabung bestehen.

Ändert man das Originalbeispiel Ricardos dahin ab, daß für Portugal das Verhältnis der Erzeugung 60:80 beträgt und für England 120:160, so sind trotz der absoluten Unterschiede in der Produktivität die Produktivitätsverhältnisse in beiden Ländern die gleichen, und es besteht daher kein Grund, einen Warenaustausch vorzunehmen. Die theoretische Möglichkeit dieses Falles zugegeben, würde dies praktisch bedeuten, daß an allen Stellen der Welt Boden- und Arbeitseignung sowie Kapitalausstattung relativ die gleichen wären und allenfalls noch Tendenzen bestehen könnten, die Bevölkerungsdichte in den Teilen höherer Produktivität soweit zu steigern, daß das allgemeine Lohnniveau und die Sozialquote gleich werden würden.

7. Die geometrische Darstellung der Theorie der komparativen Kosten

Trägt man auf den Achsen eines rechtwinkligen Koordinatensystems die Substitutionswerte von Wein und Tuch auf, so erhält man für jedes Land eine Gerade, die durch den Tangens des Richtungswinkels charakterisiert werden kann. Solange die beiden Geraden nicht zusammenfallen, wird es vorteilhaft sein, zu tauschen. Der Preis des Austausches ist durch das Gesetz der Grenzpaare bestimmt und kann aus dem ricardianischen Gesetze allein nicht abgeleitet werden.⁷⁶

8. Die soziologische Bedeutung der Theorie der komparativen Kosten

Voraussetzung dafür, daß die Arbeitsteilung wirksam werden kann, ist die gesellschaftliche Kooperation. Zwischen A und B kann es nur

⁷⁶ Barone, Enrico, Einführung in die Grundlagen der Nationalökonomie, Ed. Stähle, Bonn 1928. — Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, Innsbruck 1902, Aufl. 3, Bd. 2, S. 256.

dann zu einem Austausch kommen, wenn A für die Güter, die B herstellt, einen Bedarf hat und umgekehrt B Güter, die A herstellt, begehrt. Wenn es überhaupt kein Gut gibt, für das ein gemeinsames Bedürfnis besteht, so kann es zu keinem Warenaustausch kommen.

Nähern wir dieses Beispiel der Wirklichkeit an, so müssen wir für jedes einzelne Gut eine variable Bedürfniselastizität einführen.⁷⁷

Im allgemeinen wird wohl angenommen werden können, daß die Bedürfniselastizität bei hohen Preisen kleiner als 1 ist und mit jeder Preissenkung zunimmt. Für den internationalen Handel können wir daraus ableiten, einmal, daß Portugal nur so viel Wein exportieren kann, als es bereit ist, Tuch zu importieren, und ferner, was wichtiger ist, daß nur jene Güter für die Zahlungsbilanz eines Landes von Bedeutung sein können, die Massenartikel darstellen.⁷⁸

Der internationale Handel wird sich im wesentlichen also auf jene Güter beziehen, für die ein allgemeines Bedürfnis besteht, und die daher in allen Ländern abgesetzt werden können.

Betrachtet man diese von Cassel als Welthandels Güter bezeichneten Waren, so können wir feststellen, daß weitaus der größte Teil von ihnen aus unspezifischen Gütern besteht. Eine Sonderstellung nimmt dabei jenes Gut ein, welches nicht wegen seines direkten, sondern wegen seines Substitutionsnutzens geschätzt wird und das allgemein praxeologisches Denken als Geld bezeichnet.⁷⁹

Tatsächlich sind es denn auch Kohle, Eisen und Nahrungsmittel, besonders Weizen, die den Hauptteil des Welthandels ausmachen, weil sie allgemein verwendet werden können, ihre tatsächliche Verwendungsmöglichkeit also von der Bestimmung abhängt, die ihnen der Käufer gibt.⁸⁰

Ob ein solches Gut überhaupt besteht, ist eine Tatfrage. Insofern es besteht, bilden alle jene Länder, die einen gemeinsamen Stoff, z. B. das Gold als Geldgrundlage anerkennen, eine Währungsgemeinschaft. Für die statische Nationalökonomie läßt sich streng nachweisen, daß im

⁷⁷ Marshall, a. a. O., S. 707.

⁷⁸ Marshall, Money, Credit and Commerce, London 1922, Buch 3, Kap. 6: «Der Umfang des Warenaustausches hängt ab von der Gestaltung der Nachfrage, von der Vielseitigkeit der Produktionsmöglichkeit, von der Elastizität des Angebotes.»

⁷⁹ Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in Grundriß der Sozialökonomie, Bd. 1, Tübingen 1914, S. 16.

⁸⁰ Böhm-Bawerk, Grundlagen des wirtschaftlichen Güterwerts, im Böhm-Bawerk, Kleine Schriften, Ed. Hayek, Wien 1923.

Gleichgewichtssystem die relativen Preise der Güter bestimmt sind, daß aber die absolute Höhe der Preise von der Wahl des Geldgutes abhängt.⁸¹

Sind verschiedene Wirtschaftsgruppen gegeben, die mit verschiedenen Geldgütern arbeiten, so kann ein Gleichgewicht nicht mehr bestehen, weil nur der Preis eines Gutes als Geldgut fixiert werden kann. Wie weit sich diese Auswirkung des Gresham'schen Gesetzes tatsächlich fühlbar macht, hängt davon ab, welche Bedeutung der Außenhandel im Wirtschaftssystem der betreffenden Gesellschaftsgruppe einnimmt.⁸²

Das Entstehen eines Außenhandels, der das inländische Preisniveau beeinflußt, hängt wesentlich davon ab, daß sich unter dem Einflusse Englands die Goldwährung allgemein durchsetzte. Der Zusammenbruch des Welthandels ist nicht zuletzt eine Folge des Zusammenbruchs der Goldwährung.⁸³

Ein Wiederaufbau des Welthandels wird umso leichter möglich sein, je größer der Binnenmarkt der Länder ist, deren Währung zum neuen Austauschmedium gemacht wird.

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß die relative Preishöhe der einzelnen Länder noch nicht bestimmt ist.⁸⁴

Die Bewegung, die von den Welthandelsgütern ausgeht, kann auch immer nur partiell sein und das inländische Preisniveau empfindlich stören.⁸⁵

Solange der tatsächliche Warenaustausch von den Bedürfnissen abhängt, die mit Kaufkraft versehen auf dem Markte erscheinen, kann eine Theorie der Autarkie nur so aufgebaut werden, daß man entweder z. B. durch Devisenbestimmungen oder durch Aenderung der Bedürfnisskalen der kaufwilligen Gesellschaftsgruppen die Kaufkraft zu ändern versucht.

a) Die erste dieser Möglichkeiten ist ein Spezialfall einer Theorie der Preistaxen. Es besteht immer die Gefahr, daß ein schwarzer Markt

⁸¹ Vergleiche 5a S. 30—31.

⁸² Edgeworth, *The Pure Theory of International Values*, in *Papers Relating to Political Economy*, Vol. 2, S. 52, London 1925.

J. S. Mill, a. a. O., Buch 3, Kap. 18: «Das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz hängt ab von der Größe der Volkswirtschaft und von der Elastizität der Nachfrage.»

⁸³ Cassel, *Das Geldproblem der Welt*, München 1921, und Cassel, *Das Geldwesen seit 1914*, Leipzig 1924.

⁸⁴ Ohlin, *International Price Relations*, Washington, 1922.

⁸⁵ Pigou, *Essays in Applied Economics*, London 1930, S. 166.

entsteht, sei es, daß die inländischen Güter vom Markte verschwinden, oder, daß sich im Auslande, wo die Währungsnotierung nicht mehr vom Willen des Staates abhängt, ein Währungskurs entsteht, der der offiziell aufrechterhaltenen Parität nicht entspricht.⁸⁶

b) Die andere Möglichkeit, mit Hilfe eines metaökonomischen Momentes die Bedürfnisskalen zu ändern, entweder indem man Kanonen statt Butter haben will, oder mit dem Schlagworte «Kauft einheimische Waren» den internationalen Handel unterbindet, überschreitet die Grenze der Nationalökonomie. Aus nationalen oder sonstigen Gründen mag es erstrebenswert sein, lieber teuren einheimischen Weizen statt billigen kanadischen Weizen zu konsumieren. Innerhalb der Katallaktik werden Güter begehrt, weil sie eine höhere Wertschätzung genießen. Ob diese Wertschätzung darauf beruht, daß die Güter in Zürich oder in Paris hergestellt worden sind, kann die Nationalökonomie nicht mehr interessieren. Ein Hinweis auf das ricardianische Vergesellschaftungsgesetz und die Vorteile der Arbeitsteilung wird nicht genügen, um zukünftige Kriege zu verhindern. Für die Nationalökonomie als Wissenschaft sind jedoch nur die Handlungen als solche von Bedeutung und nicht die Motive, die zu den Handlungen führen. In diesem Sinne sind alle wirtschaftlichen Entschlüsse rational, weil sie den Wertschätzungen der Wirtschaftssubjekte entsprechen. Das Problem des homo oeconomicus löst sich damit in die Frage auf, wie lange Menschen aus ideologischen Gründen bereit sind, eine schlechtere Güterversorgung zu ertragen.⁸⁷

9. Zusammenfassung

Wir können die Betrachtung Ricardos schließen, indem wir feststellen, was er seinen Nachfolgern zu tun übrig ließ.

a) Ricardo kennt zwei Länder. Die ausgebaute Theorie der komparativen Kosten muß untersuchen, was geschieht, wenn an die Stelle von England und Portugal die ganze Welt tritt. Die Antwort ist bei Ricardo schon vorweggenommen, weil natürlich die Effekte noch vorteilhafter sein müssen.

⁸⁶ Mises, Art. Preistaxen, Hwb. d. Staatsw. — Machlup, Art. Devisenbewirtschaftung, im Hwb. des Bankwesens, Berlin 1933.

⁸⁷ Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz, in Kleinen Schriften a. a. O. — Mises, Die Nationalökonomie, Buch 1.

b) An die Stelle von Wein und Tuch werden in Wirklichkeit alle Waren treten, die in den betreffenden Ländern erzeugt werden können.

c) Ricardo bestimmt noch nicht den genauen Preis, zu dem die Güter ausgetauscht werden, doch kann man bereits bei ihm ableiten, daß Bedingung des Gleichgewichtes der Ausgleich der Zahlungsbilanz ist.

d) In anderem Zusammenhange zeigt Ricardo zwar, daß durch den internationalen Handel die Löhne steigen werden, untersucht aber nicht die Höhe des Realloohniveaus. Von seinem Standpunkte aus ist dies verständlich, weil er sich zu Anfang seiner Untersuchung auf das eherne Lohngesetz festgelegt hatte. Er konnte also nur beweisen, daß die Grundrente sinken würde, der Beweis für die Steigerung des Profites lag Ricardo fern und wäre theoretisch auch nicht zu führen.

e) Ricardo kennt nur fixe Kosten. Was geschieht, wenn die Kosten variabel werden, und ist die Theorie der komparativen Kosten dann als allgemein gültiges Gesetz zu betrachten?

f) Ricardos Werttheorie war falsch. Der Beweis, daß das Gesetz der komparativen Kosten von der Werttheorie unabhängig ist, wurde bereits geführt. Kann man aber von der Grenznutzentheorie aus das Gesetz der komparativen Kosten beweisen?

g) Ricardo kennt nur das log-run-Argument. Gibt es Situationen dynamischer Natur, wo Zölle vorteilhaft sind, oder noch allgemeiner gesagt, gibt es eine dynamische Theorie, in der Ricardo widerlegt werden kann? — Vergessen wir aber darüber nicht, was Ricardo bewiesen hat?

h) Durch die Arbeitsteilung werden alle Völker, die an ihr teilhaben, reicher.

i) Sie werden umso reicher, je mehr Völker sich anschließen.

k) Der Umstand, daß ein Land Schutzzölle hat, spricht nicht gegen den Freihandel.

l) Ob Länder reicher oder ärmer sind, wird von ihrer Ausstattung mit ursprünglichen Produktionsfaktoren abhängen, der Freihandel wird sie nur reicher machen.

m) Ricardo setzt seine liberale Zeit voraus. Was bleibt übrig von seiner Theorie im Zeitalter des Interventionismus, und kann man auf anderen Grundlagen überhaupt eine interventionistische Theorie des Außenhandels aufstellen?

2. KAPITEL

Die Kaufkraftparitätentheorie

I. Die Formulierung der Theorie

Es seien zwei Länder gegeben, z. B. England und die Schweiz, wobei eine Ware in England 1 £ und dieselbe Ware in der Schweiz 17 Fr. kostet.

Wenn es möglich ist, die Ware entweder in England oder in der Schweiz zu kaufen, so werden die Käufer die Ware dort beziehen, wo sie billiger ist. Nehmen wir an, der Wechselkurs England-Schweiz stände auf $1 \text{ £} = 20 \text{ Fr.}$, so wäre es offenbar vorteilhafter, Waren in der Schweiz zu beziehen und nach England zu importieren. Dadurch müßte in England eine Nachfrage nach Schweizer Franken entstehen, die so lange andauern würde, bis der Devisenkurs auf 1:17 gesunken wäre. Wir können also behaupten, daß auf die Dauer zwei gleiche Waren auf einem vollkommenen Markte nicht verschiedene Preise haben können.⁸⁸

1. Die Gleichheit der Waren

Die erste Bedingung, damit der Mechanismus zu spielen beginnen kann, ist, daß sowohl in der Schweiz als auch in England Waren bestehen, die von den Einwohnern beider Länder begehrt werden.

a) Zunächst kommen die Welthandelsgüter in Frage. Wir verstehen darunter Rohstoffe, die allgemein begehrt werden und von einer Viel-

⁸⁸ The law of indifference cf. Jevons John Stanley, *The theory of Political economy*, London 1872, Page 87.

zahl von Ländern produziert werden, mit dem Erfolge, daß für sie ein Weltmarkt besteht, auf dem freie Konkurrenz herrscht. Typische Beispiele solcher Waren wären der Weizen oder die Kohle, ferner Gußeisen und manche andere Metalle, die, wie etwa Kupfer, in einer Vielzahl von Ländern vorkommen.

b) Eine zweite Gruppe von Waren ist gleichfalls für die Währungsparitäten von Bedeutung, weil sie gerade nicht allgemein erzeugt werden, sondern hoch spezialisierte Produkte des einen oder anderen Landes darstellen, die allgemein begehrt sind. Hierher gehören die Spezialitäten der Maschinenindustrie oder der Portwein, an den Ricardo dachte. Man hat ausgerechnet, daß, wertmäßig gesehen, die Bedeutung dieser zweiten Gruppe viel größer als diejenige der Welthandels Güter ist.⁸⁹

c) Eine dritte Gruppe von Gütern ist dadurch gekennzeichnet, daß manche Länder für sie ein Monopol besitzen. So wird die Preisbildung für Kaffee das Preisniveau Brasiliens entscheidend beeinflussen.

Der Kaffeepreis ist jedoch kein freier Marktpreis, weil Brasilien auf der einen Seite versucht, den Cournotschen Punkt zu erreichen, und andererseits andere Länder, wie z. B. Guatemala, aus der Valorisationspolitik Brasiliens Vorteil ziehen.

2. Importwaren und Exportwaren

Im Anschlusse an Marshall können wir die Produktion eines jeden Landes in einer Reihe klassifizieren, die mit jenen Gütern beginnt, für die das Land kostenmäßig einen Exportvorteil hat, und die wir mit A, B, C, . . . bezeichnen wollen. Es folgen dann jene Waren, die sowohl im Inlande als im Auslande gleich gut hergestellt werden können und die E, F, G . . . heißen mögen. Am Ende der Reihe stehen dann die Güter, die unter allen Umständen billiger vom Auslande bezogen werden können.⁹⁰

Um ein einheitliches Wertmaß zu haben, setzen wir Einheitsbales fest, die für jede der Waren verschiedene Quantitäten, aber gleiche Werte repräsentieren. Man wird dann damit beginnen, A zu exportieren, um damit das Bedürfnis nach Z zu befriedigen. Die Bedingung

⁸⁹ Brentano Lujo, Die Schrecken des überwiegenden Industriestaates, passim.

⁹⁰ Marshall A., Industry and Trade, London 1923, S. 23. — Marshall A., The Pure Theory of Foreign Trade, London 1873, Appendix I.

dafür, daß der Austausch sich unter diesen Umständen ständig vollziehen kann, ist offenbar, daß die Zahlungsbilanz der in Frage kommenden Länder ständig ausgeglichen ist.

3. Die Mehrheit der Länder

Die nächste Annäherung an die Wirklichkeit, die wir vornehmen müssen, besteht darin, daß wir nicht mehr von zwei Ländern allein sprechen, sondern annehmen, daß alle miteinander im Handelsverkehr stehenden Länder miteinander austauschen.⁹¹

a) Für ein beliebiges Land, z. B. England, ist es, solange alle Länder zahlungsfähig sind, gleichgültig, ob es gegenüber Frankreich aktiv und gegenüber Spanien passiv ist, solange die Gewißheit besteht, daß Frankreich und Spanien untereinander die Spitzen ausgleichen können.

b) Würde man unter einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz in diesem Zusammenhange eine Bilanz verstehen, die durch Goldverschiffungen ausgeglichen wird, so wäre offenbar jede Bilanz ausgeglichen. Es ist aber auch nicht notwendig, daß in jedem einzelnen Momente ein vollkommenes Gleichgewicht besteht. England kann an Argentinien vorübergehend eine Anleihe gewähren unter der Voraussetzung, daß diese Kapitalanleihe freiwillig erfolgt, und daß die Rückzahlung gesichert erscheint.

Der Begriff der Handelsbilanz bezieht sich auf den Austausch von Waren. Dieser ist jedoch kein einseitiger Akt, sondern setzt einen Rückfluß des Gegenwertes voraus, der gleichzeitig erfolgen kann, aber nicht erfolgen muß.

Durch die Erweiterung des Warenbegriffes erhalten wir die erweiterte Handelsbilanz. In ihr treten auch die Transport- und Versicherungsleistungen auf, die im Falle eines Landes wie England große Bedeutung gewinnen können.

Damit aus der Handelsbilanz die Zahlungsbilanz wird, müssen wir den Kapitalverkehr mit einbeziehen. Einmal bedeutet dies die Ertragsbilanz, die Zinsen der im Auslande investierten Kapitalien, daneben aber auch die Kapitalverkehrsbilanz, die einmaligen Wertübertragungen.

Normalerweise kann jedes Defizit der Kapitalverkehrsbilanz durch

⁹¹ Edgeworth, F. Y., *Papers Relating to Political Economy*, Bd. 2, London 1925.

Gewährung einer Anleihe ausgeglichen werden, und es wird auch ausgeglichen werden, wenn man bereit ist, zwei Bedingungen zu erfüllen.

aa) Es muß das Vertrauen in die Rückzahlung der Anleihe bestehen.

bb) Es muß die Grenzproduktivität des Kapitals in dem geldsuchenden Lande soweit steigen, daß es vorteilhaft wird, Anleihen zu gewähren. Auf lange Sicht gesehen kann dies durch Sparen geschehen. Auf kurze Sicht ist es nur möglich, wenn die Grenzproduktivität der Arbeit, bzw. der Lohn soweit gesenkt wird, daß das Kapital relativ knapp ist.^{92 93}

4. Die Wirksamkeit der Kaufkraftparitäten

Sollte der Bedarf nach Gütern X, Y, Z in England stark steigen, so wird man sich fremde Zahlungsmittel beschaffen müssen, die man in jedem gegebenen Momente nur erhalten können, wenn man bereit ist, einen höheren Preis, als er sonst auf dem Markte bestehen würde, zu bezahlen.

a) Solange ein privates Bankensystem besteht, werden die Banken einen Anreiz haben, diese Preisdifferenz auszunützen, indem sie dem Lande mit passiver Zahlungsbilanz Kredite gewähren. Diese Kredite müssen natürlich teurer sein als die Zinsen, die die Banken in ihren eigenen Ländern erzielen könnten, weil sie neben ihrem Gewinne noch eine Risikoprämie erhalten.

b) Die Folge wird sein, daß in dem kapitalbedürftigen Land der Zinsfuß steigen wird und damit ein Anreiz geschaffen wird, daß ein Kapitaltransfer nach dem Lande der passiven Zahlungsbilanz erfolgt. Im größten Maße war dies der Fall zur Zeit der Industrialisierung des amerikanischen Kontinents und in einem gewissen Maße auch auf dem Balkan, während z. B. die Industrialisierung Rußlands durch Frankreich vor dem ersten Weltkriege überwiegend aus politischen Gründen erfolgte.

c) Die unmittelbare Folge der gestiegenen Nachfrage wird eine Verschlechterung der Währungsparität sein. Weil Z nachgefragt wird, wird A in der Währung des Exportlandes billiger werden, und es kann vorteilhaft sein, an Stelle von bisher nur A auch B und C zu exportieren.

⁹² Röpke W., Weltwirtschaft und Außenhandelspolitik, Berlin 1931, S. 22.

⁹³ «You appear to me not sufficiently to consider the circumstances which induce one country to contract a debt to another. In all cases you bring forward, you always suppose the debt already contracted.» Letters to D. Ricardo to Th. R. Malthus, Ed. Bonar J., S. 11, Oxford 1887.

Gleichzeitig wird auch Z teurer, und man wird vielleicht die Menge von X oder Y, die man sonst importiert hätte, einschränken. Es wird so unter allen Umständen einen Punkt geben, an dem die Zahlungsbilanzen der beteiligten Länder ausgeglichen sind.⁹⁴

II. Das innere Preisniveau

1. Die Kostengestaltung der Exportindustrie

Gehen wir von dem Punkte aus, an dem Portugal Wein nur für den eigenen Bedarf produzierte, und nehmen wir an, daß England eine zusätzliche Nachfrage nach Wein entwickelt.

a) Innerhalb der weinproduzierenden Betriebe Portugals wird eine Kostenschichtung bestehen. Es wird Betriebe geben, die z. B. infolge einer Fruchtbarkeitsrente oder einer Rente der Lage Wein sehr billig herstellen, und es wird andere Betriebe geben, die nur zu sehr teuren Preisen zu produzieren in der Lage sind.

Ehe England auf dem Markte auftaucht, wird sich der Preis so gebildet haben, daß der teuerste Betrieb, der zur Befriedigung der Nachfrage noch notwendig war, als Grenzproduzent arbeitete und die übrigen Betriebe Differentialrente bezogen.

Die zusätzliche Nachfrage Englands muß bewirken, daß sich das Grenzproduktionsniveau nach oben verschiebt und andere Betriebe herangezogen werden, die bisher zu teuer für die Produktion waren.

b) Vom Standpunkte der Weltökonomie aus gesehen ist diese Preissteigerung auf keinen Fall schädlich. Bei Freihandel wird der Wein immer dort produziert werden, wo er am billigsten ist. Der angenommene Fall besagt nur, daß die ganze Zeit über ein latentes Bedürfnis nach Wein bestanden hat, welches die Konsumenten, sobald sie dazu imstande waren, geltend gemacht haben, daß infolgedessen mehr Wein-

⁹⁴ Goschen G. J., *Theorie der Wechselkurse*, London 1875. — Obst G., *Geld-, Bank- und Börsenwesen*, Stuttgart 1926. — Schmidt Fritz, *Der Zahlungsverkehr*, Bd. 2, *Zahlungsverkehr und Wechselkurs*, Leipzig 1927. — Flux A. W., *Foreign Exchanges*, London 1925.

boden benötigt wurde und einzig aus diesem Grunde mehr Wein gebaut worden ist.

Der Wein scheint teurer geworden zu sein; dasselbe wäre aber mit jedem anderen Gute passiert, dessen inländische Nachfrage plötzlich gestiegen wäre.

Innerhalb der Produzenten Portugals wird sich auch vor Auftreten der englischen Nachfrage ein Kampf abgespielt haben. Die Produzenten A, B, C werden jeder versucht haben, so billig als möglich zu produzieren. Solange C allein in der Lage war, den ganzen Bedarf zu decken, hätte er es sicher getan und hätte A und B vom Markte verdrängt. Die Güter wären so billiger geworden und die Konsumentenrente wäre gestiegen. Wenn dies nicht eingetreten ist, so nur deshalb, weil C seine optimale Betriebsgröße bereits erreicht hatte.

c) Für den allgemeinen Kostenverlauf können wir annehmen, daß die Grenzkosten zunächst sinken und dann zu steigen beginnen. Die Durchschnittskosten werden auch, aber weniger schnell, abnehmen, und Grenzkosten und Durchschnittskosten werden sich in dem Punkte schneiden, in dem die Betriebe ihren größten Gewinn erzielen.⁹⁵

Solange freie Konkurrenz besteht, werden die Marktparteien den Preis als Gerade auffassen und Preis, Durchschnittskosten und Grenzkosten werden sich in einem Punkte schneiden, der betriebliches und volkswirtschaftliches Optimum darstellt.

Die Voraussetzung dafür, daß die Preisgerade fällt und die einzelnen Wirtschaftssubjekte den optimalen Preis bei einer geringeren Menge erreichen, ist, daß sie glauben, einen Einfluß auf die Preisgestaltung zu haben. Wenn auf dem Markte nur wenige Konkurrenten vorhanden sind, kann der Fall eintreten, daß die Unternehmer ein Kartell bilden, was aber eine Frage der internen Konkurrenz und nicht eine Frage der Außenhandelstheorie im engeren Sinne ist.⁹⁶

d) Insofern durch einen Schutzzoll die Produktion in einem größeren Maße angeregt werden würde, als der Verlust beträgt, den die Konsum-

⁹⁵ Stackelberg, Heinrich von, Grundlagen einer reinen Kostentheorie, Berlin-Wien 1932, S. 90. — Stackelberg H. von, Marktformen und Gleichgewicht, Berlin-Wien 1934, S. 44.

⁹⁶ Schüller R., Schutzzoll und Freihandel, Wien 1905, S. 130. — Manioilescu M., Théorie du protectionisme et de l'échange international, Paris 1929. — Graham F. D., Some Aspects of Protectionism further Considered, Quarterly Journal of Economics, Bd. 37, 1923. — Morgenstern Oscar, Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie, Zsch. f. Nationalökonomie, Bd. 2, Wien 1931.

menten erleiden, müßte man annehmen, daß fallende Kostenkurven vorkommen. Ansonsten werden immer Produktionsmittel verwendet werden, die ohne Eingriff für eine dringendere Verwendung zur Verfügung gestanden wären. Nur wenn Ueberschußkapazitäten an spezifischen Produktionsmitteln bereits vorhanden sind und nicht, wenn sie, wie Schüller und Manioilescu es wollen, neu geschaffen werden, kann der Schutzzoll das kleinere von zwei Uebeln sein.

2. Der Kartellpreis

Selbst unter der Annahme vollkommener Konkurrenz und steigender Grenzkosten muß durch den Außenhandel die Preissteigerung in den Exportindustrien nicht *notwendig* eintreten. Es kann sein, daß etwa im Inlande nur 1000 Stück einer Ware A zum Preise von Fr. 100.— abgesetzt werden können. Gelingt es nun, durch den Export weitere 9000 Stück abzusetzen und die Selbstkosten durch Aenderung der Produktionstechnik, z. B. durch Mechanisierung, auf Fr. 50.— herabzudrücken, so erzielen die Konsumenten selbst dann einen Gewinn, wenn der Preis der Ware im Inland Fr. 90.— und im Auslande Fr. 50.— beträgt.⁹⁷

a) Durchaus zuzugeben ist, daß im allgemeinen der Fall nicht so einfach liegt, sondern daß man als Ueberrest der letzten Konjunktur Zusatzkapazitäten hat, die nur auf diese Weise beschäftigt werden können. Jedenfalls ist diese Art von Dumpingexport kein unbedingtes Argument gegen den Außenhandel.⁹⁸

b) Schwerwiegender ist, daß diese Sorte Kartellpolitik nur mit Schutzzöllen durchgeführt werden kann. Wenn die einheimische Industrie nicht durch einen Zoll geschützt wäre, so würde sich nichts weiter ereignen, als was 1922 in Deutschland geschah, als man Stahl nach Holland verkaufte, bis die Vereinigten Stahlwerke feststellten, daß die Bestellungen für Schiffe ausblieben, weil die Holländer sie mit deutschem Stahl billiger an die deutschen Werften verkaufen konnten.

c) Alfred Marshall verteidigt die Schutzzölle mit dem Hinweis auf die External Economies. Es ist ein Fall denkbar, wo ohne Schutzzölle

⁹⁷ Schüller, a. a. O., S. 291. — Viner, Art. Dumping, *Encyclopedia of Social Sciences*. — Yntema Th., The Influence of Dumping on Monopoly Price, *Journal of Political Economy*, Bd. 36, 1928.

⁹⁸ Strigl, R. von, Einführung in die Grundlagen der Nationalökonomie, Wien 1936.

Industrien nicht entstehen würden und daher Kommunikationswege nicht gebaut werden würden, weil niemand daran ein Interesse hätte, während, wenn einmal die Industrien bestehen, diese auch nach Abschaffung des Schutzzolls exportfähig sind. Dieser Fall, obwohl theoretisch denkbar, setzt aber voraus, daß einheimische Arbeitskräfte im Ueberfluß vorhanden sind, daß einheimische Produktionsfaktoren, die man sonst nicht verwendet hätte, zur Verfügung stehen, und daß man keine Waren aus dem Ausland beziehen muß, um die Fabriken aufzubauen.^{98a}

d) Das Gesetz vom abnehmenden Ertrage gilt nur unter der Voraussetzung gleichbleibender Technik. Wenn es gelingt, infolge der gestiegenen Kapazität eine neue Technik einzuführen, was bei vielen Industrieprodukten und bei der industriellen Weiterverarbeitung von Agrarprodukten der Fall sein kann, so haben beide Länder gewonnen.⁹⁹

e) Der Kartellpreis scheint, wenigstens solange es sich um ein Preiskartell handelt, der Monopolpreis zu sein. Wenn es sich um ein Quotenkartell handelt, so muß der höchste Preis gefunden werden, unter der Voraussetzung, daß ein jeder Produzent das Anrecht hat, eine bestimmte Menge abzuliefern.

aa) Für jeden einzelnen Betrieb können wir eine Tabelle aufstellen, die seine Grenzkosten für den Fall einer bestimmten Produktionsmenge angibt. Summe der Produktionsmenge mal Preis des Grenzproduzenten ergibt die Angebotsmenge, der bei bekannter Gestaltung der Nachfragekurve ein eindeutiger Marktpreis entspricht.¹⁰⁰

bb) Die so vorgestellte Gleichgewichtssituation ist nur so lange stabil, als alle beteiligten Betriebe über so große Kapazitäten verfügen, daß sie in der Lage sind, jede geforderte Menge zu liefern. Dies setzt aber andererseits eine annähernde Gleichheit der Selbstkosten voraus und bedeutet einen ständigen Anreiz für die stärkeren Betriebe, in den Zeiten des wieder beginnenden Aufschwunges ihre Kapazität auf Kosten der anderen Kartellmitglieder auszunützen und so das Kartell zu sprengen.¹⁰¹

^{98a} Marshall A., *Industry and Trade*, a. a. O. — Beckerath, *Der moderne Industrialismus*, Jena 1932. — Robinson E. A., *The Structure of Competitive Industry*, London 1931.

⁹⁹ F. X. Weiß, *Art. Abnehmender Ertrag*, Hwb. d. Staatswissenschaften.

¹⁰⁰ Jöhr, *Theoretische Grundlagen*, a. a. O.

¹⁰¹ Kuhr, *Die ruinöse Konkurrenz*, Berlin 1936.

3. Das inländische Lohnniveau

Die Exporteure, die sich der gestiegenen Nachfrage gegenübersehen, werden imstande sein, höhere Löhne zu zahlen und werden dies auch so lange tun, als sie noch einen Gewinn erzielen. In einer ähnlichen Lage werden sich die Grundbesitzer befinden, insoweit die neuen Produktionen, besonders bei Agrarprodukten, Boden beanspruchen. Die Kapitalbesitzer werden von der Zinssteigerung profitieren, die aus dem neuen Kapitalbedarf resultiert und werden als Unternehmer Differentialrenten beziehen. Andererseits werden sie auf bestehenden Anlagen Verluste erleiden. Das Erhaltungszollargument ist nur soweit anwendbar, als es sich um einen vorübergehenden Ausgleich handelt.

4. Die Elastizität der Nachfrage

Dem gegenwärtigen Verluste der Kapitalbesitzer wird auf die Dauer gesehen ein viel größerer Gewinn gegenüberstehen. Sobald sie überhaupt exportieren können, werden sie versuchen, so viel als möglich zu exportieren. Sie werden dieses Ziel nur erreichen können, wenn sie ihre Preise von der ursprünglichen Höhe, die diese hatten, ehe Freihandel bestand, senken. Die Senkung der Preise wird aber umsatzsteigernd wirken, und selbst wenn die Stückgewinne zurückgehen sollten, werden die Kapitalbesitzer verdient haben.

Die eigentliche Schwierigkeit des Problems liegt in der Beschaffung des notwendigen Sachkapitals. Damit die Fabriken gebaut werden können, muß das Geld entweder aus dem Auslande kommen, oder es muß im Inlande gespart werden. Wir sind also gezwungen, zwei Voraussetzungen zu machen: Auf der einen Seite, daß mehr Geld gespart wird und außerdem, daß entweder innerhalb der Volkswirtschaft oder innerhalb der Wirtschaft im allgemeinen mehr konsumiert wird. Diese Voraussetzung läßt sich nur aufrechterhalten, sobald wir annehmen können, daß durch die Produktionsumstellung so große Gewinne entstehen, daß trotz der mit der Umstellung verbundenen Verluste das Sozialprodukt steigt.

Daß das Sozialprodukt steigen muß und umso mehr steigen wird, je schneller die Umstellung erfolgt, erscheint erwiesen. Um auch für kürzere Perioden gültig zu sein, darf die Umstellung jedoch nicht mehr absorbieren als an ersparten Mitteln zur Verfügung steht.

Bezeichnet man mit A, B, C ... die Güter und mit a, b, c ... die Kosten dieser Güter, mit 1, 2, 3 ... die Länder, die tauschen, mit p den im Geld ausgedrückten Preis und mit w den Wechselkurs und mit L das Lohnniveau, so lautet die Bedingung dafür, daß ein Gut Exportgut ist, folgendermaßen:

$$a_1 \cdot L_1 \cdot w < a_2 \cdot L_2$$

und für Importgüter:

$$b_1 \cdot L_1 \cdot w > b_2 \cdot L_2$$

demnach:

$$\frac{a_1}{a_2} < \frac{L_2}{L_1 \cdot w}$$

und:

$$\frac{b_1}{b_2} > \frac{L_2}{L_1 \cdot w}$$

also:

$$\frac{a_1}{a_2} < \frac{b_1}{b_2}$$

Ist die Zahl der Güter beliebig, so erhalten wir die Reihe:

$$\frac{a_1}{a_2} < \frac{b_1}{b_2} < \frac{c_1}{c_2} \dots\dots\dots$$

Das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz erfordert, daß:

$$\frac{L_2}{L_1 \cdot w} = 1$$

Suchen wir die Schlußfolgerung in Worten auszudrücken, so sehen wir, daß, solange exportiert wird, wie ein komparativer Kostenvorteil $\frac{x_1}{x_2} < 1$ besteht und man beginnt zu importieren, sobald $\frac{y_1}{y_2} > 1$ ist.

Die zweite Schlußfolgerung ist, daß ein Gleichgewicht nur dann bestehen kann, wenn das reale Lohnniveau multipliziert mit dem Wechselkurs zu 1 wird. Wenn in einem Lande die Geldlöhne höher sind als der Grenzproduktivität entspricht, so muß der Wechselkurs so lange sinken, bis die Reallöhne sich ausgeglichen haben. Wird anderseits der Wechselkurs künstlich festgesetzt, so kann der Fall eintreten, daß die Reallöhne niedriger sind, als es der Grenzproduktivität entsprechen würde.

Bezeichnen wir mit P_a das allgemeine Preisniveau in A und P_b das allgemeine Preisniveau in B und mit den Indices 1 und 2 zwei Zeitpunkte, ferner mit k die Abweichung von der Kaufkraftparität, so ist die Bedingung dafür, daß der Wechselkurs W der Kaufkraftparitätentheorie entspricht, daß in

$$W_1 : W_2 = \frac{P_{a1}}{P_{b1} \cdot k_1} : \frac{P_{a2}}{P_{b2} \cdot k_2} \cdot k_1 = k_2$$

ist. k hängt nun offensichtlich davon ab, wie weit sich die Preissteigerung der Exportgüter auf das allgemeine Preisniveau auswirkt und ist daher eine Funktion der Größe des Außenhandels im Verhältnis zur Größe des Binnenmarktes und nicht eine Funktion der Geldmenge, die im Umlauf befindlich ist. Daraus folgt, daß, wenn in Zeiten der Geldvermehrung sich die Gewohnheiten eines Volkes nicht in der Weise ändern, daß es aufhört, mit dem Auslande Handelsverkehr zu treiben, eine Aenderung der Geldmenge sich in W ausdrücken muß.¹⁰²

¹⁰² Pigou A. C., *The Foreign Exchanges*, *Quartaly Journal of Economics*, 1922.

3. KAPITEL

Die Theorie der internationalen Werte

1. Die Unbestimmtheit der ricardianischen Lösung

In der von Ricardo gegebenen Form besagt das Gesetz der komparativen Kosten nur, daß das reale Austauschverhältnis in Portugal $\frac{7}{8}$ und in England $\frac{6}{5}$ beträgt. Damit es überhaupt zu einem Tausche kommt, wird sich der Austausch innerhalb dieser Grenzen vollziehen müssen. Ricardo nimmt an, daß sich das Austauschverhältnis 1:1 herausbildet. Die weitere Entwicklung der Theorie erfolgte zunächst durch J. S. Mill.¹⁰³

1920 erschien Marshall's *Industry and Trade*¹⁰⁴, das die bereits 1878 gegebene Lösung nach dem Grenznutzenprinzip wiederholt. Die erste Publikation auf grenznutzlerischer Grundlage erfolgte durch Edgeworth.¹⁰⁵

2. Die moderne Darstellung

Um das Beispiel nicht zu komplizieren, werden wir im folgenden von Importgut und von Exportgut sprechen, uns aber dabei bewußt bleiben, daß es sich in Wirklichkeit um eine Güterreihe handelt, wie auf S. 40 gezeigt wurde. Es handelt sich um das Grenzexportgut, bzw. um das Grenzimportgut, neben denen noch andere Güter bestehen, die mit einem größeren Kostenvorteil importiert, bzw. exportiert werden kön-

¹⁰³ J. S. Mill, *Principles of Political Economy*, London 1848, Buch 5, 3. Kap.

¹⁰⁴ Marshall, *Industry and Trade*, S. 583, 585.

¹⁰⁵ Edgeworth, *The Pure Theory of International Values*, in *Papers Relating to Political Economy*, Vol. 2, S. 5, London 1925.

nen, wobei die genaue Bestimmung der Grenzlinie von den Zöllen und den Transportkosten abhängt, die wir einstweilen als Friktionen betrachten wollten, während es tatsächlich Variable sind, die das Problem mitbestimmen.

«... In den Vereinigten Staaten geben 10 Arbeitstage 20 Einheiten Weizen und 15 Einheiten Leinen. Wenn die Arbeitsstunde in Deutschland 1 \$ kostet, so muß der Lohn in den Vereinigten Staaten mindestens 1,33 \$ betragen und kann höchstens 2 \$ sein.»¹⁰⁶

a) Die erste Gleichgewichtsbedingung, auf die Taußig in seinem Beispiel gar nicht eingeht, ist, daß der Wechselkurs zwischen Deutschland und den USA festgesetzt sein muß. Entweder indem in beiden Ländern Goldwährung herrscht, wie es zu Taußigs Zeiten war, oder aber, daß auf eine andere Weise die Währungen beider Länder ineinander umgerechnet werden können.

b) Die zweite Bedingung besteht darin, daß England gegenüber Portugal ebensoviel importieren wie exportieren muß, bzw. daß, wenn wir zu mehreren Ländern übergehen, die Zahlungsbilanz langfristig ausgeglichen sein müsse, was im Grunde nichts anderes besagt, als daß sich die Kaufkraftparitäten durchgesetzt haben.¹⁰⁷

c) Die dritte Variable, die Taußig annimmt, ist die Höhe des Sozialproduktes, wie sie sich in der Lohnhöhe ausdrückt. Wir können daher die Mill'sche Lösung des Problems so formulieren, daß das reale Austauschverhältnis der Güter so groß sein muß, daß in beiden Ländern gleich viel Arbeitsstunden gebraucht werden und diese Arbeitsstunden verschieden hoch bezahlt werden, oder daß in beiden Ländern verschiedene Arbeitsbedingungen benötigt werden, die Löhne aber gleich sind. Anders ausgedrückt, ein langfristiges Gleichgewicht der Zahlungsbilanz ist nur dann möglich, wenn sich die Lohnniveaus der in Frage kommenden Länder umgekehrt proportional der Grenzproduktivität der Arbeit in diesen Ländern verhalten. Es wird noch zu zeigen sein, daß die scheinbare Beschränkung auf das Lohnniveau fallen gelassen werden kann und wir dann den Begriff der Grenzproduktivität der Summe der Produktionsfaktoren einführen müssen.

¹⁰⁶ Taussig, International Trade, New York, 1929, S. 45.

¹⁰⁷ Vgl. S. 37.

Die Geldlöhne, die bezahlt werden, können sich den Reallöhnen anpassen, und in diesem Fall wird ein stabiles Gleichgewicht weiterbestehen. Tun sie dies nicht, so muß die Währungsparität geändert werden.¹⁰⁸

3. Die Theorie der internationalen Werte als Sonderfall des Gesetzes der Grenzpaare

Vom rein ökonomischen Standpunkte aus besteht zwischen dem internationalen und nationalen Tausch kein Unterschied. Das allgemeine Preisgesetz muß sich daher auf den Tausch zwischen England und Portugal ebenso anwenden lassen, wie auf einen Tausch innerhalb Portugals.

a) Die erste Folgerung, die wir ziehen können, ist, daß die Wertschätzung des Portugiesen für englisches Tuch höher sein muß als für seinen eigenen Wein und umgekehrt die Wertschätzung des Engländers für portugiesischen Wein höher als für sein eigenes Tuch, damit ein Tausch überhaupt zustande kommt.

b) Wenn der Portugiese in Portugal nur ein Austauschverhältnis von $\frac{7}{8}$ erzielen kann, wird er bereit sein, nach England zu liefern, sobald ihm mehr als $\frac{7}{8}$ geboten wird. Der Engländer wird seinen Wein in dem Momente in Portugal kaufen, wo er ihn zu einem billigeren Preise als $\frac{6}{5}$ bekommt. Die scheinbare Unbestimmtheit der ricardianischen Lösung ist also von derselben Art, wie die Unbestimmtheit, die sich beim isolierten Tausch für Böhm-Bawerk ergibt.¹⁰⁹

Wenn sich auf einem nationalen Markte nur ein Käufer und ein Verkäufer gegenüberstehen, im Momente also, wo bilaterales Monopol herrscht, wird die Obergrenze des Preises von der Wertschätzung des Käufers und die Untergrenze von der Wertschätzung des Verkäufers gebildet. Innerhalb dieses Spielraums liegt im nationalen wie im internationalen Handel das Gebiet der Macht.¹¹⁰

c) Daraus folgt zunächst, daß sich die Grenzen der Preisbildung sehr erweitern, sobald es gelingt, den internationalen Handel in die Form des bilateralen Monopols überzuführen.

Dieser Fall liegt dann vor, wenn sich zwei Länder mit totalem Clea-

¹⁰⁸ Colm, Das Gesetz der komparativen Kosten, das Gesetz von der komparativen Kaufkraft. W. W. A., Bd. 32, 1930, S. 371.

¹⁰⁹ Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, Innsbruck 1902, Bd. 2, S. 297.

¹¹⁰ Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz, in Böhm-Bawerk Kleine Schriften, a. a. O.

ring gegenüberstehen. In einem Verträge, der zwischen zwei staatlichen Außenhandelsstellen, die über ein Monopol verfügen, abgeschlossen wird, wie z. B. bei den deutschen Kohlenlieferungen nach Italien, wird die Obergrenze des Preises durch die Wertschätzung der Italiener für Kohle gebildet, während die Untergrenze in den Wertschätzungen Deutschlands für die Kosten der Kohlenproduktion gesucht werden muß. Dabei ist zu präzisieren, daß es sich nicht mehr um die Wertschätzung eines Konsumenten handelt, sondern um die Wertschätzung von Marktparteien, die nur indirekt von den Kosten und von dem Ertrage betroffen werden. Wenn z. B. während des Krieges Kohle nur aus Deutschland zu haben war, war die Wertschätzung der Italiener sehr hoch, während umgekehrt die Wertschätzung der deutschen Wirtschaftslenkung, die ja das Arbeitsleid des Kohlenarbeiters nicht persönlich empfand, sehr niedrig sein könnte.¹¹¹

d) Stehen sich mehrere Käufer und Verkäufer gegenüber, so wird die Untergrenze des Preises immer noch durch die Wertschätzung des Verkäufers gebildet, zu der subsidiär die Wertschätzung des letzten Käufers tritt, der nicht mehr zum Kaufe kommt. Diese Folgerung der reinen Monopoltheorie erklärt, wieso sich ein Land mit totaler Wirtschaftslenkung, z. B. Rußland, auf dem Weltmarkte den liberalen Ländern gegenüber im Vorteil befindet. Die Konkurrenz der möglichen Abnehmer untereinander wird den Preis so weit wie möglich in die Höhe treiben. Wir können diesen Satz im Hinblick auf die Devisenbewirtschaftung auch so formulieren, daß sich ein Land immer so lange im Vorteil befindet, als seine eigenen Devisenbestimmungen strenger sind als die des Auslandes. Die Unterbindung der freien Konvertierbarkeit des Pfundes in USA-Dollars wird die englische Handelsbilanz genau so lange verbessern, als die USA nicht zu Gegenmaßnahmen schreiten.

Der große Schönheitsfehler dieser Art der interventionistischen Wirtschaftspolitik besteht jedoch darin, daß so der Austausch auf einen bi-

¹¹¹ «Beim isolierten Tausch zweier Tauschlustigen setzt sich der Preis innerhalb eines Spielraumes fest, dessen Obergrenze die subjektive Wertschätzung der Ware durch den Käufer, dessen Untergrenze ihre Wertschätzung durch den Verkäufer bildet.»

«Auf welchem Punkt aber zwischen 100 und 300 Gulden sich der Preis fixieren wird, läßt sich nicht mit Sicherheit vorausbestimmen. Jeder sich dazwischen bildende Preis ist ökonomisch möglich... je nachdem der Käufer oder der Verkäufer in der Führung der Unterhandlungen größere *Gewandtheit, List, Hartnäckigkeit, Ueberredungskunst* zeigt.»

Böhm-Bawerk, E. von, *Positive Theorie des Kapitals*, 4. Aufl., Jena 1921.

lateralen Handelsverkehr beschränkt wird. Beide Länder sind daran interessiert, einen Ausgleich des Clearings zu erzwingen. Zu diesem Zwecke wird das Land A vielleicht gezwungen sein, aus B Waren einzuführen, für die ein so dringliches Bedürfnis gar nicht besteht, oder B wird, damit eine Clearingspitze nicht entsteht, Produktionen aufnehmen oder subventionieren müssen, die sonst nicht vorkommen würden. In solchen Monopolstellungen besteht rein ökonomisch gesehen kein Unterschied gegenüber einem privaten Monopol. Solange Uran 235 nur in Belgisch-Kongo produziert werden kann, besteht ein Angebotsmonopol auch ohne staatlichen Eingriff. Soweit Unterschiede bestehen, sind sie institutioneller Natur. Rohstoffmonopole, wie in dem erwähnten Beispiel, sind selten, während durch Schutzzölle und in extremen Fällen Handelsverbote beliebige Güter monopolisiert werden können. Ferner ist gegen einen privaten Schuldner eine Zwangsvollstreckung immer möglich, während der internationale Handel in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gerade dadurch gekennzeichnet war, daß die Staaten dazu übergingen, ihre Schulden nicht zu bezahlen. Durch die Bancroft-Doktrin ist die Zwangsvollstreckung gegen einen Staat, der seine Schulden nicht bezahlen will, verboten worden, und es kann sich dann die Situation ergeben, daß man vor der Wahl steht, den Handelsverkehr abubrechen oder eine Clearingspitze mit in Kauf zu nehmen, deren Einlösung immer zweifelhafter wird.¹¹²

In einer derartigen Situation befand sich etwa die Schweiz, die an Deutschland Waren liefern mußte, obwohl deren Bezahlung ausgeschlossen schien, aus dem einfachen Grunde, weil Deutschland mit Repressalien politischer Natur drohte.¹¹³

Je größer die Zahl der clearingfreien Zahlungen ist, umso größer ist die Gefahr der Entstehung eines schwarzen Marktes. Ein partielles Clearing, das eingeführt wurde, um die Währung zu schützen, zeigt die Tendenz, sich in ein totales Warenclearing zu entwickeln.¹¹⁴

4. Das Gesetz der Grenzpaare beim freien Handelsverkehr

In einem liberalen Wirtschaftssystem wird in jedem der beiden miteinander im Verkehr stehenden Länder eine Kostenschichtung der Be-

¹¹² Verdross, Völkerrecht, Wien 1936.

¹¹³ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Wirtschaftsbeziehung mit dem Auslande, 1946.

¹¹⁴ Bürki Jean, L'influence des accords de clearing, Diss., Neuchâtel 1942.

triebe bestehen. Wenn Portugal Wein exportiert, wird es in Portugal nicht nur Betriebe geben, für die sich das Austauschverhältnis auf $\frac{7}{8}$ stellt, sondern auch Betriebe, die innerhalb Portugals zu ungünstigeren Bedingungen produzieren könnten. Die Produktion wird von diesen Betrieben bei rein nationalem Handelsverkehr nicht in Anspruch genommen werden, weil es jeweils der Grenzproduzent, das heißt der teuerste Produzent, der zur Befriedigung des Bedarfes noch herangezogen werden muß, ist, der den Preis bestimmt.¹¹⁵

Beim Beginn des Handelsverkehrs wird daher der Weinpreis in Portugal steigen, jedoch wird die Konkurrenz der portugiesischen Weinfirmen untereinander bewirken, daß der Preis nicht auf volle $\frac{6}{5}$ steigt, sondern sich schon auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert. Umgekehrt wird in England die gegenseitige Konkurrenz der Tuchfirmen bewirken, daß das Austauschverhältnis unter $\frac{6}{5}$ sinkt. In Portugal wird der Weinbau ausgedehnt werden und die Tuchproduktion wird zurückgehen, während umgekehrt in England die Tuchfabriken sich ausdehnen werden und der Boden, der bisher dem Weinbau diente, frei werden wird. In Portugal werden die Produktionskosten des Weines und in England die Produktionskosten des Tuches steigen. Auf lange Sicht gesehen wird sich das Austauschverhältnis zwischen $\frac{7}{8}$ und $\frac{6}{5}$ stabilisieren.

a) Wie weit sich auf diese Weise die Preisgrenzen verengen werden, wird davon abhängen, wie viele zusätzliche Betriebe in jedem der beiden Länder errichtet werden müssen. — Nehmen wir an, daß Portugal praktisch nur Wein exportiert und dagegen eine ganze Reihe anderer Güter aus England bezieht, so wird der Weinpreis in Portugal stärker steigen als der Tuchpreis in England sinkt.¹¹⁶

b) Die Bestimmung der Preisgrenzen wird ferner davon abhängen, wie groß die relative Bedeutung des Exportes für den Binnenmarkt ist. Wenn beispielsweise die USA über einen großen Inlandsmarkt verfügen und ihnen im Extremfalle in der Schweiz die Uhrenindustrie als einzige Exportindustrie gegenüberstände, so wird die Preissteigerung in der Schweiz groß und in den USA klein sein.

c) Die Preissteigerung wird ferner abhängen vom Grade der Spezifikation der Güter. Wenn in Portugal nur wenige begrenzte Böden für

¹¹⁵ Ammon, Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie, Jena 1922.

¹¹⁶ Ammon, Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie, Jena 1922.

den Weinbau zur Verfügung stehen und das Angebot daher unelastisch ist, wird eine starke Preissteigerung in Portugal die Folge sein. Wenn wir annehmen, daß Tuchfabriken in England an vielen Stellen errichtet werden können, das Angebot also elastisch ist, wird die Preissteigerung nur gering sein.¹¹⁷

d) Die Veränderung der relativen Preisniveaux wird eine Gegen-tendenz auslösen. Durch die Steigerung des Weinpreises in Portugal wird innerhalb Portugals weniger Wein konsumiert. Dieser Rückgang der einheimischen Nachfrage, der gleichzeitig mit der Steigerung des Exportes eintritt, wird einen gewissen Preisrückgang zur Folge haben. Im Endergebnis wird der Weinpreis in Portugal höher stehen als in der Zeit vor dem Austausch, aber nicht mehr so hoch, wie unmittelbar nach Ausdehnung der Produktion. Auch innerhalb des nationalen portugiesischen Preisgefüges werden Veränderungen eingetreten sein.

Die Preissteigerung des Konsumgutes Wein wird es den Weinbauern ermöglichen, in der Exportindustrie die Produktivkräfte höher als bisher zu entlohnen. Die Grundrente für Weinböden wird steigen, während die Grundrente für Böden, auf denen Textilfabriken errichtet werden können, sinken wird.

Die Dauer der Umstellung wird davon abhängen, wie spezifisch die verwendeten Produktionsfaktoren sind. Wenn wir annehmen, daß sich nur wenig Boden für den Weinbau eignet, es dagegen nur eine kurze Zeit dauert, um einen Textilarbeiter umzuschulen, so werden sich die Löhne schnell und die Bodenpreise langsam anpassen.

e) Im Endergebnis muß die Grenzproduktivität der verwendeten Produktionsfaktoren in der Grenzverwendung gleich groß sein. Die Portugiesen werden vor der Wahl stehen, den Ertrag ihrer Weinböden zu vermehren, entweder indem sie neuen Boden anpflanzen oder aber indem sie mehr Arbeiter als bisher auf der gleichen Bodenfläche beschäftigen. Die Böden, die sie verwenden, werden voraussetzungsgemäß von geringerer Qualität sein und den Arbeitern wird man höhere Löhne als bisher zahlen müssen. Beide Umstellungsprozesse werden Hand in Hand gehen und können erst dann zum Gleichgewicht führen, wenn die Grenzproduktivität nicht eines, sondern aller verwendeten Produktionsfaktoren gleich groß ist.¹¹⁸

¹¹⁷ Morgenstern O., Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie, Zschf. f. Nationalökonomie, Bd. 2, Wien 1931.

¹¹⁸ Strigl, Kapital und Produktion, Wien 1934.

f) Die von den Konsumgütern ausgehende Preisbewegung wird auch die produzierten Produktionsmittel erfassen. In Portugal werden sich die Preise der Maschinen, mit denen Tuch hergestellt wird, ermäßigen und umgekehrt werden die Preise, die für Kunstdünger bezahlt werden müssen, sich erhöhen.

Die so ausgelöste Preisveränderung wird Zeit erfordern. Die bereits hergestellten Maschinen für die Tuchfabrikation können während ihrer Nutzungsdauer nur für den vorgesehenen Zweck verwendet werden. Der Wert der Textilfabriken und der Maschinen, die für die Ausrüstung von Textilfabriken verwendet werden, wird zurückgehen. Es werden weniger neue Textilmaschinen gebaut werden, und das anlagesuchende Realkapital, repräsentiert in dem Absatz der Rohstahl- oder der Bauindustrie, wird sich neuen Verwendungszwecken zuwenden.¹¹⁹

5. Die Aenderung des Realkapitalbedarfs^s

Jede Umstellung der Produktion wird einen zusätzlichen Kapitalbedarf bedeuten, da neue Anlagen der aufgegebenen Produktion wegfallen. Auf lange Sicht gesehen, wird die Höhe des Kapitalbedarfes davon abhängen, ob die neuen Produktionen kapitalintensiver als die bisherigen sind. Es werden sich im Endeffekt alle originären Produktionsfaktoren den veränderten Verhältnissen anpassen müssen.

a) Die gestiegene Grundrente wird kapitalisiert werden und die Bodenpreise werden steigen. Die einzige denkbare Gegentendenz wäre, daß infolge der gestiegenen Nachfrage nach Weinboden andere Länder, z. B. Spanien, konkurrenzfähig würden und sich die englische Einfuhr verteilen würde. Das theoretische Endergebnis muß sein, daß sich der Standort der Produktionen so über die Erdoberfläche verteilt, daß alle Güter dort produziert werden, wo sie am billigsten hergestellt werden können.¹²⁰

b) Der optimale Standort ist gleichzeitig eine Funktion der Transportkosten. Selbst wenn die nordamerikanischen Kupferbergwerke die absolut günstigsten Abbauverhältnisse liefern, kann es trotzdem für Oberschlesien vorteilhaft sein, seine Kupfergruben auszubeuten, weil der Gestehungspreis einschließlich Transportkosten innerhalb des Absatzradius

¹¹⁹ Hayek, Preise und Produktion, S. 78, Wien 1931.

¹²⁰ Engländer, Art. Standort in Hwb. d. St.

seines Bergbaugebietes günstiger sein kann als der Preis des amerikanischen Kupfers.¹²¹

c) Eine neue Industrie wird zuerst Arbeiter erfordern, die wenigstens im Gleichgewicht nicht vorhanden sind und, selbst wenn sie in einer Depression vorhanden sein sollten, werden umgeschult werden müssen. Handelt es sich dabei um Berufe, die eine längere Ausbildungszeit erfordern, so kann eine non-competing-group entstehen, deren Lohnniveau wesentlich über dem Lohnniveau der Volkswirtschaft stehen kann. Auf die Dauer ist dieser Zustand allerdings nur möglich, solange es gelingt, den Zuzug zu sperren, weil sonst das wachsende Angebot an Arbeitern die Löhne wieder drücken wird.¹²²

Eine Möglichkeit, um die notwendige Zahl an zusätzlichen Arbeitskräften zu gewinnen, kann sein, daß Ueberstundenarbeit geleistet wird. Eine zweite Möglichkeit ist, daß die Arbeitskräfte des Teilarbeitsmarktes länger in ihrem Berufe verbleiben und sich später zur Ruhe setzen, als dies ursprünglich beabsichtigt war. Ferner ist es möglich, daß sich Arbeitskräfte, die bereits aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden waren, wieder bereit finden, zu arbeiten, oder aber, daß Personen, die ursprünglich gar nicht beabsichtigt haben, zu arbeiten, wie Frauen und Kinder, sich der Produktion widmen.¹²³

In allen diesen Fällen wird man jedoch mit zwei Tendenzen rechnen müssen, welche sich gleichzeitig bemerkbar machen werden. Die Menge der von dem einzelnen Arbeiter geleisteten Arbeit und damit auch die Gesamtmenge der Arbeit, welche in einer Volkswirtschaft geleistet wird, hängt ab von dem Gleichgewicht zwischen Arbeitsleistung und Lohnsumme. Arbeiter, die bisher gefeiert haben und nun zu arbeiten beginnen, werden also nur zu gestiegenen Kosten erhältlich sein.¹²⁴

Der in einer Wirtschaft zur Verfügung stehende Lohnfonds besteht zwar nicht wie in der einfachen Wirtschaft in einer Ansammlung von Konsumgütern, die, um bei dem Roscher'schen Beispiel zu bleiben, gespart werden müssen, um verzehrt werden zu können.¹²⁵ Vielmehr fallen die Konsumgüter, die zur Alimentierung der Produktionsumwege dienen, laufend an. Dies entbindet aber nicht von der Notwendigkeit,

¹²¹ Hotteling, Pure Spatial Competition, Economic Journal 1929.

¹²² Strigl, Kapital und Produktion, S. 107, Wien 1934.

¹²³ Strigl, Angewandte Lohntheorie, Jena 1924.

¹²⁴ Ricci, Die Arbeit in der Individualwirtschaft, Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Wien 1932.

¹²⁵ Roscher, System der Volkswirtschaft, Ed. Weber, S. 189, Tübingen 1920.

für die Alimentierung laufend zu sorgen. Wenn *ceteris paribus* Arbeiter der Konsumgüterverwendung entzogen und in der Produktionsmittelherzeugung eingesetzt sind, die Konsumgüterherzeugung also zurückgeht, ist die Aufrechterhaltung eines short-run-Gleichgewichtes nur möglich, wenn die Arbeiter veranlaßt werden, jenen Teil ihres Lohnes, der größer ist als ihr Anteil an der Konsumgüterquote, zu sparen. Dies würde voraussetzen, daß die Arbeiter bei gestiegenen Löhnen weniger konsumieren würden als bisher. Eine derartige Datenkonstellation ist jedoch so unwahrscheinlich, daß wir wohl folgern dürfen, daß, wenn die neuen Produktionen viel Realkapitalbildung erfordern, wenigstens ein Teil des Konsumaufschubes durch monetäres Zwangssparen aufgebracht wird.¹²⁶

Im weiteren kann damit gerechnet werden, daß wenigstens zunächst die Grenzproduktivität der geleisteten Arbeit kleiner sein wird, weil die Arbeiter noch ungeschult sind, während die Löhne, wie gezeigt, höher sein müssen. Auf die Dauer werden sich den neuen Industrien Arbeitskräfte zuwenden, die bisher anderweitig beschäftigt worden waren.

d) Eine Möglichkeit, dies herbeizuführen, besteht darin, daß die Nachwuchsarbeiterschaft für die neuen Industrien ausgebildet wird. In einem Land, dessen Zuwachsrate annähernd konstant ist, werden die Arbeitskräfte, die in der Exportindustrie benötigt werden, an anderen Stellen der Wirtschaft fehlen. Es werden Lohnüberbietungen einsetzen und die Lohnkosten der Exportindustrien werden steigen.¹²⁷

Die gestiegenen Lohnkosten werden einen Anreiz dafür bieten, die menschliche Arbeitskraft durch Sachkapital zu ersetzen. Allgemein gesprochen wird sich eine neue Industrie nur dann halten können, wenn sie in der Lage ist, die Kosten der Grenzproduktivität nicht nur der Arbeit, sondern auch des Realkapitals, die sich dieser anpassen muß, zu tragen.¹²⁸

Die Lohnhöhe kann nur gleich bleiben, wenn sich die Bevölkerung und damit die Zahl der beschäftigten Arbeiter in demselben Ausmaße vermehrt, in dem neue Industrien entstehen. In diesem Falle wird das Land infolge der Exportindustrie in der Lage sein, mehr Menschen zu ernähren als bisher.¹²⁹

¹²⁶ Hayek, *Pure Theory of Capital*, London 1944.

¹²⁷ Hayek, *Preise und Produktion*, Wien 1931.

¹²⁸ Clark, *Distribution of Wealth*, New York 1898.

¹²⁹ Wicksell K., *Kapital, Zins und Rente*, Jena 1893, vgl. schon Ricardo, *On Machinery*, in *Principles*, *passim*.

In Wirklichkeit werden beide Prozesse nur sehr langsam in Gang kommen und nebeneinander bestehen. Die gestiegenen Löhne werden im Sinne von Malthus eine Tendenz zu Bevölkerungsvermehrung auslösen, werden aber gleichzeitig auch einen Anreiz zur Einwanderung in das begünstigte Land bieten.¹³⁰

Wie weit dies der Fall sein kann, hängt von der Beweglichkeit der Arbeitskraft und von den institutionellen Hemmungen ab, die z. B. in Einwanderungsverboten bestehen können. Ein beliebtes Schutzzollargument ist ja bekanntlich der Schutz der nationalen Arbeit, der immer dann angerufen wird, wenn in einem Lande die Lohnhöhe größer ist als im Auslande. In Wirklichkeit bedeutet diese Erscheinung, wie sie in neukapitalistischen Ländern, z. B. Australien oder den USA häufig ist, jedoch nur, daß im betreffenden Lande die Grenzproduktivität des Kapitals geringer ist, weil mehr Kapital auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Historisch kann dies so erklärt werden, daß in den Zeiten der Neubesiedlung von Ländern Rohstoffquellen von größerer Ergiebigkeit ausgebeutet werden als sie in den Auswanderungsländern besteht. Die Auswanderer werden zudem wahrscheinlich den initiativsten Teil der Bevölkerung bilden und werden daher in der Lage sein, Ersparnisse zu machen. Diesen Zustand durch Wanderungsverbote verewigen zu wollen ist jedoch deshalb sinnlos, weil nur zwei Möglichkeiten bestehen. Entweder werden die gestiegenen Löhne zur Bevölkerungsvermehrung führen und die Löhne werden deshalb sinken, oder aber die Bevölkerung will ihr Lohnniveau aufrechterhalten und treibt deshalb Geburtenbeschränkung und würde dies offensichtlich auch dann tun, wenn nicht Einwanderungsverbote beständen. Vom Standpunkte des neukapitalistischen Staates ist es jedenfalls nicht zu verstehen, weshalb er Bürger, die er selber aufziehen muß, und die daher Kosten bedeuten, bis zu dem Punkte, wo sie arbeitsfähig werden, vor Arbeitern bevorzugen sollte, die bereits im arbeitsfähigen Alter einwandern. Vom Standpunkte des Auswanderungslandes ist wieder nicht einzusehen, warum man sich einer Erhöhung des Lohnniveaus, die aus der Auswanderung folgt, widersetzen sollte.¹³¹

Auf sehr lange Sicht gesehen müßte das Ergebnis des Freihandels jedenfalls sein, daß sich die Bevölkerung der Erde je nach der Produktivität der sachlichen Produktionsfaktoren auf die verschiedenen Länder

¹³⁰ Malthus, *Essay on Population*, London 1797.

¹³¹ Röpke W., *Weltwirtschaft und Außenhandel*, Berlin 1931.

verteilt. Jene Gebiete, in denen arbeitsintensive Industrien lohnend sind, werden dabei dichter bevölkert werden als andere Länder, die sich mehr für anorganische Produktionen eignen.¹³²

e) Sind die neuen Industrien kapitalintensiver als die bisherigen Produktionen, so wird eine Vermehrung der Kapitalbildung erfolgen müssen. Zunächst wird der Realzins und, eine Politik des neutralen Geldes vorausgesetzt, auch der Geldzins steigen. Dadurch kann zwar die Spartätigkeit zunehmen, muß es aber nicht unbedingt tun. Die Steigerung der Realkapitalbildung ist nur möglich, wenn entweder mehr gearbeitet oder weniger konsumiert wird. Die Finanzierung einer neuen Exportindustrie könnte daher mit einer Senkung des allgemeinen Konsumniveaus verbunden sein. Historisch war sie es sicher auch in den Ländern der Kommandowirtschaft, in denen, wie z. B. in Rußland, die Konsumsenkung zum Zwecke der Industrialisierung dekretiert wurde. Sie war es aber auch in jenen Ländern, die, wie Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, ihre Exportindustrien förderten und dabei auf ein starres Lohnniveau stießen. Da die Arbeiter nicht mehr Lohn erhalten konnten und nicht bereit waren zu sparen, konnte das gebildete Realkapital nicht ausreichen, und da gleichzeitig die Geldlöhne gleich blieben, mußte die Kaufkraft des Geldes sinken.¹³³

Theoretisch sollte der Realzins in allen Produktionen eines Landes gleich hoch sein. Man könnte daraus folgern, daß jede neue Exportindustrie, die ins Leben gerufen wird, die Kapitalkosten aller übrigen Industrien des Landes erhöht. Grenzbetriebe könnten unrentabel werden und müßten ihre Produktion einstellen, wobei die darin investierten Kapitalien verloren gehen würden. Dieses Argument ist für die Erhaltungszölle ausgebeutet worden. Wenn in England die Nachfrage nach Webstühlen steigt, so bedeutet dies eine geänderte Verteilung der bisherigen Eisenproduktionen und es werden vielleicht weniger Schiffe gebaut.

f) Eine mildernde Wirkung wird sich aus der internationalen Verflochtenheit der Kapitalmärkte ergeben. Die Steigerung des Realzinses und des Geldzinses in England wird bei freiem Kapitalmarkt Geldkapital aus dem Auslande nach England ziehen. Dieser Devisenzufluß, wie ihn z. B. Argentinien zur Zeit des Ausbaues seiner Eisenbahnen erlebte, wird bewirken, daß sich die Zusatznachfrage nach Realkapital nicht nur in

¹³² Mombert, Bevölkerungslehre, Jena 1929.

¹³³ Strigl, Kapital und Produktion.

einem Lande geltend macht, sondern sich über die gesamte Erde verteilt. Der Industrialisierung sind jedoch Grenzen gesetzt. Wir können in erster Annäherung annehmen, daß in jedem einzelnen Volke und auf der ganzen Welt eine gewisse Anzahl von Arbeitsstunden zur Verfügung stehen. Wie produktiv diese Arbeitsstunden verwendet werden, hängt vom Stande der Technik und von der bereits vorhandenen Kapitalausrüstung ab. Sind diese beiden Faktoren einmal vorhanden, so wird sich jedes einzelne Wirtschaftssubjekt die Frage vorlegen, ob es sein Einkommen lieber in der Gegenwart oder in der Zukunft verzehren will. Der Konsumaufschub, also das Sparen und die Verminderung des Konsums in der Gegenwart, wird nur erfolgen, wenn der erwartete Gegenwert höher ist als der Genuß, der in der Gegenwart erzielt werden könnte. Dieses Agio, welches den Zins darstellt, kann aber nur aus der erwarteten Mehrgiebigkeit der Produktionsumwege gezahlt werden und muß daher umso niedriger werden, je mehr die bereits bekannten Produktionsmöglichkeiten ausgenützt werden.¹³⁴

Nach J. S. Mill besteht die freie Kapitalquote aus jenem Teil des Sozialproduktes, der nach Abzug des Konsums und des Reinvestitionsbedarfes übrig bleibt. Indem wir den Fall, daß die notwendigen Ersatzinvestitionen unterbleiben und eine Produktionsschrumpfung einsetzt, außer Betracht lassen, können wir folgern, daß bei gegebener Kapitalquote Sparen nur auf Kosten des Konsums erfolgen kann.¹³⁵ Wir stehen also vor einem Zusammenwirken folgender Faktoren:

1. Je größer die Bevölkerungszunahme, desto niedriger die Löhne, desto billiger also auch die Produktion.

2. Je mehr Neuland geographischer und technischer Art zur Verfügung steht, desto größer auch die Möglichkeit, neue Produktionen einzuführen.

3. Je geringer die Bevölkerungsvermehrung, desto geringer auch der Konsum und daher die Möglichkeit, neue Investitionen vorzunehmen.

Läßt man Datenänderung außer Betracht, so ergibt sich eine funktionelle Abhängigkeit von Bevölkerungsvermehrung einerseits und Kapitalbildung andererseits. Bis zu einem bestimmten Punkte, der natürlich praktisch nie wird angegeben werden können, bedeutet der zusätzliche

¹³⁴ Wicksell, Böhm-Bawerks Dritter Grund, Zschf. f. Sozialwiss. u. Sozialpol., Tübingen 1923. — Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, Innsbruck 1921, S. 338.

¹³⁵ Eucken, Kapitaltheoretische Untersuchungen, Jena 1934.

Arbeiter in erster Linie die zusätzliche Produktivkraft. Von diesem Punkt ab ist er jedoch der zusätzliche Esser, dessen Konsum auf Kosten der Kapitalbildung und des wirtschaftlichen Fortschrittes geht.¹³⁶

6. Zusammenfassung

Das reale Austauschverhältnis zwischen zwei Ländern ist also invariant gegenüber dem Geldausdruck ihres Außenhandels. Es hängt ab von der Größe und der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes der Länder von ihrer Produktionskapazität und von der Elastizität der Nachfrage.

Trägt man in einem rechtwinkligen Koordinatensystem auf der X-Achse, die von dem Lande 1 angebotenen Einheitsballen ab, die sich ergeben aus dem Produkte der Nachfrage des Landes 1 nach den Gütern des Landes 2 zum jeweiligen Austauschverhältnis, und auf der Y-Achse die dazugehörige Nachfrage des Landes 2 nach den Gütern des Landes 1 und umgekehrt auf der X-Achse die Erlöse und auf der Y-Achse das Angebot des Landes 2, so werden sich die beiden Kurven in einem und nur einem Punkte schneiden. Das reale Austauschverhältnis ergibt sich dann als der Neigungswinkel der Geraden, welche den Gleichgewichtspunkt P mit dem 0-Punkt verbindet. In jedem anderen Punkte müßte ein Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz entstehen, welches den Geldmechanismus in Bewegung setzen und bewirken würde, daß sich das reale Austauschverhältnis $\frac{L_2}{L_1 \cdot W}$ auf dem Wege über eine Aenderung von W wieder herstellt.¹³⁷

¹³⁶ Röpke W., Die Lehre von der Wirtschaft, Zürich 1942, S. 76.

¹³⁷ Marshall, Money, Credit, Commerce, Buch 3. Kap. 6, und Appendix I.

4. KAPITEL

Die Theorie der komparativen Kosten im Rahmen des allgemeinen Preisgleichgewichts

I. Die Gleichgewichtsidee in der Volkswirtschaft

Auf S. 28 ff. haben wir den allgemeinen Preiszusammenhang im Rahmen einer Volkswirtschaft entwickelt. Könnten wir die theoretischen Annahmen des hypothetischen Liberalismus beibehalten und insbesondere die vollkommene Freizügigkeit der Produktionsfaktoren annehmen, so müßte dieses allgemeine Preisgleichgewicht ohne Modifikationen auch in der Weltwirtschaft bestehen.

Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Teilgebilden der Volkswirtschaft sind jedoch nicht so eng, daß man nicht mit Vorteil gelegentlich von den Fernwirkungen absehen könnte und an die Stelle des allgemeinen Preisgleichgewichtes ein partielles Gleichgewicht setzen könnte. Dieses Vorgehen bedeutet dann, daß man von den Aenderungen absieht, welche durch eine Umgestaltung des zu suchenden Teilgebildes in der übrigen Volkswirtschaft entstehen.

1. Das Gleichgewicht in der Industrie

Eine derartige Einheit, die von Marshall untersucht wurde, stellt die «Industrie» dar. Wir haben darunter die Summe aller Betriebe zu verstehen, die ein bestimmtes Gut in der Volkswirtschaft erzeugen.¹³⁸

¹³⁸ Marshall A., *Principles of Political Economy*, Cambridge, 1899, Vol. 5.

Eine derartige Begriffsbestimmung leidet an der Unbestimmtheit des Gutsbegriffes. In Wirklichkeit stellt die Reihe der Mittel der Bedürfnisbefriedigung keine diskontinuierliche Folge dar, sondern jedes konkrete Bedürfnis, wie z. B. das Bedürfnis nach Fett, kann von einer ganzen Reihe von Betrieben befriedigt werden, die, wie die Butter- und Margarineindustrie, ganz verschiedenen Industrien angehören können, wenn wir sie im Hinblick auf die von ihnen verwendeten Rohstoffe betrachten.¹³⁹

Die Gleichgewichtsbedingung für die Industrie lautet dann, daß alle Produkte, die sie erzeugt, abgesetzt werden müssen, und die Industrie als Ganzes sich solange wird ausdehnen, bzw. wird zusammenziehen müssen, bis die Summen von Inlandabsatz und Auslandabsatz gleich ihrer Produktionsmenge ist.

a) Für eine derartige Industrie können sich «internal» und «external» economies ergeben. Soweit es sich dabei um internal economies handelt, werden wir sie im nächsten Abschnitte behandeln.

Der Fall jedoch, den Marshall im Auge hat, bezieht sich darauf, daß zwar die Errichtung eines neuen Verkehrsweges ökonomisch günstig wäre, jedoch unterbleibt, weil ein Unterschied zwischen privatwirtschaftlicher Rentabilität und volkswirtschaftlicher Produktivität besteht. Dieser Fall kann eintreten, wenn in einem Lande nur wenige Unternehmungen bestehen, die konkurrenzfähig werden würden, wenn ihre Verkehrslage verbessert werden würde.

Keiner der individuellen Unternehmer hat jedoch ein Interesse daran, eine Brücke oder Straße zu bauen, die sich für ihn allein nicht rentiert, weil die Anlagekosten zu groß sind. Würde er andererseits die Brücke der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, so würde nicht nur er selber, sondern es würden alle seine Konkurrenten profitieren, und seine individuelle Wettbewerbslage würde nicht verbessert werden.

Dieser Zustand kann sich ändern, wenn ein Schutzzoll eingeführt wird. Die Zahl der produzierenden Unternehmungen kann dann so groß werden, daß der Verkehrsweg lohnend wird, und der Schutzzoll selber kann unter Umständen die Mittel liefern, die den Bau ermöglichen.¹⁴⁰

¹³⁹ H. Mayer, Art. Gut, Hwb. d. Staatsw., Jena 1929.

¹⁴⁰ Marshall A., *Pure Theory of Foreign Trade*, London 1879. — Graham D., *Some Aspects of Protection further Considered*, *Quarterly Journal of Economics*, Bd. 37, 1923. — Knight, *Some Fallacies in the Interpretation of Social Cost*, *Quarterly Journal of Economics*, Bd. 38, 1924. — Viner, *The Doctrine of Comparative Costs*, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 26, 1932.

b) Die Möglichkeit des Bestehens einer solchen Situation kann jedenfalls nicht geleugnet werden. Ehe man jedoch einen derartigen Schutzzoll als wohlfahrtsfördernd anerkennt, wird man sich die Nachteile gegenwärtigen müssen, die man in Kauf zu nehmen hat. Diese werden umso größer sein, je mehr man Rohstoffe für die zu errichtenden Produktionen aus dem Auslande beziehen muß. Gleichzeitig werden Arbeitskräfte verwendet werden müssen, die anderen Produktionen entzogen werden. Für eine Verallgemeinerung der Marshall'schen Theorie wird man sich also wohl der Ansicht von Haberler anschließen, wonach die praktischen Bedingungen der Verwirklichung kaum gegeben sind (vgl. S. 43 ff.).¹⁴¹

2. Das Gleichgewicht der Unternehmung

Eine weitere Einheit, die man untersuchen kann, stellt die einzelne Unternehmung dar. Auch diese muß sich im Gleichgewicht befinden, was der Fall ist, wenn für sie Grenzkosten = Durchschnittskosten = Preis sind (vgl. S. 31).

Die Marshall'schen internal economies bedeuten nun nichts anderes, als daß, sei es durch eine Änderung nicht des technischen Wissens — diese wäre eine Datenänderung — sondern durch die Anwendung eines neuen technischen Verfahrens der Betrieb Ersparnisse erzielen könnte.

Für die Außenhandelstheorie werden wir uns die Frage vorlegen müssen, ob dieses Argument der Kostensenkung, die eintritt, wenn durch einen Schutzzoll der Absatz vergrößert wird, eine Widerlegung des Ricardos'schen Theorems darstellt.

Die erste Möglichkeit besteht darin, daß die eingeführte neue Technik schon früher hätte verwendet werden können, infolge Friktionserscheinungen aber noch nicht angewandt wurde.¹⁴²

Die zweite Möglichkeit setzt voraus, daß das betreffende technische Verfahren bereits im Auslande bekannt war und verwendet wurde, für die einheimische Industrie jedoch nicht in Frage kam, weil infolge des begrenzten Absatzes ein absolut teureres Verfahren relativ billiger war.¹⁴³

¹⁴¹ Haberler, *Der internationale Handel*, Berlin-Wien 1932, S. 156.

¹⁴² Jöhr, *Theoretische Grundlagen der Nationalökonomie*, Bd. I, St. Gallen 1942.

¹⁴³ Schmalenbach Eugen, *Selbstkostenrechnung und Preispolitik*, Leipzig 1936.

Damit dieser Zustand auf die Dauer bestehen könnte, werden wir annehmen müssen, daß die betreffende Industrie einen Entfernungs-schutz genossen hat. Wir werden also in den Kreis unserer Betrachtungen die Transportspesen miteinbeziehen müssen.

II. Die Rolle der Transportkosten im internationalen Handel

Bezeichnen wir mit

t die Transportkosten
 a die Güter
 L_1, L_2 die Länder
 w den Wechselkurs,

so lautet die Bedingung für den Export:

$$\frac{a_1 + at_{1,2}}{a_2} < \frac{L_2}{L_1 \cdot w}$$

für den Import:

$$\frac{L_2}{L_1 \cdot w} > \frac{a_1}{a_2 + at_{2,1}} = \frac{a_1}{a_2 + at_{2,1}} < \frac{a_1 + at_{1,2}}{a_2}$$

für das Gleichgewicht:

$$\frac{a_1}{a_2 + at_{2,1}} < \frac{L_2}{L_1 \cdot w} < \frac{a_1 + at_{1,2}}{a_2}$$

1. Das Transportkostenminimum

Die Transportkosten sind keine fix gegebene Größe, da im allgemeinen mehr als ein Rohstoff benötigt wird, um ein Fabrikat herzustellen.

Bekannt ist das Beispiel der Entstehung von Hochöfen in Stettin, wo sich das Transportkostenminimum zwischen schwedischem Erz und oberschlesischer Kohle befand, die Entstehung einer Verhüttungsindustrie am Oberen See, weil primär das Eisenerz vom Oberen und vom

Ontario-See zur pennsylvanischen Kohle wandert, aber sekundär die Frachtkähne Kohle als Rückfracht nehmen und es lohnend wird, im Minneapolis Hochöfen zu bauen.¹⁴⁴

2. Transportkosten und Transportpolitik

Dieses Beispiel lehrt uns aber auch, daß die Transportkosten keine Größe sind, die bei aller natürlichen Gegebenheit vom menschlichen Willen unabhängig wäre. Durch die Tarifpolitik der Eisenbahnen kann ein an sich ungünstiger Standort bevorzugt werden und es kann der Fall eintreten, daß in der soeben genannten Formel die Transportkosten ^{2,1} mit den Transportkosten ^{1,2} nicht identisch sein müssen.

Die volkswirtschaftlichen Folgen einer derartigen Tarifpolitik sind, daß die Produktion von ihrem optimalen Standort abgelenkt wird und die Güter nicht mehr dort erzeugt werden, wo sie normalerweise hergestellt werden würden.¹⁴⁵

3. Der industrielle Standort

Unter Anwendung der Standortstheorie Alfred Webers können wir annehmen, daß sich der Betrieb endgültig dort niederlassen wird, wo die Summe der Transportkosten zu einem Minimum wird. Primär erscheinen diese bestimmt durch den Schwerpunkt des Varignon'schen Dreiecks, welches durch den Standort des Rohstoffes, der Arbeitskraft und des Absatzes bestimmt wird. Modifikationen können sich durch die Agglomeration und die Deglomeration ergeben. Jeder Betrieb verfügt dann über einen Absatzradius, innerhalb dessen er auch geschützt wird, ohne daß ein Zoll besteht. Außerhalb dieses Radius wäre es vorteilhafter, die Ware aus dem Auslande zu beziehen. Die künstliche Erweiterung des Absatzradius durch die Einführung eines Schutzzolles bedeutet, daß Produktivkräfte aus Verwendungen, in denen sie notwendiger gebraucht werden, abgelenkt werden.¹⁴⁶

4. Die Verteilung der Produktionsfaktoren

Damit die Preise der selben Ware sich in zwei Ländern nur um die Transportkosten unterscheiden, muß es sich nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv um die selbe Ware handeln.

¹⁴⁴ Alfred Weber, *Reine Theorie des industriellen Standortes*, Tübingen 1909.

¹⁴⁵ Joseph Gruntzel, *Verkehrspolitik*, Wien 1928.

¹⁴⁶ *Der Standort der Industrien*, G. d. S., Tübingen 1914.

Wenn von irgendwelchen irrationalen Momenten aus inländischer Weizen höher als ausländischer bewertet wird, so kann er auch einen höheren Preis auf dem Markte erzielen. Allerdings sind dann Schutzzölle auch unnötig. Wenn daher für die Herstellung derselben Ware in Portugal 70 und in England 120 Stunden aufgewendet werden, so kann für die 120 Stunden nur ebensoviel wie für die 70 Stunden bezahlt werden. Das portugiesische Lohnniveau muß also höher sein als das englische.

a) Portugal kann einen Standortvorteil haben, weil es über besseren Boden verfügt. In diesem Falle bezieht Portugal eine Differentialrente, die sich in nichts von der Rente unterscheidet, die ein englischer Grundbesitzer gegenüber dem Grenzproduzenten hat.

b) Portugal kann eine echte Monopolrente besitzen. Wenn Portwein nur in Portugal hergestellt werden kann und für diesen Wein eine spezifische Nachfrage besteht, so kann Portugal jenen Preis verlangen, den den portugiesischen Produzenten ein Maximum an Gewinn bietet.

c) Der Ausgangszustand kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben, weil Bevölkerungsvermehrung und Einwanderung das Lohnniveau in Portugal drücken werden.

d) Lohndifferenzen, die trotzdem vorhanden sind, müssen auf einer Mehreergiebigkeit der Arbeit beruhen. Die Ausbildung der Arbeiter kann besser sein oder die Arbeiter können in derselben Arbeitszeit mehr leisten als ihre ausländischen Konkurrenten. Die Verlängerung der Ausbildungszeit wird immer dann erfolgen, wenn sich die Arbeiter von der längeren Arbeitszeit einen größeren Gewinn versprechen, als der Lohnentgang ist, den sie in der Zwischenzeit erleiden.¹⁴⁷

e) Die wahrscheinliche Ursache für die Differenz des Lohnniveaus besteht in den Unterschieden der relativen Knappheit der Produktionsmittel. Damit auf die Dauer in einem Lande höhere Löhne bezahlt werden können, müssen die komplementären Produktionsfaktoren reichlicher vorhanden sein als im Ausland.

Sollte sich der Unterschied mit der Höhe der Grundrente begründen lassen, so kann es sich dabei nur um einen vorübergehenden Vorteil handeln. Wenn Argentinien im ersten Viertel dieses Jahrhunderts einen Produktionsvorsprung gegenüber Europa besessen hat, so können ent-

¹⁴⁷ Herkner H., *Die Arbeiterfrage*, Berlin 1912.

weder die argentinischen Böden absolut fruchtbarer gewesen sein oder das Land war dünner als Europa besiedelt.

Im ersten der Fälle ist nicht einzusehen, warum die argentinische Produktion nicht an dem für sie günstigsten Standort stattfinden sollte.

Im zweiten der Fälle wird der wachsende Reichtum die Bevölkerung vermehren und mit dem wachsenden Reichtum setzen dann dieselben Hemmungen der Bevölkerungsvermehrung ein, wie sie in Europa zum Geburtenrückgang geführt haben.

Die Unterschiede im Lohnniveau können sich also auf die Dauer nur mit Unterschieden in der Kapitalausrüstung begründen lassen. Damit auf die Dauer das Land A reicher als das Land B sein kann, muß in A die Sparrate höher sein und es muß verhindert werden können, daß Kapital von A nach B strömt. Sobald in B ein größerer Bedarf nach Realkapital besteht, wird es in B vorteilhaft sein, menschliche Arbeitskraft anstelle von Maschinen zu verwenden, die Löhne in B werden also steigen. B wird gleichzeitig einen höheren Realzins als A haben und es wird vorteilhaft sein, Kapital von A nach B zu exportieren.¹⁴⁸

Konkret erleben wir diese Situation heute in Europa. Durch die Folgen des zweiten Weltkrieges ist ein großer Teil des europäischen Produktionsmittelapparates zerstört worden. Jede Hilfsaktion sieht sich daher einem doppelten Problem gegenüber. Eine rationelle Verteilung der Produktionskräfte auf die verschiedenen Länder kann nur erfolgen, wenn das notwendige Realkapital, d. h. die Maschinen, bereitgestellt werden. Diese können nur geliefert werden, wenn in dem noch arbeitsfähigen Teil der Weltwirtschaft gespart wird. Gleichzeitig wird aber laufend ein Subsistenzmittelfonds bereitgestellt werden müssen, um den Lebensunterhalt der Arbeiter in der Produktionsperiode zu sichern. Im Idealbilde einer störungsfrei verlaufenden Wirtschaft entstehen die Konsumgüter in demselben Maße, wie sie für die Produktion gebraucht werden. Der Wiederaufbau einer Produktion erfolgte im Zeitalter des freien Wirtschaftsverkehrs durch die Zinsfußgestaltung. Weil es, z. B. in Osteuropa, Produktionen gab, die noch nicht ausgenützt waren, stand der Zinsfuß auch nach Abzug der Risikoprämie in Rußland höher als in Frankreich. Abgesehen von allen politischen Motiven war Frankreich das Rentnerland mit einem Ueberfluß an Sparkapital, während Ruß-

¹⁴⁸ Wicksell, Vorlesungen über theoretische Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips, Bd. 1, Jena 1913, S. 254.

land über Arbeitskraft und Bodenschätze verfügte, die wegen des Mangels an Kapital nicht ausgebeutet werden konnten.

Die Bedingung des Wiederaufbaues ist allerdings, daß die in den zerstörten Ländern produzierten Güter auch abgesetzt werden können. Die ökonomische Kapitalverteilung erfolgt durch Vergleichung des amerikanischen mit dem europäischen Zinsfuß. Der Absatz der Güter muß sich daher nach dem Vergleich der amerikanischen mit den europäischen Produktionskosten richten. Nur wenn die USA bereit sind, Güter zu den gegenwärtig geltenden relativ niedrigen europäischen Löhnen zu kaufen, weil sie billig sind, werden diese Güter abgesetzt werden können. Die Kaufkraft des europäischen Arbeiters wird dazu, eben weil diese Löhne niedrig sind, niemals ausreichen. Wenn Amerika die Konsequenz daraus zieht und sich nicht durch Schutzzölle absperrrt, werden die europäischen Unternehmungen Gewinne machen. Diese Gewinne werden es ermöglichen, die europäischen Löhne zu erhöhen und in demselben Maße, in dem die Kapitalneubildung erfolgt ist, werden nur diejenigen Industrien konkurrenzfähig bleiben, in denen Europa den USA überlegen ist.

III. Aussenhandel und Wertlehre

Das ursprüngliche Ricardianische Beispiel bedient sich bekanntlich der Arbeitswerttheorie, wie sie den Vorstellungen der Klassiker zugrunde liegt. Eine moderne Fundierung der Außenhandelstheorie ist jedoch nur möglich, wenn wir von der gegenwärtig gültigen und wahrscheinlich richtigen Vorstellungen über die Bildung des wirtschaftlichen Güterwertes, mit anderen Worten von der Grenznutzenschule ausgehen.

In diesem Falle bildet den Ausgangspunkt des wirtschaftlichen Prozesses die Nachfrage der Konsumenten nach Genußgütern. Sie werden sich dabei so verhalten, daß die Verwendung der letzten Einkommenseinheit den gleichen Nutzen stiftet.¹⁴⁹

Die Unternehmer, die sich dieser Nachfrage gegenübersehen, werden

¹⁴⁹ Gossen H. H., Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig 1854. Ed. Hayek, Wien 1923.

originäre Produktionsmittel, d. h. also Kapital, Boden und Arbeit nachfragen und diese kombinieren, um die verlangten Produktionsmittel herzustellen. Sie werden dies tun in der Hoffnung, damit einen Gewinn zu erzielen, wobei dieser Gewinn eintreffen wird, wenn ihre a-priori-Vorstellungen mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit übereinstimmen, die Produktionsumwege also richtig gewählt sind.¹⁵⁰

Die von den Unternehmungen bezahlten Entgelte werden gleichzeitig die Einkommen der Produktionsfaktoren darstellen und als Lohn, Zins und Rente zur Nachfrage entweder auf dem Konsumgütermarkt werden oder, im Falle der Investitionen, auf dem Kapitalmarkt als Nachfrage auftreten.¹⁵¹

Um dieses Schema auf den internationalen Handel anwenden zu können, werden wir die Beweisführung in zwei Schritten vornehmen müssen. Wir werden zunächst nachzuweisen haben, daß innerhalb der Volkswirtschaft die Grenzproduktivität der einzelnen Produktionsfaktoren gleich groß sein muß und werden zweitens zu beweisen haben, daß zwischen den verschiedenen Ländern Unterschiede in der Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren nicht bestehen können.

1. Das Substitutionsprinzip

Wenn zur Herstellung eines Gutes niedriger Ordnung mehrere Güter höherer Ordnung verwendet werden, so können wir diesen Vorgang so auffassen, daß wir zunächst von einem gegebenen Quantum des Produktionsfaktors 1 ausgehen und schrittweise Quantitäten des Produktionsfaktors 2 zufügen. Wenn wir als konkretes Beispiel etwa die Arbeit wählen und dieselbe Quantität Arbeit mit steigenden Quantitäten von Boden verbinden, so werden wir im allgemeinen Falle zunächst steigende und dann sinkende Erträge erhalten, weil zunächst die Arbeiter einander behindern werden und von einem gewissen Punkte an nicht mehr genügend Arbeiter vorhanden sein werden, um die vorhandenen Bodenschätze vollkommen auszunützen. Nachdem wir dieses Gedankenexperiment auch durchführen können, indem wir von einer gegebenen Menge Boden ausgehen und die Arbeitskraft variieren lassen, kommen wir jedenfalls zu einer optimalen Kombination, in der der Wert jedes der

¹⁵⁰ Knight, *Risk, Uncertainty and Profit*, Kap. 2—4, Boston 1921.

¹⁵¹ Pareto, *Cours d'économie politique*, Bd. 2, S. 862—872, Lausanne 1897.

beiden Produktionsfaktoren gleich dem Werte der letzten Einheit, die verwendet wurde, ist, also der Grenzproduktivität entspricht.¹⁵²

Indem wir dieses Gedankenexperiment in einem mehrdimensionalen Raume fortsetzen, erhalten wir eine optimale Produktionsfaktorenkombination, die bei gegebenen Preisen der besten Grenzverwendung entspricht.¹⁵³

Aus dem Substitutionsprinzip ergibt sich, daß wir in der Kette der Außenhandelsgüter die Kosten der Produktion, welche bestimmen, ob ein Gut Exportgut, Binnenhandelsgut oder Importgut ist, variieren müssen, indem wir an die Stelle der jeweiligen Kosten die Grenzkosten setzen müssen, die eine Funktion der Produktionsmenge sind.¹⁵⁴

Kosten in diesem Sinne sind dann der Nutzenentgang, den die Wirtschaft dadurch erleidet, daß dasselbe knappe Mittel der Bedürfnisbefriedigung nicht an einer anderen Stelle verwendet werden kann, um dort Nutzen zu stiften.¹⁵⁵

Damit ein Betrieb sich im Gleichgewicht befindet, wird er, wenigstens wenn wir annehmen, daß die Preisgerade parallel der Mengenachse verläuft, sich im Bereiche der steigenden Kosten bei gegebener Technik befinden müssen. Wenn dies nicht der Fall wäre, wäre es für ihn vorteilhafter gewesen, seinen Produktionsumfang schon vorher auszu dehnen.¹⁵⁶

Wir können sinkende Grenzkosten gleichsetzen mit einem sinkenden Verlauf der Nachfragekurve des Betriebes, was gleichbedeutend ist mit der Behauptung, daß wenigstens in den Vorstellungen des Unternehmers eine Polypolsituation besteht. (Vgl. S. 31.)

Lassen wir nunmehr die Preise der Produktionsfaktoren variieren, so wird beispielsweise jede Lohnsteigerung dazu führen, daß auf lange Sicht gesehen weniger Arbeiter und dafür mehr produzierte Produktionsmittel oder mehr Boden verwendet wird. Dieser Prozeß wird sich so lange fortsetzen, bis sich im Rahmen der individuellen Volkswirtschaft ein Austauschverhältnis zwischen Arbeitskraft, Kapital und Boden her-

¹⁵² H. Mayer, Art. Produktion, Hwb. d. St.

¹⁵³ Davenport, Value and Distribution, Kap. 7, Chicago 1908.

¹⁵⁴ E. Schneider, Theorie der Produktion, Berlin-Wien 1934.

¹⁵⁵ Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, G. d. S., Tübingen 1914.

¹⁵⁶ Chamberlin E., The Theory of Monopolistic Competition, Cambridge (Mass.) 1929.

ausgebildet haben wird, welches den konkreten Daten der Volkswirtschaft entspricht.¹⁵⁷

a) Dieses Verhältnis gilt jedoch nur für die Grenzproduzenten und schließt nicht aus, daß gleichzeitig Renten für die Besitzer bevorzugter Güter, z. B. fruchtbarer Boden, bestehen können.¹⁵⁸

b) Die so vorgenommene Verteilung ist eine funktionelle Verteilung in dem Sinne, daß sie sagt, wieviel der Arbeiterschaft als Klasse zukommt und nichts darüber, wie der Lohn zwischen den Angehörigen derselben Gruppe verteilt wird. Man kann zwar mit einem Durchschnittslohn als dem Quotient aus Subsistenzmittelfonds und Bevölkerungszahl rechnen, darf aber dabei nicht vergessen, daß es sich um eine fiktive Größe handelt, während die tatsächlichen Löhne sowohl höher als auch niedriger sein werden.¹⁵⁹

2. Der internationale Preisausgleich

Wenn zwischen verschiedenen Ländern Lohndifferenzen bestehen, so sollten wenigstens in einer friktionslosen Wirtschaft Aenderungen der Geburtenrate und Wanderungen für einen Ausgleich sorgen. Bestehen Unterschiede in der Kapitalversorgung, so werden die Aenderungen des Zinsfußes dazu führen, daß sich das Kapital gleichmäßig in der Weltwirtschaft verteilt. Eine Sonderstellung nimmt dabei der Produktionsfaktor Boden ein, der bekanntlich unbeweglich ist. Die Folge muß sein, daß beim rein wirtschaftlichen Verhalten die Länder mit fruchtbaren Böden dichter besiedelt werden als die Länder, in denen der Grenzertrag des Bodens niedriger ist.¹⁶⁰

Es kann aber auch eine ganz andere Folge in dem Momente eintreten, wo sich die Bevölkerungsvermehrung den ökonomischen Bedingungen nicht oder nur unvollkommen anpaßt. In diesem Falle werden die Gleichgewichtsbedingungen, welche wir auf S. 31 gesehen haben, zu L^2 . W, was nichts anderes besagen will, als daß in den dichter bevölkerten Ländern der Lohn proportional niedriger sein muß. Berücksicht-

¹⁵⁷ Strigl, Kapital und Produktion, Wien 1934.

¹⁵⁸ Schumpeter, Das Grundprinzip der Verteilungslehre, Zschf. f. Sozialwiss. u. Sozialpol., Tübingen 1908.

¹⁵⁹ Landauer, Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1924.

¹⁶⁰ Wicksell, Vorlesungen, a. a. O., S. 49.

sichtigen wir endlich noch den Wechselkurs w , so können wir sagen, daß auf die Dauer infolge der Kaufkraftparitätentheorie sich ein Wechselkurs nur erhalten kann, wenn dieselben Güter in verschiedenen Ländern dieselben Preise haben, wenn also

$$W_1 : W_2 = \frac{P_{A1}}{P_{B1} \cdot k_1} : \frac{P_{A2}}{P_{B2} \cdot k_2} \text{ ist.}^{161}$$

Wir können nunmehr die Schlußfolgerungen aus unseren bisherigen Betrachtungen ziehen. Die Vermutung spricht dafür, daß bei freiem Tauschverkehr das Sozialprodukt der Welt größer sein wird, als wenn der Austausch durch Hindernisse gehemmt wird. Diese Behauptung besagt aber nichts anderes als daß, wenn wir uns auf den Standpunkt der Weltökonomie stellen, die Ausnützung der vorhandenen knappen Güter umso besser erfolgen wird, je größer das Wirtschaftsgebiet ist, welches für die Bewirtschaftung zur Verfügung steht.

IV. Die soziologische Bedeutung des Ricardianischen Vergesellschaftungsgesetzes für die Staatenbildung

Indem wir den Rahmen der reinen Oekonomie überschreiten und uns der Gesellschaftslehre zuwenden, können wir folgern, daß die menschliche Kooperation einen wirtschaftlichen Vorteil bedeutet. Wir haben es dann nicht mehr notwendig, gekünstelte Staatstheorie aufzustellen, um zu erklären, weshalb die Menschen zusammenleben; so lange wir anerkennen, daß es unabhängig von jeder Wirtschaftsordnung Menschen mit verschiedenen Begabungen geben wird, wird es für sie günstiger sein, zusammen zu arbeiten, als unabhängig voneinander homo homini lupus zu leben. Dies gilt sogar dann, wenn nicht jeder Einzelne im Rahmen der Gruppe den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält. Die

¹⁶¹ Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1932.

durch die Kooperation bewirkte Fruchtbarkeitssteigerung der Wirtschaft bedingt, daß das Sozialprodukt so sehr zunimmt, daß es für unterdrückte Klassen immer noch vorteilhafter sein kann, im Rahmen der personellen Verteilung einen Teil ihres Ertrages abzugeben, als zu versuchen, unabhängig von der übrigen Welt zu wirtschaften.¹⁶²

V. Die Theorie der komparativen Kosten als Grundgesetz des Tauschverkehrs

Der soeben erwähnten Tendenz sind auch insofern Grenzen gesetzt, als die Ausbeutung der Arbeitskraft nicht mehr fortgeführt werden kann in dem Augenblicke, wo mehrere Gruppen einander gegenüberstehen. Bestehen zwischen zwei Gruppen A und B überhaupt Begabungsunterschiede, so wird es vorteilhaft sein, wenn die Gruppe A mit der Gruppe B zu tauschen beginnt und jene Güter hergibt, in denen sie einen Vorsprung hat, um jene Güter zu empfangen, in denen sie benachteiligt ist. In dem Augenblicke aber, in dem A mit B in Wirtschaftsbeziehungen tritt, bilden diese eine übergeordnete Gruppe C, wobei zweierlei zu beachten ist.

a) Die Mitglieder der Gruppe A können entweder frei sein, in die Gruppe B hinüberwechseln oder nicht. Besteht diese Freiheit, was wir für die Zeit bis zum ersten Weltkriege annehmen durften, so ist damit zwar keine Garantie dafür geboten, daß nicht die Klassen sowohl in A als auch in B ausgenützt werden. Keinesfalls können sie aber in A stärker ausgenützt werden als in B, weil sonst eine Auswanderung nach B stattfindet. Die gegenseitige Konkurrenz zwischen A und B wird sogar eine starke Tendenz aufweisen, jede Ausnützung zu verhindern. Damit ist aber das Problem des internationalen Handels zu einem Problem des Bestehens der freien Konkurrenz geworden.

Die zweite Möglichkeit ist, den Austausch zwischen A und B zu verhindern. Wir werden noch zu zeigen haben, daß in diesem Falle es nicht genügt, die Wanderung der Produktionsfaktoren zwischen A und B zu

¹⁶² Durkheim E., *La division du travail social*, Paris 1925.

verhindern oder den Warenaustausch allein zu sperren, sondern daß vielmehr ein vollständiges System der Autarkie notwendig wird.

b) Damit A und B ein vollständiges Wirtschaftssystem bilden können, müssen sie über einen gemeinsamen Nenner für ihre Wertschätzungen verfügen. Worin dieser Nenner konkret bestehen soll, ist für die theoretische Betrachtung ohne Bedeutung.

Die Voraussetzung für die Funktion des Wirtschaftssystems ist nur, daß die Wirtschaftssubjekte die Möglichkeit haben müssen, ihre Wertschätzungen aus dem Rechnungssystem von A in dasjenige von B zu übertragen.¹⁶³

VI. Zusammenfassung

Wir haben in unseren bisherigen Betrachtungen soweit als möglich von der Rolle des Geldes abgesehen und eine reine Theorie des internationalen Handels darzustellen versucht, indem wir von einer Naturalwirtschaft ausgingen, bzw. vorläufig annehmen, daß das Geld nur Rechnungseinheit sei und von der Seite des Geldes keine Änderungen eintreten können, die die realen Austauschverhältnisse stören. Wir konnten dann feststellen, daß eine Tendenz besteht, daß sich die Wirtschaft nach einem Zustande hin entwickelt, in dem $\frac{L_1}{L_1 \cdot W}$ gleich 1 wird, wenn wir mit L die Geldlöhne im Lande 1 und 2 und mit W den Wechselkurs bezeichnen.

Die Währungsbehörden eines Landes stehen also vor der Alternative, entweder $L_1 = L_2$ werden zu lassen und W den Kaufkraftparitäten anzupassen, oder aber W auf dem von ihnen für richtig gehaltenen Niveau zu stabilisieren und zu versuchen, einen Unterschied zwischen L_1 und L_2 aufrecht zu erhalten. Wir haben ferner gezeigt, daß starke Tendenzen bestehen, daß sich L_1 auch gegen den Willen der Wirtschaftspolitik L_2 angleicht und ein internationaler Ausgleich der Grenzproduktivität der Arbeit eintritt. Die Rückwirkung dieses Ausgleichprozesses werden verschieden, und die Aufgabe des nächsten Kapitels wird sein, zu untersuchen, wie die sukzessiven Veränderungen von W ihrerseits auf Volksvermögen und Volkseinkommen wirken.

¹⁶³ Mises, Theorie des Geldes und Umlaufmittel, Jena 1923.

5. KAPITEL

Aussenhandel und Währung

I. Naturalwirtschaftliche und geldwirtschaftliche Betrachtung

Zu Beginn der Arbeit wurde ausgeführt, daß man wenigstens hypothetisch vor der Zeit des Geldtausches eine Zeit annehmen kann, in der Naturaltausch bestanden hat und Güter gegen Güter getauscht wurden. Es ist dabei nicht notwendig, sich auf eine bestimmte Geldtheorie festzulegen. Gleichgültig, ob das Geld historisch entstanden ist durch die Annahme eines Gutes als Geldgut, welches bisher nur Warencharakter hatte, wie Helfferich es will, oder ob wir annehmen wollen, daß es die Tempel waren, die, indem sie die Münzen als Opfergaben einführten, das Geld geschaffen haben, sehen wir uns der Tatsache gegenüber, daß von einem gewissen Zeitpunkte an Güter als Geld benützt werden und deshalb eine zusätzliche Wertschätzung genießen.^{164 165}

1. Der Wert des Geldes

Als Geld bezeichnen wir jenes Gut, welches als allgemeines Tauschmittel dient, gleichgültig, ob es dabei noch die übrigen sogenannten Nebenfunktionen des Geldes, allgemeines Schuldentilgungsmittel, Wertaufbewahrung- und Werttransportmittel hat. Das allgemeine Tausch-

¹⁶⁴ Helfferich Karl, Das Geld und die Banken, Bd. 1. Das Geld, Leipzig 1923, S. 641.

¹⁶⁵ Laum Bernhard, Heiliges Geld, Leipzig 1932.

mittel wird gleichzeitig zum allgemeinen Preismaß, d. h., daß in den Wertschätzungen der Wirtschaftssubjekte der Wert der übrigen Güter mit dem Werte der Einheit des Geldgutes verglichen und in diesen Einheiten ausgedrückt wird.¹⁶⁶

Der Wert des Geldes beruht auf der Bedürfnisbefriedigung, die es den Wirtschaftssubjekten gewährt, einen Teil ihres Vermögens als Kasenhaltungsbestände verfügbar zu haben, anstatt ihn zinstragend anzulegen. Dieser Geldwert beruht auf der Ueberzeugung, für das Geldgut jederzeit andere Güter erhalten zu können und ist daher in seiner letzten Ursache eine Frage des Vertrauens.

Dieses Vertrauen wird sich zunächst Gütern zuwenden, welche Substanzwert besitzen, wobei ein historisches Gesetz zu bestehen scheint, daß mit dem wachsenden Wohlstande immer höherwertige Güter verwendet werden. So war es zunächst in Rom das Kupfer, welches in der Republik vom Silber und in der späteren Kaiserzeit vom Golde abgelöst wurde. Das deutsche Mittelalter begnügte sich mit dem Silber, und erst 1707 ging das damals höchstentwickelte Land, nämlich England, durch die Währungsreform Walpoles zur Goldwährung über.¹⁶⁷

Die Verwendung des Geldgutes als Geld wird einen Zusatznutzen stiften, der im spezifischen Gelddienst besteht und unabhängig vom Substanzwert des Geldes ist. Im weiteren Verlaufe der Entwicklung wird das Substanzgeld durch Geldersatzmittel verdrängt werden, durch Anweisungen an Geld, welches an sicheren Stellen aufbewahrt wird. Sehr bald werden diese Depotstellen, ob sie nun Trapeziten oder Argentarii oder endlich Banken heißen, die Entdeckung machen, daß sie in der Lage sind, Geld zu schöpfen, indem sie Umlaufsmittel in den Verkehr setzen.

Diese Umlaufsmittel sind Anweisungen auf Geld, welche die Bank ausgibt, weil sie aus Erfahrung weiß, daß nicht gleichzeitig alle Noten zur Einlösung vorgelegt zu werden pflegen, und die die Bank gar nicht alle gleichzeitig befriedigen könnte, weil ihnen nur zu einem schwankenden Teil, der zwischen 1:3 und 1:4 liegt und von den Zahlungsgewohnheiten und der Konjunkturlage abhängt, echte Depositen gegenüberstehen.

Endlich wird sich die Erkenntnis durchsetzen, daß jedes beliebige, auch substanzwertlose Gut als Geldgut dienen kann, solange die Wirt-

¹⁶⁶ Mises, L. von, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, Jena 1923.

¹⁶⁷ Luschin von Ebengreuth, Münzgeschichte, Wien 1929.

schaftssubjekte davon überzeugt sind, daß das Zahlungsmittel knapp gehalten wird.¹⁶⁸

Diese Entdeckung wurde schon relativ früh von Nicolaus Oresmius gemacht, den man deshalb als den Entdecker der naiven Quantitätstheorie bezeichnen kann.

Gleichzeitig mit dieser Entdeckung setzte der Streit zwischen der Zahlungsbilanztheorie, die den inneren Geldwert aus dem äußeren Geldwert ableiten will und diesen auf Angebot und Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln zurückführt, und der Kaufkraftparitätentheorie ein, den wir als den Unterschied zwischen der Betrachtung auf kurze und auf lange Sicht kennzeichnen können.¹⁶⁹

2. Die Zahlungsbilanztheorie

Der Begriff der Zahlungsbilanz setzt einen gewissen Zeitraum, über den sich der Zahlungsverkehr erstreckt, voraus. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Zahlungsbilanz nicht in jedem einzelnen Augenblicke ausgeglichen sein muß, sondern daß Perioden kürzerer oder längerer Kreditgewährung eintreten können.

Die Kreditgewährung erfolgt im allgemeinen durch die Handelsbanken, die entweder direkt oder auf dem Umwege über ihre ausländischen Geschäftsfreunde Zinsfußarbitrage betreiben.

Nach einem Zeitraum aber, der je nach den Handelsgewohnheiten kürzer oder länger dauern kann, werden die Schulden entweder bezahlt werden müssen oder abgeschrieben werden. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz erfolgt nicht nur in Waren, obwohl diese im allgemeinen den Hauptposten darstellen; daneben können aber auch Dienstleistungen eine Rolle spielen, oder es können endlich Anleihen gewährt werden.¹⁷⁰

Länder mit ständig aktiver Zahlungsbilanz werden dazu übergehen müssen, die Ueberschüsse in Kapitalanlagen im Auslande zu investieren.

Das Transferproblem ist damit jedoch nur hinausgeschoben und noch keineswegs gelöst.

a) Das Versagen des Welthandels kann zunächst darauf zurückgeführt werden, daß das Vertrauen, welches die Grundlage jedes Kredites

¹⁶⁸ Schumpeter J., Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige, Zschf. f. Sozialw. u. Sozialpol., Tübingen 1916.

¹⁶⁹ Ricardo, High Price of Bullion, a. a. O.

¹⁷⁰ A. Hahn, Handelsbilanz, Zahlungsbilanz, Valuta, Güterpreis und statistische und dynamische Wechselkurse, in Geld und Kredit, Tübingen 1924.

bildet, weitgehend geschwunden ist. Im liberalen Zeitalter war es üblich, beträchtliche Auslandsguthaben zu halten, ohne daß die Gefahr, über diese nicht mehr verfügen zu können, den Wirtschaftssubjekten sonderlich zu Bewußtsein kam. Es war üblich, Ländern, die über einen Kapitalbedarf verfügten, Anleihen zu gewähren. Daß diese Anleihen mit einem gewissen Risiko verbunden waren, drückte sich in dem höheren Zinsfuß aus, der eine Risikoprämie enthielt. Gelegentliche Staatsbankrotte wurden einkalkuliert, allgemeine Moratorien der Hauptkulturländer jedoch für unmöglich gehalten.¹⁷¹

b) Auf dieser Grundlage konnte auch der Streit zwischen der Zahlungsbilanztheorie und der Kaufkraftparitätentheorie geschlichtet werden. In jedem einzelnen Zeitpunkte wurden die Wechselkurse durch Angebot und Nachfrage bestimmt, so lange jedoch Goldwährungen bestanden, war es auf die Dauer die Zahlungsbilanz, die die Parität festsetzte.¹⁷²

3. Die Zahlungsbilanztheorie und die Quantitätstheorie

Wenn zwei Länder verschiedene Währungen haben und ein Zahlungsverkehr zwischen ihnen besteht, so können auf die Dauer nach dem «Law of Indifference» dieselben Waren nicht verschiedene Preise haben.¹⁷³

Wird beispielsweise die Währungsparität zwischen England und der Schweiz künstlich auf 1:17 festgelegt, und kostet gleichzeitig dasselbe Gut in der Schweiz 10 Franken und in England 1,—, — £, so muß ein Ungleichgewicht entstehen. Sofern überhaupt die Möglichkeit des Handelsverkehrs besteht, wird es für die Engländer vorteilhafter sein, die Ware in der Schweiz zu kaufen. Zu diesem Zwecke müssen sie sich Schweizer Franken beschaffen und werden auf dem Devisenmarkte eine Nachfrage nach den Schweizer Franken entwickeln, die das Angebot ständig übersteigen wird. Diese Nachfrage wird die Tendenz haben, den Kurs des Schweizer Frankens zu steigern und den Kurs des englischen Pfundes zu senken. Eine Währungsbehörde, die die künstliche Parität auf-

¹⁷¹ Weyermann, Geschichte des öffentlichen Kredits, im Handbuch der Finanzwissenschaft, herausgegeben von Gerloff und Meisl, Tübingen 1929.

¹⁷² Haberler, Art. Goldpunkte im Hwb. des Bankwesens, Berlin 1933.

¹⁷³ Ricardo, Principles, S. 83. — Karl Diehl, Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetz der Volkswirtschaft und Besteuerung, Bd. 2, 2. Aufl., S. 223, Leipzig 1922. — Jevons, Principles of Political Economy, London 1873, S. 87.

rechterhalten will, wird also aus ihren Beständen, solange solche vorhanden sind, die Schweizer Franken zur Verfügung stellen müssen, oder sie wird versuchen müssen, die Exporte zu steigern und das Devisenangebot auf diese Weise zu vermehren. Tut sie keines von beiden, so muß sie entweder Devisenzwangswirtschaft einführen, wie es z. B. 1797 England tat, oder sie muß die Parität aufgeben, worauf sich das neue Gleichgewicht auf Basis der gleichen Kaufkraft beider Währungen bilden wird.¹⁷⁴

4. Das Currency-Prinzip

Ricardo hatte für seine Theorie die Geldverhältnisse Englands zu seiner Zeit vor Augen und entwickelte daher das Currency-Prinzip zunächst für die Goldumlaufwährung.

Wenn zwei Länder gleichzeitig Goldwährung haben und die Zahlungsbilanz des einen Landes ständig passiv ist, so wird der Saldo durch Goldverschiffungen ausgeglichen werden müssen. Zu Ricardos Zeiten strömte das Gold für den Unterhalt der Armee Wellingtons in Spanien und für Subsidienzahlungen ins Ausland.

Solange die Goldwährung tatsächlich weiterbesteht, kann sich der Außenwert der Währung nur innerhalb der Goldpunkte bewegen. Der Importeur, der Schulden im Ausland hat, wird diese normalerweise begleichen, indem er Zahlungsforderungen gegenüber dem Auslande erwirbt. Steigt die Nachfrage nach Devisen so stark, daß sich der Kurs von der Parität entfernt, so kann er anstatt dessen Gold verschiffen und seine Schulden auf diese Art tilgen.

Der Zeitpunkt, in dem es vorteilhaft wird, dies zu tun, hängt von den Transportkosten ab, die man gegenwärtig mit ca. $\frac{1}{3}$ Prozent annimmt, die aber zu Ricardos Zeiten wesentlich höher waren.

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die zwei Grundpfeiler der freien Goldwährung ihre Wirkung entfalten können.

a) In dem Lande mit passiver Zahlungsbilanz muß das freie Präge-recht bestehen. Der Engländer, der Schulden in Spanien zahlen wollte, mußte jederzeit die Möglichkeit haben, spanische Münzen entweder selber zu prägen oder eine Währungsbehörde zu veranlassen, die Goldbarren, die er versandte, in Währungsgeld umzuwandeln.

¹⁷⁴ Ricardo, *On the High Price of Bullion*, a. a. O. — Hollander, *International Trade Under Depreciated Paper Currency. A Criticism*, Q. J., Bd. 32, S. 678, 1918. — Keynes, *A tract on Monetary Reform*, London 1930, S. 93.

b) In dem Lande mit dem Importüberschuß muß jederzeit die Möglichkeit bestehen, sich gegen Währungsgeld Barrengold zu beschaffen. In moderner Terminologie dürfen nur Geldersatzmittel, also Goldzertifikate, im Umlauf sein und keine echten Umlaufsmittel, deren Einlösbarkeit in Frage gestellt sein könnte.¹⁷⁵

Solange die Regierungen für die Prägung der Münzen einen Schlagschatz erhoben, lagen die Goldpunkte weit auseinander. Seitdem unter dem Einflusse Ricardos zunächst in England im Jahre 1844 die Peel'schen Bankakte in Kraft traten, ist es üblich geworden, eine Prägegebühr nicht mehr zu erheben. So war die Bank von England verpflichtet, die Unze Standard-Gold von $11\frac{1}{12}$ Feinheit jederzeit zu s. $76\frac{2}{3}$ anzukaufen und zu $76\frac{2}{3}$ abzugeben, wobei die Differenz nicht einmal die Prägekosten deckte.¹⁷⁶

5. Der Ricardianische Prozeß

Es ist üblich geworden, die Wirkungen, die durch die Goldverschiffungen ausgelöst werden, als Ricardianischen Prozeß zu bezeichnen. Die Einwirkung der Verknappung der Geldmenge auf das Preisniveau können unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden.

a) Für Ricardo, der noch nicht über eine ausgebildete subjektive Geldlehre verfügte, drückten sie sich in der integralen Form aus, die man als Verkehrsgleichung des Geldes zu bezeichnen pflegt.

Die Gleichung $G \cdot U = H \cdot P$ stellt eine Tautologie dar, die in jedem Augenblicke richtig sein muß, weil sie nichts anderes sagt, als daß die gesamte Geldmenge, multipliziert mit der Zahl der Handwechsel, alle Umsätze in der Volkswirtschaft bewältigen muß, soweit diese überhaupt durch indirekten und nicht durch Naturaltausch vorgenommen werden. Die Summe dieser Umsätze ist aber nichts anderes als die Menge der getauschten Ware zu den Preisen, die für diese Waren bezahlt werden.¹⁷⁷

Ricardos Ausgangssituation ist, daß die Geldmenge G , die für ihn gleichbedeutend mit der Goldmenge eines Landes ist, abnimmt, weil das Gold ins Ausland gesandt wird. Was daraufhin weiter geschehen wird, kann die Quantitätstheorie allein nicht sagen. In ihrer ricardia-

¹⁷⁵ Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel.

¹⁷⁶ F. Schmidt, Der Zahlungsverkehr, Bd. 2, Leipzig 1927.

¹⁷⁷ Marget, The Theory of Value and Prices, New York, 1940.

nischen und der ihr heute entsprechenden Irving Fisher'schen Form sagt sie nur, daß sich mindestens eine, wahrscheinlich aber alle drei übrigen Größen ändern müssen.¹⁷⁸

aa) Die Aenderung kann zunächst die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes betreffen. Dieselben Umsätze wie bisher können zu denselben Preisen bewerkstelligt werden, wenn das Geld schneller zirkuliert, oder mit anderen Worten, die Kassenbestände der Wirte abnehmen. Daß dies der Fall sein wird, ist zunächst nicht sehr wahrscheinlich. Die Größe der Kassenhaltung ist weitgehend durch die Zahlungsgewohnheiten eines Landes bestimmt. Wieviel oder wie wenig Geld der einzelne Unternehmer glaubt, als Barreserve halten zu müssen, hängt von seiner Beurteilung der Zukunft und von der Lohnperiode innerhalb der Volkswirtschaft ab. Eine Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit, wie sie z. B. in England unter der Herrschaft der Peel'schen Bankakte, als man von Bargeldzahlung zu Giralgeldzahlung überging, erfolgte, setzt sich, wenn überhaupt, nur sehr langsam durch.

Wenn der Optimismus der Unternehmer zunimmt, und sie daher glauben, mit weniger Barreserven auskommen zu können, also immer in Zeiten des Aufschwungs, wird die Umlaufgeschwindigkeit steigen. Gegenüber dieser Tatsache der relativen Stabilität der Umlaufgeschwindigkeit fällt es weniger ins Gewicht, ob diese in der Gegenwart für ein neutrales Geld tatsächlich in der Nähe von 5 liegt und ob sie für das Giralgeld 10 oder 13 beträgt.¹⁷⁹

Allerdings ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes keine von den übrigen Größen unabhängige Konstante, sondern es kann angenommen werden, daß mit steigendem Einkommen der Grenznutzen des Geldes abnehmen und die Kassenhaltung daher zunehmen wird, weil der Zinsverlust, den man durch Nichtinvestition erleidet, niedriger geschätzt wird.¹⁸⁰

Keynes würde denselben Tatbestand so ausdrücken, daß mit steigendem Reichtum der Hang zum Verbrauch abnimmt und die Liquiditätsvorliebe steigt.¹⁸¹ Dies gilt allerdings nur so lange, als der Grenz-

¹⁷⁸ Ammon, Vom Erkenntniswert der Quantitätstheorie, Zschf. für Stat. und Volksw., 1941.

¹⁷⁹ Irving Fisher, Die Illusionen des Geldes, Leipzig 1912. — Irving Fisher, The Standard-Dollar, New Haven 1938.

¹⁸⁰ Bernoulli, Versuch einer neuen Theorie der Wertbestimmung von Glücksfällen, Leipzig 1896, S. 27 f.

¹⁸¹ Keynes, General Theory, Kap. 14, a. a. O.

nutzen des Geldes nicht aus anderen Gründen sich ändert. Der Grenznutzen des Geldes wird, wie jeder andere Grenznutzen, abhängen von der Nützlichkeit des Geldes, den Gelddienst zu verrichten und als Rechnungsgrundlage zu dienen und von der Knappheit des Geldes oder der Geldsurrogate. Wenn daher, wie in Ricardos Zeiten, die Geldmenge von der Regierung vermehrt wird und mit der Begründung, das abströmende *Gold* habe eine Geldknappheit verursacht, Noten gedruckt werden, so ergibt sich zwangsläufig die Schlußfolgerung der Bullion-Kontroverse, die Geldentwertung sei auf Inflation und nicht auf die passive Handelsbilanz zurückzuführen.¹⁸²

Wenn die Wirte merken, daß eine Inflation im Gange ist und mit einer Fortdauer der Regierungspolitik rechnen, so wird sich eine positive Preisprämie entwickeln. Die Menschen werden lieber heute als morgen kaufen und heute höhere Preise bewilligen, weil sie annehmen, daß das Geld in Zukunft eine geringere Kaufkraft darstellen wird. Dieser Prozeß kann sogar zur Demonetisierung des Geldes führen.¹⁸³

Ebenso wie es unmöglich ist, den Begriff der Umlaufgeschwindigkeit anders als tautologisch zu erklären, weil:

1. eine direkte Messung immer nur eine individuelle Umlaufgeschwindigkeit einer Note ergeben kann und

2. von der Einkommenstheorie des Geldes aus immer nur eine Durchschnittsumlaufgeschwindigkeit, wenn man die aktive Geldmenge kennen würde, berechnet werden kann, kann der Begriff des Hortens eindeutig gefaßt werden.¹⁸⁴

Legt man sich, um konkrete Verhältnisse vor den Augen zu haben, die Frage nach der Bedeutung der Quantitätsgleichung für die Schweiz im zweiten Weltkrieg vor, so müßte man sagen, daß an sich alles Geld gehortet wurde, da es sich ja in jedem einzelnen Augenblicke im Besitze irgendeiner Person befand.

¹⁸² Ricardo, *The High Price of Bullion*, a. a. O.

¹⁸³ Mises, *Nationalökonomie*, S. 192. — Hayek, *Preise und Produktion*, Wien 1931, S. 61. — Holtrop: *Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes*, in «Beiträge zur Geldtheorie», Wien 1933, S. 144. — Wicksell, *Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips*, Bd. 2, Jena 1922. — H. Neißer, *Umlaufgeschwindigkeit der Bankdepositen*, im *Hwb. des Bankwesens*, Berlin 1933. — Hahn, *Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits*, 2. Aufl., Tübingen 1931.

¹⁸⁴ Aftalion, *Die Einkommenstheorie des Geldes*, in *Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, Bd. 2, S. 376, Wien 1932. — Schumpeter, *Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige*, *Archiv für Sozialwissenschaft*, Bd. 44, Tübingen 1916.

Bezeichnen wir mit G_1 die Menge des notalen Geldes und mit G_2 die Menge des Giralgeldes, so gilt G_1 plus G_2 gleich G_3 die totale aktive Geldmenge. Ist ferner U_1 die Umlaufgeschwindigkeit von G_1 und U_2 die von G_2 , und ist ferner E_1 das Einkommen letzter Stufe und E_2 das Einkommen in den höheren Stufen der Produktion, so gilt E_1 plus E_2 gleich E_3 , also:

$$\begin{array}{r} G_1 \cdot U_1 = E_1 \\ G_2 \cdot U_2 = E_2 \\ \hline G_3 \cdot U_3 = E_3 \\ (G_1 + G_2) \cdot U_3 = (E_1 + E_2) \end{array}$$

Von diesen Größen ist E_1 aus der Einkommenssteuerstatistik mit ca. 15 Milliarden Franken zu schätzen. Für E_2 kann man annehmen, daß es etwa das 7- bis 8fache von E_1 ist, also ca. 105 Milliarden, wobei die genaue Größe vom Aufbau der Produktion abhängt.¹⁸⁵

U_2 kann aus den Jahresberichten der Handelsbanken geschätzt werden und würde, wenn man sich an den alten englischen ratio hält, ca. 10 sein, woraus sich G_2 mit ca. 10,5 ergibt. Man muß dabei allerdings die Annahme machen, daß der Einkommenskreislauf annähernd geschlossen ist, die Lohnzahlung also faktisch im Bargeld erfolgt.¹⁸⁶

Für das Verhältnis von $G_1 \cdot U_1$ ist man auf Vermutungen angewiesen. Nimmt man U_1 im Anschlusse an Irwing Fisher mit 5 an, so ergibt sich G_1 mit 3. Bei einer tatsächlichen Notenausgabe von ca. 4 Milliarden kann man für die Thesaurierung den Wert von ca. 1 Milliarde erhalten, was mit den Schätzungen der Nationalbank gut übereinstimmen würde.¹⁸⁷

$$\begin{array}{r} 3 \cdot 5 = 15 \\ 10,5 \cdot 10 = 105 \\ \hline 13,5 \cdot 8,9 = 120 \end{array}$$

Die Vielzahl der Annahmen, die man machen muß, zeigt aber auch, wie gering der tatsächliche Erkenntniswert der Quantitätstheorie besonders in Zeiten ist, in denen die zu betrachtenden Größen beträchtlichen Schwankungen unterworfen sind. So gehen denn auch die Schätzungen

¹⁸⁵ Hayek, Preise und Produktion, a. a. O., S. 76.

¹⁸⁶ Wagner Valentin, Geschichte der Kredittheorien, Berlin-Wien 1936.

¹⁸⁷ Jahresbericht der Schweizerischen Nationalbank 1945.

über die inflatorische Geldschöpfung der Schweiz im zweiten Weltkrieg weit auseinander und schwanken zwischen 500 Millionen und 1,5 Milliarden.^{188 189}

bb) Wenn man annehmen kann, daß sich die Umlaufgeschwindigkeit im allgemeinen wenig ändern wird, so muß die Aenderung entweder beim allgemeinen Preisniveau oder beim Handelsvolumen eintreten.

Für die Schweiz nimmt Böhler für 1941 eine 20%ige Teuerung an, die sich in einer Steigerung der Realkosten ausdrückt. Die Arbeit wurde weniger produktiv, weil viele geschulte Arbeiter mobilisiert waren; es mußten für die Produktion teilweise Ersatzstoffe verwendet werden, die Transportkosten und Versicherungsprämien waren erheblich gestiegen.¹⁹⁰

cc) Beide Begriffe, sowohl das Preisniveau als auch das Handelsvolumen, sind schwer zu definieren. In Wirklichkeit finden Einzelumsätze zu individuell bestimmten Preisen statt.

$$G \cdot U = \sum mp = M \cdot P = E$$

m = Einzelumsätze

M = Handelsvolumen

p = Einzelpreise

P = Preisniveau

E = Sozialprodukt.

Wenn in Kriegszeiten die Summe der Konsumgüter abnimmt, wird man immer darüber streiten können, welcher Teil der Teuerung warenseitig und welcher geldseitig bedingt ist.¹⁹¹

Die Sozialquote läßt sich modern definieren als $\frac{S}{N}$ und ihre Veränderung durch $\frac{S + \Delta S}{N + \Delta N}$.

Diesseits des Bevölkerungsoptimums wird $\Delta N > \Delta S$, wobei ΔS nicht nur eine Funktion von N ist, sondern auch von der zur Verfügung stehenden Bodenmenge und Kapitalausstattung abhängt.

¹⁸⁸ Ammon A., Probleme der Kriegsfinanzierung, Zürich 1942. — Boßhardt A., Steuern oder Inflation, St. Gallen 1943. — Jöhr W. A., Nichtinflatorische Kriegsfinanzierung, Zschf. f. schw. Statistik und Volkswirtschaft 1943.

¹⁸⁹ Schumpeter, Sozialprodukt, a. a. O.

¹⁹⁰ Böhler, Gutachten für den schweizerischen Städtetag, Zürich 1941.

¹⁹¹ Schumpeter, Sozialprodukt, a. a. O.

Der Quotient ist auch nicht, wie Malthus wollte, gleich dem Existenzminimum, vielmehr hat die freiwillige Geburtenbeschränkung infolge steigender Bildung und Industrialisierung immer bewirkt, daß nach einer vorübergehenden Bevölkerungssteigerung ein Geburtenrückgang eingetreten ist. Man kann daher höchstens behaupten, daß sich die Sozialquote dem standard of life annähert, der nach Zeit und Ort verschieden ist, jedenfalls aber über dem Existenzminimum liegt.¹⁹²

dd) Ricardo behauptet, daß, wenn die Geldmenge durch Goldverschiffungen abnimmt, das Preisniveau zurückgehen wird. Es wird daher mehr exportiert werden können und die Importe werden abnehmen, weil die ausländischen Güter relativ teurer geworden sind. Die Zahlungsbilanz wird eine Tendenz zeigen, wieder aktiv zu werden, und es wird sich wenigstens theoretisch ein Punkt finden lassen, an dem wieder ein Gleichgewicht herrscht, nachdem eine Neuverteilung der Goldmenge und eine Aenderung im Aufbau der Preise stattgefunden hat.

Durch diesen Prozeß wird das allgemeine Lohnniveau in Mitleidenchaft gezogen. Wenn Portugal England in allen Produktionen überlegen ist, so gewinnen zwar beide in dem Momente, in dem ein Warenaustausch stattfindet. Trotzdem aber bleibt Portugal das reichere Land und kann höhere Reallöhne zahlen als England. Wenn eine Neuverteilung der Goldmenge stattgefunden hat, werden den höheren Reallöhnen höhere Geldlöhne entsprechen. Es bedeutet dies nur, daß die Bevölkerungsdichte in Portugal relativ niedriger ist als in England. Solange unter den Ricardianischen Voraussetzungen ein Ausgleich durch Wanderung nicht stattfindet, wird sich daran wenigstens kurzfristig nichts ändern. Auf lange Sicht gesehen, müssen, wenigstens nach Malthus und Ricardo, die höheren Löhne dazu führen, daß sich die Bevölkerung in Portugal stärker als in England vermehrt, bis zu einem Punkte, wo die Löhne wieder auf das gleiche Niveau gesunken sind.

ee) Als allgemeines Preisniveau pflegt man mit Irving Fisher den Preis der Konsumgüter zu betrachten, die von einer vierköpfigen Arbeiterfamilie verzehrt werden und die man dem Lebenshaltungsindex zugrunde zu legen pflegt.¹⁹³

Das Unglück dabei ist nur, daß man nicht bestimmen kann, was in dem «Korb» der Hausfrau enthalten ist. Nicht alle Arbeiterfamilien

¹⁹² Röpke W., Die Lehre von der Wirtschaft, S. 76.

¹⁹³ I. Fisher, The Money Illusion, New York 1928, S. 19.

konsumieren dasselbe, nicht alle haben zwei Kinder, und vor allen Dingen ändern sich die Konsumgewohnheiten. Man kann zwar nach der Methode von Schnapper-Arndt und von Le Play Arbeiterhaushaltsrechnungen aufstellen, muß aber damit rechnen, daß in späteren Jahren ganz andere Dinge konsumiert werden, was besonders dann problematisch wird, wenn infolge einer Rationierung die Normalfamilie gar nicht das konsumieren kann, was sie konsumieren sollte.

Bezeichnen wir mit p_0^1 den Preis der Ware 1 im Zeitpunkte 0 und mit q_0^1 die Mengen, und entsprechend mit q_0^2 und p_0^2 die Ware 2 im Zeitpunkte 0, und mit p_1^1 , q_1^1 Preis und Menge der Ware 1 im Zeitpunkte 1, so läuft das Problem der Konstruktion eines Index darauf hinaus, zunächst eine Summationsformel aller $p_0 \cdot q_0$ zu finden, und, wenn diese berechnet ist, aus S_0 und S_1 ein Maß der Veränderung zu konstruieren.

Die primitivste Methode würde darin bestehen, das gewöhnliche arithmetische Mittel

$$I'_{01} = \frac{I'_1 + \dots + I'_n}{n}$$

$$\text{mit } L'_j = \frac{p_j^j}{p_1^j} \text{ zu nehmen.}$$

Ein derartiges arithmetisches Mittel nimmt aber auf die verbrauchten Mengen keine Rücksicht und ist zudem rein logisch zu verwerfen, weil es irreversibel ist, da

$$\frac{1}{I_{01}} = \frac{1}{\frac{1}{I_1} + \dots + \frac{1}{I_n}} \cdot n$$

Dieser Nachteil haftet dem geometrischen Mittel nicht an, da

$$\sqrt[n]{I_1 \cdot I_2 \cdot \dots \cdot I_n} = \sqrt[n]{\frac{1}{\frac{1}{I_1} + \dots + \frac{1}{I_n}}} = \frac{1}{\sqrt[n]{\frac{1}{I_1 \cdot I_2 \cdot \dots \cdot I_n}}}$$

$$= \frac{1}{n} \frac{p_2}{p_1} = \frac{\frac{1}{n} \sum \frac{p_2}{p_0}}{\frac{1}{n} \sum \frac{p_1}{p_0}} = \frac{\sum \frac{p_2}{p_0}}{\sum \frac{p_1}{p_0}}$$

Unter der Berücksichtigung der verbrauchten Menge erhält man

$$I = \frac{S_1}{S_0} = \frac{q_1 p_1^1 + q_2 p_1^2 + \dots}{q_1 p_0^1 + q_2 p_0^2 + \dots}$$

Die Formeln von Laspeyres $I = \frac{\sum q_0 p_1}{\sum q_0 p_0}$

und von Oaasche $I' = \frac{\sum q_1 p_1}{\sum q_1 p_0}$

sind logisch gleichwertig. Es handelt sich um eine Variation zweier veränderlicher Größen p und q , die miteinander zwar in einem Funktionalzusammenhang stehen, der jedoch unbekannt und für alle $p_i q_j$ verschieden ist. Beide Formeln stellen partielle Differentialquotienten, das eine Mal nach der Menge und das andere Mal nach dem Preise dar, wobei die willkürliche Annahme, $p_1 = p_0 + p_0$, wenn es sich darum handelt, p_0 zu messen, auch nicht verschwindet, wenn man die Formel von Fisher

$$I'' = \sqrt{\frac{\sum q_0 p_1}{\sum q_0 p_0} \times \frac{\sum q_1 p_1}{\sum q_1 p_0}} \text{ anwendet.}$$

Die Indexformeln sagen daher nur aus, daß eine Veränderung des Geldwertes eingetreten ist, deren Messung mit einiger Genauigkeit nur so lange möglich ist, als sich p_1 in der Nähe von p_0 befindet und indem q_i relativ konstant bleibt, zwei Voraussetzungen, die gerade dann nicht zutreffen, wenn man die Indexformeln zu einer Messung wesentlicher Geldwertveränderungen benützen will.¹⁹⁴

Vom Standpunkte der Außenhandelstheorie muß bedacht werden, daß es gar nicht auf das allgemeine Preisniveau, wenn man schon von

¹⁹⁴ Dugé Léon de Bernonville, *Initiation à l'analyse statistique*, Paris 1939. — Haberler, *Vom Sinn der Indexzahlen*, Halberstadt 1928. — Irving Fisher, *The Making of Index Numbers*, New York 1935.

diesem Begriffe Gebrauch machen will, ankommt, sondern daß es das Niveau der Exportgüter, bzw. der Importgüter ist, die den Ricardianischen Prozeß in Gang bringen. Es ist sehr leicht möglich, daß das allgemeine Preisniveau sinkt, die Preise der Exportgüter aber stabil bleiben, weil starke Kartelle den Markt beherrschen, oder weil die Regierung Valorisationspolitik betreibt.¹⁹⁵

Umgekehrt kann es sein, und es war auch während der Weltwirtschaftskrise von 1931 der Fall, daß die Exporte forciert wurden und die Preise der Rohstoffe, z. B. Südamerikas, viel stärker als das allgemeine Preisniveau sanken, oder daß man, wie z. B. in Deutschland, Exportprämien zahlte und so künstlich den Zusammenhang zwischen den Außenhandelspreisen störte.

Besonders wichtig wird diese Frage für Länder, deren Export aus arbeitsintensiven Qualitätsprodukten besteht, für die die Rohstoffe aus dem Ausland bezogen werden müssen. Die Frage der Preissenkung in der Exportindustrie wird dann zu einer Frage der Elastizität der Kostenstruktur. Wenn in einem Lande die Lohnkosten überwiegen und entweder infolge der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, wie in Westeuropa, oder durch den Staat mit ideologischen Kaufkraftargumenten, wie seinerzeit in Mitteleuropa, die Löhne künstlich starr gehalten werden, so kann die von Ricardo vorausgesetzte Lohnsenkung nicht eintreten.

b) Keynes hat eine Neufundierung der Lohnpolitik mit der Behauptung versucht, daß die Arbeiter nicht so sehr an dem absoluten, sondern an dem relativen Lohnniveau hängen. Nach Keynes sind die Arbeiter mehr daran interessiert, die gleichen Löhne wie die «competing groups» zu erhalten, und sind sogar bereit, sich mit einem niedrigeren Lohn zufriedenzugeben, solange gleichartige Arbeiter in anderen Industrien nicht mehr erhalten.¹⁹⁶

aa) Praktisch gesehen läuft diese Behauptung darauf hinaus, daß das Lohnniveau unabhängig von der faktischen Grenzproduktivität der Arbeit ist. Diese Behauptung kann möglicherweise für kurze Zeiträume

¹⁹⁵ Man vergleiche z. B. die Preispolitik der International Nickel Co. aus Kanada einerseits und die Preispolitik der brasilianischen Regierung zur Valoration des Kaffees andererseits. Immer dann, wenn der Monopolist über hohe fixe Kosten verfügt und bei gleichbleibenden Preisen der Konsum stabil ist, eine Verschiebung der Nachfragekurve also nicht zu erwarten ist und andererseits die Elastizität längs der Nachfragekurve groß ist, ist es vorteilhafter, die Preise stabil zu halten.

¹⁹⁶ Keynes, *The General Theory*, a. a. O.

zutreffen und war sicher von Keynes auch so gemeint. Als long run Argument ist kaum anzunehmen, daß sich die Gewerkschaften mit niedrigeren als den höchsten erreichbaren Löhnen zufriedengeben werden. Gibt man einmal die von Keynes aufgestellte Behauptung zu, dann kann es allerdings sein, daß in irgendeinem historisch gegebenen Momente eine Abwertung die einzige Möglichkeit darstellt, um eine Lohnsenkung durchzuführen. Dann kann es auch sein, daß in diesem Momente die Einführung eines Schutzzollsystems, wie in England 1932 nach der Ottawa-Konferenz, wirtschaftspolitisch empfehlenswert sein kann, weil die inländischen Waren verteuert werden, eine Reallohnsenkung erfolgt, der Staat neue Einnahmen erhält und möglicherweise sogar auf dem Markte vorhandene Arbeitslose absorbiert werden. Was aber 1931 und 1932 für England richtig war, wo es sich um einen Wirtschaftsblock handelte, der seine Rohstoffe überwiegend selbst erzeugte, kann nicht auch 1936 für die Schweiz gültig gewesen sein, weil den Vorteilen, die z. B. der Hotellerie erwachsen, die Nachteile gegenüberstehen, die allen Industrien erwachsen sind, die teurere Rohstoffe importieren mußten.¹⁹⁷

bb) Wirtschaftstheoretische Formulierungen sind nicht unabhängig von den wirtschaftspolitischen Forderungen des Tages. Der Keynes'sche Neomerkantilismus entstand in einem Moment, als es sich darum handelte, den englischen Abwertungsvorsprung zu begründen. Zum mindesten für die deutsche Variante der Theorie kann man sich des Verdachtes nicht erwehren, daß die «goldene Regel des Budgetdefizits» wenigstens teilweise entstanden ist, um die inflatoristische Geschichtsauffassung zu begründen.¹⁹⁸

II. Die Quantitätstheorie bei Ricardo

Zu Ricardos Zeiten wurde das englische Bankwesen von der Politik der Bank von England beherrscht. Der Grundgedanke der von Ricardo begründeten Currency-Theory ist, daß jedes Umlaufmittel, das von der

¹⁹⁷ Bebié, Die Abwertung des Schweizerfranken, Zürich, 1937.

¹⁹⁸ Burkheiser, Die Grenze des Staatskredites, Leipzig 1936, S. 61. — Marianne von Herzfeld, Die Geschichte als Funktion der Geldbewegung, Archiv f. Sozialwissenschaft, Bd. 56, S. 654—686.

Gesellschaft als allgemeines Tauschmittel angenommen wird, die Geldfunktion erfüllen kann. Die Vermehrung der Umlaufsmittel, wie sie 1797 erfolgte, mußte dazu führen, daß einem gesunkenen Handelsvolumen eine vermehrte Geldmenge gegenüberstand. Die Banking-Theory in der Formulierung von Tooke und Newmarch behauptete demgegenüber, es wäre nicht möglich, zuviele Noten auszugeben, solange die Notenausgabe gegen Handelswechsel erfolgte. Schon Lord Overstone zeigte, daß das Fullarton'sche Prinzip der Banknotenrückströmung auf einem Trugschluß beruht.

Zunächst besteht die praktische Unmöglichkeit, Handelswechsel von Finanzwechseln zu unterscheiden, wobei alle gelegentlich angegebenen Kriterien versagen.

Ein Unternehmer, der bei einer Notenbank einen Handelswechsel diskontiert, erhält die Umlaufsmittel heute, während die Produktion, auf deren Grundlage die Umlaufsmittel ausgegeben wurden, theoretisch in drei Monaten und praktisch im Falle der Prolongation sogar erst wesentlich später erfolgt. Nach drei Monaten würde das Geldvolumen wieder zurückgehen, wenn der Wechsel zurückgezahlt wird und die während der drei Monate auf dem Markte erschienene Geldmenge keine Wirkung ausgelöst hätte.

In Wirklichkeit sind im Verlaufe einer mehrstufigen Produktion Wirtschaftssubjekte mit Kaufkraft versehen worden, die als Nachfrage auf dem Markte auftritt, die Preise steigert und so weitere, gleichfalls vorfinanzierte Produktionen vorteilhafter erscheinen läßt. Wenn der Unternehmer 1 seinen Kredit mit Mitteln zurückzahlt, die er vom Unternehmer 2 auf Grund seiner eigenen Kaufkraftschöpfung erhalten hat, so bleibt mindestens die Geldmenge 1 ständig im Umlauf, ein Prozeß, der sich kumuliert, wenn der Unternehmer 2 den Unternehmer 3 finanziert.¹⁹⁹

1. Die Diskontpolitik der Bank of England

Ricardo verspricht sich eine Beeinflussung der Geldmenge vor allem vom Zinsfuß.²⁰⁰ In der Praxis der Bank of England hatte sich die Uebung herausgebildet, in Zeiten der passiven Handelsbilanz den Dis-

¹⁹⁹ Cairness, *The Course of Depreciation*, London 1873. — Mises, *Theorie des Geldes*, Jena 1923, S. 152. — S. Budge, *Lehre vom Geld*, Jena 1925, Bd. 1./1. S. 140. — Aftalion, *Monnaie, prix et change*, Paris 1927.

²⁰⁰ D. Ricardo, *Proposals for an Economical and Secure Currency*, London 1816.

kontsatz zu erhöhen. Die später gegebene theoretische Begründung lautete, daß durch die Erhöhung des Zinsfußes die Zahl der Wechseleinreichung zurückgehen würde. In demselben Maße, wie ausstehende Wechsel zurückgezahlt wurden, würde damit die aktive Geldmenge abnehmen. Dieser Gedankengang war von 1707, als England nach der Walpole'schen Währungsreform zur Goldwährung übergang, bis etwa 1914 für die Politik der Notenbanken bestimmend.²⁰¹

2. Die Diskontpolitik bei Doppelwährung

Im klassischen Zeitalter der Diskontpolitik bestand ein internationales Währungssystem. Die von Walpole eingeführte Guinea war zwar nur Rechnungsmünze und unterschied sich in nichts von dem Rechnungsgelde der Hamburgischen Bank oder der Bank von Amsterdam. Während aber diese beide Notenbanken ihr Rechnungsgeld nur theoretisch hielten, war die Bank von England immer bereit, Gold abzugeben und seit 1844 nach der Peel'schen Bankakte dazu auch gesetzlich verpflichtet. Auf dem Kontinent bestand theoretisch noch Doppelwährung. Als aber im Jahre 1873 Deutschland vom Taler zur Reichsmark übergang und gleichzeitig in Amerika große Silberfunde gemacht wurden, begann eine Flucht aus dem Silber. Die 1865 gegründete lateinische Münzunion konnte das theoretische Verhältnis von 1:15½ nicht aufrechterhalten und mußte die freie Silberprägung einstellen und 1878 zur hinkenden Goldwährung übergehen.²⁰²

a) Noch Karl Menger²⁰³ hat die Produktionskostentheorie des Goldes vertreten. Diese hat insofern einen richtigen Kern, als zwar nicht die Produktionskosten des Währungsmetalls das allgemeine Preisniveau bestimmen, wohl aber umgekehrt die vorhandene Menge des Währungsmetalls bestimmt, wie hoch die Produktionskosten des Goldes sein dürfen. Auf diese Weise werden zunächst die Löhne der im Goldbergbau beschäftigten Arbeiter und im weiteren die absolute Lohnhöhe festgelegt. Damit ein Währungssystem erschütterungsfrei arbeiten kann, muß sich die jeweils vorhandene Menge des Währungsmetalls den übrigen Daten der Wirtschaft, in der Hauptsache also dem Bevölkerungswachstum und

²⁰¹ Goschen, *Theorie der Wechselkurse*, London 1875.

²⁰² Bagehot, *Lombardstreet*, London 1937.

²⁰³ Menger, *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Wien 1871.

dem technischen Fortschritt, anpassen. Die großen Silberfunde zur Zeit der Entdeckung Amerikas verursachten die Preisrevolution von 1550 und führten zur Entstehung des Kapitalismus.

Bis zu den großen kalifornischen Goldfunden von 1848 war das Gold das knappere Währungsmetall, dessen Wertverhältnis zum Silber 1:15 $\frac{1}{2}$ betrug, das bei Parallelwährung um diese Größe herum zu schwanken pflegte. Trat in der relativen Knappheit eines der beiden Währungsmetalle eine wesentliche Verschiebung ein, so bewirkte das von Sir Thomas Gresham entdeckte Gesetz, daß das wertvollere der beiden Metalle der industriellen Verwendung zugeführt wurde, während das billigere Metall im Verkehr blieb. Es muß als ein Glück für Europa betrachtet werden, daß vom 16. bis ins 19. Jahrhundert Gold- und Silberfunde einander ungefähr die Waage hielten.

Dieses europäische Währungssystem mußte in dem Momente zusammenbrechen, in dem das Silber nicht mehr um seiner selbst willen begehrt wurde, sondern als Nebenprodukt der Blei- und Kupfergewinnung auftrat, in seinem Preise also nicht mehr durch die monetäre Nachfrage bestimmt wurde. Diese Entwicklung fiel zeitlich zusammen mit der Entdeckung der Goldfelder in Australien, Alaska und endlich Südafrika.

b) Die Verhältnisse zwischen Goldproduktion und Wirtschaftsentwicklung sind besonders von Gustav Cassel untersucht worden.²⁰⁴

Das statistische Material, das höchstens bis auf die napoleonischen Kriege zurückgeht, erlaubt vielleicht nicht den Beweis der Goldtheorie der langen Wellen der Konjunktur. Es erscheint aber immerhin wahrscheinlich, daß der normale jährliche Fortschrittsprozentsatz in den 100 Jahren bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ca. 3% betragen hat.

Die Zeiten übernormaler Goldproduktion fallen zusammen mit den Höhepunkten der Investitionskonjunktur, woraus Cassel den Schluß gezogen hat, daß für eine Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes bei Goldwährung eine jährliche Zunahme der Goldmenge von ca. 2,8% erfolgen muß. Bleibt die jährliche Goldförderung, wie in den Jahren von 1920—1933, wo sie nur 2,2% betrug, wesentlich hinter diesem Betrage zurück, so tritt auf der Welt eine Goldknappheit ein, die die Tendenz in sich trägt, einen allgemeinen Preisfall auszulösen und

²⁰⁴ Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1932. — Cassel, Der Zusammenbruch der Goldwährung, Leipzig 1936. — Konradieff, Die langen Wellen der Konjunktur, Weltwirtschaftliches Archiv, 1928.

eine allenfalls aus anderen Gründen eintretende Depression zu verschärfen.²⁰⁵

So hat man die außerordentlich schwere Weltwirtschaftskrise von 1931 mit den unzureichenden Goldvorräten der Welt in Zusammenhang gebracht.

Aus diesem Gefühl der Goldknappheit heraus entstanden die verschiedenen Währungsreformprojekte, zunächst die Goldkernwährung und dann die Golddevisenwährung, die auf eine künstliche Streckung der Goldvorräte hinausliefen. Man nahm nicht nur das Gold, sondern auch das Sozialprodukt der Länder mit Goldumlaufwährung als Deckung für die Noten der Länder mit schwacher Kaufkraft.²⁰⁶

Im Jahre 1931 ging erst England, 1934 USA und 1936 die übrigen Länder vom Goldstandard ab. Das Gold ist damit zwar nicht demonetisiert worden, und auch noch heute halten die Länder ihre Währungsreserven in Gold. Da aber eine gesetzliche Bindung an das Gold nicht mehr allgemein besteht, kann sich der automatische Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht mehr vollziehen.

Das Bewußtsein ist wieder allgemein geworden, daß die erste Voraussetzung für den Wiederaufbau des internationalen Handels eine einheitliche Weltwährung ist.

Der Unterschied gegenüber den Zeiten Ricardos besteht darin, daß man heute nicht mehr davon überzeugt ist, daß einzig das Gold die Funktion als Währungsmetall erfüllen kann.²⁰⁷

Geld kann alles sein, was allgemeines Tauschmittel ist und im Verkehr in dem Bewußtsein der Menschen sich mit der Vorstellung dessen deckt, wofür die übrigen Güter, die einen direkten Nutzen stiften, gekauft werden können.

Solange ein beliebiges Gut oder, wie bei der Indexwährung, der Durchschnitt von einer Auswahl von Gütern allgemeines Vertrauen genießt, kann die Währungsgrundlage in einem beliebigen Wertmaßstab bestehen. Bedingung für das allgemeine Vertrauen ist, daß die Menge

²⁰⁵ Spiethoff Art. Krisen im Hwb. d. Staatsw., Jena 1927. — Haberler, Gutachten für die Golddelegation des Völkerbundes, Genf 1932. — Haberler, Kaufkraft des Geldes und die Stabilisierung der Wirtschaft, in Schmollers Jahrbuch 1931, Heft 6, S. 54 und 56.

²⁰⁶ Fritz Machlup, Die Goldkernwährung, Kap. 15. Halberstadt 1928. — Fritz Machlup, Goldkernwährung und Zahlungsbilanz, Halberstadt, 1925, S. 118f. Mises, Zahlungsbilanz und Devisenkurse, im Mittelung des Verbandes der österreichischen Banken und Bankiers, Wien 1919.

²⁰⁷ Mises, Die Theorie des Geldes, a. a. O.

des Geldgutes knapp gehalten wird. Das Gold hat dabei den Vorteil, von den menschlichen Beeinflussungsversuchen unabhängig zu sein, hingegen den Nachteil, sich nur beschränkt anzupassen.

Die internationalen Währungsausgleichsfonds bemühen sich, eine internationale Währung zu schaffen, welche die Rolle des Geldes übernehmen soll.

Die Schwierigkeiten für die Einführung eines derartigen Weltgeldes sind in der politischen Einflußnahme zu erblicken, der jede derartige Währung ausgesetzt ist. Der Kampf zwischen Keynes-Plan und White-Plan, der ein Kampf war zwischen einer Fundierung der Währung auf dem Außenhandel und der Fundierung auf dem Golde und die Schwierigkeiten bei der Gründung der Weltbank und beim Abschlusse des Abkommens von Bretton-Woods haben gezeigt, daß es nicht so sehr die rein ökonomischen wie die politischen Interessen sind, die den Ausschlag geben.²⁰⁸

3. Der Mechanismus der Goldwährung

Bei der Herrschaft einer reinen Goldwährung wird das Gold zunächst in der Form der Löhne der Goldarbeiter in die Volkswirtschaft einströmen. Die zusätzliche Kaufkraft führt zur gestiegenen Nachfrage, zu gestiegenen Preisen und passiver Handelsbilanz, also einem Ausströmen des Goldes.

Die Verteilung des Goldes über die verschiedenen Lieferantenländer ist so aufgefaßt worden, als ob die Goldproduktionsländer ihre Industrien auf Kosten der übrigen Welt aufbauen würden. An sich ist gegen diese Betrachtungsweise, die sicher für Südafrika und Kalifornien zutrifft, nichts einzuwenden; sie würde aber auch richtig bleiben, wenn anstelle des Goldes z. B. Uran 235 gefördert würde. Von einer Ausbeutung der übrigen Länder könnte man nur sprechen, wenn man den spezifischen Geldwert, die Nutzensteigerung, die sich für das Geldgut aus dem Geldgebrauche gibt, leugnen könnte. Man kann mit Keynes der Ansicht sein, «daß es der Segen oder der Fluch unserer gegenwärtigen Sozialordnung ist, Löcher in die Erde zu graben, um aus diesen Löchern Gold zu fördern. Es wäre zweckmäßiger, dieselbe Arbeit anders zu verwenden. Vom Standpunkte der Beschäftigung müßte man aber, wenn man vom Gold abgehen würde, wie in Aegypten Pyramiden bauen, um

²⁰⁸ Boßhardt, Die angelsächsischen Währungspläne der Nachkriegszeit, Sankt Gallen 1943. — Kerschagl, Das Abkommen von Bretton-Woods, Wien 1946.

das Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten.»²⁰⁹ Um die Kosten der teuren Goldumlaufwährung zu vermindern, hat schon Ricardo die Goldkernwährung vorgeschlagen. Das ideale Geld, im modernen Sinne, könnte nie neutral sein, müßte aber wenigstens die Tendenz aufweisen, sich der Bevölkerungsgröße und dem Handelsvolumen anzupassen.

Die Schwierigkeit besteht darin, ein objektives Kriterium zu finden. Es ist erklärlich, wenn Länder wie China und Rußland die Bevölkerung als Maßstab der Produktionskapazität betrachten und wenn es für Großbritannien der Außenhandel und für die USA die Kaufkraft des Binnenhandels ist. Jedenfalls besteht die Alternative darin, die Administration des Weltgoldes entweder vom menschlichen Willen unabhängig zu machen oder einer Behörde zu übertragen. Die Weltbank wird damit zu kämpfen haben, daß beim Golde die jährliche Neuproduktion relativ klein ist im Verhältnis zu den bereits bestehenden Beständen. Änderungen in der Kaufkraft einer Währung konnten daher nur langsam und im geringen Ausmaß erfolgen. Niemals haben die Kaufkraftverschiebungen das Ausmaß erreicht, das wahrscheinlich wäre, wenn man einer Währungsbehörde die Befugnis der Auf- und Abwertung einräumen würde. Die Tatsache, daß der Währungsfonds eingreifen kann, muß, weil man mit diesem Eingreifen rechnet, zu einer Verschärfung der Schwankungen führen.

In der Gegenwart sehen wir, daß England Devisenbestimmungen eingeführt hat und Frankreich abgewertet hat, ohne den Währungsfonds zu fragen, in der Hoffnung, damit eine allgemeine Devaluation herbeizuführen, und niemand weiß heute, was die USA, die heute die Weltbank maßgebend beeinflussen, morgen tun werden.

Die Währungsbehörde wird aus Regierungsvertretern bestehen, die ein Interesse daran haben werden, abzuwerten, weil die Regierungen die größten Schuldner der Gegenwart sind.²¹⁰ Ein derartiges Weltgeld würde sich schneller oder langsamer entwerten müssen.²¹¹

Ueber die Zweckmäßigkeit einer derartigen Entwicklung ist viel diskutiert worden. Historisch gesehen ist die Währungsgeschichte eine Geschichte der fortschreitenden Entwertung. Mit guten Gründen kann man immerhin den Standpunkt vertreten, daß die Abwertungen notwendig

²⁰⁹ Keynes, *The General Theory*, a. a. O., S. 101.

²¹⁰ Mises, *Nationalökonomie*, a. a. O., S. 747.

²¹¹ Hayek, *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*, Wien 1928. — Neißer, *Notenbankfreiheit*, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 32, S. 146 — 1930.

sind, weil sich sonst das Sachkapital in den Händen weniger Personen ansammeln würde.

Wir können das Einkommen der Individuen und seine Gesamtheit, das Sozialprodukt, auffassen als bestehend aus einem Teil, welcher der Konsumation gewidmet ist und einem zweiten Teil, der der Erzeugung von Gütern höherer Ordnung dient. Dieser zweite Teil zerfällt dann in eine Quote, die den Reininvestitionsbedarf deckt, während der übrig bleibende Rest Kapitalneubildung darstellt.²¹²

Die Entscheidung über die Verwendung der Einkommensteile erfolgt durch die einzelnen Wirtschaftssubjekte und ist daher von institutionellen Momenten, wie z. B. dem Volkscharakter, abhängig. Immerhin können zwei Tendenzen mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden:

Je kleiner das Einkommen ist, umso kleiner wird auch der von ihm gesparte Teil sein. Dynamisch gesehen werden bei Änderungen der Einkommensstruktur die Konsumgewohnheiten stabiler sein als die Entschlüsse über den Konsumaufschub.²¹³

Bei steigendem Zinse besteht zunächst die Wahrscheinlichkeit der Zunahme der Sparquote, wobei immerhin zwei Vorbehalte gemacht werden müssen:

aa) Auch beim Zeitpunkte des Zinsfusses 0 würde gespart werden, weil nach «Böhm-Bawerks drittem Grund» aus Gründen der Altersfürsorge noch gespart werden wird.²¹⁴ Im übrigen ist ein derartiges Verhalten rein theoretisch, weil die Nachfrage nach Kapital durch die Grenzproduktivität des Kapitals bestimmt wird und der Zinsfuß 0 daher eine Wirtschaft voraussetzen würde, in der alle Kapitalgüter frei sind und mit ihnen nicht mehr gewirtschaftet wird.

bb) Bei sehr hohen Zinsfüßen kann der Moment eintreten, in dem die Kapitalakkumulation abnimmt, anstatt zuzunehmen.²¹⁵ In einem typischen Rentnerlande, wie z. B. in Frankreich, wird es Personen geben, die sparen, um in den Besitz eines bestimmten Einkommens, beispielsweise von Fr. 10 000.— zu gelangen. Bei einem Zinsfuß von 5% benöti-

²¹² J. S. Mill, *Principles of Political Economy*, Buch 3, Kap. 18, London 1848.

²¹³ Pantaleoni, *Pure Economics*, London 1898.

²¹⁴ Wicksell, Böhm-Bawerks dritter Grund, *Archiv für Sozialwiss. und Sozialpol.* 1923.

²¹⁵ Mahr, Die Angebotskurve des Zinses, *Jahrbücher für N. ö.* Bd. 1. Heft 2, Wien 1931.

gen sie ein Kapital von Fr. 200 000.—, bei einem Zinsfuß von 10% nur Fr. 100 000.—, können daher Fr. 100 000.— entsparen und für den Konsum verwenden. Es ist zwar unwahrscheinlich, daß sie es tun werden. Eher ist anzunehmen, daß zwar der Konsum steigt, ein Teil der scheinbar überflüssigen Sparquote der Produktion jedoch weiterhin zur Verfügung steht.

Eine Abwertung bedeutet also, daß der Anteil des Sozialproduktes, der in der Form von Zins in die Hände der Sachkapitalbesitzer gelangt, vermindert wird zugunsten jenes Teiles, der in der Form von Lohn den Arbeitern ausbezahlt wird.²¹⁶

Nehmen wir an, daß mit steigendem Einkommen der Grenznutzen des Geldes sinkt, so wird eine gleichmäßige Verteilung des Volksvermögens zwar bewirken, daß die absolute Größe der Sparquote abnimmt, und damit auch der wirtschaftliche Fortschritt und die gesteigerte Güterversorgung sich verlangsamt, daß aber anderseits die durch den Konsum gestiftete Nutzenwertsumme zunehmen wird.²¹⁷

4. Die Diskontpolitik der Gegenwart

Die Voraussetzung für das Eintreten des ricardianischen Prozesses ist die Wirksamkeit der Diskontveränderungen auf die Größe der Wechsel-einreichung. In der Zeit nach dem ersten Krieg hat man von «einer Ausleierung der Diskontschraube» gesprochen.²¹⁸

a) Man sagt, daß heute die Unternehmer den Diskont als Kosten des Betriebskapitals betrachten und ihn daher in ihre Preise einrechnen, ohne dadurch sich in der Höhe ihres Gewinnzuschlages beeinflussen zu lassen. Selbst wenn man dieser Argumentation zustimmt, so muß eine wenn auch kleine Erhöhung des Preises zu einem Nachfragerückgang führen, der die Umsätze senken und damit die Kreditnachfrage verkleinern müßte.²¹⁹

b) Die Verteuerung des Kredits wird bei den Unternehmern eine Tendenz auslösen, ihre Liquidität zu vergrößern. Um nicht teure Bank-

²¹⁶ Cassel, Theoretische, a. a. O., S. 648.

²¹⁷ Ammon, Grundbegriffe und Grundprobleme der Nationalökonomie, Bern 1944, S. 97.

²¹⁸ Kerschagl, Art. «Diskontpolitik» in Mataja, Handbuch der Volkswirtschaftspolitik, Wien 1931.

²¹⁹ Keller Theo, Preisbildung in der Volkswirtschaft, St. Gallen 1943.

kredite in Anspruch nehmen zu müssen, werden die Unternehmer ihre Warenlager verkaufen und daher die Umsätze erhöhen, statt sie zu vermindern.²²⁰

c) Der Diskontsatz muß, um wirksam zu sein, seinen Ausdruck im Werte der dauerhaften Güter finden. Mit der wachsenden Tendenz zum Großbetrieb nimmt die Bedeutung der fixen Kosten so rasch zu, daß die Diskontdifferenz an Bedeutung zurücktritt.²²¹ Diese Argumentation übersieht jedenfalls, daß wenn der Zinsfuß sich in den bestehenden Anlagen überhaupt nicht mehr auswirken würde, er jedenfalls seine Bedeutung für die Neuinvestitionen behalten würde. Immerhin ist dieses Argument zweischneidig:

aa) Mit der Diskonterhöhung will man die Zahlungsbilanz verbessern. Zu diesem Zwecke müssen die Importe gedrosselt und die Exporte gesteigert werden. Die Unternehmungslust der Unternehmer, die exportieren sollten, wird aber durch die Diskonterhöhung gedrosselt.

bb) Bei der Entscheidung zwischen Konstatierungs- und Feststellungstheorie wird man die indirekten Wirkungen nicht vergessen dürfen, die sich aus der Diskonterhöhung ergeben.²²²

Der Marktzinsfuß wird sich zunächst auf dem Geldmarkt ändern. Bei einer Diskonterhöhung werden Gelder vom Kapitalmarkte auf den Geldmarkt abströmen und es werden Verkäufe von Aktien und Obligationen eintreten müssen, um die Mittel zu beschaffen, die durch die erhöhte Kassenhaltung notwendig geworden sind. Erhöht sich der Nettozinsfuß, also der Urzins von 3% auf 4%, so wird jedenfalls eine Obligation, die vorher auf pari stand, auf 75% zurückgehen. Die Besitzer der Obligationen werden Verluste erleiden. Auf dem Aktienmarkte wird sich außerdem noch die Aenderung in der Risikoprämie bemerkbar machen, die sich aus der veränderten Beurteilung der Zukunftsaussichten für den Ertrag der Unternehmungen ergibt.

cc) Erhöht die Notenbankleitung den Zinsfuß willkürlich, ohne daß sich die reale Grenzproduktivität des Kapitals geändert hat, so beurteilt sie die Zukunftsaussichten schlecht und wird auch nach der Konstatie-

²²⁰ Kerschagl, a. a. O.

²²¹ Vgl. Schmalenbach, Selbstkostenrechnung und Preispolitik, Leipzig 1931, S. 59. — Mises, Das festangelegte Kapital, in Grundprobleme, Jena 1933.

²²² Henderson, The Effects of Discount, in Oxford Economic Papers, 1938, Vol. 1. — Jöhr, Inflation und Rationierung, St. Gallen 1941. S. 42.

rungstheorie durch ihren Pessimismus einen Fall der Aktienkurse herbeiführen, wie er sich z. B. 1929 in Deutschland ereignet hat.

Die Aktienbesitzer, die Verluste erlitten haben, werden ihre Geschäfte einstellen. Sie werden ihre Preise ermäßigen, weil der Verlust, den der Unternehmer erleidet, wenn seine Absatzmenge zurückgeht, größer ist, als wenn er versucht, durch eine Preismäßigung den Absatz aufrechtzuerhalten.²²³

5. Die Zielsetzung der Notenbankpolitik

Die klassischen Notenbankengesetze gehen von der ökonomischen Theorie des Liberalismus aus und erblicken daher die Vollbeschäftigung der Wirtschaft im Gleichgewicht als gegeben.

Unter diesen Umständen kann die Aufgabe der Notenbank nur darin bestehen, den Außenwert der Währung aufrechtzuerhalten und die Zahlungsbilanz auszugleichen, wenn die tatsächliche Gestaltung der Wechselkurse mit den Kaufkraftparitäten übereinstimmt. In den Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise zeigte es sich, daß neben der primären Depression, wie sie im Verlaufe des Konjunkturzyklus' auftritt, in unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem eine Tendenz besteht, eine sekundäre Depression auszulösen.²²⁴

Die Vollbeschäftigung der Wirtschaft und die Maximierung des Sozialproduktes erscheinen nur so lange gewährleistet, als auf dem Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht besteht. Die Existenz eines solchen Gleichgewichtes setzt voraus, daß die Angebotskurve der Arbeit regulär von rechts nach links fallend und die Nachfragekurve von rechts nach links steigend verläuft. Es darf also in der Angebotskurve kein Stück bestehen, in dem diese längere Zeit parallel zur Mengenachse darzustellen wäre. Nun ist es aber für die Gegenwart besonders bezeichnend, daß es für die Arbeiter einen Minimallohn gibt, der von ihnen als standesgemäß empfunden wird und zu dem praktisch alle Arbeiter zu arbeiten bereit sind.²²⁵

Der kritische Punkt des Lohnniveaus hängt ab von der Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Das Bestehen einer Sozialversicherung bedeu-

²²³ Morgenstern Oscar, Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie, Z. f. N. ö., Bd. 2, 1931. S. 481.

²²⁴ Röpke, Secondary Depression, in Economic Essays in The Honour of Gustav Cassel, Genève 1933.

²²⁵ Strigl, Kapital und Produktion, Wien 1936.

tet, daß nicht mehr die absolute Höhe der Löhne, sondern der Unterschied zwischen Sozialversicherung und Beschäftigungslohn bestimmt, wann gearbeitet wird und wann die gesamte Menge der Arbeit auf den Markt kommt, während oberhalb des Lohnes eine Vermehrung der Arbeitsmenge nur schwierig möglich ist.²²⁶

In früheren Zeiten galt als Ziel der Notenbankpolitik die Stabilhaltung des Außenwertes des Geldes²²⁷, während gegenwärtig die Vollbeschäftigung im Mittelpunkt des Interesses steht.

Der Begriff der Vollbeschäftigung ist ohne Objekt, auf das die Vollbeschäftigung sich beziehen soll, nicht bestimmbar. Man konnte von einer Vollbeschäftigung des Bodens sprechen, die für Europa gegenwärtig ständig gegeben wäre, oder von einer Vollbeschäftigung des Kapitals, die man allerdings dann auch näher bestimmen müßte.

Eine absolute Beschäftigung des Kapitals müßte heißen, daß alle produzierten Produktionsmittel auch verwendet würden, und wäre deshalb schwierig als Maßstab zu nehmen, weil die Menge der Kapitalbildung nicht unabhängig von dem Willen der sparenden Menschen ist. Relative Vollbeschäftigung des Kapitals liegt ständig vor. Wenn eine Kupfermine in Depressionszeiten nicht ausgebeutet wird, so liegt es nicht daran, daß man die Maschinen nicht verwendet, sondern daß die Arbeiter nicht bereit sind, zu den Löhnen zu arbeiten, die ihnen geboten werden könnten. «Der Kupferpreis hat einen Stand, bei dem eine Zahl von Bergwerken ihre Produktion nicht mehr rentabel betreiben können; die Arbeiter ... müssen feiern.»²²⁸

Das, was man wirklich meint, ist die Vollbeschäftigung des Produktionsfaktors Arbeit, und auch dabei denkt man meistens an die Arbeiter zwischen 16 und 60 Jahren. Im allgemeinen gibt man sogar zu, daß ein gewisses Ausmaß von Friktionsarbeitslosigkeit unvermeidlich ist, weil es immer Arbeiter geben wird, die gerade ihren Arbeitsplatz wechseln.²²⁹ Eine Notenbank, die Vollbeschäftigungspolitik betreiben wird, muß also darauf ausgehen, die Reallöhne so weit zu senken, daß die Grenzproduktivität der Arbeit gerade erreicht wird. «Was fehlt in den unbeschäftigten Bergwerken, Vollbeschäftigung zu geben, ist ein Zuwachs p

²²⁶ Strigl, Kapital und Produktion, Wien 1936.

²²⁷ Keynes, A. Treatise on Money, Bd. 1. Kp. 13, London 1939. — Report of Comitee on Finance and Industry, Par. 295, London 1931.

²²⁸ Mises, Nationalökonomie, S. 528.

²²⁹ Jöhr, Die Nachkriegsdeflation, S. 178.

an Kapitalgütern. Wenn nun dieser Zuwachs p nicht erfolgt, durch Kreditausweitung die Unternehmer jedoch veranlaßt werden, so vorzugehen, als ob er erfolgt wäre, dann werden zunächst die Wirkungen für den Kupfermarkt so eintreten, als ob p wirklich zugewachsen wäre.»²³⁰

6. Die Konjunkturpolitik der Notenbanken

Das Mittel, dessen sich die Notenbanken früher zu bedienen pflegten, um eine Vollbeschäftigung zu erreichen, ist als Politik des «billigen Geldes» bezeichnet worden. Im Jahre 1898 erschien Wicksells «Kapital, Zins und Rente», welches Buch davon ausgeht, daß es in jedem Zeitpunkt einen Zinsfuß gibt, der der realen Grenzproduktivität des Kapitals entspricht.

a) Der erste Einwand, den man gegen diese monetäre Konjunkturtheorie gemacht hat, ist, daß die reale Grenzergiebigkeit in den verschiedenen Produktionszweigen nicht dieselbe wäre und man deshalb z. B. in der Landwirtschaft, deren Ertrag angeblich oder wirklich niedriger ist, eine Kreditdiskriminierung vornehmen müßte.

Mit demselben Rechte kann man aber auch eine andere Schlußfolgerung ziehen. Entweder liegt den Bauern aus außerökonomischen Gründen so viel an ihrem Lande, daß sie auch zu einem niedrigeren Zinsfuß arbeiten, oder sie werden die Produktion aufgeben, um sich statt dessen einer lohnenderen Beschäftigung zu widmen.

Es kann auch sein, daß es nicht die Bauern, sondern der Staat selber ist, der die internationale Arbeitsteilung und die Wirkung des Gesetzes der komparativen Kosten verhindern will. In diesem Falle dürfte aber wohl Uebereinstimmung darüber bestehen, daß es vernünftiger ist, direkte und unverhüllte Subventionen zu gewähren, als in die Preisbildung einzugreifen.²³¹ Für die Außenhandelstheorie im allgemeinen ist dabei von Bedeutung, daß diese Art der Autarkiepolitik nur so weit betrieben werden kann, als die Staatsmacht reicht. Weder kann man auf diese Art den Außenhandel im Gleichgewicht halten, noch kann man, wenn man Subventionen gewährt, verhindern, daß das billige Geld zu ganz anderen Zwecken verwendet wird als zu denen, für die es bestimmt war.²³²

²³⁰ Mises, a. a. O., S. 528.

²³¹ Mises, Preistaxen (Art.) Hwb. d. St.

²³² Bericht der Expertenkommission über die Bundesfinanzreform, Bern 1947.

b) Der zweite Einwand, den man Wicksell entgegengehalten hat, ist, daß es keineswegs sicher ist, ob die Unternehmer selbst bei niedrigeren Zinsfüßen die Kredite in Anspruch nehmen werden.²³³

Etwas Ähnliches hat sich tatsächlich zwischen 1932—1934 in den USA abgespielt, als die Reconstruction Finance Co. nicht in der Lage war, die Notstandskredite, die sie gewähren wollte, unterzubringen. Gewisse Autoren²³⁴ haben daraus die Konsequenz gezogen, daß es unser Wirtschaftssystem an sich wäre, welches versagt hätte. Besser ist, nach den Gründen zu suchen, die die Unternehmer veranlaßt haben, die Kredite nicht in Anspruch zu nehmen. Die Erklärung dürfte sogar ziemlich einfach sein, wenn man sich erinnert, daß alle Preise sanken und alles glaubte, ein gutes Geschäft zu machen, wenn man mit den Einkäufen zuwartete.

c) Bekanntlich hat sich die New-Deal-Administration nicht abschrecken lassen und hat einfach auf eigene Faust begonnen, Projekte durchzuführen, wobei sie übrigens keineswegs allein dand, sondern sich auf alle zentraleuropäischen Industrialisierungsprojekte nach 1920 berufen konnte.²³⁵

Das große Dilemma aber, in das man hineingeraten mußte, war, was man eigentlich bauen sollte. Wählte man Projekte, die auch für die Privatindustrie interessant gewesen wären, so setzte man sich der Gefahr aus, gerade die Ankurbelung, die man erreichen wollte, unmöglich zu machen.

Die Finanztheoretiker haben dann, den Spuren Marshall's folgend²³⁶, entdeckt, daß es innerhalb der verbundenen Einzelbedürfnisse eine Gruppe gäbe, die zwar produktiv wäre, deren Anlagedauer aber so groß ist, daß für den Einzelnen es nicht mehr dafür stände, die Investition vorzunehmen. Mit dieser Begründung hat man in den USA das Tennessee-Valley-Projekt gebaut und auch in anderen Ländern Meliorationen über Meliorationen vorgenommen.

aa) Der Tatbestand liegt doch wohl so, daß man neben den Arbeitern, die man beschäftigen will, auch noch komplementäre sachliche Produktionsfaktoren benötigt. Daß diese sachlichen Produktionsfaktoren

²³³ Pigou, *Industrial Fluctuations*.

²³⁴ Laverne, *Essor et décadence du Capitalisme*, Paris 1938, S. 98 ff.

²³⁵ F. D. Roosevelt, *On Our Way*, New York 1934.

²³⁶ Marshall, *Money, Credit and Commerce*, London 1922, 3. Buch, 6. Kap., S. 162 und Anhang zur S. 330.

knapp wären, hat niemals jemand im Ernste bestritten. Sie haben ihren Preis, und dieser Preis drückt sich im Zinsfuß aus. Wenn ein Elektrizitätswerk in der Lage ist, eine Rendite abzuwerfen, die dem Zinsfuß entspricht, so ist nicht einzusehen, warum es nicht von den Privaten, z. B. von einer Aktiengesellschaft, die im Prinzip gerade so unsterblich wie der Staat ist, gebaut werden sollte.

bb) Im weiteren muß man sich aber auch überlegen, was man mit diesen Meliorationen erreicht. Die Argumentation, die man für die Meliorationen anführt, besagt ja gerade, daß das stehende Kapital praktisch unzerstörbar ist, jede Fehlinvestition, die man vornehmen wollte, also auf ewig wäre.²³⁷

Man legt demnach Kapitalien, die man besser anders verwenden könnte, ständig in Produktionen fest, die den Wünschen der Konsumenten nicht entsprechen. «Die Nichtausnützung der vollen Produktionskapazität von Kapitalanlagen, die nicht umgelenkt werden können, erklärt sich aus Fehlern der Vergangenheit. Man hat Investitionen gemacht unter Annahme, die sich als ungerechtfertigt erwiesen haben; der Markt verlangt anderes als das, was ihm von diesen Anlagen geliefert werden kann.»²³⁸

Von irgendeinem nationalen Standpunkte aus kann man möglicherweise strategische Bahnen verteidigen. Die Meliorationen des Tennessee-Tals bedeuten aber doch nur, daß man an einem Punkte Weizen, wo er sonst nicht gebaut worden wäre, anbaut, nur weil dieser Punkt zufällig im Inland liegt. Wäre der Weizen absolut knapp gewesen, so wäre sein Preis gestiegen und dann hätten sich sicher auch Unternehmer gefunden, welche die Staudämme ohne Staatshilfe gebaut hätten.

d) Trotzdem kann es für die Regierungen ein gutes Geschäft sein, in dem Moment, wo man die Starrheit der Löhne als Faktum anerkennt und sich damit abfindet, auf jeden Fall Arbeitslosenunterstützungen zahlen zu müssen. Dann kann man auch weiter argumentieren, daß die den Arbeitern ausbezahlten Löhne unabhängig von ihrer Produktivität Kaufkraft darstellen. Diese Kaufkraft könnte dazu dienen, daß andere Unternehmer ihre Lager absetzen und ihre Produktionen ausdehnen. Es könnte allerdings auch der Fall sein, daß sie statt dessen dieselbe Zahl Arbeiter

²³⁷ Mises, Die Rolle des stehenden Kapitals, Festschrift für Kerijn und Stuart, Amsterdam 1928.

²³⁸ Mises, Nationalökonomie, a. a. O., S. 527.

beschäftigen und die Preise erhöhen. Es könnte sogar sein, daß sie, anstatt Arbeiter anzustellen, Maschinen anschaffen und Arbeiter freisetzen.²³⁹

Es kann sogar sein, und dafür spricht die große Wahrscheinlichkeit, daß die Nachfrage bei den Konsumgütern entsteht, während in der Depression unausgenützte Reserven in der Produktionsmittelindustrie bestehen. Bezeichnend ist jedenfalls, daß Keynes theoretisch einen Multiplikator von 10 annimmt, während die praktischen Untersuchungen von Joan Robinson²⁴⁰ statistisch einen Multiplikator von 2—3 erhält.

e) Keynes und Nöll von der Nahmer²⁴¹ geben auch zu, daß die Multiplikatortheorie zu Preissteigerungen führen muß. Unter den beliebig vielen Produktionsmitteln wird es das Produktionsmittel Arbeit und daneben den Produktionsfaktor X geben, der dadurch gekennzeichnet ist, daß er der relativ knappste ist, der in der Volkswirtschaft besteht. Man kann dabei an Stahl oder Kupfer denken; jedenfalls besteht kein Grund anzunehmen, daß X gerade die Arbeit wäre. In dem Moment, wo sich X verknappt, werden die Preise von X steigen, es werden außerdem Importe von X aus dem Auslande erfolgen, die Handelsbilanz wird sich verschlechtern, die Importe werden, da sie mit teuren Waren nicht bezahlt werden können, aus den Goldreserven bezahlt werden müssen, und es wird einmal der Punkt kommen, an dem aus diesem Grunde die Konjunktur zusammenbrechen muß. «Manche Staaten sind weiter gegangen als die anderen. Wenn sie sich nicht ganz jeder Rücksichtnahme auf die Gestaltung der Wechselkurse entschlagen wollen, müssen sie bremsen. Sie lösen damit die Panik aus, die den Aufschwung beendet und den Abstieg der Konjunktur einleitet.»²⁴²

7. Die Grenzen der Politik des billigen Geldes

Im Normalfall werden die Banken durch eine Herabsetzung des Zinsfußes erreichen, daß die Unternehmer mehr Kredite als bisher in Anspruch nehmen.

²³⁹ Keynes, *Allg. Theorie*, a. a. O., S. 14.

²⁴⁰ J. Robinson, *Theory of Unemployment*, S. 97.

²⁴¹ Nöll von der Nahmer, *Der Volkswirtschaftliche Kreditfonds*, Leipzig 1932.

²⁴² Mises, *Nationalökonomie*, S. 696.

a) Sie werden Arbeiter in neuen Produktionen einstellen, dieweil sie einen längeren Produktionsprozeß voraussetzen, der mehr ergiebig zu sein scheint.²⁴³

b) Die Arbeiter, die über zusätzliche Kaufkraft verfügen, werden diese dazu benützen, nun entweder zu sparen, zu horten oder zu konsumieren.

aa) Horten die Arbeiter, was an sich sehr unwahrscheinlich ist, so bleibt die Kreditexpansion ohne Wirkung.²⁴⁴

bb) Sparen die Arbeiter, so fließen die Gelder den Banken zu und diese erhalten einen weiteren Grund, um Kredite zu gewähren, da scheinbar ihre Depositen zugenommen haben.²⁴⁵

cc) Geben die Arbeiter erwartungsgemäß das Geld aus, so scheinen die Unternehmer mit ihrer Prognose recht zu behalten, da die Konsumgüterpreise steigen, solange noch keine neuen Waren auf dem Markte sind.²⁴⁶

c) Diese Entwicklung kann natürlich nicht ins Unbegrenzte weitergehen. Die Folge müßte sein, daß alle verfügbaren Produktionsmittel in immer höheren Stufen der Produktion verwendet werden würden. Die Preise würden immer stärker steigen, und in demselben Maße, wie sich die Konsumgüter verknappen, wären die Arbeiter trotz ihren gesteigerten Löhnen nicht mehr in der Lage, die Güter zu kaufen, und es müssen Absatzstockungen eintreten. Man kann sich einen Idealfall vorstellen, in dem die gesamte Wirtschaft nur noch Produktionsmittel herstellt und trotz ihres scheinbaren Reichtums verhungern müßte. In Wirklichkeit kommt es natürlich nicht dazu.²⁴⁷

aa) Die Produktionsumwege, die eingeschlagen werden, sind in Wirklichkeit zeitraubende Produktionsumwege. Bereits ehe die letzten der in Angriff genommenen Produktionsprozesse beendet sein können, werden Unternehmer das Ungleichgewicht bemerken und Konsumgüter herstellen.

Da der größte Teil der Produktionsmittel in spezifischen Produktionen höchster Ordnung festgelegt ist, bleibt ihnen nichts anderes übrig,

²⁴³ Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, Der dritte Grund.

²⁴⁴ Haberler, Prospérité et Dépression, S. 60.

²⁴⁵ De Viti de Marco, Die Funktion der Bank.

²⁴⁶ Strigl, Der Wicksell'sche Prozeß, Weltwirtschaftliches Archiv 1942.

²⁴⁷ Strigl, Kapital und Produktion.

als kürzere Produktionsprozesse einzuschlagen, die weniger ergiebig sind und sich nur mit niedrigeren Löhnen durchführen lassen.

Der Gewinn, den die Volkswirtschaft erzielte, sind jene neuen Produktionen, die fertiggestellt werden konnten, der Verlust jene neuen spezifischen Anlagen, die gebaut worden sind, ohne daß sie verwendet werden können.²⁴⁸

bb) Der zweite Grund, der verhindert, daß sich der Aufschwung ins Unendliche fortsetzt, liegt in der Organisation des Bankensystems. Zunächst könnte eine Bank allein versuchen, Kreditausweitung zu betreiben. Sie würde mehr Kredite oder billigere Kredite einräumen und würde notwendig im Bankclearing passiv werden. Ihre Kassenreserven würden abfließen und sie müßte sehr bald die Kreditausweitung einstellen.²⁴⁹

Etwas anders liegt der Fall, wenn nicht eine Bank allein, sondern das ganze Bankensystem Kreditausweitung betreibt. Die Bank A gewähre einen zusätzlichen Kredit von 1 000 000, der von dem neuen Bankenschuldner a zur Bank B gebracht wird, die ihn als das echteste Depositum betrachtet, b einen Kredit einräumt, der damit zu A geht. Dieser Mechanismus wird nur dadurch gebremst, daß nicht alle Zahlungen von a und b auf dem Giralgeldwege erfolgen, sondern wenigstens ihre Lohnzahlungen meist in notalem Geld erfolgen, die Kassenreserven also in Anspruch nehmen.²⁵⁰

Der dritte Fall, der möglich ist, wäre, daß auch die Notenbank Kreditausweitung betreibt und den Banken Noten zur Verfügung stellt, oder, was auf dasselbe herauskommt, selber Gelder verleiht. Solange eine internationale Währung besteht, ist sie jedoch in ihrer Handlungsfähigkeit durch die wachsende Passivität der Handelsbilanz beschränkt. Der ricardianische Prozeß gilt trotz allem, was seither geschrieben wurde, und die Notenbank steht vor der Wahl, den Goldstandard aufzugeben oder Kreditrestriktion zu betreiben.²⁵¹

²⁴⁸ Hayek, *Prices and Produktion*, London 1936.

²⁴⁹ Schumpeter, *Die goldene Bremse an der Kreditmaschine*, in *Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft*, Köln 1928.

²⁵⁰ Phillips C. A., *Bank Credit*, New York 1921.

²⁵¹ Strigl, *Die Produktion unter dem Einfluß einer Kreditexpansion*, in *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* 173/I, München 1928.

III. Die Devisenbewirtschaftung²⁵²

1. Das Aufkommen der Devisenbewirtschaftung

Ursprünglich wollte wohl kein Land zur Autarkie übergehen, weil sich die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu deutlich gezeigt hatten.

a) Man griff auf die alte Zahlungsbilanztheorie zurück und erinnerte sich, daß der Außenwert der Währung wenigstens scheinbar von Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

aa) Gelang es, das Angebot an eigenen Devisen zu beschränken, so konnte der Kurs nicht fallen, wenn die Nachfrage bestehen blieb. Man mußte also den Transfer der Inlandswährung verbieten und dafür sorgen, daß auch inländische Noten nicht mehr ins Ausland gelangen.

bb) Die Nachfrage im Inlande ging trotzdem zurück, weil das Preisniveau überhöht war. Man mußte daher auch die Einfuhr der eigenen Noten verbieten, damit auf diesem Wege nicht zusätzliche Kaufkraft entstehen würde. Man hätte, wenn man hätte konsequent sein wollen, auch die höheren Löhne im Inland besteuern müssen, damit die Kaufkraft nicht in Erscheinung getreten wäre. Das wollte oder konnte man nicht und wählte den Weg, statt dessen Anleihen auszugeben, die mehr oder minder freiwillig gezeichnet wurden. Nicht nur Länder wie Deutschland, sondern sogar das konservative England stehen in dem Momente, wo die Victory-Bons eingelöst werden sollen, vor der Frage, woher sie die Produktionsmittel nehmen, mit denen die Automobile und Häuser gebaut werden sollen, die man vor oder während des Krieges vielleicht aus sehr lobenswerten Gründen versprochen hat.

cc) Länder, die weitgehend selbstversorgend sind, wie z. B. das Britische Imperium, müssen sich in normalen Zeiten wegen ihrer Rohstoff-

²⁵² Machlup Fritz, Die Theorie der Kapitalflucht, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36. — Machlup, Art. Devisenbewirtschaftung, Hwb. des Bankwesens, Berlin-Wien 1933. — Groß Herbert, Ausgangspunkte, Form und Wirkungen der Devisenzwangswirtschaft, Archiv für Sozialw. und Sozialpol. Bd. 69, 1933.

einführ keine Sorgen machen. Sie können darauf verzichten, Anmeldungen der Auslandsguthaben und im weiteren deren Beschlagnahme zu verfügen. Der 3. September 1939 war aber der Beweis dafür, daß man im Ernstfalle auf die ausländischen Kapitalbeteiligungen zurückgreifen und bestimmen muß, wozu diese verwendet werden dürfen, also, welche Importe lebenswichtig und welche es nicht sind. In Kriegszeiten mag dies die einzig mögliche Methode sein. Man darf aber nicht vergessen, daß wenigstens in der Theorie unsere Wirtschaft auf Konsumfreiheit aufgebaut ist, wir also den Konsumenten darüber entscheiden lassen sollten, was er verzehren will oder nicht.

b) Theoretisch gesehen führt die Devisenbewirtschaftung zum Naturalaustausch. Man kann diesen durchführen, indem man Privatkompensationen zuläßt und z. B. tschechoslowakischen Zucker gegen Schweizer Uhren tauscht.

aa) Solange wir A in Bratislava und B in Zürich machen lassen, was sie wollen, haben wir nur das Geld abgeschafft und sind zu einem Zeitpunkt zurückgekehrt, den unsere Urgroßväter für unerfreulich genug hielten, um das Geld einzuführen.

bb) Wenn aber A die tschechoslowakische Regierung ist und B der schweizerische Bundesrat, so stehen beiden Zwangsmittel zur Verfügung, um den Export zu erzwingen. A kann z. B. Exportprämien zahlen oder er kann in eigenem Lande Güter, die er ausführen will, beschlagnahmen, um sie zu exportieren. Wenn A, wie z. B. Deutschland während des Krieges, skrupellos genug ist, können seine eigenen Bürger frieren, nur damit Kohle exportiert werden kann.

cc) Ist A ein Land, welches viel größer als sein Handelspartner ist, so kann es Kreditlieferungen erzwingen, die nie bezahlt werden und als Clearingspitzen in die Geschichte eingehen. A kann sich sogar, wie es Deutschland getan hat, auf den Standpunkt stellen, prinzipiell *nur* Clearingabkommen abzuschließen und damit Länder, die lieber freien Warenverkehr gehabt hätten, zwingen, zum Clearing überzugehen.

c) A kann Kompensationskassen einrichten und seine eigenen Exporteure mit den Guthaben bei den Importeuren zahlen oder ihnen das Geld schuldig bleiben.

aa) A kann innerhalb seines eigenen Landes den Wechselkurs, zu dem die verschiedenen ausländischen Währungen ausgetauscht werden, frei bestimmen.

bb) A kann seine eigene Währung diskriminieren und irgendwelche Arten von Sonderspermark etc. einführen, die für bestimmte Zwecke gebraucht oder nicht gebraucht werden dürfen und wo es dann vom Wohlwollen einer Devisenbewirtschaftungsstelle abhängt, ob die Bewilligung erteilt wird oder nicht.

cc) A kann sogar, wenn es sich stark genug fühlt, in den Clearingvertrag einen Umrechnungskurs hineinrechnen, der den wirklichen Tatsachen nicht entspricht. Kann aber A dann auch verhindern, daß zu einem anderen als dem Clearingkurs getauscht wird?

2. Die Theorie der Devisenbewirtschaftung

Rein theoretisch gesehen ist die Devisenzwangswirtschaft ein Sonderfall der allgemeinen Erscheinung der Preistaxen.²⁵³

Der Staat, der Devisenzwangswirtschaft einführt, setzt einen Kurs für die ausländische Währung fest, der dem Gleichgewicht der Kaufkraftparitäten nicht entspricht. Die Folge bei einer Preistaxe, die einen Höchstpreis festsetzt, der außerhalb der Grenzen des Gesetzes der Grenzpaare liegt, ist, daß die Ware vom Markte verschwindet. Dieselbe Folge wird bei der Devisenzwangswirtschaft eintreten, indem die Besitzer der ausländischen Devisen, das sind die Exporteure, bei denen sie laufend anfallen, und die Besitzer ausländischer Kapitalanlagen, nicht mehr bereit sein werden, ihre Devisen abzuliefern. Im Falle einer Preistaxe antwortet der Staat auf das Verschwinden der Ware vom Markte mit einer Ablieferungspflicht, die ihr Gegenstück in der Anmeldepflicht und der Beschlagnahme der ausländischen Werte hat.

In der Theorie der Preistaxen tritt infolge des Höchstpreises an die Stelle des Preissystems ein anderes Auswahlssystem. Entweder bildet sich ein Schwarzer Markt, auf dem die Ware zu höheren als den Zwangskursen gehandelt werden, oder es entscheidet nicht mehr das Bedürfnis, sondern die Beziehungen über die Zuteilung. Dasselbe können wir auf dem Devisenmarkte beobachten, indem die Devisenbehörde verfügt, wer Devisen erhalten soll. Auch eine Parallelerscheinung zum Queue-System können wir feststellen, da bekanntlich die Wartezeiten im Clearing ständig länger zu werden pflegen.²⁵⁴

²⁵³ Mises, Art. Preistaxen, Hwb. d. St.

²⁵⁴ Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, Zürich 1943.

Sind im Falle eines Höchstpreises die Vorräte knapp, so schreitet die Wirtschaftsleitung zur Rationierung, indem sie jedem Wirtschaftssubjekt die Menge zuteil, von der sie glaubt, daß es sie benötigt. Die Parallelerscheinung in der Devisenzwangswirtschaft ist die Zuteilung von Devisen für jene Importe, die als lebensnotwendig betrachtet werden.²⁵⁵

Da die Vorräte einer rationierten Ware sich früher oder später erschöpfen, muß der Staat einen Produktionszwang einführen. Die Parallelerscheinung in der Devisenzwangswirtschaft besteht darin, daß man versucht, unter allen Umständen zu exportieren, um Devisen zu erhalten. Eine Methode hierfür ist, daß man versucht, die Exportpreise zu senken. Dies kann geschehen, und so war es zu Beginn der Devisenzwangswirtschaft in Deutschland 1931, indem man den Unternehmern einen Preisnachlaß von damals 10% vorschrieb.

Im Falle der Preistaxe werden die Unternehmer, deren Gewinne durch einen Produktionszwang unter den Durchschnitt der Gewinne der Volkswirtschaft sinken, neue Investitionen unterlassen und sich anderen Beschäftigungen zuwenden. Die Folge der Devisenzwangswirtschaft ist entsprechend, daß die Exporte zurückgehen, weil man nicht mehr die begehrten Devisen, sondern ihren Gegenwert zum offiziellen Umrechnungskurs erhält.

Bei einer Preistaxe muß der Staat Prämien entrichten. Ebenso wird er Exportsubventionen zahlen müssen, entweder indem er den Wirtschaftssubjekten einen Teil der Exporterlöse in Devisen zur freien Verfügung überläßt, was auf eine Spaltung des Devisenmarktes herausläuft, oder, indem er ihnen Subventionen in inländischer Währung bezahlt.

Diese Subventionen werden größer sein müssen als bei freier Wirtschaft, weil die Verwendungsmöglichkeiten für das inländische Geld gesunken sind, da es nicht mehr exportiert werden darf.

Die inländischen Zahlungsmittel sind auf den ausländischen Börsenplätzen Waren, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Die Aufrechterhaltung eines überhöhten und fiktiv gewordenen Umrechnungskurses ist nur möglich, indem die inländische Währungsbehörde versucht, Angebot und Nachfrage zu beeinflussen.

Soweit es sich um das Angebot inländischer Zahlungsmittel im Ausland handelt, wird dieses aus zwei Quellen stammen.

Einerseits werden Importeure, die sich infolge der Devisenzwangswirtschaft die Devisen für die Bezahlung ihrer Einfuhr im Inlande nicht

²⁵⁵ Jöhr, Inflation und Rationierung, St. Gallen 1941.

mehr beschaffen können, versuchen, diese im Auslande, wenn auch zu höheren Kursen, durch die Ausfuhr von Noten zu erhalten.

Anderseits bedeutet die Ausgangssituation der chronisch passiven Zahlungsbilanz eine Ueberbewertung des einheimischen Geldes und wird daher viele Kapitalisten veranlassen, ihr Vermögen in Anbetracht einer möglichen Währungsabwertung und um die freie Umwechslung in für gut erachtete Devisen zu gewährleisten, wenn auch mit Verlusten ins Ausland schaffen.

Die Nachfrage nach inländischen Valuten wird zurückgegangen sein, da die Verwendungsmöglichkeit im Inlande an den Nachweis des Erwerbes zum offiziellen Kurse geknüpft werden muß, während anderseits infolge des Ausfuhrverbotes inländischer Noten der Erwerb auf dem freien Markte illegal geworden ist. Auch im Auslande tritt infolgedessen die für die Preistaxe charakteristische Verödung des Marktes ein.

Die Notwendigkeit, die Mittel aufzubringen, um die Exporthöhe zu subventionieren, wenn einerseits infolge der Forcierung des Exportes dessen Selbstkosten steigen und anderseits die in Devisen berechneten Angebotspreise im Auslande gesenkt werden sollen, stellt den Staat vor die Aufgabe, welche der drei ihm zur Verfügung stehenden Finanzierungsmethoden er anwenden will.

Die Mittelbeschaffung könnte zunächst durch Steuern geschehen. Nun stellt jede Steuer einen Eingriff dar, durch den die Einkommensverteilung innerhalb der Volkswirtschaft verändert wird.

Theoretisch auszuschließen ist zunächst der Fall, daß die Steuern bei den Exporteuren aufgebracht werden, da deren Besteuerung nur neue Subventionen hervorrufen würde.

Ebensowenig kommen Verbrauchssteuern in Frage, da diese das Lohnniveau ungünstig beeinflussen würden, dessen Aufrechterhaltung auf einem dem Gleichgewicht nicht entsprechenden Niveau den ganzen Prozeß der Devisenkontrolle ausgelöst hat.

Was übrig bleibt, ist eine Besteuerung und damit Nivellierung der Vermögen durch Besitzsteuern. Diese tragen jedoch in sich die Gefahr, die Unternehmungslust ungünstig zu beeinflussen und damit eine Krise heraufzubeschwören, während man ja gerade eine Scheinkonjunktur aufrechterhalten wollte.

Eine weitere Gefahr ergibt sich aus dem Aufbringungsproblem. Erreicht der Steuersatz eine Höhe, bei der die Steuern nicht mehr aus dem

laufenden Ertrage bezahlt werden können, sondern die Vermögenssubstanz angegriffen ist, so kann die Aufbringung nur auf eine von zwei Weisen erfolgen.

Der Staat kann entweder die Objekte an Zahlungs Statt nehmen, bzw. diese mit Steuermitteln erwerben. Die Produktivität der Unternehmungen wird dabei jedenfalls zurückgehen, teils wegen der schwerfälligeren Handhabung durch den Staat und teils wegen der Auseinanderreißung zusammengehöriger Wirtschaftseinheiten.

Die andere Möglichkeit der Mittelbeschaffung besteht in der Beileihung der Vermögensbestandteile durch das Bankensystem unter Bereitstellung der zusätzlichen Geldmenge durch die Notenbank.²⁵⁶

Die so bewirkte Aufblähung des Notenumlaufes deckt sich in ihren Wirkungen mit denjenigen einer direkten Geldschöpfung durch den Staat zur Aufbringung der Subventionen, indem man Kredite bei der Notenbank in Anspruch nimmt. Durch diese Methode wird eine inflatorische Spirale in Bewegung gesetzt. Die zusätzlichen Mittel, welche die Exportindustrie erhält, verwandeln sich in Einkommen der in der Industrie beschäftigten Arbeiter. Diese entfalten zusätzliche Kaufkraft auf dem Markte, überbieten die Preisgebote der übrigen Mitglieder der Volkswirtschaft und treiben die Preise auch der Nichtexportindustrie in die Höhe. Diese gestiegenen Preise bedeuten auf der einen Seite erhöhte Lohnforderungen auch der übrigen Arbeiter und auf der anderen Seite wachsende Investitionslust auch der übrigen Unternehmer, d. h. eine zusätzliche Beanspruchung des Kapitalmarktes, der ohnehin schon die Mittel für die Ausdehnung der Exportindustrie aufzubringen hat.

Dieser Nachteil scheint der Finanzierung durch Anleihen nicht anzuhaften. Den Fall der Auslandsanleihe können wir ausschließen, weil eine solche zum offiziellen Umrechnungskurs der Währung nicht erhältlich ist.

Die Beanspruchung des inländischen Anleihemarktes für Mittel, die auf dem Umwege über Subventionen einer Konsumverwendung dienen, wird die Sparquote ungünstig beeinflussen. Die Sparrate leidet an sich schon durch die oben geschilderten zusätzlichen Beanspruchungen und ist außerdem durch den niedrigen Zinsfuß, welcher für eine Kreditexpansion notwendig ist, gedrückt.²⁵⁷

²⁵⁶ Kerschagl, Finanzwissenschaft, Wien 1936.

²⁵⁷ Seligman, Die Lehre von der Steuerüberwälzung, Jena 1923.

Fassen wir die Ergebnisse zusammen, so können wir sagen, daß, welche Finanzierungsmethode auch gewählt wird, sie alle auf einen Substanzverzehr herauslaufen. Dies ergibt sich schon aus der Ueberführung von Mitteln aus den Händen der Unternehmer, die sie voraussichtlich investiert hätten, in die Hände von Arbeitern, bei denen sie voraussichtlich einer konsumtiven Verwendung dienen. Dasselbe Ergebnis können wir auch ableiten, wenn wir bedenken, daß ein überhöhtes Lohnniveau bedeutet, daß an den Subsistenzmittelfonds Ansprüche gestellt werden, zu deren Befriedigung der vorhandene Produktionsmittelapparat nicht ausreicht. Ein Ausweg aus dieser Situation ist nur möglich, wenn auf dem Umwege über eine Preissteigerung bei Festhaltung des Wechselkurses der Konsum eingeschränkt oder die Devisenzwangswirtschaft aufgegeben wird. In einer Geldwirtschaft wird die Folge sein, daß der Staat immer mehr Betriebe wird subventionieren, bzw. übernehmen müssen, je weiter der Vermögensverzehr fortschreitet.²⁵⁸

Die Dauer, während der ein derartiges Experiment durchgeführt werden kann, hängt zunächst von der relativen Bedeutung des Außenhandels für die Volkswirtschaft ab. Bei einem großen Binnenmarkt und relativ geringfügiger internationaler Wirtschaftsverflechtung wird man die Kreditexpansion länger betreiben können.

Ein zweites Moment, welches die Verlängerung des Experimentes gestattet, liegt vor, wenn in der Weltwirtschaft, wie in Krisenzeiten, fallende Rohstoffpreise vorherrschen. Unter diesen Umständen kann die preissteigernde Wirkung im Inland durch die Preissenkung des Weltmarktes eine gewisse Zeitlang kompensiert werden. Allerdings bedeuten sinkende Weltmarktpreise auch sinkende Kaufkraft der möglichen Abnehmer der Exportprodukte. Daraus ergibt sich dann, daß die Subventionen entsprechend stärker dosiert werden müssen und von einem gewissen Punkte an jedenfalls den Preisfall überholen werden.²⁵⁹

Ein drittes Moment, welches die Verlängerung einer Politik des billigen Geldes gestattet, liegt vor, wenn nicht ein Land allein, sondern die Mehrzahl der Länder zur Devisenbewirtschaftung übergeht. Treiben alle Länder Kreditexpansion, so werden offenbar alle Länder, die relativ konservativ vorgehen, eine gesündere Währung als diejenigen haben, die schneller expandieren. Dies bezieht sich jedoch nur auf das Preis-

²⁵⁸ Röpke W., *Theorie der Kapitalbildung*, Tübingen 1931.

²⁵⁹ Jecht, *Kriegsfinanzierung*, Leipzig 1938.

niveau der Exportgüter und nicht auf die im Inland erfolgende Kapitalvernichtung.

Diese letzte Möglichkeit einer allgemeinen Devisenbewirtschaftung, bei der nicht mehr eine Minderzahl von Ländern mit Devisenkontrolle einem relativ freien Geldmarkte gegenübersteht, sondern allgemein Eingriffe erfolgen, wird im Zusammenhang mit der Theorie des Interventionismus besprochen werden.

IV. Das Transferproblem

Der Zusammenbruch des freien Wirtschaftsverkehrs setzte in der Zeit nach dem ersten Weltkriege ein. Die Siegerländer, die im Kriege Opfer gebracht haben, wollten nicht einsehen, daß die Besiegten und an ihrer Spitze Deutschland, nicht in der Lage waren, die Verluste zu ersetzen, die England und Amerika erlitten hatten. Jeder Versuch einer Erfüllungspolitik mußte zwei Klippen überwinden, die in der damaligen Zeit von den Theoretikern zwar erkannt wurden, in der Praxis sich jedoch nicht durchsetzen konnten.

1. Theorie des Kapitalexportes

Das große Schuldnerland der Welt, Deutschland, stand auf dem Umweg über England dem großen Gläubigerland, den USA, gegenüber. Um seine Schulden zu bezahlen, war Deutschland gezwungen, einen Teil seines realen Güterbesitzes zu veräußern. Soweit dies in der Form bewirkt wurde, daß deutsche Unternehmungen von amerikanischen Kapitalisten erworben wurden, erschien ein Kapitaltransfer möglich, weil mit dem Erlös, der in amerikanischem Gold bestand, Goldschulden an Amerika getilgt werden konnten, ohne daß tatsächlich eine Verschiebung in den Goldbeständen eingetreten wäre.

In Wirklichkeit war jedoch damit die Frage der Schuldentilgung nur hinausgeschoben. Auch die in ausländischem Besitz befindlichen Betriebe mußten, um eine Rendite abwerfen zu können, ihre Produkte verkaufen. Grundsätzlich stand ihnen dafür nur entweder der Inlandmarkt oder der Auslandmarkt zur Verfügung. Der Inlandmarkt kam aus zwei

Gründen nicht in Frage. Die Devisen, die man auf dem Inlandmarkte hätte erwerben können, wären immer nur die Devisen gewesen, die als Währungsgrundlage der inländischen Währung dienten.

Der zweite Grund war, daß, um exportieren zu können, die Produkte billig sein mußten und die Löhne niedriger als im Auslande festgesetzt werden mußten. Bei niedrigen Löhnen waren die Konsumenten aber nicht mehr in der Lage, die Güter zu kaufen, die in den Fabriken produziert wurden.

Das zweite Problem ergab sich daraus, daß das Lohnniveau nicht so elastisch war, um Lohnsenkungen zu ertragen. Infolgedessen versuchte man in den Rationalisierungsjahren 1927 und 1928 die Produktion zu verbessern, indem man große dauerhafte Anlagen mit geborgtem Gelde schuf. Dieses von der Privatindustrie aufgenommene Geld mußte aber, abgesehen davon, daß es teilweise kurzfristig war, auch teuer sein, weil Mitteleuropa eine ständige Zusatznachfrage nach Realkapital entfaltete. Die eigentliche Katastrophe mußte in dem Augenblicke einsetzen, als sich Amerika weigerte, die deutschen Produkte zu kaufen und sich durch den Hawley-Smoots Tarif abspernte. Die deutschen Fabriken waren nur so lange konkurrenzfähig, als sie vollbeschäftigt waren. In diesem Augenblicke, wo Unterbeschäftigung einsetzte, waren sie, wie jeder Großbetrieb, einer kleiner dimensionierten Unternehmung unterlegen.²⁶⁰

Nur langsam setzte sich die Erkenntnis durch, daß eine Zahlung der Reparationen nur möglich war, wenn die Gläubigerländer bereit waren, den Gegenwert in Waren entgegnzunehmen.²⁶¹

Selbst wenn wir zugeben wollen, daß an den deutschen Währungswirren auch noch andere Fragen, wie das unausgeglichene Budget und die Unmöglichkeit, die versprochene Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, mitbeteiligt waren, so hätte der Druck der unverkäuflichen Waren allein genügt, um eine Entwertung herbeizuführen. Die Lahmlegung des Exportsektors der Wirtschaft bedeutete nämlich einen Rückgang des Handelsvolumens, begleitet von einer Tendenz zur Preissenkung, die umso drückender wurde, je größer die Exportindustrie war und je mehr Verlustverkäufe stattfanden.²⁶²

²⁶⁰ Bücher, *Gesetz der Massenproduktion*, Tübingen 1923, Bd. 2.

²⁶¹ Kellenberger, *Theorie des Kapitalexportes*, Bern 1943.

²⁶² Pigou, *Reparations and the Ratio of International Interchange*, *Economic Journal*, Vol. 42, Dez. 1932. — A. H. Hansen, *Stabilisation in an Unbalanced World*. New York 1932.

2. Die Rückwirkungen der Exportkrise auf das inländische Preisniveau

Wir setzen den Fall eines Landes, welches gezwungen ist, zu exportieren, um damit Importe zu zahlen, die entweder durch vertragliche Abmachungen festgelegt oder in einem autoritären Staate von der Wirtschaftsleitung als erwünscht betrachtet sind. Eines der Beispiele, in denen sich eine derartige Situation ergab, war die Lage Deutschlands in der Zeit zwischen 1923 und 1932, als es sich darum handelte, die Reparationsleistungen in Devisen zu transferieren. Ein weiteres Beispiel stellten die diversen Industrialisierungsversuche dar, am krassesten in Rußland, als es sich darum handelte, ausländische Maschinen oder die Löhne ausländischer Facharbeiter in Devisen zu zahlen. Dieselbe Situation kann sich aber auch jederzeit ergeben, wenn eine Regierung in einem Clearingvertrage die Lieferung von Waren zu einem bestimmten Preise verspricht, der unter dem Weltmarktniveau liegt. Die Analogie besteht in diesem Falle in der Tatsache, daß, wie bereits gezeigt, die Exporte nur erfolgen können, wenn die Preise, zu denen sie erfolgen, niedriger sind als die Preise der Erzeugung des Inlandes. Diese Preisdifferenz kann sich auch dadurch ergeben, daß in einem Clearingvertrage ein willkürlicher Umrechnungskurs festgesetzt wird, der der tatsächlichen Parität der Valuten nicht entspricht.

Eine Möglichkeit für eine Regierung, die sich vor ein derartiges Problem gestellt sieht, besteht darin, die Exportindustrie direkt zu subventionieren. Die Frage ist dann nur, auf welchem Wege die Mittel aufgebracht werden sollen. Die Besteuerung oder die Anleiheaufnahme, zu der man wird schreiten müssen, muß jedenfalls so erfolgen, daß dadurch nicht die Exportindustrie selber belastet wird.²⁶³

Das nationalökonomische Problem, vor dem wir stehen, ist, daß einerseits die Gestehungskosten in den Exportindustrien niedriger als das allgemeine Preisniveau der Volkswirtschaft sein müssen, damit exportiert werden kann und daß anderseits die Preise höher sein sollten, damit die Produktionsfaktoren veranlaßt werden, sich den gewünschten Produktionen zuzuwenden. Es kommt für den Ausgleich entweder eine Belastung des Lohnes oder eine solche des Kapitals in Frage.

²⁶³ Englis, Theorie der Staatsausgaben in Gerloff und Meisen, Hb. d. Finanzwissenschaft, Tübingen 1929.

Wenn wir moderne Verhältnisse in Betracht ziehen, erscheint es äußerst unwahrscheinlich, daß es gelingt, einen entsprechenden Lohn-
druck auszuüben. Soweit wir sehen können, bestehen nur zwei Alternativen. Die eine von ihnen besteht darin, soziales Dumping zu betreiben und zum Beispiel Gefangenenarbeit zu verwenden.

In diesem Augenblicke wird aber der freie Arbeitsvertrag durch die rohe Gewalt ersetzt und wir verlassen endgültig das Gebiet unseres Wirtschaftssystems. Die andere Möglichkeit einer auf der Lohnbesteuerung aufgebauten Finanzpolitik, bei der die Arbeiter zwar die Löhne empfangen würden, ihnen der Ertrag ihrer Arbeit aber wieder weggesteuert würde, erscheint in Zeiten, in denen alle Regierungen die Aufrechterhaltung des Lohnniveaus als eines ihrer obersten Ziele erklären, unwahrscheinlich und wenigstens in einer Demokratie, in der die Lohnempfänger die Hauptmenge der Wählermassen sind, auch ungangbar.

Was unter diesen Umständen noch übrig bleibt und was praktisch auch immer versucht worden ist, ist die Verbilligung der Kapitalkosten bei Beibehaltung eines überhöhten Lohnniveaus. Dieser Versuch kann zunächst, wie es 1925—1928 geschah, so unternommen werden, daß man glaubt, durch Rationalisierung und Vergrößerung des fixen Kapitals die realen Produktionskosten senken zu können. In diesem Augenblicke wird man aber abhängig von der Massenproduktion und von der Massenkaufkraft der Importländer, die in Zeiten nachlassender Konjunktur versagen können.

Der wahrscheinlichere Weg besteht also darin, daß man versucht, die Manipulation nicht von der Wareseite her, sondern von der Geldseite her vorzunehmen. In der harmloseren Form schreitet man zur Kreditdiskriminierung, die entweder von der Notenbank selber oder aber durch die Schaffung einer eigenen Exporbank vorgenommen werden kann. In jedem der vorgesehenen Fälle werden den Exporteuren Kredite zu einem Zinsfuß zur Verfügung gestellt, der unter dem Zinsfuß liegt, zu dem die übrige nicht am Export beteiligte Industrie Geld erhalten kann. Nur einen Unterschied des Grades und nicht des Prinzips stellt es dar, wenn man statt dessen eine eigene Exportwährung schafft, die von Beginn an niedriger bewertet wird als die offiziellen Zahlungsmittel des Landes. Was man versucht, ist doch offenbar, zusätzliche Kredite zur Verfügung zu stellen in der Hoffnung, daß diese zu billigen Kredite auch beansprucht werden. In dem Momente aber, wo dieses zusätzliche Geld geschaffen wird, müßte man in der Lage

sein, einen eigenen Exporteinkommenskreislauf aufrechtzuerhalten, wenn man verhindern will, daß das allgemeine Preisniveau berührt wird. Früher oder später werden sich doch die Kosten der Exportindustrie in Löhne irgendwelcher Arbeiter auflösen. Für eine gewisse Zeit kann man vielleicht mit Hilfe von Anleihestockgesetzen oder durch eisernes Sparen erreichen, daß die Personen, die über das zusätzliche Einkommen verfügen, dieses auf dem Konsumgütermarkt nicht geltend machen. Welcher noch so patriotische Arbeiter hätte aber ein Interesse daran, einen Beruf zu ergreifen, in dem man ihm zwar höhere Löhne zahlt, ihm aber gleichzeitig erklärt, daß er über seine Lohnprämie niemals wird verfügen dürfen?

Die Gleichgewichtsbedingung des geschlossenen Kreislaufes: $\text{Kosten} = \text{Einkommen}$ löst sich auf in die Doppelgleichung $\text{Konsumgütererzeugung} = \text{Konsumausgaben} + \text{Sparen} = \text{Investition}$. Jedes Ueberwiegen der Sparquote über die Investitionsquote, gleichgültig, ob hervorgerufen durch Horten oder durch Mehrverbrauch, bewirkt einen Preisfall der Güter höherer Ordnung. Im ersten Falle sinkt auch der Wert der Konsumgüter und wir haben die Erscheinung der sekundären Depression, während im zweiten Falle ein normaler Konjunkturzyklus resultiert.^{264 265}

Diese eben angedeutete Schwierigkeit läßt sich vielleicht überwinden, wenn es sich nur um eine vorübergehende Absatzstockung handelt. Auf die Dauer wird man aber eine aktive Zahlungsbilanz, wie sie die Voraussetzung für den Transfer bildet, nur in zwei Fällen aufrechterhalten können.

Entweder ist man in der glücklichen Lage, sich in einem neukapitalistischen Lande zu befinden, dessen nationales Preisniveau sich dem Weltmarktpreis noch nicht angepaßt hat und das daher in der Lage ist, seine Rohstoffvorräte, die zum größten Teil unersetzlich sein werden, zu exportieren und den Transfer durch Substanzaufzehrung zu ermöglichen.

Im anderen Falle wird sich die dauernd aktive Zahlungsbilanz nur aufrechterhalten lassen, wenn das Land weniger konsumiert, als es ohne Transfer konsumieren würde.

Stellt sich das Transferproblem für ein sehr reiches Land, wie es

²⁶⁴ Keynes, Vom Gelde, München 1930, Bd. 1, Kap. 5.

²⁶⁵ Röpke, Die sekundäre Depression, in *Economic Essays in Honour of Gustav Cassel*, Genf 1933.

z. B. England während des ersten und zum Teil auch noch während des zweiten Weltkrieges war, so werden die ausländischen Kapitalanlagen, die man ansonsten vorgenommen hätte, unterbleiben, und man wird schlimmstenfalls zur Beschlagnahme der Auslandguthaben schreiten. Trifft dasselbe Problem ein relativ armes Land, so kann es entweder die Konsumquote senken, wozu ja die Regierung ursprünglich nicht bereit war, oder aber selbst das arme Land muß seinen Kapitalbesitz, soweit er veräußerlich ist, mobilisieren. Beschreitet man, wie es Deutschland tat, diesen Weg, so muß aber die einsetzende Kapitalknappheit den Zinsfuß in die Höhe treiben und die Bemühungen der Regierung auf diese Weise verhindern.

Welchen der beiden Wege man immer auch beschreiten mag, ob man es vorzieht, die Lohnsenkung offen durchzuführen, oder ob man wartet, bis sich die Löhne durch die Entwertung der Währung gesenkt haben, wird das Endergebnis immer sein, daß der Lebensstandard im transferbeschwerten Lande um jenen Betrag sinkt, der an das Ausland abgeführt werden muß.

Das Ausmaß der notwendigen Preissenkung hat seinerzeit zu einer Kontroverse zwischen Ohlin und Keynes geführt, die heute wieder Gegenwartsbedeutung hat. Das Ausmaß der notwendigen Preissenkung in dem Lande mit Reparationszahlungen ist eine Funktion der Elastizität der Nachfrage, bzw. des gewogenen Durchschnittes der Elastizität aller Exportgüter. Sollte diese in allen Bereichen der Nachfragekurve ständig kleiner als 1 sein, so würde keine noch so große Preissenkung imstande sein, das Exportvolumen zu erhöhen. Diese Keynes'sche Annahme erregt jedoch insofern Bedenken, als gleichzeitig die Leistung von einseitigen Zahlungen das Kaufkraftvolumen des empfangenden Landes erhöht, infolgedessen eine Verschiebung der Nachfragekurve eintritt. Diese dem gestiegenen Einkommen entsprechende Verschiebung muß die Tendenz haben, die Elastizität der Nachfrage und damit den Verbrauch in irgendeinem Zeitpunkte zu erhöhen. Voraussetzung ist allerdings, und dabei ist wieder Keynes zuzustimmen, daß im empfangenden Lande nicht gehortet wird oder durch eine Sterilisierungspolitik verhindert wird, daß das Lohnniveau steigt und das transferierende Land exportfähig wird.²⁶⁶

²⁶⁶ J. M. Keynes, *Vom Gelde*, München 1930, Kap. 21. — Pigou, *Economic Essays and Adresses*, London 1931. — Ohlin B., *Transfer Difficulties Real and Imagined*, *Economic Journal* 1929.

V. Zusammenfassung

Wir nehmen zwei Länder 1 und 2 an, die bis jetzt autarke Wirtschaft betrieben haben und sich im Gleichgewicht befinden. Dies bedeutet keine Beschränkung der Allgemeinheit der Betrachtung, da wir im Hinblick auf 1 2 als den Weltmarkt betrachten können und umgekehrt, wenn wir die relative Größenordnung von 1 und 2 entsprechend wählen.

In jedem der Länder seien die originären Produktionsfaktoren B, K und A mit den Preisen B_p , K_p und A_p vorhanden. Die Gleichgewichtsbedingung der gleichen Grenzproduktivität lautet dann

$$\Delta B \cdot B_p = \Delta K \cdot K_p = \Delta A \cdot A_p$$

Es stellt dann $B + K + A$ das Volksvermögen dar. Wir sind uns bewußt, daß eine derartige Summation praktisch nicht durchführbar ist, weil in Wirklichkeit B_p von B abhängt und der Preis des gesamten Bodens einer Volkswirtschaft, wenn er gleichzeitig zum Verkaufe gestellt würde, mangels Käufer 0 sein müßte.

In jedem Lande bestehen die Industrien P, I, N, E. Unter P fassen wir dabei alle Produktionen der Güter höherer Ordnung zusammen, während I jene Industrien sind, in denen ein komparativer Kostennachteil, E diejenigen, in denen ein komparativer Kostenvorteil und N diejenigen sind, in denen relativ gleiche Grenzertragsfähigkeit besteht.

Bezeichnen wir mit M_e , M_i , M_n , M_p die produzierten Mengen und mit P_e , P_i , P_n , P_p die Preise, so muß für jedes einzelne Land, damit Gleichgewicht besteht,

$$\Delta E \cdot P_e = \Delta I \cdot P_i = \Delta N \cdot P_n = \Delta P \cdot P_p$$

sein. Das Volkseinkommen oder Sozialprodukt ist dann

$$M_e \cdot P_e + M_i \cdot P_i + M_n \cdot P_n + M_p \cdot P_p.$$

Die Sozialquote wird, wenn wir mit n die Bevölkerungszahl bezeichnen,

$$\text{gleich } \frac{M_e \cdot P_e + M_i \cdot P_i + M_n \cdot P_n + M_p \cdot P_p}{n} \text{ sein.}$$

Treten jetzt die beiden Länder in Wirtschaftsverkehr miteinander, so wird das Land 1 eine Menge ΔM_{i1} aus dem Lande 2 beziehen und umgekehrt die Menge ΔM_{e1} in das Land 2 exportieren. Umgekehrt wird Land 2 ΔM_{i2} importieren und ΔM_{e2} exportieren, woraus $\Delta M_{i1} = \Delta M_{e2}$ und $\Delta M_{e1} = \Delta M_{i2}$ folgt.

Für die relativen Preise zwischen den beiden Ländern können wir annehmen, daß zunächst $\Delta M_{n1} = \Delta M_{n2}$ ist. Umgekehrt muß, damit der Export stattfindet, $P_{e1} < P_{i2}$ und $P_{e2} < P_{i1}$ sein.

Nach Aufnahme des Handelsverkehrs wird sich das Sozialprodukt von 1 zusammensetzen aus

$$(M_{e1} + \Delta M_{e1}) P_{e1} + (M_{i1} - \Delta M_{i1}) P_{i1} + \\ + M_{n1} \cdot P_{n1} + M_{p1} \cdot P_{p1}.$$

Umgekehrt für das Land 2

$$(M_{e2} + \Delta M_{e2}) P_{e2} + (M_{i2} - \Delta M_{i2}) P_{i2} + \\ + M_{n2} \cdot P_{n2} + M_{p2} \cdot P_{p2}.$$

Dieser Zustand kann aber nicht von Dauer sein, da er voraussetzen würde, daß $M_{e2} \cdot P_{e2} = M_{i1} \cdot P_{i1}$ und $M_{e1} \cdot P_{e1} = M_{i2} \cdot P_{i2}$ wäre, während doch $\Delta M_{i1} = \Delta M_{e1}$ und $P_{i2} = \Delta M_{e2}$ und gleichzeitig $P_{e1} < P_{i2}$ und $P_{e2} > P_{i1}$ sein soll. Tatsächlich muß im Lande 1 P_{e1} steigen und P_{i1} sinken und umgekehrt im Lande 2 P_{e2} steigen und P_{i2} sinken. Der Grund hierfür ist zunächst in der Ausdehnung der Produktion von P_e zu erblicken. Im Gleichgewicht haben alle Betriebe in E steigende Grenzkosten und können ihre Produktion daher nur zu steigenden Preisen ausdehnen. Ferner wird die Produktionsmenge von E nur steigen können, wenn E Teile von K an sich zieht, die bisher für andere Verwendungen gebraucht wurden und nur erhältlich sind, wenn E ein höheres K_p zu zahlen bereit ist. Ferner wird die Nachfrage nach E auf dem Binnenmarkte nicht in demselben Betrag zurückgehen, für den exportiert wird. Auf sehr lange Sicht gesehen wird P_i sinken müssen, weil

weniger von I als bisher im Inland gebraucht wird. Die Betriebe, welche I erzeugen, werden daher Ueberschußkapazitäten besitzen. Indem wir für I eine Kostenschichtung der Betriebe annehmen, werden die bisher billigeren Betriebe den Grenzproduzenten vom Markte verdrängen. Das Gleichgewicht wird sich also auf der Basis herstellen, daß

$$M_{e2} \cdot (P_{e2} + \Delta P_{e2}) = M_{i1} \cdot (P_{i1} - \Delta P_{i1}) \text{ und} \\ M_{e1} \cdot (P_{e1} + \Delta P_{e1}) = M_{i2} \cdot (P_{i2} - \Delta P_{i2}) \text{ wird.}$$

Durch diesen Anpassungsprozeß hat sich jedoch das Gleichgewicht der Grenzproduktivität in den Ländern 1 und 2 verschoben. Infolge der Ausdehnung der Exportindustrie ist ihre Grenzproduktivität im Vergleich zu ΔN zurückgegangen und umgekehrt ist die Grenzproduktivität von ΔI relativ gestiegen. Es wird also sekundär ein Ausgleichsprozeß einsetzen, der bewirken wird, daß sich ΔN vergrößert und ΔE anpaßt, während der Außenhandel dafür sorgt, daß ΔI nicht auf die Dauer größer als ΔN bleiben kann.

Wenn wir nunmehr mit L die Lohnsumme, mit Z das Zinseinkommen und mit R die Grundrente bezeichnen, so wird L sicher gestiegen sein; R wird nur dann steigen, wenn es sich um Agrarprodukte handelt, während für Z sowohl ein Steigen als auch ein Sinken in Frage kommt. Die Steigerung ΔL wird nach dem Substitutionsprinzip zur Folge haben, daß mehr K und B verwendet wird, bis wieder $\Delta A = \Delta K = \Delta B$ wird. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, wie kapitalintensiv I, bzw. E, sind. Für kurze Sicht wird die Ausdehnung von E Kapitalansprüche an P und damit an K stellen. Die Ansprüche von I werden zwar zurückgehen, doch wird sich dieser Rückgang zunächst nicht bemerkbar machen. Soweit die in I investierten Kapitalien in E verwendbar sind, werden sie nach E überführt werden. Soweit sie spezifisch sind, werden sie entwertet werden und diese Entwertung wird sich hinsichtlich P so bemerkbar machen, daß die Ansprüche für den Reinvestitionsbedarf zurückgehen werden. Dieser Rückgang wird aber sicher kleiner sein als die Neubeausspruchung, welche sich aus ΔE ergibt.

Wenn wir so feststellen können, daß sich die Zuwachsrates von K vermehren muß, damit das Gleichgewicht erhalten bleibt, so besteht andererseits eine Quelle, aus der diese Vermehrung stammen kann. Das Sozialprodukt als Ganzes und sicher L sind gestiegen. ΔK wird nun gebildet aus jenem Teil von L, der nicht für den Konsum verwendet

wird. Wenn L steigt, so wird ΔK steigen. Es ist jedoch keineswegs sicher, ob diese Steigerung genügt, um ΔE zu befriedigen. Die Steigerung von ΔE wird zwar im allgemeinen den Zinsfuß ΔZ erhöhen und so einen Anreiz bieten, daß sich ΔL ΔZ annähert. Es ist jedoch a priori keineswegs gesagt, daß aus L genug gespart wird, und es kann auch sein, daß ΔL dazu verwendet wird, um eine Zusatznachfrage nach N oder I zu entfalten.

Sollte sich auf diese Art ein Ungleichgewicht im K herausbilden, so wird Z in dem Lande mit der größeren Kapitalknappheit, angenommen im Lande 1, steigen. Die Folge wird sein müssen, daß Kapitalien aus dem Lande 2 versuchen, nach dem Lande 1 abzuwandern. Das Land 2 hat jedoch wegen E_2 selber einen gestiegenen Kapitalbedarf, der zwar nicht so groß ist wie im Lande 1, der aber seinerseits durch ΔL_2 nicht gedeckt sein muß. Fassen wir unser bisheriges Ergebnis zusammen, so können wir feststellen, daß zwar der Außenhandel die Produktivität erhöht, diese Produktivitätssteigerung ihre Grenze jedoch im Ausmaße der notwendigen Kapitalbildung findet. Bedenkt man ferner, daß Sparrate und Konsumquote zusammen L , bzw. ΔL , bilden, so muß, wenn der einsetzende Export große Kapitalanlagen erfordert, die Sozialquote trotz gestiegenen L nicht sofort steigen, ja sie kann sogar sinken, wenn anstelle von Konsumgütern vorübergehend Produktionsmittel erzeugt werden.

Betrachtet man den Ausgleichmechanismus unter dem Gesichtspunkte von I , so steht der dauernden Produktivitätssteigerung durch E der momentane Verlust gegenüber, der sich aus der Entwertung der im I festgelegten spezifischen Produktionsfaktoren ergibt. Ist I relativ groß gegenüber E und sehr kapitalintensiv, so kann $-\Delta I$ größer werden als ΔE und, wenn I auch noch relativ groß gegenüber N ist, so kann der Verlust, der eintritt, wenigstens für eine Reihe von Jahren größer sein als der Vorteil, der sich für E ergibt.

Ist umgekehrt I arbeitsintensiv und E kapitalintensiv, so kann durch $-\Delta I$ mehr Arbeitskraft freigesetzt werden als durch ΔE und ΔN absorbiert werden kann. Auf lange Sicht gesehen wird sich natürlich auch dieses Ungleichgewicht beheben, indem ΔA sich nicht mehr I , sondern E und in zweiter Linie N zuwendet. Vorübergehend kann aber die Arbeitslosigkeit ein I , besonders wenn Arbeitslosenunterstützung besteht, den Mehrvertrag in E zwar nicht aufzehren, aber doch wesentlich schmälern. Solange man freien Wirtschaftsverkehr voraussetzt, sollte zwar ein Abströmen von I_1 nach E_2 stattfinden, da es sich dabei um dieselben

Produktionen handelt, doch kann dieser Prozeß sehr lange dauern, wenn die Wanderung erschwert oder das Arbeitsangebot unbeweglich ist.

Wenn wir festgestellt haben, daß die Aufnahme des Außenhandels auf A und K zurückwirkt, so müssen wir uns die Frage vorlegen, was geschieht, wenn grundsätzlich der Ausgleich über die Bevölkerung und den Kapitalexport verhindert wird.

Nehmen wir zunächst an, daß Einwanderungsbeschränkungen bestehen, so werden die zusätzlichen Arbeiter auf das Lohnniveau drücken. Dadurch werden sich die Produktionskosten im Lande 1 ermäßigen und es wird sich E ausdehnen, einerseits, weil die exportierte Menge zunimmt und andererseits, weil Betriebe aus N nach E hinüberwandern. Solange das Land 2 sich auf Zölle beschränkt und nicht quantitative Beschränkungen der Einfuhr erläßt, wird also E ständig wachsen und sich der Ausgleich vollziehen, indem die Produktivitätssteigerung im E das Lohnniveau wieder erhöht. Es kann allerdings sein, daß das Land 1 auf jede Lohnsenkung im Lande 2 mit einer progressiven Zollerhöhung reagiert, ein Fall, der in der amerikanischen Zollpolitik nach 1920 nahezu verwirklicht war.

Noch ungünstiger gestaltet sich die Lage für das Land 1, wenn die Kapitaleinfuhr unterbunden wird. Die notwendigen Produktionsmittel können dann nur beschafft werden, wenn die Sparrate im Lande 1 erhöht wird. Praktisch kann dies nur geschehen, wenn allgemein das Lohnniveau gesenkt wird. Auch dann kann das Lohnniveau in der Exportindustrie noch relativ höher als in den übrigen Industrien sein, kann aber trotzdem ständig absinken, wenn die Elastizität der Nachfrage nach

E gering ist, $\frac{\Delta M_e}{\Delta P_e}$ also sehr groß wird.

Um unsere Betrachtungen zu Ende zu führen, müssen wir noch untersuchen, was geschieht, wenn M_{n1} nicht gleich M_{n2} ist. An sich besteht kein Grund, warum in einer gelenkten Wirtschaft eine Regierung nicht versuchen sollte, ein reales Austauschverhältnis zu ihren Gunsten zu erzwingen. Wenn im Lande 2 die Geldmenge relativ knapp zu derjenigen im Lande 1 ist, und besonders, wenn im Lande 1 die Vermehrung der Geldmenge ΔG schneller als Δn erfolgt, werden die Preise im Lande 2 relativ niedriger als im Lande 1 sein. Das Land 2 wird sehr viel Güter aus 1 beziehen. Die Bezahlung dieser Güter kann nicht durch ΔE allein erfolgen, weil von einem bestimmten Punkte an die Kapitalien

zum Ausbau der Exportindustrie nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Das Land 1 wird also entweder Gold exportieren müssen, um seinen Importüberschuß zu bezahlen, oder das Land 2 wird Kapitalanlagen im Lande 1 erwerben müssen. Die Verstärkung der Währungsreserve im Lande 2 wird immer dann ausreichen, wenn im Lande 2 nicht planmäßig Inflation betrieben wird. Wenn das Land 1 jedoch keinesfalls gewillt ist, seine Importe einzuschränken, wird im Lande 1 eine Arbeitslosigkeit eintreten, die normalerweise genügen sollte, um das Lohnniveau dem Stande des Landes 2 anzupassen. Sind die Löhne im Lande 1 sehr starr, so kann ein Ausgleich nur eintreten, wenn das Defizit an Konsumgütern durch erhöhte Kapitalbildung ausgeglichen wird.

Ist das Land 1 nicht bereit, so wird es auf den Austausch mit dem Lande 2 verzichten müssen, wird eine autarke Wirtschaft aufbauen müssen, deren Ertrag dann noch kleiner sein wird, als wenn es sein Lohnniveau demjenigen des Landes 2 angepaßt hätte.

6. KAPITEL

Die Grenzen der Theorie der komparativen Kosten

I. Die allgemeine Theorie des Schutzzolls

1. Der Schutzzoll als Problem der allgemeinen Preistheorie

Wir können den Schutzzoll als eine Sonderform der Steuer auffassen, welche die aus dem Auslande eingeführten Güter belastet. In diesem Falle müssen wir uns die Frage nach den Wirkungen des Schutzzolls auf die Güterversorgung einer Volkswirtschaft vorlegen.

a) Wir nehmen an, daß vor der Einführung des Schutzzolls der Preis der Ware im Inlande P_1 betragen habe. Dieser Preis ergibt sich aus dem Schnittpunkte der Angebots- und der Nachfragekurve, die nichts anderes sind als der mathematische Ausdruck für die Wertschätzungen der anbietenden und nachfragenden Wirtschaftssubjekte.²⁶⁷

Wir wollen der Einfachheit halber gerade Angebots- und Nachfragekurven annehmen. In diesem Falle können wir die Nachfragekurve durch die Gleichung $-bx + c$ ausdrücken, was besagt, daß die Nachfrage bei steigenden Preisen sinkt und beim Preise 0 ein Maximalbedarf von der Größe c bestehen würde. Die Elastizität der Nachfrage ist dabei durch b ausgedrückt und gleichfalls für die gesamte Kurve konstant.²⁶⁸

Für die Angebotskurve können wir unter denselben Voraussetzungen

²⁶⁷ O. Weinberger, Mathematische Nationalökonomie, Leipzig 1930.

²⁶⁸ Marshall, Handbuch der Volkswirtschaftslehre, S. 707.

die Gleichung $y = ax$ setzen. Es bedeutet dies, daß das Angebot beim Preise 0 verschwinden wird und mit steigendem Preise zunimmt, wobei diese Zunahme in unserem Falle gradlinig erfolgt und ausgedrückt wird durch den Koeffizienten a der variablen x . a ist dabei der Ausdruck der Angebotselastizität, die unter unseren Voraussetzungen im gesamten Verlaufe der Angebotskurve gleich groß ist, so daß kein Unterschied mehr zwischen der Elastizität in einem Punkte und der Elastizität längs der Kurve besteht.²⁶⁹

b) Unter diesen Umständen ergibt sich die umgesetzte Menge aus dem Schnittpunkt von $y = ax$ und $y = -bx + c$, mit dem Werte $\frac{c}{a+b}$. Die umgesetzte Menge wird daher umso größer sein, je intensiver die Nachfrage c ist und umso kleiner, je elastischer Angebot und Nachfrage sind, was sich durch $a + b$ ausdrücken läßt.

Unter diesen Umständen ist der Preis, welcher der umgesetzten Menge x entspricht, gleich $\frac{ac}{a+b}$. Der Preis hängt also außer von der Elastizität auch noch von den Produktionskosten ab, wie sich diese im Koeffizienten a von c ausdrücken.²⁷⁰

c) Wir wollen jetzt annehmen, daß das Einfuhrgut mit einem Zoll von der Höhe d belastet wird. Vorläufig wollen wir weiter annehmen, daß das Ausland auf diese Zollbelastung nicht mit einer Preisänderung reagiert. Die Nachfragekurve wird unter diesen Umständen unverändert $y = -bx + c$ bleiben, während sich die Angebotskurve parallel mit sich selber verschiebt und die Form $y = ax + d$ annimmt. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß der Zoll zunächst nichts anderes als eine Verteuerung der Produktionskosten des Gutes ist.

Die umgesetzte Menge M_2 ergibt sich wieder aus dem Schnittpunkt von Angebots- und Nachfragekurve und ist der Wert der Gleichung $x = \frac{c-d}{a+b}$. Der Umsatz der Güter hat also abgenommen, und zwar umso mehr, je höher der Zoll d war. Der Preis P_2 stellt sich nun auf $\frac{ac+bd}{a+b}$. Der Preis ist also um die Größe bd höher, als er ohne Zoll-

²⁶⁹ Marshall, Handbuch der Volkswirtschaftslehre, a. a. O.

²⁷⁰ Strigl, Einf. i. d. Grundlagen d. N.ök., Wien 1937.

belastung gewesen wäre. Die Verteuerung wird umso größer sein, je höher der Zoll und je größer b , also je elastischer die Nachfrage ist. Dieses Schema läßt sich auch für den Fall anwenden, wenn d nicht positiv, sondern negativ ist. Es handelt sich nachher um eine Einfuhrsubvention, die sowohl die umgesetzte Menge erhöht als auch den Preis erniedrigt.²⁷¹

d) Der Verlust, der die Konsumenten zunächst trifft, besteht im Rückgang der Konsumentenrente.

Als Konsumentenrente bezeichnen wir dabei im Anschlusse an Marshall jenen Gewinn, den die Personen erzielen, die bereit gewesen wären, auch mehr als den Marktpreis zu zahlen, infolge der Marktpreisbildung aber billiger zum Zuge kommen.

Dieser Verlust besteht aus dem Trapez, das von den Preisen P_1 , P_2 und dem Schnittpunkte der Lote von P_1 und P_2 auf die y -Achse gebildet wird. Die Konsumentenrente beträgt ohne Zoll $\frac{1}{2} (c - P_2 M_2)$. Der Rückgang der Konsumentenrente ist demnach, allgemein ausgedrückt, gleich $\frac{2bcd - bd^2}{2(a+b)^2}$. Die Konsumenten verlieren also mehr, je dringlicher ihr Bedarf ist.

e) Der Verlust der Konsumenten ist jedoch noch größer, weil außerdem noch ihre Güterversorgung verschlechtert wird. Dieser Konsumausfall läßt sich in der Formel $(M_1 - M_2) \cdot [P_1 + \frac{1}{2} (P_2 - P_1)]$ ausdrücken.

Für gradlinige Kurven ist dieser Konsumausfall gleich $\frac{2acd + bd^2}{2(a+b)^2}$.

Der Gesamtverlust der Konsumenten stellt sich demnach auf $\frac{cd}{a+b}$. Er

ist umso höher, je dringlicher die Nachfrage und je höher der Zoll, und umso niedriger, je elastischer die Nachfrage ist. Wir können daraus ableiten, daß Smith vollkommen recht hatte, als er erklärte, daß, wenn schon Finanzzölle erhoben werden sollen, diese elastische Güter eines nicht dringlichen Bedarfes treffen sollen.²⁷²

²⁷¹ Strigl R., Hauptprobleme der Finanzwissenschaft, in, Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 2, Wien 1932.

²⁷² Smith A., Der Reichtum der Nationen, a. a. O., Buch 5, Kap. 3.

f) Diesem Verluste der Konsumenten steht als Gewinnposten die Zolleinnahme des Staates gegenüber, die den Wert dM_2 oder $\frac{cd - d^2}{a + b}$ hat. Der Nettoverlust der Volkswirtschaft ist also $\frac{d^2}{a + b}$, mit anderen

Worten erleidet die Volkswirtschaft immer dann einen Verlust, wenn d überhaupt positiv ist, und dieser Verlust wird umso größer, je lebenswichtiger die Güter sind, die belastet werden.

2. Theorie des Industriezolls

Wir müssen bei der Betrachtung einer ausländischen Industrie annehmen, daß diese sich im Gleichgewicht befindet. Es bedeutet dies, daß für diese Industrie der Angebotspreis sich auf den Schnittpunkt zwischen Grenzkosten und Durchschnittskosten stellt. Es sind dabei wenigstens theoretisch zwei Fälle denkbar.

a) Die ausländische Industrie arbeitet im Gebiete der sinkenden Durchschnittskosten. A priori ist dieses Argument nicht abzulehnen. Man muß sich nur die Frage vorlegen, wie dieser Zustand zustande gekommen sein kann. Sinkende Durchschnittskosten in einer Industrie können aus einem von zwei Gründen entstehen. Die erste dieser Möglichkeiten besteht offenbar darin, daß die Anlagen der Industrie zu hoch dimensioniert wurden. Es kann dies z. B. der Fall sein, wenn im Verlaufe einer Hochkonjunktur fixes Kapital investiert wurde, für das im Gleichgewicht der Absatz fehlt. Die andere der Möglichkeiten besteht darin, daß auf dem Auslandsmarkte keine freie Konkurrenz herrscht, sondern man sich in einer obligopolistischen Situation befindet.²⁷³

b) Schließen wir diese beiden Fälle aus, so werden sich die ausländischen Betriebe so lange vergrößern, als sie Absatzmöglichkeiten haben, und der Preis wird sich nach der alten ricardianischen Formel auf die Kosten des teuersten Gutes stellen, welches zur Befriedigung des Bedarfes noch benötigt wird.

Durch die Einführung des Zolles geht der Auslandsabsatz zurück. Wenn in the short run die Produktionsmenge fix ist, muß die Industrie ihren Preis so lange senken, bis Summe von Inlands- und Auslandsabsatz gleich Produktionskapazität ist. Auf kurze Sicht wird das Ausland einen

²⁷³ Chamberlin, *Monopolistic Competition*, Cambridge 1930.

Teil des Zolles tragen. Den ganzen Zoll nur, wenn die Inlandsnachfrage vollkommen unelastisch ist und durch die Preissenkung keine Steigerung des Inlandskonsums erfolgt. Auf lange Sicht gesehen wird der Absatzrückgang im Auslande mit einer Kostenersparnis verbunden sein, und ein Teil des Zolles wird durch Kostenersparnis eingeholt. Es bedeutet dies in unserem Beispiele jedoch nur, daß die Größe d kleiner wird und unter Umständen, wenn das Ausland auf den Absatz unbedingt angewiesen ist, sogar ganz verschwinden kann. Diese letzte Möglichkeit ist aber insofern auszuschließen, als selbst Länder mit Monokultur, die vorübergehend gezwungen sein können, weiter zu exportieren, in demselben Maße, wie sich die spezifischen investierten Produktionsmittel abnützen, zu andern Produktionen übergehen werden. Wir können daher feststellen, daß im Prinzip der Zoll gleich der Differenz zwischen Inland- und Auslandpreis wird, und daß, je elastischer die Nachfrage ist, umso stärker der Auslandpreis sinken wird und umso weniger der Inlandpreis steigen wird. Endlich können wir sagen, daß, je geringer die Einfuhr im Vergleich zur Produktion ist, umso mehr der Preis steigen wird.²⁷⁴

Wir müssen nunmehr aber die Wirkungen betrachten, die durch einen Industriezoll im Inlande hervorgerufen werden und im allgemeinen ja auch hervorgerufen werden sollen. Die Theorie des industriellen Schutzzolles ist zunächst von Richard Schüller entwickelt worden, der in Uebereinstimmung mit der hier vertretenen Ansicht feststellt, daß die Zölle den Konsum auf Kosten der Produktion anregen, daraus aber dann die Schlußfolgerungen zieht, daß eine mäßige Preissteigerung bei starker Steigerung der Produktion möglich sei. «Der inländische Bedarf an Baumwollgarnen sei 1 330 000 q zu 200 Kronen. Bei Freihandel sei die Inlandsproduktion 100 000 q und die Einfuhr betrage 1 230 000 q. Durch einen Schutzzoll von 10 Kr. wandere die gesamte Produktion ins Inland. Der Preis der Inlandserzeugung sei 240 000 000 Kr., von denen 140 000 000 auf Rohbaumwolle entfallen, so daß der Wert der reinen Inlandsproduktion 100 000 000 Kr. betrage. Die Konsumenten, die früher 266 000 000 Kr. gebraucht haben, müssen jetzt 273 000 000 Kr. zahlen. Der Reingewinn der Volkswirtschaft beträgt 93 000 000 Kr.»²⁷⁵

c) Diese Argumentation scheint unangreifbar zu sein. Der Trugschluß liegt darin, daß, um die Baumwollspinnerei im Inlande zu errichten, selbst in einem so extremen Beispiel brachliegende Produktionsmittel

²⁷⁴ Haberler, *Der internationale Handel*, a. a. O., S. 167.

²⁷⁵ Schüller, *Schutzzoll und Freihandel*, Wien 1905, S. 130.

anderen Verwendungen entzogen werden müssen. Welcher dieser Fälle auch vorliegen mag, muß man sich dann fragen, warum diese Produktionsmittel nicht zu Produktionen verwendet werden, die günstiger waren, also ohne Schutzzoll hätten auskommen können.²⁷⁶

d) Die Schüller'sche Argumentation ist neuerdings von Manoilescu wieder aufgenommen worden. Es ist leicht, nachzuweisen, daß in einem Lande die Industrie 4,35 mal produktiver ist als die Landwirtschaft. Es ist sicher aber falsch, aus dieser Tatsache dann ableiten zu wollen, daß man mit Hilfe eines Schutzzolles deshalb eine nationale Industrie errichten müsse.²⁷⁷ In Wirklichkeit stellt sich das Problem doch so, daß irgendwo im Ausland das Verhältnis von agrarischer zur industriellen Produktion größer als 4,35, also etwa 1:6 sein muß, damit der Schutzzoll überhaupt notwendig wird. Wenn dies der Fall ist, ist es doch für das Agrarland vorteilhafter, seine landwirtschaftlichen Produkte, in denen es einen relativen Kostenvorsprung besitzt, auszuführen, statt Industrie großzuzüchten, die dem Auslande unterlegen ist.

e) Es gibt allerdings einen Fall in dem diese Schutzzolltheorie berechtigt sein kann. In der von Manoilescu angenommenen Situation wird das Sozialprodukt des Agrarlandes notwendig niedriger sein als das des Industriestaates und damit wird auch das Lohnniveau unter dem des begünstigten Landes liegen. Die natürliche Folge wäre entweder Auswanderung oder Verminderung der Bevölkerungsvermehrung. Wenn man diese Konsequenzen nicht tragen will, dann allerdings kann der Schutzzoll noch das geringere von zwei Uebeln darstellen.

Ein Fall, der natürlich nicht in der von Manoilescu verfolgten Linie liegt, in Wirklichkeit aber viel wichtiger als diese Ausnahme sein dürfte, ist der, daß die zu schützenden Industrien bereits bestehen. Wenn tatsächlich in der Vergangenheit mit außerwirtschaftlichen Zollargumenten, wie z. B. der Landesverteidigung oder dem Schutze irgendeines Berufsstandes, Industrien bereits errichtet worden sind, dann allerdings kann es billiger kommen, einen Schutzzoll beizubehalten als die Industrie auf einmal der Vernichtung preiszugeben.²⁷⁸

²⁷⁶ Mackenroth, Zollpolitik und Produktionsmittelversorgung, W. W. A. Bd. 29, S. 89.

²⁷⁷ Manoilescu, The Theory of Protection and International Trade, London 1931.

²⁷⁸ Mises, Das festangelegte Kapital, in, Probleme der Wertlehre, Jena 1933.

f) Die von Manioilescu behauptete Mehrproduktivität der Arbeit in der Industrie kann, soweit sie nicht Differentialrente ist (welcher Fall ausgeschlossen werden kann, da es sich nur um den Ausgleich der Grenzproduktivitäten handelt), nur bestehen, wenn auf dem Arbeitsmarkt zwischen Industriearbeitern und Agrararbeitern keine Freizügigkeit herrscht. Soweit es sich dabei nicht um eine Friktionserscheinung handelt, die durch Ausbildung und nicht durch Schutzzölle zu beheben ist, setzt dies ein gewerkschaftliches Monopol voraus. Gelingt es einer Gewerkschaft, die Grenzproduktivität über dem Substitutionsniveau zu halten, dann kann allerdings die Einführung des Freihandels und die Brechung des Monopols einen Verlust, nicht für die Volkswirtschaft, sondern für die geschützte Gruppe bedeuten.

Würde kein Monopol bestehen und sich zunächst die inländische Grenzproduktivität der Arbeit ausgeglichen haben, wobei sich das inländische Sozialprodukt erhöht hätte, so würde sich eine weitere Einkommenssteigerung aus der Einführung des Freihandels ergeben.²⁷⁹

II. Die Gefahren des Industriestaates

1. Die Diskussion um die Industrialisierung

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war Deutschland Getreideexportland gewesen, und in der Zeit zwischen 1852 und 1878 konnte Deutschland wenigstens ebensoviel an Getreide ausführen als es auf der anderen Seite einführen mußte.²⁸⁰ Um die Jahrhundertwende hatte sich Deutschland zu einem Industrieexportstaate entwickelt, das ständig Getreide einfuhrte. Manche Nationalökonomten, an ihrer Spitze Adolf Wagner²⁸¹ und Ludwig Pohle²⁸², traten für eine Reagrarisierung Deutschlands ein und stießen dabei auf den Widerstand der Freihändler, außer Brentano besonders Heinrich Dietzel.²⁸³

²⁷⁹ Viner, *The Theory of Protection and International Trade*, J. of Pol. Ec. S. 121, London 1932.

²⁸⁰ Brentano L., *Die Schrecken eines einseitigen Industriestaates*, Berlin 1901, S. 35.

²⁸¹ Wagner A., *Agrar- oder Industriestaat*, Jena 1902.

²⁸² Pohle L., *Deutschland am Scheidewege*, Jena 1902.

²⁸³ Dietzel H., *Weltwirtschaft und Volkswirtschaft*, Berlin 1900. — Dietzel H., *Agrarstaat oder Industriestaat*, Hwb. d. St., 3. Aufl.

Den Ausgangspunkt der Diskussion mußte die doppelte Tatsache der Entdeckung neuer fruchtbarer Böden in Uebersee und die starke Bevölkerungsvermehrung Deutschlands bilden. Daraus folgte zunächst, daß die deutsche Landwirtschaft, die bisher standortsmäßig günstig gelagert war und die Konkurrenz mit den russischen, besonders den ukrainischen Getreideböden aushalten konnte, nicht mehr in der Lage war, gegen die USA und Kanada zu konkurrieren. Schuld an dieser Tatsache trug in erster Linie die Verbilligung der Transportkosten und die Verbesserung der Seeschifffahrt, die es überhaupt erst möglich machten, Getreide einzuführen. Die Diskussion wäre vielleicht nie so scharf geworden, wenn nicht die Besitzer der ostpreußischen landwirtschaftlichen Güter, die in erster Linie in ihrem Bestand bedroht wurden, gleichzeitig die herrschende Klasse Deutschlands gewesen wäre.

Soweit es sich um diese Seite des Problems handelt, lag national-ökonomisch nur eine Datenänderung vor, der vielleicht unter Friktionserscheinungen hätte begegnet werden können und ja in einem gewissen Ausmaße später auch begegnet worden ist. Es ist eine einfache Folge des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag, daß bei verschiedenen Graden der Fruchtbarkeit des Bodens die optimale Bewirtschaftungsintensität variiert. Im konkreten Falle bestand entweder die Möglichkeit einer Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte oder der Uebergang zu industriellen Hilfsgewerben, z. B. Zuckerrübenkultur oder Schnapsbrennerei, also zur Errichtung einer dezentralisierten Landwirtschaft.²⁸⁴

Die Schwierigkeit des Problems ergab sich erst aus der Wirkung des Malthus'schen Bevölkerungsgesetzes. Infolge der industriellen Erfindungen und des Fortschrittes der Hygiene hatte sich in den letzten 50 Jahren der Lebensstandard der Bevölkerung stark gehoben und gleichzeitig damit hatte die Zahl der Einwohner rapid zugenommen.²⁸⁵ Der Geburtenrückgang, wie er dann später eintrat und wie er wahrscheinlich eine unvermeidliche Folge, wenn nicht sogar eine Bedingung der zunehmenden Industrialisierung ist, hatte noch nicht eingesetzt.²⁸⁶

Das Problem, vor das sich die deutschen Wirtschaftspolitiker gestellt sahen, ließ sich in zwei Behauptungen zusammenfassen.

²⁸⁴ Weiß F. X., Art. Abnehmender Ertrag, Hwb. d. Staatswiss., 4. Auflage.

²⁸⁵ Bortkiewitsch L. von, Bevölkerungslehre, Leipzig 1919.

²⁸⁶ Wicksell K., Vorlesungen über theoretische Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips, Bd. 1, Jena 1913, S. 49 ff.

a) Die Freihändler erklärten, daß die gegenwärtige Bevölkerungsdichte nur aufrechterhalten werden könnte, wenn planmäßig die Industrie weiter ausgebaut werden würde.

b) Demgegenüber beriefen sich die Schutzzöllner darauf, daß der einseitige Industriestaat schädliche Folgen haben müßte. Soweit es sich dabei um wehrwirtschaftliche Argumente handelte, können wir sie, als hier aus dem Kreis unserer Betrachtungen fallend, vernachlässigen. Eine weitere Behauptung, daß die Agrarländer sich weigern würden, Industrieprodukte zu kaufen, ließ sich damals und läßt sich auch noch statistisch mit dem Hinweis widerlegen, daß tatsächlich der überwiegende Teil des Außenhandels sich zwischen den hochspezialisierten Industrieländern, damals also England, Frankreich und Deutschland, abspielte und daß diesem Gebiete mit 220 000 000 Einwohnern der Rest der damals bekannten Welt mit ca. 1 200 000 000 Einwohnern gegenüberstand. Vom Standpunkte der historischen Schule aus konnte man außerdem noch mit Recht darauf hinweisen, daß es in Wirklichkeit nicht ein Agrarland war, welches ein Industrieland hätte aushungern können, sondern daß sich auf dem Weltmarkte für Nahrungsmittel damals wie heute eine Mehrzahl von Anbietern gegenübersteht, deren Konkurrenz allein schon dafür sorgen wird, daß die Schrecken des Industriestaates nicht so groß werden.

Der wirkliche Kern des Problems, der auch heute noch aktuell ist und deshalb ausführlicher behandelt werden muß, läßt sich in der Frage zusammenfassen, was geschehen wird, wenn ein bisheriges Agrarland, in modernen Verhältnissen also etwa Argentinien oder Südafrika, dazu übergeht, mit oder ohne Schutzzoll eine eigene Industrie zu errichten und wenn infolgedessen die bisherigen Lieferanten ihre Absatzmärkte verlieren, wie dies z. B. im Falle Indiens zwischen England und Japan der Fall zu sein schien.

2. Theorie des Agrarschutzzolls

Nehmen wir als Beispiel an, es würde in Kamerun eine Uhrenfabrik errichtet, die begänne, der schweizerischen Uhrenindustrie ernsthaft Konkurrenz zu machen, so daß der schweizerische Absatzmarkt bedroht werden würde. Es sind in diesem Falle zwei Möglichkeiten zu unterscheiden.

a) Kamerun war von allem Anfang an als Standort der Uhrenindustrie überlegen und kann auf die Dauer Uhren besser und billiger produzieren als die Schweiz dies instande ist. Nationalökonomisch gesehen liegt unter diesen Umständen eine Fehlkalkulation der schweizerischen Unternehmer vor. Diese kann darauf zurückzuführen sein, daß von allem Anfang an Kamerun günstiger gelagert war, ohne daß die Unternehmer es gewußt hätten. Oder durch einen technischen Fortschritt kann eine Industrie, die bisher außerhalb des Absatzradius war, konkurrenzfähig geworden sein. Damit dies der Fall sein kann, müssen in Kamerun entweder besondere Patente bestehen, oder aber die Einwohner Kameruns müssen sich besser als die Schweizer zur Herstellung von Uhren eignen.

Die erste dieser Möglichkeiten fällt unter den Begriff der Monopolstellung und ist allen Gefahren ausgesetzt, denen auch sonst ein Monopol unterliegt. Wenn Kamerun auf die Dauer versuchen würde, Monopolgewinne zu machen, so würden sich Ersatzbefriedigungsmittel erfinden lassen, oder die Patente würden früher oder später umgangen werden. Auf lange Sicht gesehen jedenfalls würde sich ein industrielles Monopol nicht aufrechterhalten lassen und man müßte schon auf die praktisch äußerst seltenen Fälle der Rohstoffmonopole zurückgehen, um in der wirklichen Wirtschaft Beispiele für solche Situationen finden zu können.²⁸⁷

Im zweiten der Fälle würde die Schweiz ihren Absatzmarkt zunächst verlieren. Für Kamerun ergibt sich aber die Notwendigkeit, in irgendeiner Form über seine Exporterlöse zu verfügen. Die naheliegendste Möglichkeit, wie sie z. B. bei der Entdeckung von Goldfeldern in Kalifornien oder Australien sich historisch gezeigt hat, ist, daß Kamerun beginnt, Waren einzukaufen. Diese Einkäufe müssen nicht in der Schweiz erfolgen und werden sicher nicht die Uhrenindustrie betreffen. Betrachtet man jedoch die Weltwirtschaft als Ganzes, so entsteht eine Zusatznachfrage nach Gütern, die sich auch in der Schweiz bemerkbar machen wird. Der einzig denkbare Ausnahmefall wäre, wenn die Schweiz nicht nur absolut, sondern auch relativ in allen Produktionen unterlegen wäre; dann hätte sie aber bei rationellem Verhalten nie besiedelt werden dürfen.²⁸⁸

Die zweite Möglichkeit, die Kamerun zur Verfügung steht, wäre,

²⁸⁷ Mayer H., Art. Preis (Monopolpreis), Hwb. d. St., 4. Aufl.

²⁸⁸ Barone E., Grundzüge der Nationalökonomie, Ed. Stähle, Bonn 1928.

sich seine Exporte nicht in Waren, sondern in Gold bezahlen zu lassen. Dieses Gold kann von der Zentralbank in den Verkehr gebracht werden und wird dann in der bereits geschilderten Weise zu einer Steigerung der Nominallöhne und zu einem Rückgang der Exportfähigkeit führen. Wird das Gold, wie z. B. gegenwärtig in der Schweiz bei den Exporten nach USA, sterilisiert, so müssen die Mittel für diesen Eingriff aufgebracht werden, was letzten Endes nur durch Steuern geschehen kann, welche die Konkurrenzfähigkeit schwächen werden.

Die dritte und letzte Möglichkeit, die wir ins Auge fassen müssen, ist, daß Kamerun überhaupt darauf verzichtet, seine Erträge zu transferieren, sondern sich darauf beschränkt, sie im Auslande ertragbringend anzulegen. Dieses Verhalten war vor dem ersten Weltkriege typisch für England und wurde in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen von den USA befolgt. Gerade dieses historische Beispiel zeigt aber, daß nach dem Kapitaltransfer der Zinsenttransfer zum Problem wird. Damit auf die Dauer dieses Verhalten durchgeführt werden kann, werden Engländer oder Amerikaner ihre Zinsen im Auslande verzehren müssen, und an die Stelle der zurückgegangenen Uhrenindustrie wird vielleicht die Fremdenindustrie treten.

b) Wesentlich wahrscheinlicher ist es, daß es sich bei der neu entstandenen Industrie nur um eine vorübergehende Konkurrenz handelt. Wenn, wie im Falle Englands und Japans, die Löhne in dem einen der beiden Länder äußerst niedrig sind, während das andere der Länder viel Sozialpolitik betreibt, kann es den Anschein haben, als ob Japan den Markt ständig an sich reißen könnte.

Voraussetzung dafür, daß die Löhne in Japan ständig niedrig bleiben können, ist, daß die Bevölkerung in Japan sehr schnell wächst, und zwar, was in diesem Zusammenhange noch wichtiger ist, schneller wächst, als die Kapitalbildung erfolgt.²⁸⁹ Diese Voraussetzung steht aber im Widerspruche mit unseren Prämissen. Damit Japan konkurrenzfähig bleiben kann, muß es sich unter dem Bevölkerungsoptimum befinden. Die eintretenden Exporterlöse müssen zudem irgendeinem Teil der Volkswirtschaft zugute kommen. Gerade das Beispiel Japans zeigt, daß es nicht ein Problem der funktionellen, sondern ein Problem der personellen Verteilung ist, welches hier zur Diskussion steht.²⁹⁰

Solange aber überhaupt Kapital nach Japan strömt, wird es nach

²⁸⁹ Mombert P., Bevölkerungslehre, Jena 1929.

²⁹⁰ Mayer H., Art. Zurechnung, Hwb. d. St., 4. Aufl.

einer Uebergangszeit gespart werden und das Substitutionsprinzip wird wirksam werden. Je mehr Kapital vorhanden ist, desto niedriger wird die Grenzproduktivität des Kapitals, also der Zinsfuß, sein und desto höher wird die Grenzproduktivität der Arbeit, also der Lohn steigen. Ein Lohn, der sich auf dem Markte als Nachfrage bemerkbar machen wird, und zwar als Nachfrage, die, wenn wir konkrete Daten einsetzen, die Exportindustrien jener Länder fördern wird, deren Absatzmärkte zunächst bedroht waren.

3. Die Erhaltungszölle

Mit der bisherigen Beweisführung soll keineswegs geleugnet werden, daß sich Umstellungsschwierigkeiten ergeben werden.

a) Der Erhaltungszoll der klassischen Schule.

Schön A. Smith²⁹¹ anerkannte, daß die Umstellung in diesem Falle Zeit erfordern würde und daß es zweckmäßig sein könnte, während einer Uebergangszeit Produktionen, die ungünstig gelagert waren, zu schützen. Smith dachte dabei hauptsächlich an die Umschulungsdauer für die Arbeiter, ein Problem, welches umso komplizierter wird, je höher spezialisiert die Arbeit ist. Daneben spielt aber das stehende Kapital eine große Rolle, die vielleicht erst in der Gegenwart voll erkannt worden ist.²⁹²

Wenn die Schweiz plötzlich aufhören müßte, Uhren zu exportieren, so werden die Maschinen der Uhrenindustrie, soweit sie spezifisch sind, das heißt, nicht anderweitig verwendet werden können, wertlos und das Sozialprodukt wird sich vermindern.

Selbst wenn man zugibt, daß durch eine Umstellung auf Industrien, die noch einen komparativen Vorteil bieten, auf die Dauer ein Reichtumsgewinn erzielt werden kann, so kann trotzdem der momentane Verlust so groß sein, daß es besser ist, die Liquidationsperiode mit Erhaltungszöllen herauszuschieben.²⁹³

Die Schwierigkeit besteht dabei nur darin, konsequent zu sein, mit andern Worten, zu verhindern, daß in den vorübergehend geschützten Industrien neue Maschinen eingestellt werden und sich Teile der Zuwachsbevölkerung den überfüllten Betrieben zuwenden.

²⁹¹ Smith A., *Der Reichtum der Nationen*, a. a. O., Buch 5, Kap. 3.

²⁹² Mises L. von, *Die Rolle des stehenden Kapitals*, in, *Probleme der Wertlehre*, Jena 1933.

²⁹³ Beveridge, Sir W., *Zölle*, Ein Lehrbuch des internationalen Handels, Berlin-Wien 1932.

b) Die schließliche Verteilung von Kapital und Arbeit.

Die Umstellungsprozesse, die auf diese Art und Weise hervorgerufen werden, werden sich jedoch in einem wesentlichen Punkte von den Anpassungserscheinungen unterscheiden, die eintreten würden, wenn eine Industrie vorher nicht bestanden hätte. Ebenso wie im Falle einer Reinigungskrise werden die spezifischen Produktionsmittel, die in der Vergangenheit investiert wurden und wertlos geworden sind, eine gewisse Zeitlang weiter bestehen und werden dadurch einen Anreiz bieten, die Produktion, wenn auch in begrenztem Ausmaße, fortzuführen. Es wird dies doch nichts daran ändern können, daß für jedes konkrete Land ein Produktivitätsniveau besteht, welches durch seine spezifischen Vorzüge, seien sie sachlicher Art, oder durch die Qualitäten seiner Bevölkerung, hervorgerufen wird. In sehr weiten Grenzen können wir auch die Bodenbeschaffenheit zu diesen determinierenden Daten rechnen. Es wird dann eine Tendenz zum Ausgleich des Grenznutzenniveaus bestehen²⁹⁴, die bewirkt wird, daß Arbeiter ein- bzw. auswandern wollen und daß das Kapital sich so verteilt, daß seine Grenzproduktivität überall gleich groß ist.

Zinsfußverschiedenheiten können dabei weiter bestehen, weil zu dem Nettozins noch eine Risikoprämie hinzukommt. Verhindert man Arbeitsverschiebungen, so wird das Lohnniveau ungleich werden. Verhindert man Kapitalverschiebungen, so wird die Anpassung durch eine Geldwertänderung erfolgen. Ob und inwieweit sich solche überfüllten Länder und Länder mit Einwanderungssperre aufrechterhalten lassen, ist eine Frage der Macht und fällt daher außerhalb des Rahmens unseres Themas.²⁹⁵

²⁹⁴ Pareto V., Manuel, a. a. O.

²⁹⁵ Wieser Friedrich von, Das Gesetz der Macht, Wien 1923.

III. Die Theorie der produktiven Kräfte

1. Die Entstehung der Theorie der produktiven Kräfte

Man hat, und wahrscheinlich mit Recht, F. List den größten deutschen Wirtschaftspolitiker genannt, und unter diesem Gesichtspunkt ist sein 1840 erschienenes «Nationales System der politischen Oekonomie»²⁹⁶ zu verstehen.

a) F. List war der Begründer des deutschen Zollvereins, der im Jahre 1829 entstanden war, um den verschiedenen kleinstaatlichen Zollgrenzen, wie sie zwischen den deutschen Fürstentümern herrschten, ein Ende zu machen. Es wäre daher falsch, List als Schutzzöllner im strengsten Sinne des Wortes bezeichnen zu wollen, da er mindestens ebensoviel für die Abschaffung der Zollgrenzen innerhalb seines Vaterlandes getan hat, wie er auf der anderen Seite für die Einführung von Erziehungszöllen eingetreten ist. Richtiger wäre es schon, ihn als einen Vorläufer dessen zu bezeichnen, was unter dem Namen Großraumwirtschaft vor einigen Jahren sehr aktuell war und, allerdings mit politischer Betonung, von Haushofer vertreten worden ist.

b) Der Ursprung dieser Großraumidee, wie sie noch 1932 in den Ottawa-Konferenzen verwirklicht worden ist, ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß List als liberaler politischer Flüchtling einen großen Teil seines Lebens in den USA und in Frankreich zugebracht hat, wo er feststellen konnte, daß es zweifellos für jedes Wirtschaftsgebiet eine Minimalgröße gibt, unterhalb derer ein geschlossenes Wirtschaftssystem nicht mehr hergestellt werden kann.

c) Das Neue, das List in die deutsche Wirtschaftspolitik hineingebracht hat, ist, daß er an die Stelle des von A. Smith beeinflussten liberalen Steil-Hardenberg'schen Zolltarifs von 1818 einen Zoll setzte, der

²⁹⁶ List F., Das nationale System der politischen Oekonomie, Ed. Salin, Leipzig 1925.

bewußt Deutschland, und zwar zunächst Norddeutschland, gegen die englische Konkurrenz schützen sollte. List selber hat ja auch erklärt,²⁹⁷ daß er an die Stelle der krämerischen Weltökonomie Englands eine Oekonomie setzen wollte, die das nationale Interesse Deutschlands als eines damals noch nicht so hoch entwickelten Landes gegen die Uebermacht der englischen Konkurrenz verteidigen wollte. Dies umso mehr, als nach den napoleonischen Kriegen in England eine Wirtschaftskrise ausbrach, die zu einem Export um jeden Preis, also zu dem führte, was wir modern als Industriedumping bezeichnen würden.

2. List's Stufentheorie

List vertritt im Grunde genommen merkantilistisches Gedankengut, wenn er sich auf den Standpunkt stellt, die vorhandenen Produktionskräfte seines Wirtschaftsgebietes und, was er natürlich unterlassen hat, jedes anderen Wirtschaftsgebietes, welches national geschlossen sein will, möglich zu entwickeln. In dieser Linie liegen auch alle seine übrigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, und es besteht wenigstens im Prinzip kein Unterschied zwischen Colbert's Kanälen und List's Eisenbahnen zwischen Nürnberg und Fürth.

a) List erklärt, jedes Volk müsse zunächst das Stadium der Jäger und dann dasjenige der Viehzüchter und endlich das der Ackerbauern passieren, um endlich auf der vierten Stufe zum Agrikultur-Manufakturstaat zu werden, dem er den Agrikultur-Manufaktur-Handelsstaat gegenüberstellt, wie er durch England verkörpert wird.

b) Für List ist bezeichnend, daß ihn die ersten drei Stufen gar nicht weiter interessieren, sondern daß es ihm im wesentlichen auf den Gegensatz zwischen der vierten und der fünften Stufe, in Wirklichkeit also auf den Gegensatz zwischen England und Deutschland ankommt.

«Die innere Agrikultur durch Schutzzölle zu heben ist ein törichtes Beginnen.» «Anderen Gesetzen dagegen folgt die Fabrikproduktivität.» «Die Schule verkennt, daß bei ganz freier Konkurrenz mit weit vorgerückten Nationen eine minder vorgerückte, obwohl berufene Nation ohne Schutzmaßregeln nie zu einer vollständig ausgebildeten Manufakturkraft . . . gelangen kann.»²⁹⁸

²⁹⁷ List F., Das nationale System, a. a. O., S. 259.

²⁹⁸ List F., Das nationale System, a. a. O., S. 54 — 244 — 329.

Die List'sche Stufentheorie ist nach modernen Begriffen wahrscheinlich falsch. Vom Standpunkte des Wirtschaftshistorikers aus können wir allenfalls noch feststellen, daß ein gegebener Kulturkreis in einem gegebenen Zeitraume eine gewisse Entwicklung durchgemacht hat, wie sie etwa für die abendländische Kultur von der Zeit der Völkerwanderung bis zur Gegenwart von Sombart dargestellt worden ist. Keinesfalls war es aber selbst für Europa so, daß alle Gebiete sich gleichzeitig auf derselben Wirtschaftsstufe befunden hätten, sondern es haben nebeneinander Gegenden bestanden, die in List's Terminologie Agrikulturstaaen waren, und andere, die selbst zu List's Zeiten Handelsstaaten waren, woraus sich auch der Widerstand der Hansastädte gegen den Anschluß an den deutschen Zollverein erklärt.

Ganz abgesehen davon ist aber das von List gewählte Kriterium der Produktionsart willkürlich und wir können an seine Stelle ebensogut die Art des Tauschmittels setzen, wie es Hildebrand²⁹⁹ getan hat, oder versuchen, andere Kriterien, z. B. diejenigen von Bücher³⁰⁰ oder von Schmoller³⁰¹ zu setzen.

Verschieden vom List'schen Gedankengang ist auch die von Sombart und später von Eucken vertretene Idee des Wirtschaftssystems als denkbarer Inbegriff aller Wirtschaftsordnungen überhaupt.³⁰²

Was List geben wollte, war eine Darstellung der Entstehung des deutsch-englischen Gegensatzes, dessen historische Untermauerung ihm Mittel zum Zweck war und deshalb auch nicht richtig sein mußte.

List erklärt jetzt der vierten Wirtschaftsstufe den Schutzzoll und der fünften den Freihandel für angemessen. Die Begründung, die er dafür gibt, ist, daß auf der vierten Stufe die Produktivkräfte noch nicht voll entwickelt sind, während auf der fünften Stufe eine geschlossene Volkswirtschaft erreicht sei.

c) Wir müssen zunächst klären, was List unter den produktiven Kräften eines Landes verstanden wissen wollte. Wir stoßen dabei auf eine typisch deutsche morphologische und soziologische Betrachtung der Volkswirtschaft, die neben den herkömmlichen Produktionsfaktoren auch

²⁹⁹ Hildebrand B., Die Nationalökonomie der Gegenwart und der Zukunft, Leipzig 1848.

³⁰⁰ Bücher R., Entwicklung der Volkswirtschaft, a. a. O.

³⁰¹ Schmoller G., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, a. a. O.

³⁰² Sombart W., Die Ordnung des Wirtschaftslebens, G. d. S., Bd. 7, Tübingen 1928. — Spann, Fundament, a. a. O. — Eucken W., Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, a. a. O.

noch alle immateriellen Güter, die man sonst als Daten zu bezeichnen pflegt, mit einrechnet, alle hypothetischen Möglichkeiten, die Spann später als Güter höherer Ordnung bezeichnet hat, und die sich aus dem Volkscharakter ergeben.

List's Theorie gipfelt nun darin, daß, wenn man durch Erziehungszölle das Land vor der übermächtigen Konkurrenz des Außenhandels schützt, die Möglichkeit besteht, die Industrien im Inlande aufzubauen.³⁰³

«Die Fabriken der Handels- und Gewerbesuprematie haben tausend Vorteile vor neugeborenen und halberwachsenen Fabriken anderer Nationen. Dahin gehören z. B. geschickte und eingeübte Arbeiter in größter Zahl und zu den billigsten Löhnen, die besten Techniker, die vollendetsten und wohlfeilsten Maschinen, die größten Vorteile beim Einkauf und Verkauf, insbesondere die wohlfeilsten Transportmittel im Bezug der Rohstoffe und in Versendung der Fabrikate, großer Kredit der Fabrikanten bei den Geldinstituten zu den billigsten Interessen; Erfahrungen, Werkzeuge, Gebäude, Anlagen, Konnexionen, wie sie nur im Laufe von Menschenaltern zu sammeln und herzustellen sind.»

In einem gewissen Ausmaße wird man List, dessen Theorie ja bekanntlich auf Hamilton zurückgeht, recht geben müssen, jedoch gerade dort, wo List es nicht wollte, nämlich im Bereich der immateriellen Güter. Hätte sich List darauf beschränkt, zu sagen, Erfindungen würden nur dann gemacht, wenn für sie eine Notwendigkeit bestände, und diese Notwendigkeit wird natürlich in einem rohstoffarmen Land früher eintreten, so hätte ihm wahrscheinlich niemand widersprochen. List verwickelt sich erst dann in Widersprüche, wenn er dasselbe für die materiellen Güter und für eine statische Wirtschaft behauptet.³⁰⁴

d) Nach der List'schen Konzeption muß die vollendete Volkswirtschaft der fünften Stufe alle Produktivkräfte, die überhaupt vorhanden sind, ausnützen; es dürfte also auf der fünften Stufe keine unausgenützten Produktivkräfte mehr geben.

Damit setzt sich aber List in Widerspruch mit dem Knappheitsprinzip der Wirtschaft.³⁰⁵ Das Wesen der Wirtschaft besteht ja gerade darin, daß mindestens einer der Produktionsfaktoren knapp ist und daß wegen der Knappheit dieses Produktionsfaktors die übrigen Produktionsmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden können. Selbst wenn man eine ideale,

³⁰³ List F., *Das nationale System*, a. a. O., S. 315.

³⁰⁴ Hamilton's «*Report on Manufactures*», 1790.

³⁰⁵ Cassel G., *Theoretische Nationalökonomie*, Leipzig 1932, S. 3.

mit Rohstoffen überreichlich versehene Wirtschaft annehmen wollte, würde List in dem Augenblicke unrecht haben, wo man zugeben würde, daß wenigstens die menschliche Arbeit knapp ist, daß also ein Arbeitsleid besteht, und die Menschen arbeiten, weil sie müssen und nicht weil sie wollen.

3. Der Freihandel auf der fünften Stufe

Nach List müßte ein Land, wenn es national entsprechend stark ist und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ertragen kann, zum Freihandel übergehen.

a) Die Frage, die man den List-Schülern hierbei vorlegen muß, lautet, weshalb eine Produktion, die bisher geschützt werden mußte, irgendwann in die Lage kommen könnte, nicht mehr auf den Zollschutz angewiesen zu sein. Die Antwort darauf kann entweder, was uns hier nicht interessiert, sein, daß der Zollschutz niemals aufgehoben werden kann, weil er zu einem System des vollständigen Schutzes im Sinne Spann's führen würde, oder aber sie kann heißen, daß in der Zwischenzeit neue, wie wir gezeigt haben, immaterielle Produktionskräfte aufgetreten sein müssen. List's Theorie kann daher als dynamische Theorie so lange nicht widerlegt werden, als man postuliert, der Zollschutz würde Erfindungen hervorrufen, die als Datenänderungen die Konkurrenzlage verbessern würden.

Die List'schen Erziehungszölle stellen einen Spezialfall der external economies dar. Durch die Produktionssteigerung im Zollgebiet werden Investitionen, so z. B. die Heranbildung eines Arbeiterstammes, rentabel, an denen der einzelne Unternehmer sonst, mangels der Gewißheit, daß die ausgebildeten Arbeiter nicht zur Konkurrenz abwandern, kein Interesse hätte.³⁰⁶

b) Die Gefahr der List'schen Theorie liegt aber darin, daß unter der Entwicklung der produktiven Kräfte Industrien großgezogen werden, die sonst nie hätten entstehen können, und Produktivkräfte zu Zwecken verwendet werden, für die sie bei freier Arbeitsleistung nicht in Anspruch genommen worden wären. Diese Gefahr muß natürlich, was übrigens List sehr richtig erkannt hat, umso kleiner werden, je größer das Wirtschaftsgebiet ist, auf das die Erziehungszölle angewendet

³⁰⁶ Marshall A., Zollpolitische Regelung des Außenhandels, Jena 1925. —
Taufsig F. W., Some Aspects of the Tariff Question, Cambridge 1931, Kap. 2. —
Clark J. B., Essentials of Economic Theory, New York 1927, S. 522.

werden. Gibt man aber einmal das zu, so kann man sich nur fragen, warum nicht an die Stelle der nationalen Oekonomie die Weltökonomie gesetzt werden soll, die offenbar das größte Wirtschaftsgebiet umfaßt, das unter den gegebenen Umständen möglich wäre. Die Antwort kann natürlich nur politischer Natur sein, indem man mit der ökonomischen auch die politische Unabhängigkeit postuliert.

c) Wir können die Betrachtung List's mit der Bemerkung schließen, daß die List'sche Theorie, wie übrigens jede dynamische Theorie, streng nicht widerlegt werden kann. Dafür spricht die Möglichkeit neuer Erfindungen infolge des Zollschatzes, dagegen die Gefahr der Fehlinvestition dauerhaften Kapitals durch die Züchtung von Industrien auf dem eigenen Zollgebiet.

Verläßt man das Gebiet der Theorie und nimmt man Zölle und Nationalstaaten als Gegebenheiten, so kann man sagen, daß zwar der Freihandel als Ideal angesehen werden sollte, daß aber, wenn Zollschranken bestehen müssen, Erziehungszölle im List'schen Sinne bis zu einem gewissen Punkte vertretbar sind, solange sie ihren Zweck, neue Entdeckungen zu ermöglichen, erfüllen.

IV. Der vollkommene Zollschatz

1. Der Gedankengang der Neuromantik

Die romantische Bewegung der Volkswirtschaftslehre entstand als Widerspruch gegen das klassische System, dem wenigstens im Prinzip auch noch List angehörte. Wenn wir als ihren Hauptvertreter Adam Müller nennen, dessen «Staatliche Theorie des Geldes» 1816 erschien und daneben etwa noch Fichte nennen, dessen «Geschlossener Handelsstaat» 1809 gedruckt wurde, so verlassen wir damit das Gebiet der Tauschwirtschaftslehre und müssen soziologische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. In einer Arbeit, die Wirtschaftswissenschaft und nicht Soziologie zum Gegenstand hat, müssen wir uns darauf beschränken, festzustellen, daß wir uns im sozialen Leben Gebilden gegenübersehen, von denen wir als Beispiel die Familie oder die Religionsgemeinschaft nennen können, Gebilden, die einander überschneiden und in

diesem Sinne nie von der Katallaktik erfaßt werden können. Man kann sich dann, ohne inkonsequent zu werden, auf den Standpunkt stellen, daß diese Gebilde ein Eigenleben führen und daß dieses Eigenleben Selbstzweck ist.

So wie diese Theorie von Spann vertreten wird, der in der Volkswirtschaft das vollkommene Gebilde erblickt, heißt es, daß alle produktiven Kräfte ausgenützt werden sollen, selbst wenn die Produktion so teurer wird, als wenn man im Auslande produzieren würde. Im Grunde genommen ist dies ja nichts anderes als eine Wiederholung des alten merkantilistischen Argumentes: das Geld bleibt im Lande. Wenn man diese Theorie überhaupt bekämpfen will, und sich nur darauf beschränkt, festzustellen, daß die Zielwahl der Wirtschaft grundsätzlich frei ist, so muß man dem Spann'schen Gedankengang in allen seinen Konsequenzen folgen.

2. Auf die Frage, warum man nationale Oekonomie und nicht Weltökonomie treiben sollte, hat Spann mit dem Hinweis auf den Eigenwert der Nation geantwortet. Viel gefährlicher ist die zweite Frage, die man Spann vorlegen kann und die darauf hinausläuft, warum dann nicht die einzelne Provinz, der einzelne Kreis und zum Schluß das einzelne Dorf sich selber versorgen sollte und notwendigerweise durch Zollmauern geschützt werden müßte. Spann's Antwort ist bekannt und läuft darauf hinaus, daß die übergeordneten Gebilde alle jene Aufgaben zu erfüllen haben, die von den Gebilden niederer Ordnung nicht erfüllt werden können. Die Frage, die man in diesem Zusammenhange dann stellen muß, ist doch, wer darüber entscheidet, was selbst hergestellt werden kann oder was aus dem Auslande bezogen werden muß. Die Antwort kann nur sein, daß es entweder eine obrigkeitliche Instanz oder der Konsument selber ist, der zu entscheiden hat. Der ästhetische Wert der handgearbeiteten Schuhe gegenüber den Massenfabrikaten kann ohne weiteres zugegeben werden. Die Frage ist nur, wie lange man bereit ist, «materielle Güter aufzuopfern, um geistige und gesellschaftliche Kräfte zu erwerben».³⁰⁷ Konsequenterweise dürfte man ja dann die Schuhe auch nicht mehr beim Schuhmacher machen lassen, sondern man müßte sie selber erzeugen, was wohl kaum jemandem einfallen wird.

³⁰⁷ List F., Das nationale System, a. a. O., S. 180.

V. Der Aussenhandel und die Grossraumwirtschaft

1. Es ist in den letzten Jahren modern geworden, die Theorie der Autarkie als die Theorie der Großraumwirtschaft vorzutragen. Maßgebend hierfür waren zwei Entwicklungen, die, von entgegengesetzten Gesichtspunkten aus gesehen, zu demselben Ziele geführt haben.

a) In Deutschland entwickelte der Geopolitiker Haushofer die Lehre von dem Dreieck Berlin—Rom—Tokio und von dem Lebensraum dieser angeblich jungen Völker. Die ökonomische Konsequenz dieser Theorie war die Forderung nach einem mitteleuropäischen Wirtschaftsraum unter deutscher Führung, in den mit wachsendem Erfolge der deutschen Waffen im Zweiten Weltkriege die nordafrikanischen Kolonien Frankreichs miteinbezogen wurden.

Der Grundgedanke dieser Theorie war, ein Wirtschaftsgebiet zu schaffen, welches autark oder nahezu autark gewesen wäre. Innerhalb dieses Wirtschaftsgebietes wäre die Industrie von der deutschen Herrenrasse betrieben worden, die zu diesem Zwecke in jenen Gebieten angesiedelt worden wäre, die standortsmäßig für eine großindustrielle Produktion in Frage gekommen wären. Gegen diesen Plan ist rein ökonomisch einzuwenden, daß trotz der Einbeziehung Rumäniens und der Ukraine der so geschaffene Großwirtschaftsraum nie autark gewesen wäre, wie ja schon die Kriegswirtschaft bewiesen hat. Man wäre also, wenn dieses Projekt verwirklicht worden wäre, vor der Wahl gestanden, entweder Ersatzstoffe zu produzieren, wie synthetischen Kautschuk oder synthetisches Benzin, oder aber für offensichtliche Lücken, wie sie in der Fettversorgung oder beim Zinn bestanden, den Handelsverkehr mit dem Auslande trotzdem aufrechtzuerhalten.

Was zunächst die Ersatzstoffe betrifft, so sind hier zwei Möglichkeiten denkbar. Entweder handelt es sich bei dem synthetischen Produkt um einen wirklichen Ersatz, dann ist in diesem Ausdrucke auch schon das Werturteil enthalten, daß der Ersatz teurer und schlechter als das

Originalprodukt ist. Andernfalls hätte sich der Kunststoff auch ohne Großraumwirtschaft durchgesetzt.

Soweit es sich um den noch aufrechtzuerhaltenden Warenaustausch mit der übrigen Welt handelt, ist nicht einzusehen, wo die Grenze zwischen bilateraler Weltwirtschaft und noch erlaubtem Außenhandel zu ziehen wäre.

b) Ein weiterer Entstehungsgrund für die Idee der Großraumwirtschaft waren die Ottawa-Präferenzen von 1932. Diese sind aus Gründen des Devisenmangels eingeführt worden. Dieser Devisenmangel und die Angst vor der passiven Handelsbilanz des britischen Weltreiches bedeten aber nichts anderes als den Entschluß, daß das Lohnniveau des britischen Empires unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sei. Der Versuch dieser Maßnahme wurde begünstigt durch die Tatsache, daß von allen in Betracht zu ziehenden Großwirtschaftsräumen das britische Empirium der einzige ist, der in sich als autark betrachtet werden kann.

c) Will man über die Theorie der Großraumwirtschaft ein Urteil fällen, so wird man zunächst feststellen müssen, daß diese für die innere Entwicklung der beteiligten Länder günstig sein kann. Der Versuch einer Zollunion auf ausgesprochen liberaler Grundlage, wie ihn Benelux darstellt, bedeutet zunächst einmal, daß im Innenverhältnis zwischen Belgien, Niederlande und Luxemburg die Zölle abgeschafft werden.

Es kann bei dieser Frage jedoch geschehen, daß man in das Dilemma der Meistbegünstigungsklausel hineingerät. Die Meistbegünstigungsklausel war von ihren Erfindern als Freihandelsmaßnahme gedacht, weil sie alle Länder zwang, Begünstigungen, die sie einem von ihnen eingeräumt hatten, allen zugute kommen zu lassen. Im weiteren Verlaufe stellte sich dann allerdings heraus, daß aus Angst vor der Notwendigkeit, eine Zollermäßigung, die man vielleicht einem Lande gerne gewährt hätte, allen Ländern gewähren zu müssen, die Senkung des Zolltarifs an sich unterblieb. Man kann vielleicht ein Gesetz aufstellen, daß, je größer und je selbstversorgender ein Gebiet ist, es umso schwieriger wird, dieses Gebiet zu veranlassen, seine Zollmauern nach außen abzubauen. Die Großraumwirtschaft kann möglicherweise, wie Condelyffe meint, in der Gegenwart der einzig erreichbare Schritt in der Richtung zum Freihandel hin sein. Wenn dies aber der Fall ist, besteht immer die Gefahr, daß man sich mit diesem Teilergebnis den Weg zum Endziel versperrt.

2. Die Theorie der Großraumwirtschaft kann betrachtet werden als ein Sonderfall der Theorie der Präferenzzölle. Wenn wir drei Länder

annehmen, von denen A und B bisher unabhängig voneinander wirtschafteten und nunmehr zusammen ein Präferenzsystem eingehen, während C bisher A und B gesondert gegenüberstand, und nunmehr einen gemeinsamen Wirtschaftsblock als Verhandlungspartner hat, so wird die Beurteilung verschieden ausfallen, je nachdem man die neugeschaffene Wirtschaftslage vom Gesichtspunkte der Zollunion oder vom Gesichtspunkte des Außenstehenden betrachtet. Die Betrachtung wird sich auch ändern, je nachdem, ob man das Bestehen der Zölle als Faktum nimmt und die Zollunion unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, oder ob man die Wirkungen der Zollunion mit einem Freihandelsideal vergleicht.

a) Vom Standpunkte der Länder A und B bedeutet die Zollunion zweifellos einen Vorteil. Um dies einzusehen, muß man nur an Stelle von A und B Individuen setzen, die bisher einzeln gewirtschaftet haben und nun kooperieren. Der Vorteil, den die Gruppe A+B erringt, kann zwar kleiner sein, als wenn A+B+C sich zusammentun würden. Wenn daher der Zusammenschluß mit C a priori ausgeschlossen ist, ist es immer noch besser, daß sich A und B zusammenschließen, als daß alle drei einzeln wirtschaften würden. Schwierig wird die Situation erst in dem Augenblicke, wo A vor der Wahl steht, entweder mit B oder mit C in ein Wirtschaftsbündnis einzutreten, nicht aber mit beiden. Ein Schulbeispiel für diese Erwägung ist die Lage Oesterreichs im Donauraum. Durch die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie waren Wirtschaftsgebilde entstanden, die aufeinander angewiesen waren und nach der politischen Lage des Jahres 1932 kam für Oesterreich entweder ein Zusammenschluß mit Italien und Ungarn, wie er durch die Römer-Protokolle später verwirklicht wurde, oder ein Anschluß an Deutschland, der aus politischen Gründen verhindert wurde, oder endlich ein Zusammenschluß mit den Staaten der kleinen Entente in Frage, nicht aber eine Kombination dieser Möglichkeiten. In jedem dieser Fälle mußte die Folge sein, daß sich Strukturwandlungen in dem nunmehr einheitlichen Wirtschaftsgebiet ergeben hätten. Industrien wären von A nach B und von B nach A gewandert und hätten A+B versorgt. Die Einrichtung dieser Industrien hätte Kapitalien erfordert. Dabei war die Lage so, daß sich immer mehrere Industrien finden ließen, in denen C B, bzw. A, überlegen war und es vorteilhafter gewesen wäre, wenn A+B die Ware aus C bezogen hätten, während das Bestehen einer Zollmauer zwischen (A+B) und C bewirkte, daß die Industrien in (A+B)

entstanden. Diese Gefahr ist umso geringer, je größer das Gebiet (A+B) ist, weil die Transportkosten, die prinzipiell ebenso wirken wie ein Zoll, bewirken, daß (A+B) eine natürliche Industrie aufbauen kann, die, wenigstens für das Kerngebiet von (A+B), eines Zollschatzes nicht bedarf. Wenn der natürliche Entfernungsschutz stark genug wird, kann die Industrie in (A+B) alle Vorteile des Großbetriebes und der internen Ersparnisse auch ohne Zoll genießen, wie das Beispiel der USA zeigt.

b) Grundsätzlich ebenso wie die Zollunionen sind die Präferenzzölle zu beurteilen, die wegen den großen verwaltungstechnischen Schwierigkeiten der Zollunion häufiger vorkommen. Aus der Geschichte ist praktisch nur ein Beispiel einer erfolgreichen Zollunion, nämlich der deutsche Zollverein, bekannt, während es sehr viele Beispiele gibt, mit welchen Schwierigkeiten ein gemeinsames Zollparlament, z. B. in Oesterreich-Ungarn, zu kämpfen hätte. Praktisch geht die Entwicklung so vor sich, daß bei einem Zusammenschluß eine gemeinsame Zollgrenze mit ermäßigten Zöllen vorübergehend bestehen bleibt, vgl. das Beispiel «Protektorat» Böhmen-Mähren und «Großdeutsches Reich», die als Erhaltungszölle wirken und allmählich abgeschafft werden. Ein derartiges Vorgehen ist nur dann von Erfolg begleitet, wenn die abzuschaffenden Zölle niedrig waren, die Umstellungen also klein sind, weil beide Länder Freihandelstendenzen aufwiesen. Schon aus diesem Grunde sind die Erfolgsaussichten der Ottawa-Präferenzen oder der Benelux viel größer als in dem oben zitierten Beispiel.

Unter diesen Umständen müssen wir zwei Fälle unterscheiden. Ist die Produktion des Landes, dem eine Präferenz eingeräumt wird, groß genug, um den Bedarf des Absatzlandes abzüglich der Inlandproduktion, die bei dem ermäßigten Zollschatz noch bestehen bleibt, zu decken, so wird der Preis der Ware auf Grenzproduktionskosten + Zoll + Transportspesen sinken und die Länder, welche sich Präferenzen einräumen, werden einen Vorteil aus der steigenden Wirtschaftsverflechtung ziehen.

Ganz anders liegt der Fall, wenn trotz Präferenz das Absatzland auf den Bezug aus dem Auslande, d. h. vom Weltmarkt, abhängig bleibt. In diesem Falle wird der Preis auf der Höhe Weltmarktpreis + Zoll + Transportspesen verharren und die Präferenz bedeutet nichts anderes als ein Geschenk an das Land, dem die Präferenz eingeräumt wird. Damit ist zugleich das Urteil über die Präferenzen gesprochen, die sich kleine Staaten bei Handelsvertragsverhandlungen einräumen und a fortiori das Urteil über zollfreie Kontingente, die als Zugeständnisse ge-

währt werden. Es soll damit nicht gesagt sein, daß unter Umständen eine derartige Subvention nicht im Interesse der Beteiligten liegen könnte.

Um ein Beispiel aus der Vergangenheit zu nehmen, könnte man die Balkankontingente der Westeuropastaaten als Subventionen auffassen und Kontingente, die die USA Westeuropa einräumen würden, würden heute ähnlich wirken. Die Frage dabei ist (und sie ist absolut zu bejahen), ob man derartige Subventionen nicht vorteilhafter auf andere Art, nämlich ohne Verfälschung des Preisbildungsprozesses gewähren könnte. Subventionen durch Zollkontingente haben den einzigen Vorteil, daß, wenn es gelingt, daß A B überredet, ein Kontingent einzuräumen, B und nicht A die Kosten der Subvention trägt.

Wechseln wir den Standpunkt und nehmen wir Präferenzen nicht als das kleinere von zwei Uebeln, sondern vergleichen wir sie mit einer generellen Zollermäßigung, so wird unser Urteil wesentlich anders ausfallen müssen. Jede Präferenz läßt sich hinsichtlich ihrer Wirkungen auf das einräumende Land gleichsetzen mit einer generellen Zollermäßigung in einem geringeren Ausmaß. Die Wirkung der Präferenz ist das Hereinlassen eines Warenquantums mit dem Unterschiede, daß bei der Zollermäßigung der Importeur die Wahl hat, von wo er beziehen will und bei der Präferenz er auf ein Land beschränkt ist und daher auch den Reaktionen der ausländischen Regierung viel mehr ausgesetzt erscheint.³⁰⁸

³⁰⁸ Gregory T. E. G., *Tariffs: A study in Method*, London 1921. — Harms B., *Volkswirtschaft und Weltwirtschaft*, Jena 1912. — Taußig, *Free Trade, the Tariff and Reciprocity*, New York 1922.

7. KAPITEL

Der Aussenhandel im Zeitalter des Interventionismus

I. Der Eingriff

1. Volksvermögen und Volkseinkommen

Wir können den Tatbestand des Wirtschaftens fassen als die planmäßige Ordnung der Mittel im Hinblick auf die zu erreichenden Ziele, die planmäßige menschliche Tätigkeit zur Ueberwindung der Spannung von Bedarf und Deckung, die planmäßige menschliche Bedürfnisbefriedigung mit knappen Mitteln, den Gütern.³⁰⁹

Für die einstufige Wirtschaft entsteht das Volkseinkommen durch die Aufwendung von Arbeit zur Erzeugung des während der Einkommensperiode anfallenden Konsumgüterfonds.³¹⁰ Die höhere Ergiebigkeit der Arbeit ergibt sich aus der Erzeugung von produzierten Produktionsmitteln, die einen größeren Ertrag stiftet, weil bei ihr menschliche Arbeit mit Gaben der Natur in einen zeitraubenden Produktionsumweg gelenkt wird.

In einer derartigen mehrstufigen Wirtschaft tritt als neue Größe das

³⁰⁹ Spann O., Fundament der Volkswirtschaftslehre, Jena 1922. — Gottl-Ottilienfeld F., Wirtschaft als Leben, Leipzig 1942. — Cassel G., Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1932. — Robbins L., An Essay on the Nature and Significance of Economic Science, London 1932.

³¹⁰ Roscher, Handbuch der Volkswirtschaftslehre, Tübingen 1920. — Strigl, Kapital und Produktion, a. a. O., S. 4.

Volksvermögen auf, welches jedenfalls aus dem vorhandenen Realkapital besteht, ohne daß wir uns für unsere Zwecke mit dem Streite beschäftigen müssen, der sich daraus ergibt, ob man die vorhandene potentielle menschliche Arbeitskraft und die Gaben der Natur — List's produktive Kräfte — zum Volksvermögen zu rechnen haben.³¹¹

Das Volkseinkommen wird unter diesen Umständen modifiziert, indem es nicht mehr die Konsumgüter allein, sondern daneben auch noch den Zuwachs, bzw. die Abnahme an dauerhaften Produktionsmitteln umfaßt, die in der Periode gebildet wurden. Die Bildung von Volksvermögen beruht also auf dem Entschluß, die menschliche Produktivkraft entweder für die Gegenwartsproduktion — entsprechend der Herstellung von Konsumgütern — zu verwenden, oder eine Verteilung in der Zeit so vorzunehmen, daß die gegenwärtige optimale Bedürfnisbefriedigung auf Kosten eines zukünftigen möglichen höheren Ertrages geschnitten wird.

Hat der Prozeß der kapitalistischen Produktion einmal begonnen, so sind die Wirtschaftssubjekte in ihren Entschlüssen durch die weitere Erwägung beeinflusst, daß jede Verminderung der Widmung von Arbeit für die Erzeugung von Volksvermögen unter die für die Reinvestition notwendige Menge die Ergiebigkeit des bereits bestehenden Produktionsmittelapparates vermindert und einen Verlust für die wirtschaftende Gruppe bedeutet.³¹²

2. Das ökonomische Maximum-Theorem

Die Frage nach dem Werte des Sozialproduktes hängt zunächst von einer Reihe von Faktoren ab, die zwar vom menschlichen Willen nicht vollständig unabhängig sind, deren Gegebenheiten jedoch zunächst unabhängig von der menschlichen Beeinflussung bestehen.

a) Zunächst ist hierher die Ausstattung des Wirtschaftsgebietes zu rechnen. Klima, Bodengestaltung, Bodenfläche und Bodenschätze bestehen unabhängig vom Menschen. Seine Beeinflussungsmöglichkeit besteht in einer Veränderung des Bodens durch Aufwendungen von Kapital und Arbeit, in den sog. Meliorationen und in dem Entschlusse, Bodenschätze abzubauen oder diesen Abbau knapper Vorräte, etwa an Petroleum, der Zukunft zu überlassen.

³¹¹ Volkseinkommen und Volksvermögen, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 175/I, München-Leipzig 1928.

³¹² Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, a. a. O.

b) Eine weitere Gegebenheit des ökonomischen Systems ist der Stand der Technik. Ob Erfindungen gemacht werden, hängt zwar mit der Notwendigkeit, Lösungen technischer Probleme zu finden, zusammen. Die schöpferische Leistung ist jedoch zum Unterschiede von ihrer wirtschaftlichen Verwertung vom wirtschaftlichen Willen des Menschen unabhängig.

c) Auch die Bevölkerungsvermehrung ist trotz Malthus eine Größe, die nur sehr bedingt von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt wird.

Neben diesen Faktoren stehen aber alle die Fragen der wirtschaftlichen Organisation im Sinne einer möglichst zweckmäßigen Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel. Der Streit über eine geldmäßige Messung des Sozialproduktes kann heute als entschieden betrachtet werden.³¹³

Eine Summierung der verschiedenen Komponenten der Erzeugung erscheint unmöglich. Der gemeinsame Geldnenner etwa von Schuhen und Nahrungsmitteln ist bereits ein Ergebnis der Tätigkeit des Marktes und beruht auf dem Ausdrucke der Wertschätzungen der Mitglieder der Tauschgemeinschaft. Diese Wertschätzung ist eine subjektive Intensitätsgröße des einzelnen Beteiligten, die ihren Ausdruck nur in einem Urteil des Vorziehens finden kann, ohne daß eine zahlenmäßige Vergleichung weder der einzelnen Urteile des Individuums noch der Urteile verschiedenen Individuen möglich wäre.³¹⁴

Das Argument des wirtschaftlichen Liberalismus besteht nun darin, ob eine auf Privateigentum, Produktionsfreiheit und Konsumfreiheit beruhende Wirtschaftsordnung, in der der Staat sich aller Eingriffe enthält, das Maximum der möglichen Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen und damit der Gesamtheit erreicht würde. Die Voraussetzung, von der man dabei ausgeht, ist, daß es dem Einzelnen möglich ist, seine Wünsche als Nachfrage auf dem Markte geltend zu machen, und so die Produktion zu lenken.³¹⁵

Diese Argumentation ist zwei Einwendungen ausgesetzt.

aa) Zunächst kann man darauf hinweisen, daß für die Gestaltung der Nachfrage nicht das Bedürfnis allein, sondern auch die Kaufkraft bestimmend ist, über die das Wirtschaftssubjekt verfügt. Die Theorie des hypothetischen Liberalismus schließt daher gleichzeitig das Postulat

³¹³ Volkseinkommen und Volksvermögen, a. a. O.

³¹⁴ Mises, Probleme der Wertlehre, Jena 1932.

³¹⁵ Mises, Nationalökonomie, a. a. O.

ein, daß in der liberalen Wirtschaft die Entlohnung der Wirtschaftssubjekte gemäß ihrer Bedeutung für den Produktionsprozeß, ausgedrückt durch ihre Grenzproduktivität, erfolgt.

bb) Der zweite Einwand, den man erheben kann, besagt, daß die von den Wirtschaftssubjekten angestrebten Wirtschaftsziele nicht unbedingt die richtigen sein müssen. Dies läuft darauf hinaus, an die Stelle der autonomen Wertungen heteronome Wertmaßstäbe zu setzen und zieht sofort die Frage nach sich, mit welcher Autorität derartige Ansprüche, besser als das Wirtschaftssubjekt selber zu wissen, was ihm gut tut, begründet werden sollen.

d) Da es nicht Aufgabe der Wirtschaftslehre als Wissenschaft sein kann, die möglichen Zielsetzungen einer Wirtschaftspolitik zu prüfen, müssen wir uns darauf beschränken, aus der unendlichen Anzahl möglicher Zielsetzungen einige herauszugreifen, die für unser Thema von besonderer Bedeutung sind.

aa) Durch das ganze Mittelalter spielte diese Rolle der Gedanke der Preisgerechtigkeit und der sich aus ihr ergebenden Lohngerechtigkeit.³¹⁶

bb) In der Gegenwart ist unter anderem der Gedanke der Autarkie, nicht als Wirtschaftsfolge, sondern als Wirtschaftsziel, vertreten worden, was bedeutet, daß man den internationalen Handel trotz seiner Vorteile, die man im übrigen ruhig zugeben kann, aus Gründen der Wertung ablehnt, z. B. wenn man aus rassischen Gründen jeden Verkehr außer denjenigen mit den eigenen Volksgenossen für schädlich hält. Ein wichtiges Argument, das immer wieder angeführt wurde, beruht auf der wirtschaftlichen Landesverteidigung, die es nicht als wünschenswert erscheinen läßt, eine Verflechtung mit dem Auslande zuzulassen, welche notwendig dazuführen muß, daß Industrien im Auslande entstehen, die, wenn die Voraussetzungen der Arbeitsteilung, nämlich der Wirtschaftsfrieden, dahinfällt, nicht mehr zur Verfügung stehen.

cc) Ein weiteres Argument ist der Schutz bestimmter Bevölkerungsklassen oder Berufsstände, der besonders häufig in der Forderung nach der Erhaltung eines Bauernstandes, meist unter Berufung auf das wehrwirtschaftliche Argument, erscheint. Nur eine Verallgemeinerung dieses Argumentes stellt es dar, wenn man ganz allgemein die Erhaltung

³¹⁶ Thomas d'Aquin, *Somme théologique*, Ed. Drioux, Paris 1852, Qu. 27. — Augustinus, *Deq Trinitate*, XIII — 3. — Aristoteles, *Ethique de Nichomachae* VII — 13. — Aristoteles, *Politeia*, I, 5, 6.

der bestehenden Verteilung des Sozialproduktes als Schutz der «wohl erworbenen Rechte» postuliert und dann konsequenterweise jeden wirtschaftlichen Fortschritt, weil er eine Datenänderung ist, ablehnen müßte.

Soweit derartige oberste Wirtschaftsziele offen proklamiert werden und man bereit ist, alle Konsequenzen einer derartigen Zielsetzung zu tragen, ist alles, was die Wirtschaftswissenschaft zu dieser Frage sagen kann, daß für die Ausrichtung eines Wirtschaftsplanes jeweils nur ein oberstes Ziel maßgebend sein kann und jedes Ziel, welches nicht Maximierung des Sozialproduktes heißt, notwendigerweise eine Schmälerung des Sozialproduktes bedeutet.³¹⁷

Eine ganz andere Frage ist, daß, wenn die Wertungen wirklich allgemein wären, man der Eingriffe nicht bedürfen würde, weil der Wirtschaftsprozess schon infolge der Wertskalen der Einzelnen so verlaufen würde, daß das angestrebte Ziel und nicht das Scheinziel Maximierung des Sozialproduktes bei gleichzeitiger Erfüllung weiterer Postulate, erfüllt werden würde.³¹⁸

e) Eine rationelle Begründung der Intervention läßt sich jedoch finden, wenn man zwar das Ziel der Maximierung des Sozialproduktes zugibt, jedoch die Forderung nach der Maximierung der individualen Werte stellt.

Das freie Spiel der Kräfte wird, solange Unterschiede in der Begabung und in der individuellen Sparquote bestehen, zu einer Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung führen, die, wenn ein Erbrecht besteht, sich in einer Ungleichmäßigkeit des Vermögensbesitzes auswirken muß.

Vom Standpunkte der Größe des Sozialproduktes aus gesehen wird diese Ungleichmäßigkeit zu einer Vergrößerung des Sozialproduktes führen. Für ein größeres Einkommen kann man *ceteris paribus* annehmen, daß wenigstens in den höheren Einkommensstufen mehr gespart wird und, wenn diese gesparten Einkommensteile auch investiert werden, daß infolge der Mehrenergiebigkeit der Produktionsumwege die Güterversorgung auf die Dauer gesehen zunimmt.

Vom Standpunkte der personellen Verteilung aus wird man andererseits zugeben müssen, daß der Grenznutzen der Einkommenseinheit mit

³¹⁷ Küng E., *Der Interventionismus*, Bern 1941.

³¹⁸ Mises, *Interventionismus*, Jena 1929.

steigendem Einkommen sinkt, ein Wertemaximum also erreicht wird, wenn die Einkommensverteilung möglichst gleichmäßig ist.

Vom Standpunkte der funktionellen Verteilung kann man dabei die Frage nach der Produktivität des Außenhandels und des Handels überhaupt stellen.

Versteht man unter Handel den «Kauf und Verkauf von Gütern, an denen keine wesentliche Veränderung vorgenommen wird, oder von bestehenden Rechten, die durch ihre Beziehungen Wert haben, in letzterer Linie den Austausch von Gütern zwischen Produzent und Konsument, der unmittelbar darauf gerichtet ist, die Tauschobjekte aus der Hand jener, bei denen sie geringeren Wert haben, in die Hand jener zu bringen, die sie im Bezug auf das Tauschmittel höher schätzen, um an einem Teil dieser Wertdifferenz einen Gewinn zu finden» und unter internationalen Handel «einen internationalen Verkehrsakt, der vom Inlande ins Ausland oder vom Auslande ins Inland führt», so ergibt sich die Produktivität des Handels aus der Wertsteigerung, die das Gut erfährt, indem es durch den Handel der Konsumverwendung näher gebracht und für diese tauglicher gemacht wird.³¹⁹

Ein Eingriff, der die Einkommensverteilung ändert, kann also sehr wohl, obwohl er die Größe des Sozialproduktes verkleinert, den Wert desselben erhöhen, wenn er die Verteilung gleichmäßiger macht.³²⁰

Wir können als Interventionismus eine Wirtschaftsordnung betrachten, die zwar grundsätzlich die Grundlagen des liberalen Wirtschaftssystems bestehen läßt, durch Maßnahmen der Wirtschaftspolitik jedoch eine andere Lenkung der Produktion, Verteilung und Konsumation erreichen will, als sich diese ergeben würde, wenn das freie Spiel der Kräfte walten würde.³²¹

Die Arten der Eingriffe können wir zunächst danach gliedern, ob es sich um Aenderungen des Rahmensystems der Volkswirtschaft, also der morphologischen Bedingungen handelt, soweit diese, im Sinne der obigen Ausführungen, der menschlichen Beeinflussung durch die Rechtsordnung zugänglich sind.³²²

Die zweite Art der Eingriffe erfolgt im Bereiche der Katallaktik und kann sich sowohl auf die Produktion als auf die Preisbildung oder die

³¹⁹ Hellauer, System der Welthandelslehre, Bd. 1., S. 113, Wien 1910.

³²⁰ Ammon A., Grundzüge der Volkswohlfstandslehre, Wien 1926.

³²¹ Röpke W., Staatsinterventionismus, Art. in Hwb. d. St.

³²² Röpke W., Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Zürich 1942.

Verteilung beziehen. Soweit es sich um direkte Eingriffe in die Preisbildung handelt, können wir uns darauf beschränken, auf das auf Seite 111 ff. Gesagte zu verweisen. Solange man im Preise den Regulator der Wirtschaft erblickt, der Produktion und Verbrauch bestimmt, wird man allgemein sagen können, daß die Eingriffe, wenn solche erfolgen sollen, durchgeführt werden müssen, nachdem der Preis seine Funktion erfüllt hat, grundsätzlich also, nachdem das Einkommen entstanden ist, dessen Neuverteilung erfolgen soll.³²³

Von diesem Ideale, wie es konsequenterweise bei der österreichischen Steuerreform Böhm-Bawerks 1892 annähernd verwirklicht wurde, und dem die allgemeine Einkommenssteuer am besten entspricht, wird häufig aus praktisch-politischen Gründen abgewichen.

Die theoretischen Schwächen der Einkommenssteuer bestehen in der Unmöglichkeit, das Prinzip des gleichen Opfers zu verwirklichen, wenn selbst bei gleicher Einkommensgröße der Grenznutzen der Einkommenseinheit für jedes Wirtschaftssubjekt verschieden ist. Praktisch wird außer der Schwierigkeit der Veranlagung vor allem ins Gewicht fallen, daß in einer Demokratie die Einführung von Steuern auf einem Mehrheitsbeschluß der beteiligten Wirtschaftssubjekte beruht, die alle über dieselbe Stimmkraft verfügen. Eine Einkommenssteuer, die auch die niedrigen Einkommen entsprechend belasten würde, hätte daher in einem modernen Staate keine Aussicht, eingeführt zu werden. Da sich andererseits aus der Pareto'schen Einkommensverteilungskurve zwingend ergibt, daß auf eine Heranziehung der kleineren Einkommen nicht verzichtet werden kann, da mit zu starker Besteuerung der oberen Klassen die Kapitalbildung abnimmt und ein Ausgleich für die zu scharfe Progression der Einkommenssteuer gefunden werden muß, schreitet man zu den Konsumsteuern und ihrem Aequivalent, den Finanzzöllen.³²⁴

Der Finanzzoll scheint solange gerechtfertigt, als man zugibt, daß der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben über Einnahmen verfügen muß, und diese anders nicht beschafft werden können. Schon aus dem überaus gefährlichen Satze, daß in der Finanzwissenschaft zum Unterschiede von der Privatwirtschaft die Einnahmen sich nach den Ausgaben und diese nach den Aufgaben zu richten haben, ergibt sich die Notwendigkeit, den Umfang der Staatsausgaben zu umschreiben.³²⁵

³²³ Küng E., *Interventionismus*, a. a. O.

³²⁴ Popitz E., *Art. Einkommenssteuer*, Hwb. d. St.

³²⁵ Wagner Adolf, *Finanzwissenschaft*, Heidelberg-Leipzig 1877.

An erster Stelle stehen die echten Kollektivbedürfnisse, zu denen wir Rechtspflege, Erziehung und Verteidigungswesen zählen können, und die nur von der Allgemeinheit erfüllt werden können. Schon bei der zweiten Kategorie, den verbundenen Einzelbedürfnissen, z. B. Bahnen, Post und Schifffahrt, kann man geteilter Meinung sein. Für den Staatsbetrieb spricht hier, daß die Anlagekosten so groß sind, daß die Errichtung mehr als eines Betriebes unrentabel wäre, so daß ein Monopol entstehen würde. Dagegen kann man anführen, daß die Produktivität eines auf privatwirtschaftlicher Basis betriebenen Unternehmens, bei dem der Unternehmer die Gefahr des Mißlingens trägt, größer sein wird, als diejenige eines Staatsbetriebes, bei dem die Auslese nicht nach dem Leistungs-, sondern nach dem Dienstaltersprinzip erfolgt, und für eintretende Verluste nicht der verursachende Beamte, sondern die Allgemeinheit aufkommen muß. Für die dritte Art der Bedürfnisse, die echten Individualbedürfnisse, läßt sich eine Rechtfertigung für den Staatsbetrieb nur finden, wenn man davon ausgeht, daß im Sinne einer Aenderung der Konsumgewohnheiten Verbrauchsarten gefördert werden sollen, bei denen der Preis einen Rückgang der Nachfrage bewirken würde, wenn sie nach dem Kostendeckungsprinzip angeboten werden würden.³²⁶

Sobald man die Notwendigkeit der Besteuerung im oben beschriebenen Umfange zugibt, entspricht es dem Postulate der Gerechtigkeit, die aus dem Auslande eingeführten Waren mit derselben Abgabe zu belasten, der die Produktion der Ware im Inlande unterworfen ist. Die Rechtfertigung des Ausgleichzolles liegt nicht in seiner Wirkung, sondern im Bestehen der Produktionssteuer, die man lieber vermieden hätte.

II. Interventionismus und Arbeitsteilung

1. Die Arbeitsteilung und der Kapitalismus

Die Theorie der komparativen Kosten ist, obwohl sie ursprünglich als Theorie des internationalen Handels entwickelt wurde, in ihrer Anwendung nicht auf den Austausch zwischen Wirtschaftssubjekten verschie-

³²⁶ Kerschagl, Finanzwissenschaft, a. a. O.

dener Länder beschränkt, sondern gilt ganz allgemein immer dann, wenn Wirtschaftseinheiten beliebiger, aber verschiedener Struktur miteinander in Tauschverkehr treten.³²⁷ Ihr Hauptanwendungsgebiet findet die Theorie der komparativen Kosten in der hochkapitalistischen Wirtschaft. Unter Hochkapitalismus wollen wir dabei im Anschlusse an W. Sombart ein Wirtschaftssystem verstehen, welches auf dem Erwerbsstreben beruht, sich einer anorganischen Technik bedient und dessen Wirtschaftsverfassung grundsätzlich frei ist. In einem derartigen Wirtschaftssystem sind die Voraussetzungen des homo oeconomicus weitgehend erfüllt und weil sie gelten, werden die Menschen jene Produktionen einschlagen, die sich ökonomisch am günstigsten stellen, d. h. also jene, bei denen mit den verfügbaren Mitteln ein Maximum an Nutzen gestiftet wird. Diese zur Verfügung stehenden Mittel sind letzten Endes die Arbeitsleistungen der verschiedenen zur Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Wirtschaftssubjekte, und die Arbeitsteilung bewirkt, wenn man von den Friktionen absieht, daß jedes einzelne Wirtschaftssubjekt jene Arbeit verrichtet, zu der es am besten geeignet ist.³²⁸

Wir müssen uns fragen, ob im Kapitalismus die Arbeitsteilung nicht mit Gefahren verbunden ist, welche geeignet sind, die Vorteile, die sich für die Produktion ergeben, wieder aufzuheben.

Tatsächlich können wir feststellen, daß der historische Hochkapitalismus nicht reibungslos gearbeitet hat, sondern, daß in demselben Maße, in dem die Arbeitsteilung allgemein wurde, sich die Konjunkturzyklen nachweisen lassen.

a) Die erste Bemerkung, die an diese Tatsache zu knüpfen ist, geht dahin, daß die Krisen nicht eine besondere Folge der internationalen Arbeitsteilung sind, sondern sich viel mehr bereits aus der Arbeitsteilung ergeben.

W. Röpke hat einmal die Arbeitsteilung in der modernen Wirtschaft als geordnete Anarchie bezeichnet.³²⁹

Tatsächlich tritt ja auch auf dem Markte die Nachfrage nach Gütern zeitlich später auf, als der Produktionsprozeß begonnen wurde, durch den die Güter, welche das Angebot darstellen, hergestellt werden.³³⁰

³²⁷ Mises, Nationalökonomie, a. a. O., S. 123.

³²⁸ W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 3, S. 37, München-Leipzig 1928.

³²⁹ W. Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, a. a. O.

³³⁰ Schumpeter, Art. Angebot, Hwb. d. St.

Es kann daher eintreten und ist auch häufig eingetreten, daß die Unternehmer die zukünftige Nachfrage des Marktes falsch einschätzen und Güter herstellen, die sie nicht imstande sind, zu den Kosten abzusetzen, welche sie seinerzeit aufgewendet haben. Diese Erscheinung hat Anlaß gegeben zur Entstehung der Unterkonsumationstheorie, wie sie von sozialistischer Seite auch heute noch vertreten wird.³³¹

Demgegenüber hat schon Jean Baptiste Say darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Ueberproduktion unmöglich ist, weil jedes Angebot seine eigene Nachfrage erzeugt.

Die Kosten der Unternehmer lösen sich in den verschiedenen Produktionsstufen in Löhne auf, die von den Einkommenempfängern verwendet werden, d. h. auf dem Markte erscheinen.³³²

Wenn das Unterkonsumationsargument überhaupt noch vertreten werden kann, so entweder mit der Behauptung, daß ein partielles Zurückbleiben der Nachfrage auf einem Teilmarkte sehr wohl möglich ist, oder für einen Zustand, in dem die Wirtschaft sich nicht im Gleichgewicht befindet.

Diese Behauptung ist besonders von Lederer vertreten worden, der sagt, daß der technische Fortschritt ständig Arbeiter freisetzt. Lederer verkennt dabei keineswegs, daß der technische Fortschritt immer eine Kostenverbilligung und damit eine Preisermäßigung bedeutet. Diese Preissenkung muß zu einer Steigerung der Nachfrage, zu gestiegenem Absatz und zur Neueinstellung von seinerzeit entlassenen Arbeitern führen. Lederer behauptet aber, daß immer, ehe die seinerzeit freigesetzten Arbeiter im Sinne der Kompensationstheorie resorbiert werden, ein neuer technischer Fortschritt bereits wieder Arbeiter freigesetzt hätte und sich so eine ständige Arbeitslosigkeit erhält.³³³

b) Der zweite Einwand geht davon aus, daß Kapitalanlagen, die einmal errichtet worden sind, in dem Momente wertlos werden, wo durch eine Modeänderung der Absatz ausbleibt. Die so eintretende Realkapitalvernichtung wird von den Sozialisten auf das Schuldkonto des Kapitalismus gebucht.

Wir werden zwischen dem Kapitalismus als historisch-ökonomischer und rein ökonomischer Kategorie unterscheiden müssen.

³³¹ Marx, Das Kapital, Bd. I, Hamburg 1867.

³³² Böhler, Die Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, Zürich 1944.

³³³ Lederer, Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Genf 1939.

Man kann der historischen Wirtschaft des 19. Jahrhunderts in Mitteleuropa jede Art von Vorwürfen machen, ohne dabei die rein ökonomische Kategorie des Kapitalismus zu treffen. Kapitalismus als rein ökonomische Kategorie bedeutet nur kapitalverwendende Produktion. Es wird wohl keinen Wirtschaftsreformer geben, der auf die Verwendung von Kapital im Sinne produzierter Produktionsmittel verzichten wollen. Ist jedoch dieses Moment in Verbindung mit Arbeitsteilung gegeben, so sind die Grundlagen vorhanden, die unabhängig von der sonstigen Organisation der Wirtschaft den Konjunkturzyklus hervorrufen können.

c) Die Stellungnahme zum Krisenproblem wird von der Funktion abhängen, die man der Krise im Wirtschaftsprozeß zubilligt.³³⁴

In der sog. Reinigungskrise werden Produktionsmittel, deren Alimentierung die Größe des vorhandenen Subsistenzmittelfonds übersteigt, außer Gebrauch gesetzt und der Aufbau der Produktion wird auf ein Maß zurückgeführt, bei dem die Länge der Produktionsumwege mit der Länge der fortlaufend entstehenden Konsumgüter übereinstimmt.

Man kann unserem Wirtschaftssystem den Vorwurf machen, daß es, besonders durch Zinsfußschwankungen, die Investition von Mitteln an Stellen zuläßt, wo diese zur Kapitalvernichtung führen muß.

Als Ziel der Krisenpolitik ist damit die Vermeidung von Konjunkturen gegeben, indem man versucht, den Geldmarktzinsfuß in Uebereinstimmung mit der schwankenden Grenzproduktivität des Kapitals zu halten.³³⁵

Die zweite Art der Krise wird als sekundäre Depression bezeichnet. In ihr würden die vorhandenen Produktionsmittel die Herstellung eines Gleichgewichtes ermöglichen. Da die Unternehmer jedoch mit fallenden Preisen rechnen, halten sie mit Investitionen zurück, erzeugen so eine Arbeitslosigkeit und bewirken selber, daß der gefürchtete Preisfall eintritt.³³⁶

Gegen diese Art der Krise ist eine aktive Konjunkturpolitik am Platze, die notwendigenfalls selbst durch direkte Staatsinterventionen bewirkt, daß das Beschäftigungsvolumen steigt.

³³⁴ Haberler, *Prospérité et Dépression*, a. a. O., S. 70.

³³⁵ Machlup, *Führer durch die Krisenpolitik*, Wien 1934.

³³⁶ W. Röpke, *Secondary Depression*, in *Economic Essays in the Honour of Gustav Cassel*, Genf 1933.

Die staatliche Investitionspolitik darf die Privatinitiative, die sie beleben will, nicht konkurrenzieren. Es werden vor allen Dingen Investitionen in Frage kommen, die wegen der langen Anlagedauer von privaten Unternehmungen weniger berücksichtigt werden.

Ferner werden die öffentlichen Arbeiten nicht nur produktiv, sondern auch rentabel sein müssen. Sie werden der herrschenden Grenzproduktivität des Kapitals zu entsprechen haben. Man befindet sich in einem *circulus vitiosus*. Rentable Investitionen werden normalerweise von den Privaten vorgenommen. Wenn die private Initiative versagt, soll der Staat durch «rentable» Investitionen gerade in jene Sphäre eingreifen, welche der Privatinitiative vorbehalten wäre.

2. Die Arbeitsteilung in einer sozialistischen Wirtschaft

Bei Anerkennung der Mängel, die der historischen Form des Kapitalismus anhaften, werden wir prüfen müssen, ob eine Alternative zum vorhandenen Wirtschaftssystem gegeben ist.

a) Bei historischer Betrachtung kann man auf die Wirtschaftsverfassungen hinweisen, die nicht kapitalistisch waren. An erster Stelle ist die altägyptische Theokratie zu nennen, in der wenigstens theoretisch der Pharao absoluter Wirtschaftslenker war und bestimmte, was seine Untertanen zu verzehren hatten.³³⁷

In zweiter Linie käme das deutsche Mittelalter in Betracht, welches von der Idee der *iustitia distributiva* beherrscht war und bewußt auf die diesseitige Glückseligkeit verzichtete, um einer jenseitigen Seligkeit teilhaftig zu werden.

Bei der Betrachtung dieser und ähnlicher Versuche können wir feststellen, daß immer, wenn sich eine sozialistische Wirtschaftsordnung durchsetzte, das Maximum an Bedürfnisbefriedigung entweder nicht Wirtschaftsziel war oder nicht erreicht wurde.³³⁸

b) Legen wir uns nunmehr die Frage vor, wie in einem sozialistischen Staate die Wirtschaftspolitik auszusehen hätte, wenn, um das berühmte Wort Platos aus der *Politeia* zu gebrauchen, die Könige weise und die Weisen Könige wären.³³⁹

³³⁷ Otto Neurath, *Antike Wirtschaftsgeschichte*, a. a. O.

³³⁸ K. Diehl, *Sozialismus, Anarchismus und soziale Bewegung*, Jena 1910.

³³⁹ Salin, *Plato*, Berlin 1925.

Wir werden zunächst feststellen können, daß der sozialistische Wirtschaftsdiktator vor der Wahl steht, entweder jedes einzelne Subjekt seiner Gruppe autark wirtschaften zu lassen, oder die Arbeitsteilung einzuführen. Tut er das letztere, so kann er die Freiwilligkeit des Arbeitsvertrages aufheben und dem Einzelnen vorschreiben, was er zu arbeiten hat.

Ohne sich Fourier'schen Träumen hinzugeben, wird man vielleicht vermuten können, daß die einzelnen Wirtschaftssubjekte immer noch selber am besten wissen, was und wieviel sie arbeiten wollen. Wenigstens deuten die konkreten Erfahrungen, die man seit Owens Zeiten gemacht hat, darauf hin, daß die Arbeit mit Arbeitsleid verknüpft ist. Es ist letzten Endes nur ein gradueller Unterschied, ob man ein Mehr an Arbeitsaufwand mit Geld oder mit dem Roten Stern vergütet.

Die zweite und wesentlich wichtigere Frage, vor die der Wirtschaftsdiktator sich gestellt sehen wird, ist, in welcher Weise er die Konsumniveaus der verschiedenen Mitglieder seiner Gruppe festlegen will.

Der eine Weg, und dies ist der einzige, der bis heute beschritten worden ist, besteht in dem Befehle, weiter zu machen. Etwas anderes bedeuten auch die Gleichungen der mathematischen Katallaktik nicht. Diese können, selbst wenn wir annehmen wollen, daß mit einem ungeheuren statistischen Apparat alle relevanten Wirtschaftsdaten erfaßt worden wären, bestenfalls die optimale Produktionsweise im Zeitpunkte T_1 bestimmen. Es führt aber keine Brücke von T_1 nach T_2 in dem Augenblicke, wo sich auch nur einer der Faktoren ändert.³⁴⁰

In dem Augenblicke, wo irgendeine technische Neuerung auftritt, wird das Produktionsministerium, wenn ihm kein allwissender Mann zur Verfügung steht, nicht in der Lage sein, zu entscheiden, ob für eine konkrete Produktion es günstiger ist, Dampfkraft oder Elektrizität zu verwenden. Auch die technische Rechnung der USSR kann nur feststellen, daß das Verfahren 1 aus dem gegebenen Quantum Erz 25% Eisen gewinnt und das Verfahren 2, welches wahrscheinlich teurer ist, 30%. Um zu wissen, welches dieser beiden Verfahren anzuwenden sei, wird man sich auf dem Weltmarkte orientieren müssen. Selbst wenn man annimmt, daß die staatliche Planwirtschaft der USSR Sozialismus wäre, so arbeitet sie nicht trotz, sondern wegen der Fühlungnahme mit dem Weltmarkt.

³⁴⁰ Barone, *The Ministry of Production in a Collectivist State*, Ed. Hayek, London 1935.

Das Problem des wirtschaftlichen Fortschrittes löst sich daher so, daß in einer kapitalistischen Wirtschaft der wirtschaftliche Fortschritt sich durchsetzt und man dann die Krisen in Kauf nehmen muß. Je mehr man den Aufschwung und damit den wirtschaftlichen Fortschritt hemmt, desto mehr kann man auch die Konjunkturen abschwächen.³⁴¹

In einer sozialistischen Wirtschaft hingegen wird es jedoch überhaupt keinen wirtschaftlichen Fortschritt geben, das heißt, man wird nicht in der Lage sein, zu entscheiden, ob eine technische Neuerung einen Fortschritt oder einen Rückschritt bedeutet.³⁴²

Die zweite Schwierigkeit, die sich aus der Festlegung der Konsumniveaus in dem Momente ergibt, in dem sich die Bedürfnisse und damit die Nachfrage der Konsumenten ändert, kann in der geldlosen und marktlosen Wirtschaft nur behoben werden, wenn die Freiheit der Konsumwahl aufgehoben wird. Dies bedeutet aber, daß sich die Bedürfnisbefriedigung der Wirtschaftssubjekte verschlechtern muß. Damit ist aber auch, wie immer man sonst über die Sombart'schen Schlußfolgerungen denken mag, der proletarische Sozialismus zu einer emotionellen Bewegung gestempelt, die nur so lange fähig ist, zu bestehen, als die Menschen glauben, weil sie glauben wollen.³⁴³

c) Die soeben dargestellten Zusammenhänge erlauben außerdem einen Schluß für die Theorie des internationalen Handels.

Wenn eine Organisation einer Wirtschaftsgruppe nur möglich ist, sofern innerhalb dieser Wirtschaftsgruppe eine Preisrechnung besteht, so setzt dies ein gemeinsames Preismaß voraus und läßt sich, da wir über das Innenverhältnis der Gruppe keinerlei Annahmen gemacht haben, ebenso auf die Weltwirtschaft übertragen. Wie immer man in der Zukunft den Außenhandel organisieren mag, wird diese Organisation ein gemeinsames und allgemein anerkanntes Preisgut aufweisen müssen. Ob dieses Preisgut, wie in der Vergangenheit, Gold, oder ob es Weizen oder Noten einer Weltbank heißt, ist Zweckmäßigkeitsfrage und prinzipiell gleichgültig.

A und B bilden zwei getrennte Wirtschaften, wenn innerhalb A mit einer anderen Währung gerechnet wird als innerhalb B. Treten A und B überhaupt in Wirtschaftsbeziehungen, so werden sie sich auf ein Gut X

³⁴¹ Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Zürich 1946 — S. 301 ff.

³⁴² Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Zürich 1946.

³⁴³ Sombart W., Der proletarische Sozialismus, München 1922.

einigen müssen, in dem sie rechnen wollen. Handelt B außerdem noch mit C, so ist das allgemeine Tauschgut offenbar x oder y . Wird y in A anders bewertet als im Verhältnis zwischen B und C, so wird A entweder y liefern oder y beziehen, so lange, bis der Wert der Güter ausgedrückt in y gleich ihrem Werte ausgedrückt in x ist. Handelt also ein drittes Land auch nur mit einem der Mitglieder einer Wirtschaftsgruppe, so müssen sie sich alle des selben Wertmaßstabes x bedienen.

III. Zölle und Konjunktur

1. Schutzzoll und Arbeitslosigkeit

Zur Untersuchung der Frage der Wirkungen der Zölle auf die Konjunkturercheinungen greifen wir auf unsere Ausführungen auf S. 103 ff. über die Erklärung des meist sieben- bis elfjährigen Zyklus der Wirtschaft zurück. Indem wir voraussetzen, daß die Konjunktur, gleichgültig ob verursacht oder nicht, jedenfalls gekennzeichnet ist durch ein Ungleichgewicht von Sparen und Investieren, wobei im Aufschwunge mehr investiert als gespart und in der Depression mehr gespart als investiert wird, wollen wir die Frage der Wirkung eines Zolles auf die Konjunktur untersuchen. Unsere Fragestellung zerfällt dabei notwendig in zwei Teile.

a) Die erste Frage, die zu beantworten ist, bezieht sich darauf, inwieweit ein Zoll durch sein Bestehen das Auftreten der Konjunktur fördert. Zur Beantwortung können wir anführen, daß der Zoll in seinen Wirkungen einer Erhöhung der Transportkosten gleichgesetzt werden kann und daher das miteinander im Austausch stehende Wirtschaftsgebiet verkleinert. Daraus folgt, daß, wenn ein Zoll besteht, einerseits das Uebergreifen einer im Auslande bestehenden Krise erschwert wird, anderseits aber eine im Inlande bestehende Krise nicht über die Ausgleichsmöglichkeiten des Weltmarktes verfügt. Aus dieser Tatsache kann man ableiten, daß rein konjunkturtheoretisch das Bestehen eines Zolles immer dann vorteilhaft sein muß, wenn das inländische Wirtschaftsgebiet weniger krisenanfällig als das Ausland ist. Wenn es anderseits richtig ist, daß die Konjunkturen Folgen der Arbeitsteilung sind, bedeutet

dies, daß das Inland in der Arbeitsteilung weniger fortgeschritten als das Ausland ist, im wesentlichen also aus selbstversorgenden agrarischen Kleinbetrieben besteht.³⁴⁴

Das Dilemma, in das man kommt, wenn man eine derartige, zu-gegebenerweise krisenfestere Wirtschaftsstruktur durch Zölle verewigt, ist, daß man damit auf die Vorteile der nicht nur internationalen, sondern der Arbeitsteilung überhaupt verzichten muß. Man kann zwar durch eine Rückkehr zu einer minimalen Selbstversorgung die Krisenfestigkeit steigern, wie Röpke es will, wird aber in demselben Ausmaße, wie man dieses tut, auf die Vorteile verzichten müssen, die sich aus dem Großbetrieb ergeben.³⁴⁵

b) Schwieriger zu beantworten ist die Frage der Wirkung der Einführung, bzw. der Abschaffung von Zöllen auf den Konjunkturverlauf.

Den Ausgangspunkt wird die Tatsache zu bilden haben, daß die Einführung eines Zolles einer Erhöhung des Weltmarktpreises um den Betrag des Zolles im Inland gleichkommt. Diese Preiserhöhung kann *ceteris paribus* die Folge haben, daß sich Unternehmer finden werden, die nunmehr glauben, daß eine Produktion im Inland vorteilhaft ist und daraufhin eine Produktion beginnen. Schon an dieser Stelle ist jedoch darauf hinzuweisen, daß diese Reaktion der Unternehmer zwar *ceteris paribus* zu erwarten ist, jedoch nicht eintreten muß, wenn die Unternehmer stärkere Motive haben, um trotz Zollerhöhung, z. B. aus allgemeinem Pessimismus oder in Erwartung eines allgemeinen Preisfalles, die Produktion nicht zu beginnen.

Unter der Annahme der Voraussetzungen des Gleichgewichtsmodells werden die Unternehmer, die Produktionen beginnen wollen, die Produktionskräfte, deren sie bedürfen, durch Preisüberbietungen anderen Verwendungsmöglichkeiten in der Volkswirtschaft entziehen und so eine Veränderung des Sozialproduktes bewirken. Immer noch unter der Voraussetzung, daß das Gleichgewichtsmodell tatsächlich zur Vollbeschäftigung führt und daß das Sozialprodukt, welches erzeugt wird, das absolut größte ist, welches erzeugt werden kann, wird der Schutzzoll zu einer Verminderung des Sozialproduktes führen.³⁴⁶

Diese Konstruktion ändert sich offensichtlich, wenn wir annehmen

³⁴⁴ Haberler, *Prospérité et Dépression*, a. a. O.

³⁴⁵ H. von Beckerath, *Der moderne Industrialismus*, Jena 1929.

³⁴⁶ Strigl, *Einführung in die Grundlagen*, a. a. O.

können, daß die vom hypothetischen Liberalismus vorausgesetzte Vollbeschäftigung der Produktionsmittel tatsächlich nicht besteht.

Die allgemeine Argumentation verläuft so, daß der Preis eines Produktionsmittels gleich ist seiner Grenzproduktivität, die ihrerseits der Ausdruck ist für die Bedeutung, welche dem Produktionsmittel für die Bedürfnisbefriedigung zukommt. Sinkt aus beliebigen Gründen die Nachfrage nach den Gütern, die mit einem beliebigen Produktionsmittel hergestellt werden können, so wird auch der Preis dieses Produktionsmittels so lange sinken müssen, bis er sich wieder auf das Niveau der Grenzproduktivität eingestellt hat.³⁴⁷

Sind in einer Produktionsmittelkombination spezifische und unspezifische Produktionsmittel vorhanden, so wird der Wert der spezifischen Produktionsgüter bestimmt durch den Produktwert, abzüglich des Wertes der anderweitig verwendbaren Güter in ihrer Grenzverwendung.³⁴⁸

Unabhängig von dem Erzeugungspreis in der Vergangenheit muß der Wert eines spezifischen Produktionsgutes daher so lange sinken, bis wenigstens die Kosten der unspezifischen Güter der Produktionsmittelkombination gedeckt sind.

Indem wir ganz allgemein, ohne die Natur des Produktionsmittels näher zu bestimmen, argumentieren, können wir ableiten, daß, wenn der Wert des spezifischen Produktionsmittels nicht sinkt, es beschäftigungslos wird. Es trifft dies ebenso auf sachliche Produktionsmittel, d. h. festangelegtes Kapital zu, wenn in einer Unternehmung die Preise nicht soweit gesenkt werden, daß die Produktmenge Absatz finden kann, wie auf den persönlichen Produktionsfaktor Arbeit.

Der aus dem zum landesüblichen Zinsfuß kapitalisierten Ertrage des Produktes bestimmte Wert einer Maschine sinkt also mit jedem Rückgange des von ihr erzeugten Produktes. Will der Unternehmer diese Tatsache nicht anerkennen und hält er unter Berufung auf die seinerzeit entstandenen Kosten den Preis des Produktes aufrecht, indem er Abschreibungsquoten berücksichtigt, so muß, wenigstens bei freier Konkurrenz, der Absatz seines Produktes zurückgehen.³⁴⁹

Dieselbe Argumentation können wir auf den Produktionsfaktor Arbeit anwenden. Spezifische, d. h. qualifizierte Arbeit, muß arbeitslos werden

³⁴⁷ Clark, *Distribution of Wealth*, a. a. O., S. 189.

³⁴⁸ Wieser, *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft*, a. a. O.

³⁴⁹ Schmalenbach, *Selbstkostenrechnung*, a. a. O.

im Augenblicke, wo die Nachfrage nach ihrem Produkte zurückgeht, und die Arbeiter nicht gewillt sind, eine Lohnsenkung zuzulassen.³⁵⁰

Die Frage, inwieweit die Arbeit spezifisch ist, läßt sich so beantworten, daß auf lange Sicht gesehen zwar die Arbeit das am allgemeinsten verwendbare Gut ist, daß in kurzen Zeiträumen hingegen, bis die Umschulung vollzogen ist, qualifizierte Berufe ihre Qualifikation verlieren und nur als ungelernte Arbeit Verwendung finden können.

Eine Zollerhöhung kann, wenn sie in einem Arbeitszweig mit qualifizierten Arbeitern, wo bisher Arbeitslosigkeit herrschte, eine Absatzsteigerung bewirkt, die Arbeitslosigkeit mildern.

Eine Zollerhöhung kann sich nicht auf eine Arbeitslosigkeit auswirken, die in einer Exportindustrie besteht, weil die Zollerhöhung gleichzeitig mit der Importdrosselung auch einen Rückgang der Exporte bewirkt, bis das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wieder hergestellt ist.

Die Einführung eines Zolles erhöht zwar die Produktion, verteuert jedoch die Güter für die Konsumenten. Die Verteuerung selbst in einer Industrie, die ausschließlich für den Binnenmarkt arbeitet, bewirkt Änderungen in den Budgets ihrer Abnehmer. Je unelastischer die Nachfrage nach dem Produkte ist, umso größere Beträge werden anderen Verwendungen entzogen werden, wenn der Konsum in der zollgeschützten Ware aufrechterhalten wird.

Dieser Kaufkraftrückgang kann bewirken, daß an einer anderen Stelle der Volkswirtschaft mehr Arbeiter arbeitslos werden, als infolge des Zolles wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert worden sind.

Eine bestehende Arbeitslosigkeit ist ein Anzeichen für ein überhöhtes Lohnniveau der Volkswirtschaft.

Diese Argumentation gilt nicht für die Friktionsarbeitslosigkeit und für die Monopolarbeitslosigkeit. Abgesehen von diesen Fällen kann es sich um konjunkturelle oder strukturelle Arbeitslosigkeit handeln.

Die typische konjunkturelle Arbeitslosigkeit wird entstehen, wenn in der Depression Produktionen, die begonnen worden sind, nicht mehr fortgeführt werden können, weil der Subsistenzmittelfonds zu knapp geworden ist, und die Arbeiter, die entlassen worden sind, nicht mehr bereit sind, anderweitig zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten.

Eine derartige konjunkturelle Arbeitslosigkeit könnte behoben werden, wenn durch einen Schutzzoll eine arbeitsintensive Industrie ins Leben gerufen werden würde.

³⁵⁰ Strigl, Angewandte Lohntheorie, a. a. O.

Gesetzt den Fall, es bestände ein Importgut, von dem bisher 10 000 q aus dem Auslande bezogen worden sind. Die Elastizität der Nachfrage sei 1 und durch eine 10%ige Zollerhöhung könnte eine inländische Produktion hervorgerufen werden.

Der Absatz der inländischen Industrie würde auf 9000 q sinken, der Verlust der Konsumenten würde 1000 q + Konsumentenrente betragen, die man entweder zum alten oder zu dem um 10% gestiegenen Preise bewerten müßte.

Nimmt man an, daß alle komplementären Produktionsfaktoren aus dem Auslande bezogen werden und einen Wert von 4500 q repräsentieren werden, so ist es gelungen, Arbeitskraft im Werte von 4500 q um den Preis eines Konsumentenverlustes von 1000 q zu beschäftigen.

Der Gewinn der Volkswirtschaft scheint 3500 q zu betragen. Nähert man dieses Beispiel der Wirklichkeit an, so ist eine solche Zollpolitik nur möglich, wenn der Produktionsvorsprung des Auslandes relativ klein ist. Schon eine Erhöhung des Zolles auf 50% würde den Vorteil der Volkswirtschaft zum Verschwinden bringen. Die Erfolgsaussichten sind umso günstiger, je unelastischer die Nachfrage und je arbeitsintensiver das Gewerbe ist, auf das der Zoll angewendet wird.³⁵¹

Bei Beurteilung einer derartigen Politik wird man von der Natur der Krise ausgehen müssen.

Die Krise stellt einen Anpassungsprozeß der Volkswirtschaft dar, durch den ein übermäßig ausgebauter Produktionsmittelapparat den tatsächlichen Notwendigkeiten angepaßt wird. Ein Zoll, der diesen Anpassungsprozeß verhindert, beseitigt nicht das Ungleichgewicht, welches zwischen Produktionsmittel- und Konsumgütererzeugung besteht. Die von den Arbeitern geförderten Löhne entsprechen einer Grenzproduktivität, die sich als nicht mehr bestehend erwiesen hat. Eine Beibehaltung des Lohnniveaus, wie sie durch den Schutzzoll ermöglicht wird, bedingt, daß an irgendeiner Stelle der Volkswirtschaft Arbeiter arbeitslos bleiben müssen. Die Unternehmer werden ferner versuchen, anstelle der Arbeiter sachliche Produktionsmittel in einem Augenblicke zu verwenden, wo das Kapital gebraucht wird, um die zurückgebliebenen niedrigeren Stufen der Produktion auszubauen, um sie den im Aufschwunge erzeugten Produktionsmittelindustrien anzupassen.³⁵²

³⁵¹ Haberler, *Der internationale Handel*, a. a. O.

³⁵² Mises, *Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik*, Jena 1928.

2. Die Theorie der Vollbeschäftigung

Der Schutzzoll wird für den Augenblick die Handelsbilanz verbessern, weil die Importe schneller zurückgehen werden als die Exporte, die ihnen allerdings im weiteren Verlaufe der Entwicklung werden folgen müssen.

Der Schutzzoll ermöglicht, indem er den Zusammenhang mit dem Auslande schwächt, den inländischen Zahlungsmittelumlauf in begrenztem Maße auszudehnen, ohne den Außenwert der Währung zu gefährden.

Wenn diese Ausdehnung erfolgt, wird sie eine Steigerung der Geldpreise zur Folge haben und wird die Reallöhne der Arbeiter unter der Voraussetzung senken, daß die Arbeiter zwar stark genug sind, um das einmal erreichte Geldlohnniveau zu halten, aber nicht bestrebt sind, auf die einsetzende Preissteigerung mit erhöhten Lohnforderungen zu antworten.

Ein Land steht vor der Wahl, die Verluste, die sich aus der Geldwertensenkung ergeben, weil diese die Rechnungen der Unternehmer verfälscht und weil *ceteris paribus* der ausländische Wechselkurs schneller sinken wird als die inländische Kaufkraft, abzuwägen gegen die Kosten, welche aus der Arbeitslosigkeit entstehen.

a) Die Entscheidung wird durch die in concreto vorhandenen Ausweichmöglichkeiten beeinflußt werden. Die ideale Lösung bestände in der Erhöhung der Grenzproduktivität der Arbeit, um diese dem Lohnniveau anzupassen. Es handelt sich dabei jedoch um einen so langfristigen Ausbildungsprozeß, daß dieser für die konjunkturelle Arbeitslosigkeit nicht in Frage kommt.

b) Dasselbe Resultat könnte erreicht werden, wenn man den Schutzzoll + begrenzte Inflation durch eine stärkere Umlaufmittelvermehrung, zweckmäßigerweise in der Form einer Devaluation, ersetzt, die natürlich die Lohnsenkung gleichfalls herbeiführen würde.

Für ein einzelnes Land wäre es am vorteilhaftesten, wenn diese Politik des billigen Geldes auf der ganzen Welt betrieben werden würde, weil dann die auf S. 106 beschriebenen Folgen eintreten würden und vorausgesetzt, daß die Arbeitslosigkeit unter dem Weltdurchschnitt liegt, erreicht werden könnte, daß wieder Vollbeschäftigung einsetzt, ohne daß in dem relativ begünstigten Lande Schutzzölle eingeführt werden müßten.

c) Für ein Land, welches normalerweise starken Kapitalexport betreibt, wie England 1931, für welches diese Theorie ausgebaut wurde, käme allenfalls ein Kapitalembargo in Frage, welches den relativen Kapitalreichtum steigern würde und dann vielleicht die Depression beheben könnte, wenn diese nicht in der Exportindustrie infolge Ausbleibens der ausländischen Nachfrage, wenn kein Kapital exportiert wird, wieder entsteht.³⁵³

d) Ziehen wir institutionelle Momente in Betracht, so müssen wir mit dem Bestehen einer Arbeitslosenunterstützung rechnen. Wenn wir eine Arbeitslosenunterstützung als Datum annehmen und daher vermutet werden kann, daß die Geldlöhne unter keinen Umständen unter das Niveau der Arbeitslosenunterstützung sinken werden, kann der Schutzzoll wesentlich billiger sein als die Kosten der Unterstützung.

Es handelt sich um einen typischen Fall der external economies. Durch die Vergrößerung der Produktion wird der Staat um einen größeren Betrag entlastet, als der Verlust der Konsumenten beträgt, den sie durch die höheren Preise der bisher importierten Güter erleiden.

3. Exportprämien

Das soeben geschilderte Resultat könnte billiger durch eine direkte Subvention der Unternehmungen, die im Falle des Schutzzolles Arbeiter einstellen würden, erfolgen.

Der Schutzzoll wird die allgemeinen Produktionsmöglichkeiten der geschützten Industrie erhöhen. Es wird eine Tendenz geben, neue Betriebe zu errichten, die sachliche Produktionsmittel beanspruchen werden.

Durch die Subvention werden zwar Produktionen von ihrem optimalen Standorte abgelenkt, es betrifft dies jedoch Produktionsmittel, die bereits festgelegt worden sind, bei denen der Verlust bereits entstanden ist, während der Schutzzoll neue, noch unspezifische Produktionskräfte binden würde.

Eine Subvention kann den Grenzfällen, um die es sich nur handeln kann, bei denen der Unterschied zwischen Grenzkostenniveau und Weltmarktpreis gering ist, besser angepaßt werden.

Die Subvention ist beweglicher und kann, falls eine Erholung eintreten sollte, abgeschafft werden. Die Subvention hat endlich den «Vor-

³⁵³ Keynes, On Money, a. a. O., Bd. 2, S. 184.

teil,» sichtbar zu sein und größere Aufbringungsschwierigkeiten zu verursachen.³⁵⁴

Die Produktionsprämie soll damit nicht verteidigt werden. Auch sie bedeutet, verglichen mit einem Zustande ohne Arbeitslosenunterstützung, einen Verlust. Dieser Verlust ist jedoch kleiner als der sich aus der Unterstützung ergebende und hat gegenüber dem Schutzzoll den Vorteil, nach dem Preisbildungsprozeß aufgebracht zu werden, den Preismechanismus also weniger zu verfälschen, als es der Zoll tut.

Diese Art der Produktionsprämien unterscheidet sich günstig von der Exportprämie, weil sie an eine Industrie gewährt wird, die nicht exportiert und arbeitsfähig ist, ohne durch einen Zoll geschützt zu sein.

Eine Exportprämie, die ohne Schutzzoll gewährt werden würde, bzw. eine Prämie, die hoch genug wäre, um eine Industrie exportfähig zu machen, würde ein Geschenk an das Ausland bedeuten.

Das exportierte Halbfabrikat würde im Auslande verarbeitet werden und das Produkt würde entweder ins Inland zurückströmen oder die inländische Produktion auf dem Weltmarkt konkurrenzieren.

Die allgemeine Exportprämie, die von einem Zoll begleitet ist, wirkt wie eine Erhöhung des Zolles. Der Produktionspreis der inländischen Produzenten wird künstlich gesenkt. Sie sind bei gegebener Gestaltung der Nachfragekurve in der Lage, eine subjektiv nach unten verschobene Nachfragekurve zu konstruieren, die es ihnen ermöglicht, einen größeren Betrag als bisher anzubieten und natürlich auch mehr originäre Produktionsmittel als bisher in Anspruch zu nehmen und daher anderen, günstigeren Verwendungen zu entziehen.³⁵⁵

Berücksichtigt man dazu, daß die Aufbringung der Gelder für die Prämie nur erfolgen kann, wenn an einer anderen Stelle der Volkswirtschaft Kaufkraft vernichtet wird, sei es durch eine Steuer oder durch monetäres Zwangssparen, so kommt die Exportprämie darauf hinaus, auf der einen Seite bei dem Besteuernten und durch den Zoll die Kaufkraft zu vernichten und auf der anderen Seite bei den Exportarbeitern Kaufkraft zu schaffen, die sich ihrerseits um den Teil der von ihnen getragenen Steuer und ihren Zollanteil vermindert. Diesen Umschichtungsprozeß hätte man offenbar billiger erreichen können, wenn man die Kaufkraft ohne effektive Reichumsvernichtung transferiert hätte.³⁵⁶

³⁵⁴ Mises, *Nationalökonomie*, a. a. O.

³⁵⁵ Hicks A., *The Theory of Value*, London 1936.

³⁵⁶ Ricardo, *Principles*, a. a. O., Kap. 22, On Bounties.

IV. Die sekundäre Depression

Die bisherige Argumentation dieses Abschnittes gewinnt ein anderes Gesicht in dem Momente, wo wir ein dauerndes Ungleichgewicht der Volkswirtschaft zugeben. Möglichkeiten, daß ein derartiges Ungleichgewicht entsteht, sind einmal gegeben, wenn es sich um eine sog. strukturelle Arbeitslosigkeit handelt und können ferner auftreten, wenn in der zweiten Phase der Depression die Preise weiter als um das durch die Reinigungskrise bedingte Maß sinken.

a) Zum ersten dieser Fälle ist zu bemerken, daß er eintreten kann, wenn infolge der Einführung neuer Prozesse qualifizierte Arbeiter in erheblichem Maße dauernd arbeitslos werden und wenn gleichzeitig eine Arbeitslosenunterstützung besteht, die ein Sinken der Löhne verhindert.

b) Der zweite Fall ergibt sich, wenn im Verlaufe einer Depression sich der Unternehmer ein Pessimismus bemächtigt. Die Unternehmer erwarten ein weiteres Fallen der Preise und halten infolgedessen mit ihren Einkäufen zurück. Diese negative Preisprämie bewirkt eine Unterbeschäftigung in den Produktionsmittelindustrien und möglicherweise Arbeiterentlassungen gleich Rückgang der Konsumkaufkraft. Dieser Rückgang wird dann einen tatsächlichen Fall der Preise hervorrufen, und es ist nicht abzusehen, wo dieser Prozeß sein Ende finden sollte, solange die Daten sich nicht ändern.³⁵⁷

Tatsächlich ändern sich die Daten natürlich, da es immer ein Niveau der Unterbeschäftigung geben wird, bei dem die Unternehmer ihre Erwartungen revidieren. Dieses Niveau kann aber wesentlich tiefer liegen als das tatsächlich notwendige Maß der Produktionseinschränkung, die unter diesen Voraussetzungen nicht von einer Konsumausweitung begleitet ist. Zur Bekämpfung der sekundären Depression eignet sich jedes Mittel, welches geeignet ist, das Vertrauen wieder herzustellen. Ab-

³⁵⁷ Röpke, Secondary Depression, a. a. O.

gesehen von rein monetären Maßnahmen kommt dafür natürlich auch der Schutzzoll, wegen seiner produktionsanregenden und begrenzt inflatorischen Wirkung, in Frage.

Etwas anders stellt sich die Frage, wenn der Grenzhang zum Verbrauch tatsächlich mit zunehmender Realkapitalbildung ständig abnehmen würde, $\frac{C}{Y}$ also ständig kleiner als die Einheit wäre und ständig mehr gespart als investiert würde. Wenn die effektive Beschäftigungsmenge unter diesen Umständen von den Geldlöhnen und nicht von den Reallöhnen abhängt, kann sich ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung herausbilden, welches der strukturellen Arbeitslosigkeit entsprechen würde.³⁵⁸

Müßte man mit einer derartigen ständigen Unterbeschäftigung und einer Selbstdepression der Wirtschaft rechnen, so würde auf der einen Seite ein Staat sich ständig durch Konsumausgaben verschulden müssen, um das Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten, auf der anderen Seite könnte man wenigstens in der produktionssteigernden und daher C ändernden Wirkung der Zölle ein Schutzzollargument erblicken. Akzeptiert man die Keynes'sche Multiplikatortheorie und kombiniert man sie mit dem Fortschrittsproszentsatz für die Zeit zwischen 1901 und 1913 nach Mill,³⁵⁹ so kann man mit Schumpeter zu dem Ergebnis kommen, daß, wenn aus diesem Grunde der Kapitalismus bedroht wäre, bei einem Volkseinkommen von 200 000 000 000 Dollars die Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung von 16 Milliarden Dollars für eine Gesellschaft kein Problem wäre.³⁶⁰

Selbst wenn man die Gültigkeit des Keynes'schen psychologischen Gesetzes allgemein akzeptiert und nicht der Ansicht ist, daß es sich nur um eine vorübergehende psychologische Erscheinung handle, die sich eingestellt hat, als eine lange Welle der Konjunktur auf ihrem Tiefpunkte mit der Konjunkturwelle von 1920—1929 zusammengetroffen ist,³⁶¹ so wird der Staat gut daran tun, nicht Schutzzölle heranzuziehen, sondern lieber die Mittel der Arbeitslosenunterstützung durch Anleiheaufnahme aufzubringen.³⁶²

³⁵⁸ Keynes, *General Theory*, a. a. O., S. 114.

³⁵⁹ Mill F. C., *Economic Tendencies in USA*, New York 1932.

³⁶⁰ Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, a. a. O., S. 116.

³⁶¹ Schumpeter, *Business Cycles*, a. a. O.

³⁶² Jöhr, *Nachkriegsdeflation*, St. Gallen 1946, S. 176.

V. Die Friktionen

Wir wollen als Friktionen alle jene Erscheinungen bezeichnen, in denen die wirkliche Wirtschaft nicht mit den vereinfachenden Annahmen des theoretischen Modelles der vollkommenen Konkurrenz übereinstimmt, und die daher bewirken, daß auch die aus diesem Modelle gezogenen Konsequenzen nur annähernd auf die Wirklichkeit angewendet werden können.

Diese Friktionen können prinzipiell zweier Art sein, indem sie sich entweder aus den Marktparteien oder aus den Unvollkommenheiten des Marktes ergeben.

a) Was zunächst die Stellung der Marktparteien betrifft, so können wir für unsere Zwecke die Unterscheidung von Mises³⁶³ akzeptieren, wonach entweder die Marktsubjekte in der Lage sind, den Preis zu beeinflussen oder aber so zahlreich sind, daß die für die vollkommene Konkurrenz vorausgesagten Wirkungen eintreten und sich der Konkurrenzpreis bildet. Worauf es ankommt, ist dabei nicht die tatsächliche Stellung der Marktparteien, sondern ihr Verhalten, wie es sich aus ihrer subjektiven Beurteilung der Marktsituation ergibt.³⁶⁴

Es kann also jemand sehr wohl Monopolist sein, doch ist diese Tatsache so lange bedeutungslos, als er sich seiner Machtstellung nicht bewußt ist und daher zu Konkurrenzpreisen verkauft.³⁶⁵

Soweit eine Monopolstellung vorliegt, wird der Monopolist versuchen, einen maximalen Gewinn zu erzielen, indem er seine verschiedenen Aktionsparameter, zu denen er in erster Linie die Absatzmenge, daneben aber auch die Qualitätsvariationen von Markenartikeln und die Verstärkung der Werbung gehört, so betätigt, daß er ein Maximum an Gewinn erzielt.³⁶⁶

³⁶³ Mises, Nationalökonomie, a. a. O.

³⁶⁴ Stackelberg, Die Grundlagen der Nationalökonomie, W. W. A. 1942.

³⁶⁵ Möller, Selbstkostenrechnung, Preisbildung u. Absatzpolitik, Leipzig 1942.

³⁶⁶ Chamberlin, Monopolistic Competition, a. a. O.

Daraus folgt zunächst, daß der Preis, den der Monopolist für seine Absatzsteigerung zu zahlen hat, in der Beschränkung der von ihm abgesetzten Menge besteht. Daraus folgt aber weiter, daß ein Monopol immer nur als Angebotsmonopol bestehen kann. Die Marktsituationen, welche man im allgemeinen als Nachfragemonopol bezeichnet, sind in Wirklichkeit Angebotsmonopole, bei denen der Besitzer eines Produktionsfaktors A einen Produktionsfaktor B nachfragt, der nur in Verwendung mit A zusammen ein Konsumgut C erzeugen kann, für welches eine direkte Nachfrage besteht. Der Wert von A richtet sich als Schlußstück nach dem Werte von C — B. Wenn sowohl A als auch B monopolisiert sind, wird die Preisbildung unbestimmt und wir finden uns vor dem bilateralen Monopol, welches Böhm-Bawerks isoliertem Tausche entspricht.³⁶⁷

Die sogenannten Oligopolsituationen reduzieren sich bei dieser Betrachtung auf Monopolsituation, bei der der Oligopolist zwar bereit ist, einen höheren Preis zu verlangen, die Konsequenz der Mengenbeschränkung jedoch nicht vollständig auf sich nehmen will. Für uns genügt es, davon auszugehen, daß in allen diesen Fällen die Nachfragekurve nicht mehr parallel der x-Achse, sondern von links nach rechts fallend verläuft. Bezeichnen wir mit $f(x)$ die Nachfragekurve und mit $k(x)$ die Kostenkurve, so geht das Bestreben des Monopolisten dahin, $[(f(x) - k(x)) \cdot x]$ zu einem Maximum zu machen, oder

$$[f(x) - k(x)] + [f'(x) - k'(x)] \cdot x = 0$$

oder

$$x = - \frac{f(x) - k(x)}{f'(x) - k'(x)}.$$

Unter der Voraussetzung eines negativen $f(x)$ wird die abgesetzte Menge notwendig kleiner als die beim Konkurrenzpreis abgesetzte. Die Frage, wie die Außenhandelspolitik auf diese Situation reagieren soll, fällt verschieden aus, je nachdem, ob man das Vorhandensein von Monopol als gegeben und möglicherweise als wünschenswert betrachtet, oder ob man von der Wirkung der Zölle auf die Monopole ausgeht.

aa) Zunächst ist es klar, daß bei einer partiellen Gleichgewichtsbeurteilung das Monopol eine Verschlechterung der Bedürfnisbefriedigung auf dem Teilmarkte bedeutet. Von dieser negativen Wirkung ist aber einmal in Abzug zu bringen die Unterbeschäftigung, die im monopolisierten

³⁶⁷ Mises, Nationalökonomie, a. a. O., S. 303 ff.

sierten Wirtschaftszweig resultiert und die, vorausgesetzt, daß die Monopole vereinzelt sind, ermöglicht, die Produktionsfaktoren anderweitig einzusetzen.

Dieser Einwand ist natürlich nur bedingt gültig, wenn man sich vor Augen hält, daß ein Monopol überhaupt nur lebensfähig ist, wenn der Monopolist weniger verkauft, als die Konsumenten bei freier Konkurrenz abnehmen würden.

Wichtiger und nicht zu widerlegen ist die Tatsache, daß in unserer gegenwärtigen Wirtschaft der Beginn von Produktion die Investition von dauerhaften Produktionsmitteln erfordert. In einer Wirtschaft, in der eine Patentgesetzgebung, die Monopole ermöglicht, nicht bestehen würde, würde unter Umständen die Unternehmertätigkeit stark zurückgehen. Die Stellung zu dem Monopol wird also wesentlich auch für liberale Nationalökonomien dadurch bestimmt werden, für wie stark man den Unternehmergeist noch hält.³⁶⁸

bb) Die Entstehung von Monopolen (im allgemeinen wird es sich um rechtliche, technische oder Rohstoffmonopole handeln), wird auf dem Inlandsmarkt durch die Einführung eines Schutzzolles zweifellos erleichtert, weil dieser es der ausländischen Konkurrenz unmöglich macht, auf dem Binnenmarkt zu konkurrieren. Diese Behauptung muß natürlich dahingehend eingeschränkt werden, daß jede ausländische Konkurrenz eine inländische Betriebsstätte einrichten kann und dies im Falle der sog. Zollfiliale häufig auch tut. Die Wirkungen des Zolles äußern sich bei bestehendem Monopol für das Inland mit der Möglichkeit von Dumpingpreisen. Auf S. 43 ff. wurde gezeigt, daß dieser Dumpingexport für das Inland keineswegs ungünstig ist und sogar günstig sein kann. Etwas anders stellt sich die Frage, wenn es sich darum handelt, ob man gegen ein ausländisches Dumping mit Zöllen vorgehen soll. Zunächst ist zu bemerken, daß die Tatsache eines Verkaufes zu Verlustpreisen oder zu Preisen, die niedriger sind als die Durchschnittskosten des Importeurs, für ein Land kein Grund sein können, die zu billige Ware nicht anzunehmen. Antidumpingzölle lassen sich nur motivieren für den Fall eines sporadischen Dumpings. Der Tatbestand der Einfuhr billiger Waren wird im Lande bewirken, daß sich die Produktionen umstellen und bisher bestehende Gewerbebezüge aufgegeben werden, was nur unter Entwertung der vorhandenen dauerhaften An-

³⁶⁸ Röpke, Art. Staatsinterventionismus, a. a. O. — Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O.

lagen möglich ist. Stoßweises Dumping, das aufgegeben wird in dem Augenblicke, in dem der Inlandsmarkt erobert wird, bedeutet also zweifellos einen Verlust für die Volkswirtschaft. Immerhin wird man auch mit diesem Verlust den möglichen Gewinn vergleichen, der aus dem Export entsteht. Als Schutz gegen ein mögliches Dumping Zölle einzuführen, empfiehlt sich jedenfalls nicht, weil dadurch automatisch eine Expansion der Inlandsindustrie bewirkt werden würde.³⁶⁹

b) Die zweite Art der Friktionen ergibt sich, soweit es sich um die Außenhandelspolitik handelt, hauptsächlich aus dem Zeitmoment. Einführung und Aufhebung von Zöllen verursachen Umstellungen in der Produktion, die sich nicht, wie die Theorie es will, sofort vollziehen, sondern die Zeit erfordern und die vor allen Dingen bewirken, daß sich die noch bestehenden Anlagen entwerten und die qualifizierten Arbeiter, die bei einem Rückgange der Industrie ihre Beschäftigung verlieren, vorübergehend einer niedrigeren Entlohnung teilhaftig werden. Eine Beurteilung der Erhaltungszölle unter diesem Gesichtspunkte wird davon ausgehen müssen, ob der voraussichtliche Vorsprung der ausländischen Industrien, der die Einfuhr ermöglicht, voraussichtlich von Dauer sein wird oder nicht. Man wird dabei das Verhalten der Unternehmer berücksichtigen müssen, welche die Besitzer der dauerhaften Anlagen sind. Diese werden so lange weiter produzieren, als durch die Preise, die sie infolge der ausländischen Konkurrenz noch erzielen können, wenigstens ihre Grenzkosten, genauer gesprochen, die Grenzkosten abzüglich Stillstandskosten und Wiedereingangsetzungskosten gedeckt sind. Sie werden außerdem einen zusätzlichen Ansporn erhalten, Verbesserungen in ihrer Industrie einzuführen, um deren Produktivität zu erhöhen.

Derartige Verbesserungen werden unter Umständen die Investition neuer Kapitalien erfordern, was sich, wenn sich eine Aufrechterhaltung der Produktion als unmöglich erweist, als Kapitalfehlleitung herausstellt. Jedenfalls würden diese Investitionen unter einem Erhaltungszoll in viel größerem Ausmaße vorgenommen werden als bei Freihandel.

Man kann nicht argumentieren, daß bei Aufgabe der Industrie Kapitalvernichtung erfolgt, ohne gleichzeitig zu berücksichtigen, daß, wenn die Industrie wieder konkurrenzfähig werden sollte, Arbeiter und Maschinen wieder zur Verfügung stehen. Die Verluste, die entstehen können, beziehen sich auf die technische Vernichtung der Maschinen, z. B. durch Verrosten, auf den Einkommensausfall, der durch den zweimali-

³⁶⁹ Viner, Art. Dumping, a. a. O.

gen Berufswechsel entsteht und auf den zahlenmäßig schwer erfaßbaren Verlust aus der Aufspaltung organisatorischer Einheiten. Diese Verluste können ein beträchtliches Ausmaß annehmen.

Der Staat, der glaubt, dagegen etwas tun zu sollen, handelt rationaler, wenn er bestehenden Betrieben Subventionen gewährt und diese so bemißt, daß tatsächlich eine allmähliche Rückbildung der Industrie erfolgt. Ein Schutzzoll wird nie verhindern können, daß ein Betrieb, für den es vorteilhaft ist, die Produktion zu beginnen, auch errichtet wird. Das Verbot, neue Betriebe zu errichten, wird aber Monopolstellungen hervorrufen und die Rationalisierung verlangsamen.

Ohne Schutzzoll würden in demselben Ausmaße, in dem die Industrie sich anpaßt, nichtspezifische Arbeitskräfte und Produktionsmittel für andere Erzeugungen frei werden. Die Einfuhr würde eine Nachfrage nach inländischen Gütern für den Export hervorrufen. Diese zu befriedigen, wäre vorteilhafter als die Erhaltung bestehender Industrien.

Erhaltungszölle lassen sich nur in dem auf S. 176 beschriebenen Umfange rechtfertigen. Wenn damit zu rechnen ist, daß die Ausdehnung der Produktion im Auslande zu einer Preissteigerung des Konkurrenzproduktes führen wird, die die inländische Industrie wieder wettbewerbsfähig macht, kann es vorteilhaft sein, durch einen sehr niedrigen vorübergehenden Zoll die Ausdehnung der ausländischen Industrie zwar zuzulassen, der eigenen Industrie jedoch eine Anpassungsfrist zu gewähren.

Ob sich derartige Minimalzölle in der Praxis bei der Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates durchführen lassen, ist zweifelhaft.³⁷⁰

VI. Die Kontingente

Die Kontingente stellen den Hauptfall der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkung dar.

Theoretisch sind sie gekennzeichnet als nichtkonformer Eingriff, der zum Unterschied von den Zöllen, die den Preis als Regulator der Wirtschaft bestehen lassen, ein anderes Ausleseprinzip setzen.

³⁷⁰ Schmid E., Die Kostengestaltung in der Industrie, St. Gallen, 1946.

Es könnte zunächst scheinen, als ob die Wirkung von Zoll und Kontingent gleichartig wäre, da sich für jeden gegebenen Zustand der Volkswirtschaft ein Zoll finden läßt, der die Einfuhr in demselben Maße wie das Kontingent beschränkt.

Historisch treten die Kontingente entweder als absolute oder als Zollkontingente auf. In letzterem Falle wird eine bestimmte Menge entweder zollfrei oder zu einem ermäßigten Zolle zum Importe zugelassen, während die Menge, die die Quote übersteigt, einer höheren Belastung unterworfen wird.

Gleitende Kontingente haben durch die englische Agrarpolitik bis 1847 eine gewisse Berühmtheit erlangt. Je nach der Höhe des inländischen Getreidepreises wurde der Zoll bestimmt. Die Erfahrung lehrte, daß Spekulanten das inländische Angebot aufkauften, bis der Preis stieg und der Zoll ermäßigt wurde, um dann billiges Getreide zu importieren, eine Preissenkung und eine Zollerhöhung zu erzwingen.

Durch das Kontingent wird die zum Import zugelassene Menge nach oben starr begrenzt. Jeder Schutzzoll, der nicht prohibitiv wirkt, läßt Preissenkungen im Ausland, aus welchen Gründen sie auch erfolgen mögen, den inländischen Konsumenten zugute kommen. Bei einem Kontingent kann das Ausland abwerten, einen konjunkturellen Preisfall erleiden, die ausländische Regierung kann Exportprämien gewähren, ein ausländischer Konzern kann Dumping betreiben, ohne daß deshalb der inländische Konsument mehr Ware erhalten würde.

Umgekehrt kann eine Steigerung der inländischen Nachfrage keine Importsteigerung mehr bewirken. Die Nachfragesteigerung bewirkt nur eine Preissteigerung zugunsten des inländischen Produzenten.

Unter dem Kontingentsystem fühlt sich die inländische Produktion viel sicherer und ist daher eher bereit, zu investieren. Die Gefahr der Monopolisierung des Inlandmarktes steigt. Geht aus irgendwelchen Gründen der inländische Bedarf zurück, so ist die inländische Industrie weniger geschützt als unter dem Zollsystem. Der Zoll würde bei einer Preissenkung die Importmenge verringern, während das Kontingent schlagartig unwirksam wird.

Die Gefahr der Monopolbildung, der die sehr zweifelhaften Vorteile der Produktions- und Standortsrationalisierung durch die Monopole gegenüberstehen, kann allenfalls durch eine Verbindung zwischen inländischer Preishöhe und Kontingentgröße bekämpft werden. Kontingente werden zwar im allgemeinen kurzfristig, z. B. jährlich, festge-

setzt und bilden, solange sie bestehen bleiben, eine bekannte Handelserschwerung. Eine ständige Aenderung der Kontingente, um der einheimischen Industrie die Aenderungen des Weltmarktpreises zum Bewußtsein zu bringen, trägt wegen der stoßweisen Wirkung ein Moment der Unruhe in die Wirtschaft.

Die meisten Länder, z. B. die Schweiz, verwenden die Kontingente daher in Verbindung mit einer Preiskontrolle. Dies ist ein Beweis, wie jeder nichtkonformer Eingriff zu seiner Aufrechterhaltung neue nichtkonforme Eingriffe nach sich zieht.³⁷¹

Einer der wesentlichen Nachteile des Kontingentssystems sind seine Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz. Der Ricardianische Prozeß wird durch die Einführung der Kontingente erschwert. Die normale Reaktion auf eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz, gleichgültig, ob diese durch Kapitalexport, Kapitalflucht oder einseitigen Transfer bewirkt wird, ist eine Steigerung der Ausfuhr. Die Schnelligkeit der Anpassung hängt von der Elastizität der Nachfrage nach Exportgütern ab. Selbst der höchste Zoll wirkt nur so lange prohibitiv, als keine Preissenkung erfolgt.

Es sind zwar Fälle denkbar (Elastizität der Nachfrage größer als 1), wo keine noch so große Steigerung der Exporte eine Steigerung der Erlöse bewirken kann, das Kontingent verunmöglicht jedoch, weil es die Menge des Exportes fest begrenzt, immer die Erlössteigerung.

Selbst der höchste Zoll läßt den internationalen Preiszusammenhang bestehen. So lange überhaupt importiert wird, stellt sich der Inlandspreis auf Weltmarktpreis + Transportspesen + Zoll. Ist das Kontingent kleiner als die importierte Menge vor seiner Einführung, so wird der Preis des Gutes im Inlande unabhängig vom Weltmarktpreis steigen. Der Preis ist nur noch bestimmt durch die inländische Nachfragekurve, die von einer Senkrechten im Punkte der Menge, deren Import gestattet ist, geschnitten wird. Verbilligungen, die auf dem Weltmarkte eintreten, beeinflussen den Inlandspreis nicht mehr.

Die Situation ist ähnlich wie bei einem internationalen Monopol. Ein internationales Kartell kann eine Marktaufspaltung vornehmen und die Belieferung des Binnenmarktes nur doch durch eine, meist transporttechnisch günstig gelegene Fabrik gestatten. Jedes noch so starke internationale Kartell muß mit der Möglichkeit einer Kündigung des Kartellvertrages rechnen. Dies war der Grund, aus dem manche Indu-

³⁷¹ Haberler, Hill, *Quantitative Trade Controls*, Genf 1943.

strien, z. B. die deutsche Kali-Industrie, von Regierungsseite zu einem Zwangskartell zusammengeschlossen wurden. Während dem Kartell Außenseiter entstehen können, steht hinter dem Kontingent die viel stärkere Regierungsgewalt.

Ganz machtlos ist der Konsument auch gegenüber dem Kontingente nicht. Es besteht die Möglichkeit, die, je höher der Preis ist, immer wahrscheinlicher wird, daß sich Schmuggel und schwarzer Markt entwickeln. Wieweit dies tatsächlich stattfindet, hängt vom Volkscharakter und von der Stärke der Regierungsgewalt ab.

Die Konsumenten können immer auf den Konsum des Kontingentgutes verzichten und sich einem Ersatzprodukt zuwenden.

Die allgemeine Ueberwälzung eines Zolles erfolgt in Analogie zur Steuer, indem die Importeure diesen entweder vor- oder rückwälzen. Zollvorwälzung bedeutet Weitergabe des Zolles an die Konsumenten. Wieweit diese möglich ist, hängt von der Gestaltung der Nachfragekurve im Einzelfalle ab. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ein großer Teil des Zolles weitergegeben und der Rest von den Importeuren getragen, entweder durch Verbesserungen aufgeholt oder auf Kosten des Gewinnes gezahlt wird.

Die Rückwälzung des Zolles durch Ermäßigung des Nachfragepreises der Importeure um den ganzen oder einen Teil des Zollbetrages, charakterisiert durch das Schlagwort «Das Ausland trägt den Zoll», und möglich vor allem bei Monokultur, kommt einer Teilung des Zolles zwischen Konsument und Produzent gleich.³⁷²

Wenden wir dieses Schema auf das Kontingent an, so wird die durch das Kontingent erzeugte Monopolsituation eine Rückwälzung erschweren. Erst in dem Augenblicke, wo die Nachfrage unter die Quote sinkt, ist der Anschluß an den Weltmarkt wieder hergestellt, und kann eine Rückwälzung erfolgen.

Das Kontingent bedingt viel stärkere Preisverschiebungen als der Zoll und infolge des Ueberwälzungsprozesses *ceteris paribus* viel stärkere Aenderungen in den Konsumgewohnheiten des Inlandes.

Da die Konsumgewohnheiten äußerst stabil zu sein pflegen, wird durch den Monopolpreis in das inländische Preissystem ein äußerst starkes Moment der Starrheit getragen, welches sich nicht nur auf den Preis des Importgutes, sondern auch auf seine inländische Produktion,

³⁷² Seligman, Die Lehre von der Steuerüberwälzung, a. a. O.

die Preise der Substitutionsgüter und die vorgelagerten Industrien bezieht, bei denen gleichfalls ein Anreiz zur Monopolbildung gegeben ist.

Die Parallelerscheinung zum Monopolpreis bildet der Monopolgewinn. Theoretisch besteht zwar die Möglichkeit, die Gewinne der durch das Kontingent geschützten Industrien wegzusteuern, indem man z. B. Lizenzgebühren einführt. Mangels einer praktischen Möglichkeit der gerechten Bemessung der Lizenzgebühren wird voraussichtlich an die Stelle des Leistungswettbewerbes die Jagd nach Einfuhrbewilligungen treten. Der Staat steht vor der äußerst schwierigen Frage, nach welchen Gesichtspunkten Einfuhrbewilligungen gewährt werden sollen.

Die weitaus rationellste Methode wäre, diese Bewilligungen meistbietend zu versteigern und dem Preismechanismus auf diesem Umwege wieder Geltung zu verschaffen.

Das erste Problem, welches sich übrigens seinerzeit schon bei den Getreideeinfuhrscheinchen stellte, ist, ob die Lizenz an den einheimischen Importeur oder an den ausländischen Exporteur gewährt werden soll.

Die Gewährung von Lizenzen an die Exporteure bedeutet ein Geschenk an das Ausland. Wo solche Lizenzen gewährt werden, ist dies zu erklären als ein Versuch, dem Auslande die Einführung der Kontingente schmackhaft zu machen.

Soweit man sich auf die Lizenzgewährung an Inländer beschränkt, kommt zunächst das Queuesystem in Frage, wonach derjenige importieren darf, der schnell genug die Gelegenheit ausnützt, ehe das Kontingent erschöpft ist. Die Analogie mit den englischen Getreidezöllen ist so offensichtlich, daß sich dieses System ebenso wie eine Gewährung von Lizenzen auf Grund von «Beziehungen» nicht lange halten konnten.

Auf der Suche nach einem «gerechten» Maßstab ist man praktisch überall dazu übergegangen, die Kontingente auf Grund eines Basisjahres, welches man aus irgendwelchen Gründen als normal betrachtete, meistens des letzten Jahres vor der Kontingentierung, festzusetzen.

Die Festsetzung bedeutet erstens zwischen den Ländern und zweitens in jedem Lande zwischen den Importeuren zu diskriminieren.

Durch die Festsetzung einer beliebigen Quote, z. B. in Prozenten der letztjährigen Einfuhr, werden Renten geschaffen, der Zuzug neuer Unternehmungen wird verhindert, bestehende Unternehmungen, die in ihrem Geschäftsumfange zurückgehen, bleiben trotzdem im Besitze ihres Kontingentes. Einmal bestehende Bezugsquellen werden verewigt und dem wirtschaftlichen Fortschritt wird jede Möglichkeit verbaut.

Die Situation ähnelt dem Quotenkartell. Während jedoch beim Kartell die Quote nur so lange verkauft werden kann, als ein Kartell besteht, zeigen Kontingente, weil sie eine *non competing group* darstellen, die Tendenz, sich zu verewigen.

Die dem Kontingentsystem eigentümlichen Diskriminationen werden im Auslande Gegenmaßnahmen hervorrufen. Die Exporteure, die sich einem ausländischen Monopol gegenübersehen, werden sich voraussichtlich gleichfalls zusammenschließen und die Hilfe ihrer Regierung anrufen. Die ursprünglich autonomen Kontingente werden so zum Gegenstand der Handelsvertragsverhandlungen und der Reziprozitätsklausel. Man hat so den «Vorteil» der Stabilisierung der Außenhandelsbeziehungen erreicht. Der ursprünglich multilaterale Verkehr wird bilateral, mit einer starken Wahrscheinlichkeit für ein bilaterales Monopol.

Die Festsetzung der Kontingente ist viel zu heikel, um Gegenstand parlamentarischer Beratungen zu sein und muß daher der Verwaltung übertragen werden. Macht sich, z. B. infolge einer Mißernte oder einer Ueberbietung des Kontingentpreises durch ein anderes Land, ein Ausfall des Angebotes bemerkbar, so werden die Regierungen die Lieferungs-, bzw. Abnahmeverpflichtung nicht mehr von den einzelnen Wirtschaftssubjekten, sondern von ihrem Verhandlungspartner, der Regierung verlangen.

Es ist dann nur noch ein kleiner Schritt bis zur Bildung von Außenhandelsmonopolen, die die Tendenz zeigen, von den ursprünglich kontingentierten Waren allnählich den ganzen Außenhandel zu erfassen.

Diese Entwicklung wird durch die Parallelerscheinungen im Zahlungsverkehr gefördert. Wahrscheinlich schon lange, ehe dieses Stadium erreicht wurde, werden die Länder durch einen Clearingvertrag miteinander verbunden sein. Der große Spielraum, den das bilaterale Monopol gewährt, wird die Preisfestsetzung zu einer Frage der Macht und die Festsetzung des «Wechselkurses» (in Wirklichkeit handelt es sich um Naturaltausch) zur Willkür machen.

Außenhandelsmonopole können, wenn sie streng auf eine Ware beschränkt bleiben, das kleinere von zwei Uebeln darstellen.

Entschließt sich ein Staat, z. B. Abnahmepreise für inländisches Getreide zu garantieren, so kann es vorteilhaft sein, den Zusatzbedarf im Auslande von Staates wegen zu kaufen und das Produkt zu einem Mischpreise an die Bevölkerung abzugeben, um die Monopolrente in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen.

Gerade das letzte Beispiel zeigt, wie Außenhandelsmonopole auf die inländische Wirtschaft übergreifen, und wenn es nur wäre, um den Verbrauch des Artikels, zu dessen Abnahme man sich verpflichtet hat, sicherzustellen.

Die Folgen werden Verwendungszwang, Beimischungszwang und weitere Subventionen sein, die in sich die Tendenz tragen, den staatlich gelenkten Teil der Wirtschaft ständig zu vergrößern.

VII. Währung und Außenhandel der Schweiz

In normalen Zeiten ist die Zahlungsbilanz der Schweiz ausgeglichen. Die Handelsbilanz war in diesem Jahrhundert mit Ausnahme der beiden Nachkriegsjahre, 1916 und 1945, immer passiv, doch wurde dieses Defizit durch den Ueberschuß der Einkommens- und Ertragsbilanz immer ausgeglichen.

Die Ertragsbilanz der Schweiz umfaßt hauptsächlich Zahlungen aus dem Reiseverkehr, dem Transithandel, Lizenzen und die Einnahmen der Banken und Versicherungsgesellschaften.

«Die Verstärkung des Handelsbilanzdefizits in den letzten Jahren ist nicht nur der Ausfluß eines starken schweizerischen Nachholbedarfes aus den Jahren gehemmter Einfuhr und nicht bloß das Ergebnis der Lagerauffüllung in unserem Lande, sondern er findet eine seiner bestimmenden Ursachen im System des gebundenen Zahlungsverkehrs mit dem Ausland.»³⁷³

Die Ueberschüsse der Ertragsbilanz ergeben sich aus der Gläubigerstellung der Schweiz im internationalen Kapitalverkehr. Wenn, wie in der Gegenwart, im Auslande Gold- und Devisenknappheit herrscht, wird das Ausland versuchen, die Ueberweisung von Zahlungsmitteln zu vermeiden und seine Ausfuhr zu erhöhen. Im Jahre 1947 betrug das Defizit der Handelsbilanz 1,5 Milliarden Franken. Der Ausgleich war möglich, weil nicht nur die Kapitalerträge eines, sondern dreier

³⁷³ P. Keller, Währung und Außenhandel, Vortrag Schw. Zentrale für Handelsförderung, Lausanne, 5. 11. 48. Nationalzeitung Nr. 517.

Jahre seit 1945 transferiert werden konnten. Die Möglichkeit hierzu wurde geboten durch die Vorschüsse der Schweiz in diversen Zahlungsabkommen, die seit Kriegsende geschlossen wurden und bis jetzt 850 Millionen erreicht haben. Diese Vorschüsse sind heute aufgebraucht. Das Handelsbilanzdefizit zu Ende des dritten Quartals 1948 betrug 1,445 Milliarden. Demgegenüber sind die Erträgnisse der Dienstleistungsbilanz zurückgegangen, nicht so sehr, weil die Erträgnisse der schweizerischen Hotellerie abgenommen hätten, sondern weil mehr Schweizer als bisher ins Ausland reisten.

Anstatt des Zahlungsbilanzdefizites, das sich in einer Abnahme der Gold- und Devisenbestände der Nationalbank hätte äußern müssen, haben diese seit Jahresbeginn um 200 Millionen zugenommen. «Vorerst ist festzuhalten, daß ein gewaltiger internationaler Zahlungsverkehr in der Schweiz zu festen Kursen laufend abgewickelt wird.» Es ist dies eine Folge der bestehenden Clearingabkommen, die eine Abrechnung der gegenseitigen Forderungen zu offiziellen Kursen (*die in manchen Fällen bis zu 50% über den freien Kursen liegen*) vorsehen. Der schweizerische Exporteur erhält den Gegenwert seiner Waren in Schweizer Franken ausbezahlt und umgekehrt zahlen die schweizerischen Importeure ihre Bezüge im Clearing ein. Praktisch läuft dies darauf hinaus, daß Exporteure und Hotellerie eine Prämie erhalten, die von den Importeuren bezahlt wird.

Diese Politik, «die unserer Wirtschaft eine sichere Kalkulationsbasis in den letzten Jahren und eine Konjunkturgestaltung erlaubten, um die uns andere Länder beneiden,» hätte im letzten Jahre zu einem Abströmen von Gold führen müssen, wenn nicht ein beträchtlicher Kapitaltransfer außerhalb des Clearings stattgefunden hätte.

«Die starken Gold- und Devisenzuflüsse von außen führten zur Ausweitung des Zahlungsmittelumlaufes im Innern des Landes.» «In einer Zeit nun, da die höchsten politischen Anstrengungen zur Stabilisierung der Preise und Löhne und damit zugleich der Kaufkraft des Frankens unternommen werden, muß sich die Notenbankpolitik in der Weise dieser allgemeinen schweizerischen Wirtschaftspolitik einordnen, daß sie dem gleichen Ziele dient.» «Im Interesse der Erhaltung der Kaufkraft des Frankens, die durch den Krieg bereits gelitten hat, muß es die Politik der Notenbank sein, die Geldmenge in Schranken zu halten. Sie (die Notenbank) kann nicht unbegrenzt Dollars hineinnehmen, weil sie für jeden Dollar Schweizer Franken hergibt, und weil damit

der Geldumlauf so sehr vermehrt werden könnte, daß die Kaufkraft unserer Währung darunter leiden müßte.»

«Decken die zusätzlichen Posten der Ertragsbilanz ... das Defizit des Warenverkehrs ..., so treten bei der Notenbank keine Gold- und Devisenverluste ein. *Das Land hat in diesem Fall nicht über seinen Stand gelebt.*»

Sofern der letzte Satz nicht die Meinung des Berichterstatters, sondern tatsächlich diejenige des Präsidenten der Nationalbank wiedergibt, würde dies die Rückkehr zum reinsten Merkantilismus bedeuten. Volkswirtschaften wären wieder Einzelpersonen, die in der Lage wären, Schulden zu machen, und das Zahlungsbilanzdefizit wäre ein Ausdruck dafür, daß ein Land über seine Verhältnisse gelebt hätte. Da eine derartige Ansicht bei einem der größten Fachleute der Schweiz kaum zu vermuten ist, bleibt nur die Erklärung übrig, daß die Aufrechterhaltung des bestehenden Lohn- und Preisniveaus als absoluter Maßstab genommen wird und der Ausgleich der Zahlungsbilanz so aufgefaßt wird, daß es gelingen sei, diesen Stand aufrechtzuerhalten.

Die Schweiz steht heute vor der Alternative, entweder Gold- und Devisenzuflüsse, von woher sie auch kommen mögen und welchen Beweggründen sie auch entspringen, aufzunehmen, oder selber auf den freien Devisenverkehr zu verzichten.

Die vom Präsidenten der Nationalbank angedeutete bestehende Passivität der Zahlungsbilanz würde plausiblerweise bedeuten, daß das heute bestehende Preis- und Lohnniveau der Schweiz überhöht ist.

In dem Augenblicke, wo das Ausland in der Lage wäre, Waren zu liefern, und die Schweiz bereit wäre, diese Waren aufzunehmen, würde das Defizit gedeckt werden durch Gold- und Devisenabgaben. Diese müßten zu einer Kontraktion des Zahlungsmittelumlaufes führen, Preise und Löhne würden sinken. So würde die gefürchtete Nachkriegsdeflation einsetzen, die man unter allen Umständen verhindern will.

Der gegenwärtige Zustrom des Goldes in die Schweiz könnte ertragen werden, wenn die von der Nationalbank ausgegebenen Noten an einer anderen Stelle dem Verkehr entzogen würden. Die Schwierigkeiten der Goldsterilisierungspolitik des Bundes liegen in der Mittelbeschaffung. Die Steuerfinanzierung würde die Einkommen kürzen, die Anleihefinanzierung, die tatsächlich betrieben wurde, sichert nicht gegen eine Ausdehnung des Zahlungsmittelumlaufes.

Diese hat stattgefunden, die Nationalbank jedoch nicht betroffen, weil ihre Rediskontgarantie, auf die kein Staat verzichten kann, genügte, um die Anleihen bei den Privatbanken lombardfähig zu machen, gleichgültig, ob sie verpfändet wurden oder als Sicherstellung für Giralgeldkredite dienten.

Auch Giralgeldkredite, die dem notalen Geld gleichgeachtet werden, führen zu einer Einschränkung der Kassenhaltung und zu einer Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Das aktuelle Problem der schweizerischen Notenbankpolitik ist die Gestaltung des Kurses des amerikanischen Dollars.

Nach dem Münzgesetz hat die Schweiz eine Goldwährung, die am 18. September 1936 in eine Spielraumwährung umgewandelt wurde. Die Nationalbank ist gegenwärtig nur noch gegenüber dem Bunde verpflichtet, den Kurs des Schweizer Frankens zwischen 190 und 210 mgr Feingold zu halten. In seiner Botschaft vom 4. November 1948 zur Revision des Art. 35 der Bundesverfassung hat der Bundesrat erklärt, an dieser Regelung festhalten zu wollen, die eine Auf- und Abwertung des Frankens um 5% gestattet und bis jetzt zur praktischen Stabilisierung auf dem Gegenwerte von 203 mgr Feingold geführt hat.

Aus dem Ankaufspreis der USA von 35 Dollar pro Unze ergibt sich eine Parität von Fr. 4.32½, die dem offiziellen Zahlungsverkehr zugrunde liegt.

Der Dollarkurs des freien Marktes steht bei ca. 3,95 um 10% niedriger. Dieser durch Angebot und Nachfrage bestimmte Kurs spiegelt die tatsächliche Bewertung des Dollars in der Schweiz wieder.

Das Angebot stammt aus dem Dollarbesitz von Ländern, die diese infolge ihrer Clearingabkommen nicht in den USA verwenden können.

Bei Freigabe des Dollarhandels würde die Nachfrage von den Importeuren für zusätzliche Importe gespeist werden.

Nach Ansicht der Nationalbank kann der Umfang der Nachfrage geschätzt werden, während das Angebot nicht durch die Nationalbank kontrolliert wird und es nicht Aufgabe der Schweiz sein könne, die Gestaltung der Wechselkurse dritter Länder mit den USA zu beeinflussen.

Die Unterbewertung des Dollars stellt eine Exportprämie für die schweizerische Industrie dar, die verschwinden würde, wenn der freie Dollarkurs infolge der Nachfrage der Importeure steigen würde. Würde man den Ankauf durch die Nationalbank zwar zulassen, die Beträge aber auf Sperrkonto gutschreiben, so bestände im Augenblicke der Frei-

gabe, soweit es sich um Kapitalfluchtgelder handelt, die Gefahr von Störungen der Zahlungsbilanz.

Unter der Hypothese des freien Zahlungsverkehrs würde der Kurs des Dollars irgendwo zwischen 3,95 und 4,32 liegen, der Schweizer Franken erscheint also gegenüber der Goldparität überbewertet. Diese Situation ist bei Passivität der Zahlungsbilanz ohne Kapitaltransfer vorübergehender Natur und wird sich ändern, sobald im übrigen Europa die politischen Störungsmomente fortfallen und der Zustrom von Kapitalien, der nicht durch die höhere Ertragsfähigkeit, sondern durch die Rechtsunsicherheit bewirkt wird, nachläßt.

In diesem Augenblicke wird die Schweiz entweder den Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Senkung der Preise bewirken müssen oder gezwungen sein, Devisenbewirtschaftung einzuführen.

Die zweite Möglichkeit entspricht nicht den Plänen der Währungsbehörden. Die Aufrechterhaltung von Devisenbestimmungen im gegenwärtigen Momente erscheint gerechtfertigt, wenn man den Umfang der Kapitalfluchtgelder für groß hält.

Die endgültige Gestaltung der Zahlungsbilanz hängt von einer Preissenkung der schweizerischen Exportwaren ab.

Eine Möglichkeit besteht in der Steigerung der Produktivität der Exportindustrien entweder durch Erneuerung des Produktionsmittelapparates, die noch nicht vollständig erfolgt ist, oder durch Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft durch Verbesserung der Ausbildung.

Eine zweite Möglichkeit wäre die Verbilligung der Rohstoffe entweder durch Ueberwindung der Transportmittelknappheit oder durch Zollermäßigungen, eventuell durch Abwertungen der Lieferantenländer.

Die Zollermäßigung erscheint bei der gegenwärtigen Finanzlage des Bundes unwahrscheinlich. Eine Hoffnung wäre eine wesentliche Belebung des internationalen Handels mit Steigerung der Zollerträge ohne Ermäßigung des Tarifes. Voraussetzung wäre, daß Einnahmesteigerungen zur Zollermäßigung und nicht zur Ausdehnung der Staatsausgaben benützt würden, wenn es gelingt, die Bundesfinanzreform durchzuführen und in der Nachkriegsdeflation das Budget ausgeglichen zu halten.

Die letzte Möglichkeit der Anpassung der Löhne durch Lohnsenkung scheint nicht verwirklicht werden zu können. Nur eine Steigerung der Reallöhne, die so groß wäre, um die Gewerkschaften in eine Senkung der Nominallöhne einwilligen zu lassen, könnte in Betracht gezogen werden. Dies würde eine Senkung der Lebenshaltungskosten bedeuten,

die bei den inländischen Konsumgütern außerhalb der Depression nur durch technische Verbesserungen erfolgen könnte. Bei den Importgütern könnte der Preisfall nur durch Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten oder durch Abwertung erfolgen.

Der Preisfall müßte vor allem Agrarprodukte betreffen und könnte sich nur bei einer Aenderung der Agrarpolitik der Eidgenossenschaft auswirken, womit wegen der Stärke der Interessenvertretung der Bauern nicht zu rechnen ist.

Alle Möglichkeiten, die mit einer Senkung des Preisniveaus des Weltmarktes rechnen, werden die Verbesserung der Wettbewerbslage ausländischer Exportindustrien berücksichtigen müssen, durch die die schweizerische Zahlungsbilanz verschlechtert werden wird.

Auf lange Sicht gesehen wird sich die wieder einsetzende industrielle Konkurrenz Europas auf dem Weltmarkte umso bemerkbarer machen, je mehr sich die niedrigen Lebenshaltungskosten der vom Kriege verwüsteten Länder auswirken werden.

Entweder gelingt es der Schweiz, durch höhere qualitative Leistungen gegenüber dieser Konkurrenz zu bestehen, dann wird sich der außerordentlich hohe Lebensstandard der schweizerischen Arbeiterschaft aufrechterhalten lassen. Dies setzt eine liberale Handels- und Währungspolitik und eine Organisation der Produktion voraus, die Monopolgewinne nicht entstehen läßt, bedeutet aber auch eine verstärkte Kapitalbildung, ohne die eine gesteigerte Produktivität, die einzig die Grundlage des Lebenshaltungsniveaus sein kann, nicht erreicht werden wird.

Die schweizerischen Arbeiter werden, wenn sie ihre Lohnhöhe erhalten wollen, mehr als bisher sparen, die Bedürfnisbefriedigung in der Zeit besser verteilen müssen, und der Staat wird in seiner Steuerpolitik vermeiden müssen, die Kapitalbildung so sehr wie gegenwärtig zu hemmen.

Schlussfolgerungen

Fourth, they will endeavour, with due respect for their existing obligations, to further the enjoyment by all States, great or small, victor or vanquished, of access, on equal terms, to the trade and to the raw materials of the world which are needed for their economic prosperity.

Atlantic Charta

I.

Den Ausgangspunkt bilden eine beliebige Anzahl von Wirtschaftsgruppen A, B, . . . , die jede aus den Wirtschaftssubjekten a, b, . . . bestehen möge.

Wir wollen zunächst die Voraussetzung machen, daß die A, B, . . . jede über einheitliche Wirtschaftspläne verfügen.

Ueber das Zustandekommen und den Inhalt dieser Wirtschaftspläne sind damit keinerlei Voraussetzungen gemacht. Tatsächlich ist es klar, daß bei einer zentralgelenkten planwirtschaftlichen Organisation, bei der die Wirtschaftspläne nach den Wertungen von Individuen aufgestellt werden, in einer einfachen Wirtschaft oder in einem sozialistischen Staate ein viel größeres Maß der Einheitlichkeit der Wirtschaftspläne bestehen wird als in einer liberalen oder demokratischen Wirtschaft, in der sich Uebereinstimmung nur über eine begrenzte Anzahl von Fragen wird erzielen lassen.

Die A, B, . . . können entweder miteinander tauschen oder voneinander abgeschlossen ihre Wirtschaften führen. «Es liegt nun auf der Hand, daß derjenige, der bei den Tauschverhandlungen seinen unmittel-

baren Vorteil und nur diesen sucht, sich bei den bezeichneten Entschlüssen nach folgenden Regeln benehmen wird: er wird

1. überhaupt nur dann tauschen, *wenn der Tausch ihm Vorteil bringt*; er wird
2. *lieber mit einem größeren als mit einem kleineren Vorteil tauschen*; und er wird endlich
3. *lieber mit einem kleineren Vorteil tauschen als gar nicht tauschen.*³⁷⁴

Wir glauben nachgewiesen zu haben, daß, wenn A, B, ... überhaupt tauschen, sie dies tun, um einen Vorteil zu erreichen, und daß der Vorteil tatsächlich immer dann eintritt, wenn in der Ausstattung mit den originären Produktionsbedingungen, in der Eignung für eine bestimmte Arbeit, in der Fruchtbarkeit des Bodens, im Stande der Technik, Unterschiede bestehen³⁷⁵

Ausgeschlossen bleibt der Fall, in dem A gegenüber allen einen gleichmäßigen komparativen Kostennachteil hat, in welchem Falle ihm durch den Tausch kein Vorteil erwachsen würde.

Wir müssen nunmehr Voraussetzungen über die Freizügigkeit der Produktionsfaktoren zwischen A, B, ... einführen.

Eine erste Möglichkeit ist, daß alle Produktionsfaktoren und Produkte zwar innerhalb A beweglich, zwischen A und den übrigen Wirtschaftseinheiten jedoch vollständig unbeweglich sind. Eine Theorie des internationalen Handels ist unter diesen Umständen ausgeschlossen. Alle Probleme, die sich der Katallaktik stellen, erschöpfen sich in der Betrachtung der Wirtschaftsorganisation innerhalb A.

Eine zweite Möglichkeit besteht in der Annahme vollständiger Freizügigkeit aller Produktionsfaktoren und Produkte zwischen A, B, ... Unter diesen Umständen wird die Theorie des internationalen Handels zur allgemeinen Preistheorie. Zwischen den Preisen der auf dem als vollkommen angenommenen Markte erscheinenden Güter können Unterschiede nicht bestehen.³⁷⁶

Eine dritte Möglichkeit ist die Annahme der größtmöglichen, in Anbetracht der natürlichen Umstände zu verwirklichenden Freizügigkeit.

³⁷⁴ Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, Bd. 2, S. 267.

³⁷⁵ Vgl. S. 28.

³⁷⁶ Vgl. S. 28.

Unter diesen Umständen ergibt sich eine regionale Gliederung der Produktion bestimmt durch die Transportkosten.³⁷⁷ Kapital und Arbeit werden sich ausgleichen bis zu dem Punkte, an dem die Grenzproduktivität aller Produktionsfaktoren in ihren Grenzverwendungen gleich geworden ist.³⁷⁸ Das Vorhandensein mindestens eines Produktionsfaktors, des Bodens, der unbeweglich ist und dessen produktive Qualitäten durch den Zusatz anderer Produktionsfaktoren nur innerhalb der Grenzen des Ertragsgesetzes verbessert werden können, bewirkt, daß sich die Bevölkerung auf die verschiedenen Teile der Erde entsprechend der Produktivität des Bodens verteilen wird.³⁷⁹ Die Thünen'schen Kreise werden sich entsprechend der Fruchtbarkeit des Bodens um die Konsumationszentren anordnen.³⁸⁰

Die vierte und realistischste Voraussetzung ist, daß zwar manche Produktionsfaktoren beweglich, andere jedoch relativ unbeweglich sind. Unter dieser Annahme zeigt sich zunächst, daß die relative Unbeweglichkeit hauptsächlich der originären Produktionsfaktoren eine Produktivitätseinbuße bewirkt. Daraus ergibt sich, daß jede Erhöhung der Unbeweglichkeit, z. B. durch Zölle, das gesamte Produkt verringern wird, während umgekehrt jede Verringerung der Immobilität, z. B. durch neue Transportwege, die Produktivität erhöht.³⁸¹

Daraus folgt ferner, daß die unbeweglichen Produktionsfaktoren infolge ihrer Unbeweglichkeit eine niedrigere Entlohnung empfangen. Praktisch wird das Lohnniveau in einem dicht bevölkerten Lande bei Wanderungsbeschränkungen niedriger sein als in einem Lande, in dem die Kapital- und Bodenausstattung günstiger ist.³⁸²

Wir haben es bisher unterlassen, Voraussetzungen über die Zielsetzungen der Wirtschaftspläne der Gruppen A, B, ... zu machen.

Diese Zielsetzungen können beliebig sein und müssen keineswegs eine möglichst reichliche Güterversorgung oder auch nur eine möglichst reichliche Güterversorgung unter Voraussetzung einer irgendwie gearteten Güterverteilung zum Inhalt haben. Wenn unter den einzelnen Wirtschaftssubjekten a, b, ... vollständige Uebereinstimmung über die zu

³⁷⁷ Vgl. S. 66 ff.

³⁷⁸ Vgl. S. 71 ff.

³⁷⁹ Vgl. S. 56 ff.

³⁸⁰ J. H. Thünen, *Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie*, Rostock, 1826—36.

³⁸¹ Vgl. S. 64 ff.

³⁸² Vgl. S. 51 ff.

erreichenden Wirtschaftsziele besteht, so werden sie sich entsprechend ihren individuellen Wertschätzungen verhalten. Sie werden diese Wertschätzungen auf dem Markte zur Geltung bringen und auch ohne Interventionen wird sich der Wirtschaftsprozeß entsprechend ihren Wünschen abwickeln.³⁸³

Die Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik als eines Systemes von Mitteln zur Erreichung bestimmter Ziele folgt erst aus der Tatsache, daß eine derartige Uebereinstimmung zwischen den A, B, ... nicht besteht. Ein Wirtschaftsziel, wie z. B. die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft trotz der daraus folgenden Verminderung des Sozialproduktes würde sich ohne Intervention verwirklichen lassen, wenn tatsächlich alle a, b, ... der Ansicht wären, daß sie das höchste Ziel darstellt.

Die Volkswirtschaftspolitik als die Kunst des Möglichen folgt einmal aus der Tatsache, daß zwar die zunächst betroffenen, die Bauern, mit diesem Ziele vollkommen einverstanden sind, während andere Kreise, die eine Minorität bilden können, andere Ziele verfolgen.

Die Volkswirtschaftspolitik ergibt sich ferner, weil zwar eine Mehrheit der Bevölkerung mit derartigen Sonderzielen, z. B. Vollbeschäftigung, einverstanden sein kann, nicht aber bereit ist, die notwendigen Folgen eines solchen Werturteils in Kauf zu nehmen.

Die Volkswirtschaftspolitik als Wissenschaft kann kein Urteil über Zielsetzungen abgeben, wohl aber auf die unvermeidliche Minderung des Sozialproduktes hinweisen — unter Sozialprodukt jene Gütermenge und jene qualitative Zusammensetzung verstanden, die sich aus den Wünschen der Konsumenten ergeben würden.

Die Volkswirtschaftspolitik kann ferner untersuchen, ob ein derartiges Ziel nicht auf andere Art, als durch die Beschränkung des internationalen Handels, besser erreicht werden könnte.

Wir haben im wesentlichen drei Fälle feststellen können, in denen eine Beschränkung der internationalen Arbeitsteilung, wenn man Nebenziele zuläßt, von Vorteil sein kann.

Die Aenderung im Aufbau der Wirtschaftsstruktur kann vorteilhaft sein und, trotzdem alle Wirtschaftssubjekte mit ihr einverstanden sind, nicht erfolgen, weil die Verfolgung des Privatinteresses allein ein Verhalten des Einzelnen im entsprechenden Sinne nicht hervorrufen wird.

³⁸³ Vgl. S. 166.

So betrachtet stellen die external economies einen Fall dar, in dem alle Beteiligten mit der Errichtung von Verkehrswegen und der Entstehung konkurrenzfähiger Industrien einverstanden sind, dieses echte Kollektivbedürfnis jedoch nur vom Staate befriedigt werden kann.³⁸⁴

Der zweite Fall betrifft das Bestehen gewisser Institutionen, deren Vorhandensein die Einführung eines Schutzzolles vorteilhafter als den vollkommenen Freihandel erscheinen läßt.

In erster Linie ist hier das Bestehen einer Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Vorhandensein einer Arbeitslosenunterstützung zu nennen.³⁸⁵

Zweitens gehören hierher inländische und ausländische Monopole, bei denen die Reichtumseinbuße durch den Zoll kleiner sein kann als die Reichtumsvernichtung, die durch sporadisches Dumping eintritt.³⁸⁶

Drittens lassen sich Zölle verteidigen, um eine Aenderung der Verteilung des Sozialproduktes zwischen Gegenwart und Zukunft zu bewirken.

Die Erziehungszölle sind eine Möglichkeit, ein vorteilhaftes Produktionsmilieu hervorzurufen. Im amerikanischen Westen sind zwar neue Industrien auch ohne Erziehungszölle entstanden; trotzdem ist es möglich, daß sich Produktivkräfte nur unter Zollschutz bereithalten, bereits heute Produktionen zu unternehmen, denen erst in der Zukunft ein Ertrag entsprechen wird.³⁸⁷

Die Erhaltungszölle beruhen auf Investitionen, die in der Vergangenheit vorgenommen worden sind. Diese waren damals rational, gleichgültig, ob sie ihre Entstehung nur dem damaligen Stande der Technik oder der in der Vergangenheit betriebenen Zollpolitik verdanken. Eine Aenderung in den Daten der Wirtschaft hat bewirkt, daß sich die Investitionen als Kapitalfehlleitungen herausgestellt haben. Vom gegenwärtigen Standpunkte aus würde man vorziehen, wenn sie unterlassen worden wären. Da sie aber einmal vorgenommen worden sind, kann es vorteilhafter sein, ihre Abnutzung abzuwarten, als schon heute auf ihren produktiven Beitrag zu verzichten.³⁸⁸

Die Vorteilhaftigkeit in diesen Fällen zugegeben, kann die Wirtschaftspolitik das erstrebte Resultat auch durch Mittel, die den Außenhandel nicht betreffen, erreichen.

³⁸⁴ Vgl. S. 44 ff.

³⁸⁵ Vgl. S. 169 ff.

³⁸⁶ Vgl. S. 182 ff.

³⁸⁷ Vgl. S. 131 ff.

³⁸⁸ Vgl. S. 140 ff.

Wenn man die praktische Bedeutung der external economies zugeben will, hätten dieselben Verbesserungen erreicht werden können, wenn man die Produktion einem Monopolisten überlassen hätte. Es wäre eine Frage der Steuerpolitik, bis zu welchem Punkte die Gewinne des Monopolisten beschnitten werden sollen.

Die Arbeitslosigkeit könnte weitgehend durch Begrenzung der Arbeitslosenunterstützung vermindert werden. Zieht man diesen Ausweg nicht in Betracht, so kann staatliche Arbeitsbeschaffung, die sich auf möglichst die Privatwirtschaft nicht konkurrenzierende und einen möglichst hohen Ertrag abwerfende Anlagen beschränkt, die Arbeitslosigkeit vermindern.

Bei den Monopolen wird man monopolvermeidende Rahmenpolitik und Maßnahmen der Besteuerung mit den Vorzügen einer möglichen Rationalisierung vergleichen müssen.

In der Privatwirtschaft werden bestehende Anlagen erhalten und neue Anlagen erst vorgenommen, wenn eine neue Erfindung verspricht, dauernd vorteilhaft zu sein. Eine Umschulungspolitik, Gewährung von Subventionen bei gleichzeitiger Förderung der Spartätigkeit, um die Erstellung neuer Anlagen zu ermöglichen, erscheint Erfolg zu versprechen.

Die Erziehung eines Volkes zu produktiven Leistungen kann durch eine entsprechende Gestaltung des Bildungswesens und die Ausbildung der Begabten auf Staatskosten die gleichen, wenn nicht größere Möglichkeiten und Erfolge versprechen. Jedenfalls würde diese Mittelverwendung die gegenwärtige Verschlechterung der Bedürfnisbefriedigung nur in der Form der Steuer und nicht als direkten Konsumausfall wirksam werden lassen.

II.

Jede Zollerhöhung wirkt begrenzt inflatorisch, jede Zollermäßigung entspricht einer minimalen Deflation.

Im zollgeschützten Gewerbe steigen die Preise, die Produktion dehnt sich in ihm und in den nachgeordneten Industrien umso mehr aus, je größer der Außenhandel im Vergleich zum Binnenmarkt war.

Die Produzenten der geschützten Industrien beziehen gestiegene Einkommen, die Beschäftigung nimmt auf Kosten der Verbraucher nicht geschützter Produkte zu.

Der Verlust der Konsumenten ist immer größer als der Gewinn in der Produktionssphäre; er wird umso größer, je mehr Waren dem Zollschutz unterstellt werden.

Die Verteuerung der zollgeschützten Waren führt zu Veränderungen der Ausgabegestaltung der Verbraucher. Es tritt eine Einschränkung des Konsums sowohl der geschützten als auch der ungeschützten Waren ein.

Die Sparquote nimmt ab. Die Verschlechterung der Bedürfnisbefriedigung veranlaßt die Konsumenten, höhere Lohnforderungen zu stellen. Der Rückgang der Kapitalbildung erhöht den Zinsfuß. Wegen der stärkeren Ausnützung einheimischer Böden steigt die Grundrente.

Die Unternehmer wälzen ihre Kostenerhöhungen auf ihre Abnehmer ab. Die allgemeine Preissteigerung führt zu einem erhöhten Bedarf an Zahlungsmitteln.

In den geschützten Industrien treten Betriebszusammenschlüsse auf. Umsätze, die bisher in Geldzeichen erfolgten, werden auf dem Verrechnungswege erledigt.

Die Verschiebungen der Produktion und der Einkommensverwendung verstärken bestehende Friktionen. In Analogie zum Satze «jede alte Steuer ist gut und jede neue Steuer schlecht», folgt, daß jede Aenderung des Zollsystems eine Bewegung vom Gleichgewichte fort bedeutet, Unsicherheit in die Kalkulationen der Unternehmer trägt und Anpassungsprozesse erschwert.

III.

Zollpolitische Maßnahmen werden vom Staate aus fiskalischen und wirtschaftspolitischen Motiven ergriffen.

Diese Zielsetzungen widersprechen sich. Der Zoll, der prohibitiv wirkt, bringt keine Einnahmen. Der Finanzzoll ist umso ergiebiger, je weniger sich der Verbrauch des belasteten Gutes vermindert.

Durch den Zoll wird die Bedürfnisstruktur der Wirtschaftssubjekte wenigstens nicht sofort geändert. A priori kann nicht vorausgesagt wer-

den, ob ein aus sozialpolitischen Gründen erlassener Zoll den Konsum einschränkt, oder ob die Einschränkung der Ausgaben, falls der Zoll nicht zu Lasten der Kapitalbildung geht, nicht Güter betrifft, deren Verbrauch der Staatslenkung wünschenswert erscheint.

Bei der Aufstellung von Zollltarifen will man gegenüber den Partnern der Handelsvertragsverhandlungen Kompensationsobjekte haben, um Zugeständnisse zu erreichen. Das Land, welches Restriktionen einführt, schadet jedoch nur sich selber. Jedenfalls ist der Schaden größer als die schädlichen Folgen der Umstellung in einem Lande, das den Freihandel beibehält.

IV.

Die Bereitstellung von Leistungen, die zwar der Gesellschaft als Ganzes höchst nützlich, doch derart sind, daß sie für einen Einzelnen oder eine geringe Zahl von Einzelnen nicht rentieren, ist ein Gebiet für die Betätigung des Staates.

Adam Smith, Wealth of Nations.

Die Schweiz ist eine Insel geringfügiger Interventionen in der heutigen Welt. Die Handelsbeschränkungen, ein Ueberrest der Kriegswirtschaft, hätten nie entstehen können, wenn nicht seit Beginn des Jahrhunderts die Interventionsbereitschaft der Staaten ständig zugenommen hätte.

Die Kriegswirtschaft ist so lange gerechtfertigt, als das Vertrauen und die Rechtssicherheit — gekennzeichnet durch das «*Pacta sunt servanda*» des *corpus iuris civilis* — nicht besteht.

Die letzten Jahre haben einen schrittweisen Uebergang zu einer immer gebundeneren Wirtschaftsordnung gebracht, nicht zuletzt verursacht durch das Zwangsclearing gegenüber Staaten, die unter Berufung auf den Staatsnotstand ihre ausländischen Gläubiger schädigten.

Die Erkenntnis hat sich Bahn gebrochen, daß mit dem Uebergange zur Friedenswirtschaft eine Organisation gefunden werden muß, die es ermöglicht, die Wunden des Krieges in möglichst kurzer Zeit zu heilen

und der Bevölkerung der Welt in der wirtschaftlichen Sphäre ein so angenehmes Leben zu ermöglichen, als dies mit dem gegenwärtigen Stande unserer Erkenntnis vereinbar ist.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Wahrscheinlichkeiten abzuwägen, ob der wieder einsetzende friedliche Handelsverkehr von Dauer sein wird. Die Politiker haben Maßnahmen zu treffen, bzw. beizubehalten, um für den Fall eines neuen Konfliktes die Wirtschaft der nationalen Selbsterhaltung unterzuordnen.

Neue nichtkonforme Eingriffe lassen sich mit der Wiederkehr des internationalen Vertrauens nicht vereinbaren. Das oberste Ziel eines Wirtschaftsplanes zur Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft hat die Wiederherstellung der Produktivität jenes Teiles der Welt zu sein, der zur Zusammenarbeit bereit ist.

Die Theorie der komparativen Kosten lehrt, daß der Schaden, wenn der Wiederaufbau auf einen Teil der Welt beschränkt bleibt, leider nicht nur jene Länder trifft, die aus politischen Gründen die Mitarbeit verweigern.

Es folgt das Postulat der Entpolitisierung der Wirtschaft, die Trennung von Dominium und Imperium und die Unterstellung der Wirtschaft unter wirtschaftliche Ziele. Die politische Zugehörigkeit eines Gebietes darf kein Hindernis für seine Bewirtschaftung darstellen.

Die mangelnde Freizügigkeit von Kapital und Arbeit erschwert die rationale Verteilung der Wirtschaftskräfte über die Erdoberfläche.

Das Kapital, welches von einem Lande in das andere flüchtet, um in seinem Bestande nicht bedroht zu werden, bewirkt jene Lähmung des Erwerbstrebens und jene mangelnde Investitionsfreudigkeit außerhalb der eigenen Grenzen, weil kein Unternehmer sicher ist, ob er über die Früchte seiner Arbeit wird verfügen können.

Behält man den Angehörigen der eigenen Nation die Verfügung über die ungleichmäßig über die Erde verteilten Rohstoffvorräte vor, so können Produktionsmittel nicht in ihren optimalen Kombinationen verwendet werden, und man muß sich der Ersatzstoffe bedienen.

Wanderungsbeschränkungen bewirken Ungleichmäßigkeiten des Lohnniveaus. Ihre Aufhebung ist wünschenswert, aber nicht notwendig. Notwendig ist die Alternative: Freizügigkeit der Produktionsfaktoren oder der Produkte, ohne die die Welt in Wirtschaftsblocks zerfällt.

Der Wiederaufbau des europäischen Produktionsapparates und die Versorgung der europäischen Bevölkerung mit jenem Minimum an Kon-

sumgütern, welches die Aufrechterhaltung ihrer Arbeitskraft bis zu dem Momente gestattet, in dem die vom Krieg zerstörten Gebiete ihre Bevölkerung wieder ernähren können, kann nur erfolgen, wenn die intakten Gebiete bereit sind, sowohl Konsumgüter als auch Produktionsmittel zu liefern.

Die Bezahlung kann nur durch Exporte erfolgen. Der Wiederaufbau liegt im Interesse der ganzen Welt, weil Europa einen Absatzmarkt überseeischer Produkte darstellt. Langfristige Kreditgewährung und die Oeffnung überseeischer Märkte erscheint notwendig.

Die Konsumgütererzeugung der überseeischen Länder muß soweit als möglich gesteigert werden, gleichzeitig muß gespart werden, um Investitionen in Europa zu ermöglichen. Dies setzt Ertragssteigerung der Wirtschaft durch internationale Arbeitsteilung voraus.

Die Investitionen in Europa sind vorteilhaft, weil die Grenzproduktivität des Kapitals höher und das Lohnniveau niedriger ist als im Rest der Welt.

Diese Aufgabe kann durch einen Weltplan oder durch die Wiederherstellung der freien Konkurrenz bewältigt werden.

Die erste Aufgabe eines internationalen Planungskomitees wäre die Festsetzung von den geänderten Verhältnissen entsprechenden Währungsparitäten.

Die Währungsparitäten müssen ein Geldlohniveau bewirken, welches auf lange Sicht den Kaufkraftparitäten entspricht und einen Ausgleich der Zahlungsbilanz ermöglicht.

Die zweite Aufgabe des Planungskomitees wäre die Bestimmung des Standortes der konkurrenzfähigen Industrien im Endstadium und ihr Wiederaufbau. Diese Aufgabe umfaßt die Anwendung technischer Fortschritte, die während der Kriegszeit gemacht wurden und noch nicht erprobt worden sind.

Die dritte Aufgabe der Planungskommission wäre die Bestimmung von Art und Menge der zu verbrauchenden Konsumgüter in den einzelnen Ländern.

Die internationale Planung wäre technisch nicht unmöglich, wenn man bereit ist, die Privatsphäre der Individuen entsprechend vorzuschreiben.

Der erste Einwand ist, daß wenigstens in einer Demokratie eine derartige Uebereinstimmung der Wirtschaftsziele nicht erreicht werden kann. «Ein Staatsmann, der es sich einfallen ließe, Privatleuten darüber

Vorschriften zu machen, auf welche Weise sie ihre Kapitalien verwenden sollen, würde sich nicht allein eine höchst unnötige Sorge aufladen, sondern sich auch eine Autorität anmaßen, die keinem Senat oder Staatsrate, geschweige denn einem einzelnen Manne ruhig anvertraut werden könnte und die nirgends so gefährlich sein würde, wie in der Hand eines Mannes, der töricht und dünkelfhaft genug wäre, um sich für fähig zu halten, sie auszuüben.»³⁸⁹

«Der Grad, in dem eine Planwirtschaft durchgeführt werden kann, wird durch das Maß begrenzt, in dem eine Uebereinstimmung über eine gemeinsame Skala der Werte erreicht oder erzwungen werden kann. Es ist klar, daß eine solche Uebereinstimmung eine Schranke findet, die umgekehrt proportional ist zur Homogenität und Aehnlichkeit in den Anschauungen und der Tradition der Bewohner eines Gebietes. Während die Unterwerfung unter den Willen der Majorität in einem Nationalstaate durch den Mythos der Nationalität erleichtert wird, ist es klar, daß die Menschen sich nur widerstrebend einem Eingriff in ihre alltäglichen Angelegenheiten unterwerfen werden, wenn die regierende Majorität sich aus Leuten einer verschiedenen Nationalität und Tradition zusammensetzt.»³⁹⁰

Der zweite Einwand geht von den Schwierigkeiten der Geldrechnung in der statischen und von ihrer Unmöglichkeit in der dynamischen Wirtschaft aus.

«Grundsätzlich ist von der Nationalökonomie die Schwierigkeit der Wirtschaftsrechnung in der Zentralverwaltungswirtschaft schon längst erkannt und beschrieben worden. Jetzt erleben wir sie in concreto. Je mehr sich die wirtschaftliche Entwicklung fortsetzt und je weiter sie sich von der wirtschaftlichen Situation des Jahres 1936 (des Preisstops) entfernt, umso unerträglicher wird dieser Mangel. Er ist nur dadurch zu überwinden, daß die Preise sich wieder auf Grund der faktischen Knappheit der einzelnen Güter bilden und diese Knappheit zutreffend anzeigen.»³⁹¹

Wenn diese Worte bereits für ein nationales System mit einer relativ geringfügigen Aenderung der Daten zutrafen, kann man sich eine Vor-

³⁸⁹ A. Smith, *Wealth of Nations*, Buch 4, Kap. 2.

³⁹⁰ Hayek F. A., *Economic Conditions of Interstate Federalism*, in *The New Common Wealth Quarterly*, Sept. 1939.

³⁹¹ Eucken, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung, in *Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese*, in *Schriften der Akademie für deutsches Recht*, Berlin 1942, S. 33.

stellung davon machen, welche Reibungsverluste eintreten würden, falls die Planwirtschaft auf internationalem Gebiete zum Wiederaufbau der Produktion durchgeführt werden sollte.

Die Entscheidung für die tunlichste Wiederherstellung des Konkurrenzsystems wegen seiner größeren Leistungsfähigkeit zwingt zu gewissen Folgerungen.

Devisenzwangswirtschaft und Kontingentsystem schalten den Preis als Regulator der Wirtschaft aus und verfälschen die Kalkulationen der Unternehmer. Je größer der Sektor der gelenkten Wirtschaft ist, umso stärker werden sich Schwankungen und Anpassungserscheinungen in dem noch freien Teile auswirken müssen.

Die erste Forderung besteht in der Errichtung einer funktionsfähigen Währung. Die Wiederherstellung der internationalen Zahlungsgemeinschaft setzt eine Währungseinheit voraus, die allgemeines Vertrauen genießt.

Aus praktischen Gründen empfiehlt sich die Wiederherstellung der Goldwährung, die zwar einerseits den Wirtschaftsumfang mit den Schwankungen der Goldproduktion kuppelt, sie aber anderseits vom menschlichen Willen weitgehend unabhängig macht. Die USA als das größte heute intakte Wirtschaftsgebiet halten am Golde fest. Während die Annahme des Dollars als internationale Währungseinheit eine wirtschaftspolitische Abhängigkeit von den USA bedeuten würde, bietet die Stellung Süd-Afrikas als Hauptgoldproduktionsland eine Gewähr für Grenzen der wirtschaftlichen Hegemonie der USA.

Die zweite Forderung geht auf den Abbau der dem Preisprinzip widersprechenden Handelsbeschränkungen.

Da dieser Abbau nur schrittweise wird erfolgen können, besteht die erste Etappe in ihrer Ersetzung durch Zölle.

Ein von Röpke aufgestelltes Schema der konformen Wirtschaftspolitik sieht Gesellschaftspolitik, wirtschaftlich-soziale Strukturpolitik, Rahmenpolitik, Marktpolitik, umfassend Anpassungsinterventionen und Interventionen zur Herstellung einer echten Wettbewerbsordnung vor.³⁹²

Wir beschränken uns auf die letzten beiden Punkte, da in den übrigen offensichtlich politische Werturteile enthalten sind.

Alle bestehenden Eingriffe können hinsichtlich ihrer momentanen Wirkungen durch konforme Maßnahmen, im Außenhandel durch Zölle, ersetzt werden.

³⁹² W. Röpke, *Civitas humana*, S. 100, a. a. O.

Um den internationalen Wirtschaftsverkehr wieder herzustellen, wird man Zollerhöhungen vermeiden müssen und Zollermäßigungen vorzunehmen haben.

Die ideale Freihandelspolitik erscheint realpolitisch undurchführbar. Starke Interessen werden sich ihr widersetzen und auch die reine Wissenschaft wird zugeben müssen, daß der schlagartige Uebergang zum Freihandel, nachdem in jedem Staate Industrien künstlich gezüchtet worden sind, eine Kapitalvernichtung zur Folge haben würde, die in einer Zeit unzureichender Kapitalbildung eine noch größere Katastrophe als die bestehenden Zölle wäre.

Der Wiederaufbau des zerstörten Produktionsapparates bedeutet eine einzigartige Gelegenheit, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Fehler vermeiden heißt unseres Erachtens die Ehrfurcht vor der Wirtschaft wiedergewinnen.

Der Fortschrittsglaube hat in den letzten Jahrzehnten der Menschheit eine ununterbrochene Folge von Allheilmitteln der Volkswirtschaftspolitik beschert. Eine Kritik der geldpolitischen und konjunkturpolitischen Reformprojekte kann darauf hinweisen, daß sie sich widersprechen und in neuem Gewande Irrtümer wiederholen, die bereits von Ricardo und Say widerlegt worden sind.

Besonders gilt dies von der Vollbeschäftigung. Die Außenhandels-theorie muß betonen, daß, selbst wenn eine nationale Vollbeschäftigung möglich wäre, die mit ihr notwendig verbundene Autarkie einen Verzicht auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung bedeuten müßte.

Depressionen und die mit ihnen verbundenen Störungen des Beschäftigungsgrades sind der Preis, den man für den Aufschwung zahlen muß. Jede Bremsung des Aufschwunges, selbst durch eine vollkommene Konjunkturpolitik, bedeutet auf lange Sicht eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Fortschrittes.

In der berühmten Kontroverse zwischen Ricardo und Malthus kann man der Ansicht sein, daß die in unserem Wirtschaftssystem unvermeidliche Arbeitslosigkeit im Rahmen des Möglichen gemildert werden sollte, wird aber anderseits Ricardo beistimmen müssen, daß dies kein Grund sein kann, um auf eine dauernde Verbesserung des wirtschaftlichen Teiles des menschlichen Schicksals zu verzichten.

Selbst bei vollkommen rationaler Wirtschaftspolitik ist unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem sicher nicht ideal.

Eingriffe werden sich daher nicht vermeiden lassen. Bei jedem Eingriff wird man die schädlichen Wirkungen gegenüber dem Ziel, das man erreichen will, abwägen müssen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, die Monopolpolitik vielleicht ausgenommen, wird die Vermutung gegen den Eingriff sprechen.

So bedauerlich dies vom ethischen und sozialpolitischen Standpunkte sein mag, folgt es doch aus der menschlichen Natur.

Die Notwendigkeit des Eingriffes beweist, daß zwischen den Anschauungen der Obrigkeit und wenigstens eines Teiles der Untertanen keine Uebereinstimmung herrscht.

Jede Maßnahme, die nicht auf Aenderung der Wertskalen, sondern auf die Durchsetzung eines Wirtschaftsziels, trotz entgegenstehender Wertskalen abzielt, wird Reaktionen der Betroffenen und damit Ueberwälzungsprozesse hervorrufen, die sich wegen des subjektiven Charakters der Wertskalen in ihren Fernwirkungen der menschlichen Beurteilung entziehen.

Literaturverzeichnis

A

Aftalion A., Les crises périodiques de surproduction, Paris 1913.

- Les fondements du socialisme, Paris 1923.
- Monnaie et industrie, Paris 1932.
- Die Einkommenstheorie des Geldes, in «Wirtschaftstheorie der Gegenwart», Wien 1932.
- Monnaie, prix et change, Paris 1935.
- Equilibre dans les relations internationales, Paris 1937.

Allix, Clause de la nation la plus favorisée, in «Revue d'économie politique», Paris 1933.

Ammon A., Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie, Jena 1924.

- Die Grundzüge der Volkswohlstandslehre, Wien 1926.
- Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, Wien 1927.
- Der Unternehmergewinn, in «Wirtschaftstheorie der Gegenwart», Wien 1928.
- Vom Erkenntniswert der Quantitätstheorie, in «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft», Basel 1941.
- Probleme der Kriegsfinanzierung, Zürich 1942.
- Das Lohnproblem, Bern 1944.
- Grundbegriffe und Hauptprobleme der Volkswirtschaftslehre, Bern 1944.

Angell J. W., The Theory of International Prices, Cambridge 1925.

Ansiaux M., Traité d'économie politique, Paris 1933.

- L'inflation du crédit et la prévention des crises, Paris 1933.
- Evolution du crédit et contrôle des banques, in «Revue d'économie politique», Paris 1934.

Aquin, Saint Thomas de, Somme théologique, éd. Drioux, Paris 1852.

Aristoteles, *Aristotelis opera omnia*, éd. Ambrosio Firmin-Didot, Paris 1848.

— *Aristotelis ethicorum, sive de moribus ad Nicomachum libri decem*, éd. Petrus Victorius, Francforti 1584.

Ashley, W. J., *An Introduction to English Economic History and Theory*, London 1888.

B

Barone E., *Il ministro della produzione nello stato collettivista*, in «Giornale degli economisti», 1908.

— *Einführung in die Grundlagen der Nationalökonomie*, Ed. Stähle, Bonn 1928, Vorwort von J. Schumpeter.

Bastable C. F., *Théorie du commerce international*, éd. Sauvere Jourdan, Paris 1900.

Baudin, *Monnaie et formation des prix*, Paris 1936.

Beckerath H. von, *Kapitalmarkt und Geldmarkt*, Jena 1916.

— *Der moderne Industrialismus*, Jena 1929.

— *Schutzzölle und Freihandel*, in «Schmollers Jahrbuch der Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft des Deutschen Reiches», Bd. 50, München.

Bentham J., *Principles of Morals and Legislation*, London 1823.

Bernoulli J., *Versuch einer neuen Theorie der Wertbestimmung von Glücksfällen*, Ed. Pringsheim, Leipzig 1896.

Beveridge, Sir W., *Zölle, Ein Lehrbuch des internationalen Handels*, Berlin-Wien 1932.

Blake William, *Observations on the Principles which Regulate the Course of Exchange; and on the Present Depreciated State of the Currency*, London 1810.

Böhm-Bawerk, E. von, *Kapital und Kapitalzins*, Bd. 1: *Geschichte und Kritik der Kapitaltheorien*; Bd. 2: *Positive Theorie des Kapitals*, 4. Aufl., Jena 1921.

— *Grundlagen des wirtschaftlichen Güterwerts*, in «Böhm-Bawerks Kleine Schriften», Ed. F. X. Weiß, Wien 1924—1926.

— *Macht oder ökonomisches Gesetz*, in «Böhm-Bawerks Kleine Schriften», Ed. F. X. Weiß, Wien, 1924—1926.

— *Zum Ende des Marx'schen Systems*, in «Böhm-Bawerks Kleine Schriften», Ed. F. X. Weiß, Wien 1924—1926.

— *Art. Wert*, «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Nachwort von F. X. Weiß, Jena 1929.

— *Art. Zins*, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Nachwort von F. X. Weiß, Jena 1929.

- Böhler E., Gutachten für den Schweizerischen Städtetag, Zürich 1941.
 — Grundlagen der Nationalökonomie, Zürich 1944.
- Bonar J., Philosophy and Political Economy in some of its Historical Relations, London 1893.
 — Malthus and his Work, London 1924.
- Borghet Van den R., Handel und Handelspolitik, Leipzig 1907.
- Bortkiewicz L. von, Das Wesen, die Grenzen und die Wirkungen des Bankkredits, in «Weltwirtschaftliches Archiv», Bd. 17, Kiel 1921.
 — Bevölkerungswesen, Leipzig 1919.
- Boßhardt A., Die angelsächsischen Währungspläne der Nachkriegszeit, St. Gallen 1943.
 — Steuern oder Inflation, St. Gallen 1943.
- Brentano L., Die Schrecken eines Industriestaates, Berlin 1901.
- Bresciani Turrone, The Theory of Saving, in «Economica», Cambridge, 1936.
- Briefs G., Untersuchungen zur klassischen Sozialökonomie, Jena 1915.
- Bücher R., Die Entwicklung der Volkswirtschaft, 8. Aufl., Tübingen 1923.
- Budge S., Die Lehre vom Gelde, Jena 1925.
- Burkheiser E., Die Grenzen der Staatsverschuldung, Berlin 1937.
- Bürki J., L'influence des accords de clearing, Thèse, Neuchâtel 1942.
- Burri J., Die Stellung des Handels in der nationalökonomischen Theorie, in «Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft», Bd. 59, Tübingen 1913.

C

- Cairnes J. E., The Course of Depreciation, London 1873.
 — Some Leading Principles of Political Economy, London 1874.
- Cannan E., The History of the Theories of Production and Distribution in English Political Economy, London 1924.
- Carell E., Sozialökonomische Theorie und Konjunkturtheorie, München-Leipzig 1932.
- Carey C. H., Principles of Political Economy, Philadelphia 1837 -1840.
 — Principles of Social Science, Philadelphia 1858—1859.
 — Grundsätze der Sozialwissenschaft, Ed. K. Adler, Wien 1863—1864.
- Cassel G., Das Geldproblem der Welt, München 1921.
 — Das Geldwesen seit 1914, Leipzig 1924.

- Cassel G., *Theory of Social Economy*, London 1932.
- *Theoretische Sozialökonomie*, 5. Aufl., Leipzig 1932.
 - *Der Zusammenbruch der Goldwährung*, Leipzig 1936.
- Chamberlin E., *The Theory of Monopolistic Competition*, Cambridge (Mass.) 1933.
- Chevalier E. J. et Marmy E., *La communauté humaine selon l'esprit chrétien*, Fribourg 1944.
- Child Jeremy, *A New Discourse of Trade where in Recommended several Weighty Points Relating to Companies of Merchants*, London, 1693.
- Clapham J. H., *An Economic History of Modern Britain*, Cambridge 1927—1938.
- Clark J. B., *The Distribution of Wealth*, New York, 1900.
- *Essentials of Economic Theory*, New York 1927.
- Clark J. M., *Economics of Overhead Costs*, Chicago 1923.
- Colm G., *Das Gesetz der komparativen Kosten, das Gesetz von der komparativen Kaufkraft*, in «*Weltwirtschaftliches Archiv*», Bd. 32, Kiel 1930.
- Colson C., *Cours d'économie politique*, Paris 1915.
- Cordliffe, *The Reconstruction of World Trade*, New York, 1940.

D

- Davenport H. J., *Value and Distribution*, Chicago 1908.
- Dechesne L., *Economie commerciale*, Bruxelles 1945.
- Diehl K., *Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos «Grundsätzen der politischen Oekonomie und Besteuerung»*, Leipzig 1905.
- *Sozialismus, Anarchismus und soziale Bewegung*, Jena 1910.
 - *Theoretische Nationalökonomie*, Jena 1916.
 - Art. Ricardo, in «*Handwörterbuch der Staatswissenschaften*», Jena 1929.
 - Art. Produktivität, in «*Wirtschaftstheorie der Gegenwart*», Wien 1928.
 - *Die sozialrechtliche Schule der Nationalökonomie*, Jena 1941.
- Dietzel H., *Weltwirtschaft und Volkswirtschaft*, Berlin 1900.
- *Agrarstaat oder Industriestaat*, in «*Handwörterbuch der Staatswissenschaften*», 3. Aufl., Jena 1910.
- Dugé de Bernouville Léon, *Initiation à l'analyse statistique*, Paris 1939.
- Durkheim E., *La division du travail social*, Paris 1925.

E

- Edgeworth Sir F. Y., *The Pure Theory of International Values* in «Papers Relating to Political Economy, London 1925.
- Ehrenberg R., *Das Zeitalter der Fugger*, Jena 1896.
- *Der Handel, seine wirtschaftliche Bedeutung, seine nationalen Pflichten und sein Verhältnis zum Staat*, Jena 1897.
 - *Art. Handel*, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», 4. Auflage, Jena 1929.
- Englis K., *Theorie narodniho hospodarstvi*, Brno 1928.
- *Zaklady hospodarskeho mysleni*, Brno 1925.
 - *Theorie der Staatsausgaben*, in «Handbuch der Finanzwissenschaft», Ed. Karl Gerloff und W. Meisel, Tübingen 1929.
- Engländer O., *Art. Standort*, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften» 4. Aufl., Jena 1929.
- *Art. Unternehmergewinn*, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», 4. Aufl., Jena 1929.
- Eucken W., *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, Jena 1934.
- *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 3. Aufl., Jena 1941.
 - *Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung*, in «Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungs-auslese», Schriften der Akademie für deutsches Recht, Berlin 1942.
- Eulenburg F., *Probleme der deutschen Handelspolitik*, Jena 1925.
- *Außenhandel und Außenhandelspolitik*, in «Grundriß der Sozialökonomik», Ed. von Max Weber und F. von Wieser, Tübingen 1928.
 - *Großraumwirtschaft und Autarkie*, Jena 1932.
 - *Allgemeine Volkswirtschaftspolitik*, Jena 1933.

F

- Fisher Irving, *Le pouvoir d'achat de la monnaie*, Paris 1926.
- *Illusion de la monnaie stable*, Paris 1929.
 - *The Making of Index Numbers*, New York 1935.
- Flux A. W., *Foreign Exchanges*, London 1925.
- Fried F., *Das Ende des Kapitalismus*, Zürich 1931.

G

- Gide Ch., Cours d'économie politique, Paris 1930.
- et Rist Ch., Histoire des doctrines économiques, Paris 1926.
 - et Rist Ch., Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Ed. Oppenheimer, Leipzig 1923.
- Gonnard R., Economie monétaire, Paris 1930.
- Histoire des doctrines économiques, Paris 1943.
- Goschen G. J., Theorie der Wechselkurse, London 1875.
- Gossen H. H., Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und die daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Ed. Hayek, Wien 1923.
- Gottl-Ottlilienfeld F. von, Wirtschaft und Technik, in «Grundriß der Sozialökonomik», Bd. 2, Tübingen 1914.
- Wirtschaft als Leben, Leipzig 1942.
- Graham F. D., Some Aspects of Protectionism further Considered, in «Quarterly Journal of Economics», Bd. 37, 1923.
- Gregory T. E. G., Tariffs: A Study in Method, London, 1921.
- Groß H., Ausgangspunkte, Form und Wirkungen der Devisenzwangswirtschaft, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik», Bd. 69, Tübingen 1933.
- Gruntzel J., Die wirtschaftliche Konzentration, Wien 1928.
- Verkehrspolitik, Wien 1928.
 - System der Handelspolitik, Wien 1929.
- Guggenheim P., L'organisation de la société internationale, Neuchâtel 1944.
- Guyot Y., Le commerce et les commerçants, Paris 1909.

H

- Haberler G. von, Vom Sinn der Indexzahlen, Halberstadt 1928.
- Transfer und Preisbewegung, in «Zeitschrift für Nationalökonomie», Ed. H. Mayer und R. Reisch, Bd. 1, Wien 1930.
 - Gutachten für die Golddelegation des Völkerbundes, Genf 1932.
 - Kaufkraft des Geldes, in «Schmollers Jahrbuch der Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft des deutschen Reiches», München 1931.
 - Art. Goldpunkte, in «Handwörterbuch des Bankwesens», Ed. M. Palyi, Berlin-Wien 1933.
 - Der internationale Handel, Berlin-Wien 1933.
 - Liberale und planwirtschaftliche Handelspolitik, Berlin 1934.

- Haberler G. von, *Prosperité et Dépression*, Genève 1943.
- and Hill M., *Quantitative Trade Controls*, Geneva 1943.
- Hahn A., *Zur Theorie des Geldmarktes*, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik», Tübingen 1924.
- *Geld und Kredit*, Tübingen 1924.
- *Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits*, Jena 1930.
- Halm G., *Art. Konkurrenz*, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
- Hamilton A., *Report on Manufactures*, London 1790.
- Hansen A. H., *Stabilisation in a Unbalanced World*, New York 1922.
- Harms B., *Volkswirtschaft und Weltwirtschaft*, Jena 1912.
- *Die Zukunft der deutschen Handelspolitik*, Jena 1925.
- *Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft*, Berlin 1929.
- Harrod R. F., *International Economics*, London 1935.
- Hasbach W., *Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von François Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Oekonomie*, Leipzig 1890.
- *Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der politischen Oekonomie*, Leipzig 1891.
- Hawtrey M. R. G., *Currency and Credit*, London 1928.
- Hayek F. A. von, *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*, Wien 1929.
- *Preise und Produktion*, Wien 1933.
- *Prices and Production*, London 1933.
- *Monetary Theory and the Trade Cycle*, London 1933.
- *Collectivist Economic Planning*, London 1935.
- *Revision des prix, perturbation monétaire et faux investissements*, en «Revue des sciences économiques», Paris 1936.
- *Freedom and the Economic System*, Chicago, 1939.
- *Economic conditions of Interstate Federalism*, in «The New Commonwealth Quarterly», London 1939.
- *The Pure Theory of Capital*, London 1944.
- *The Way to Serfdom*, London 1944.
- Heckscher E., *Der Merkantilismus*, Leipzig 1932.
- Helffferich K., *Das Geld und die Banken*, Bd. 1: *Das Geld*, 6. Aufl., Leipzig 1923.
- Hellauer J., *System der Welthandelslehre*, Wien 1910.
- Henderson A., *The Effects of the Discount Rate*, in «Oxford Economics Papers», Oxford 1938.
- Herkner H., *Die Arbeiterfrage*, Berlin 1912.
- Herzfeld M. von, *Die Geschichte als Funktion der Geldbewegung*, in «Archiv für Sozialwissenschaft und für Sozialpolitik», Bd. 56, Tübingen.

- Hicks I. R., *The Theory of Value*, London 1936.
 — *Value and Capital*, London 1939.
- Hildebrand B., *Die Nationalökonomie der Gegenwart und der Zukunft*, Frankfurt a. Main 1848.
- Hirsch J., *Der moderne Handel, seine Organisation, seine Form und die staatliche Binnenhandelspolitik*, in «Grundriß der Sozialökonomik», Bd. 5, Tübingen 1925.
- Hobbes T., *Leviathan*, London 1651.
- Hollander J. H., *International Trade under Depreciated Paper Currency, A Criticism*, in «Quarterly Journal of Economics», Bd. 32, Chicago.
- Holtrop M. W., *Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes*, in «Beiträge zur Geldtheorie», Ed. Hayek, Wien 1933.
- Hume D., *Political Discourses*, London 1752.

J

- Jessen J., *Art. Handel*, in «Handbuch der Volkswirtschaft», 3. Aufl., Ed. Elster, Jena 1930.
 — *Art. Spekulation*, in «Handbuch der Volkswirtschaft», Jena 1930.
- Jevons J. S., *The Theory of Political Economy*, London 1871.
 — *La monnaie et le mécanisme de l'échange*, Paris 1881.
- Jöhr W. A., *Liquiditätsvorliebe und Hang zum Verbrauch*, in «Schmollers Jahrbuch», München 1942.
 — *Inflation und Rationierung*, St. Gallen 1942.
 — *Nichtinflationische Kriegsfinanzierung*, in «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft», Basel 1943.
 — *Die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, St. Gallen 1944.
 — *Die Nachkriegsdeflation*, St. Gallen 1946.

K

- Kamer A., *Beiträge zur Geschichte des Problems der Produktivität des Handels*, Dis. Zürich 1909.
- Kautsky K., *Karl Marx' ökonomische Lehren*, Stuttgart 1920.

Kellenberger E., Die Theorie des Kapitalexports, Bern 1939.

Kerschagl R., Methodenlehre der Volkswirtschaftslehre, Wien 1921.

- Art. Diskontpolitik, in «Handbuch der Volkswirtschaftspolitik», Ed. V. Mataja, Wien 1931.
- Finanzwissenschaft, Wien 1936.
- Das Abkommen von Bretton-Woods, Wien 1946.

Keynes J. M., A Tract on Monetary Reform, London 1923.

- The German Transfer Problem, in «Economic Journal», London 1929.
- Treatise on Money, London 1930.
- The Means of Prosperity, London 1933.
- The General Theory of Employment, Money and Interest, London 1935.

Knapp G. F., Staatliche Theorie des Geldes, Leipzig 1918.

Knight F. H., Risk, Uncertainty and Profit, Boston, 1921.

- Some Fallacies in the Interpretation of Social Cost, in «Quarterly Journal of Economics», V. 38, Chicago 1924.

Komorzynski, Nationalökonomische Lehre vom Kredit, Innsbruck 1909.

Kondradieff, Die langen Wellen der Konjunktur, in «Weltwirtschaftliches Archiv», Kiel 1928.

Kuhr E., Die ruinöse Konkurrenz, Berlin 1936.

Küng E., Der Interventionismus, Bern 1944.

L

Landauer E., Ueber die Stellung des Handels in der modernen industriellen Entwicklung, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik», Tübingen 1912.

- Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Leipzig 1923.

Landry, Le crédit industriel et commercial, Paris 1914.

Laufenburger H., Le commerce et l'organisation des marchés, Paris 1938.

- L'intervention de l'Etat en matière économique, Paris 1939.

Laum B., Heiliges Geld, Leipzig 1932.

Lavergne, Essor et décadence du capitalisme, Paris 1938.

Lederer E., Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Genf 1939.

Leener G. D. de, Commerce international, Bruxelles 1933.

- Du producteur au consommateur, la distribution des marchandises, Bruxelles 1934.

- Leroi-Beaulieu, *Traité théoretique et pratique d'économie politique*, Paris 1910.
- Lescure J., *Banques de dépôts, banques d'émission, banques des réserves*, en «*Revue d'économie politique*», Paris 1921.
- *Les crises générales et périodiques de surproduction*, Paris 1932
- Lexis W., *Art. Handel*, in «*Schönbergs Handbuch der politischen Oekonomie*», Tübingen 1899.
- Liefmann R., *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Berlin 1923.
- *Kartelle, Konzerne und Trusts*, 47. Aufl., Stuttgart 1934.
- *Art. Kartell*, in «*Handwörterbuch der Staatswissenschaften*», Jena 1929.
- List F., *Das nationale System der politischen Oekonomie*, Ed. E. Salin, Leipzig 1925.
- Locke J., *A Treatise on Government*, London 1727.
- Lundberg E., *Studies in the Theory of Economic Expansion*, London 1937.

M

- Machlup F., *Goldkernwährung und Zahlungsbilanz*, Halberstadt 1925.
- *Die Goldkernwährung*, Halberstadt 1928.
- *Transfer und Preisbewegung*, in «*Zeitschrift für Nationalökonomie*», Bd. 2, Wien 1930.
- *Börsenkredit, Industriekredit und Kapitalbildung*, Wien 1931.
- *Die Theorie der Kapitalflucht*, in «*Weltwirtschaftliches Archiv*», Bd. 36, Kiel 1932.
- *Art. Devisenbewirtschaftung*, in «*Handwörterbuch des Bankwesens*», Berlin-Wien 1933.
- *Führer durch die Krisenpolitik*, Wien 1934.
- *Period Analysis and Multiplier Theory*, in «*Quarterly Journal of Economics*», V. 44, London 1939.
- Mackenroth G., *Zollpolitik und Produktionsmittelversorgung*, in «*Weltwirtschaftliches Archiv*», Bd. 29, Kiel.
- Mahr A., *Untersuchungen zur Zinstheorie*, in «*Zeitschrift für Nationalökonomie*», Bd. 1, Wien 1929.
- Malthus T. R., *An Essay on the Principles of Population*, Ed. Bonar, London 1926.
- *Principles of Political Economy*, London, 1938.
- Manioilescu M., *Théorie du protectionisme et de l'échange international*, Paris 1929.

- Mantoux P., *La révolution industrielle*, Paris 1905.
- Marget A. W., *Measurement of the Velocity of Goods*, in «Quarterly Journal of Economics», London 1932.
- *Velocity of Circulation of Money*, in «Journal of Politic Sciences», Chicago 1932.
 - *The Theory of Prices*, New York 1938.
- Marschak J., *Volksvermögen und Kassenbedarf*, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik», Bd. 68, Tübingen 1932.
- Marshall A., *The Pure Theory of Foreign Trade*, London 1879.
- *Principles of Political Economy*, Cambridge 1899.
 - *Money, Credit and Commerce*, London 1922.
 - *Industry and Trade*, London 1923.
 - *Zollpolitische Regelung des Außenhandels*, Jena 1925.
- Marx K., *Das Kapital*, Hamburg 1883—1885.
- und Engels F., *Das kommunistische Manifest*, London 1848.
- Mayer H., *Art. Gut*, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
- *Art. Produktion*, ebenda.
 - *Art. Preis*, ebenda.
 - *Art. Zurechnung*, ebenda.
 - *Der Erkenntniswert der funktionellen Preistheorien*, in «Wirtschaftstheorie der Gegenwart», Bd. 2, Wien 1932.
- Mellerowicz K., *Kosten und Kostentheorie*, Berlin 1932.
- Menger K., *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Wien 1871.
- *Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften*, Leipzig 1883.
- Menghin O., *Weltgeschichte der Steinzeit*, Leipzig 1932.
- Mercier de la Rivière Le, *L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques*, ed. Depitre, Paris 1910.
- Milhaud D., *La compensation limitée*, Genève 1937.
- Mill J., *System of Logic Rationative and Inductive*, London 1843.
- Mill J. S., *Principles of Political Economy with Some Application to Social Philosophy*, London 1848.
- *On Liberty*, London 1859.
- Mises L. von, *Nation, Staat, Wirtschaft*, Wien 1919.
- *Zahlungsbilanz und Devisenkurse*, in «Mitteilungen des Verbandes der österreichischen Banken und Bankiers», Wien 1919, zitiert nach Haberler, *Der internationale Handel*.
 - *Liberalismus*, Jena 1923.
 - *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, Jena 1923.
 - *Die Rolle des stehenden Kapitals*, in «Festgabe für Verijn Stuart», Amsterdam 1928.

- Mises L. von, Konjunkturpolitik und Geldwertstabilisierung, Jena 1928.
- Der Interventionismus, Jena 1929.
 - Art. Preistaxen, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
 - Die Gemeinwirtschaft, Jena 1932.
 - Grundprobleme der Wertlehre, Jena 1933.
 - The Theory of Money and Credit, London 1934.
 - Nationalökonomie, Theorie des Handelns und des Wirtschaftens, Genf 1940.
- Mitchell W. C., Business Cycles, New York 1913.
- Mombert P., Bevölkerungslehre, Jena 1929.
- Morgenstern O., Offene Probleme der Kosten- und Ertragstheorie, in «Zeitschrift für Nationalökonomie», Wien 1931.
- Die Grenzen der Wirtschaftspolitik, Wien 1934.
 - Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht, in «Zeitschrift für Nationalökonomie», Bd. 6, Wien 1935.
- Mühlenfels A. von, Internationale Konjunkturzusammenhänge, in «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik», Leipzig 1929.
- Murat A., Les relations économiques internationales, Paris 1945.
- Myrdal G., Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, Jena 1932.
- Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse, in «Beiträge zur Geldtheorie», Ed. Hayek, Wien 1933.

N

- Nathan R., Le rôle international des grands marchés financiers, Paris 1928.
- Neisser H., Umlaufgeschwindigkeit der Bankdepositen, in «Handwörterbuch des Bankwesens», Berlin-Wien 1933.
- Some International Aspects of the Business Cycles, Philadelphia 1936.
- Neurath O., Antike Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1928.
- Noël O., Histoire économique du commerce, Paris 1933.
- Nogaro B., La monnaie et les phénomènes monétaires, Paris 1935.
- Crise économique dans le monde, Paris 1936.
 - Cours d'économie politique, Paris 1944.
 - et Oualid W., L'évolution du commerce, du crédit et des transports depuis 150 ans, Paris 1914.

Nöll von der Nahmer, *Der volkswirtschaftliche Kreditfonds*, Berlin 1935.

North D. Sir, *A Discourse upon Trade*, London 1691.

Nurkse R., *Internationale Kapitalbewegungen*, Wien 1935.

O

Obst G., *Geld-, Bank- und Börsenwesen*, Stuttgart 1926.

Ohlin B., *International Price Relations*, Washington 1922.

— Ist eine Modernisierung der Außenhandelstheorie notwendig?, in *«Weltwirtschaftliches Archiv»*, Bd. 26, Kiel 1927.

— *The Reparation Problem*, Stockholm 1928.

— *Transfer Difficulties Real and Imagined*, in *«Economic Journal»*, London 1929.

— Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationaler Bewegung von Kapital und Arbeit, in *«Zeitschrift für Nationalökonomie»*, Bd. 2, Wien 1930.

— *Is the Youngplan feasible?*, Stockholm 1930.

— *Protection and Non Competing Groups*, in *«Weltwirtschaftliches Archiv»*, Kiel 1931.

— *A Notable Experiment — Monetary Management in Sweden*, London 1932.

— *International and Interregional Trade*, Cambridge (Mass.) 1933.

Oncken A., *Die Maxime des laissez-faire et laissez-passer, ihr Ursprung, ihr Werden*, Leipzig 1886.

— *Geschichte der Nationalökonomie*, Leipzig 1902.

Oppenheimer F., *Theorie der reinen und politischen Oekonomie*, Berlin 1910.

— *Das Kapital*, Amsterdam 1938.

Oualid W., *Monnaie et phénomènes monétaires*, Paris 1935.

Oulès, *Echanges internationaux*, Paris 1936.

P

Pantaleoni M., *Du caractère logique des différentes d'opinion qui séparent les économistes*, Genève 1897.

— *Pure Economics*, London 1898.

— *L'origine del baratto*, nel *«Scritti varii di economia»*, Vol. 2, Palermo 1936.

- Pantlen, Art. Märkte und Messen, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
- Pareto V., Teoria matematica dei cambi forestieri nel «Giornale di Economisti», 1884.
- Cours d'économie politique, Ed. Bonnet, Paris 1928.
- Picard R., Formes et méthodes nouvelles des entreprises commerciales, Paris 1936.
- Pigou A. C., The Economics of Welfare, London 1920.
- The Foreign Exchanges, in «Quarterly Journal of Economics», 1922.
- Industrial Fluctuations, London 1927.
- Economic Essays and Adresses, London 1931.
- Reparations and the Ratio of International Interchange, in «Economic Journal», Vol. 42, London 1932.
- Pirou G., La crise du capitalisme, Paris 1934.
- La monnaie française depuis la guerre de 1914, Paris 1936.
- Traité d'économie politique, Paris 1946.
- et Byé, Les cadres de la vie économique, Paris 1940.
- Phillips C. A., Bank Credit, New York 1921.
- Pohle L., Deutschland am Scheidewege, Jena 1902.
- Popitz E., Art. Einkommenssteuer, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
- Predöhl A., Industrialisierung und Weltwirtschaft, Berlin-Leipzig 1937.
- Prion W., Geld und Kredit, Berlin 1935.

Q

- Quesnay F., Das Naturrecht, Ed. Wäntig, Jena 1921.

R

- Raffel F., Englische Freihändler vor A. Smith, in «Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft», Ergänzungsband 18, Tübingen.
- Rappard W., De l'optimum de la population, in «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft», Basel 1927.
- Le nationalisme économique et la société des nations, Paris 1938.

Rappard W., *Post War Efforts for Freer Trade*, Geneva 1938.

— *Commercial Policy in the Interwar Period*, Geneva 1942.

Reboud P., *Précis d'économie politique*, Paris 1939.

Ricardo D., *The Principles of Political Economy and Taxation*, Ed. F. W. Kolt-hammer, London 1926.

— *Principles of Political Economy and Taxation*, Ed. E. C. K. Gonner, Lon-don 1919.

— *Economic Essays*, Ed. E. C. K. Gonner, London 1923.

— *Notes on Malthus* «*Principles of Political Economy*», Baltimore 1928.

— *Letters of David Ricardo to Thomas R. Malthus 1810—1827*, Ed. J. Bon-nar, Oxford 1887.

— *Proposals for an Economical and Secure Currency*, London 1816.

— *The high Price of Bullion*, London 1911.

Ricci U., *Die Arbeit in der Individualwirtschaft*, in «*Wirtschaftstheorie der Ge-genwart*», Wien 1932.

Rist Ch., *Problèmes économiques et monétaires*, Paris 1933.

— *Théories relatives à l'action de l'or et du taux d'escompte sur le niveau général des prix*, en «*Revue d'économie politique*», Paris 1935.

— *Doctrines relatives au crédit et à la monnaie*, Paris 1938.

Robbins L., *The Optimum of Population*, London 1927.

— *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, London 1932.

— *The Great Depression*, London 1934.

— *Certain Aspects of a Theory of Cost*, in «*Economic Journal*», Bd. 44, New York 1934.

— *Economic Planning and International Order*, London 1937.

Robertson D. H., *Banking Policy and the Price Level*, London 1932.

— *Industrial Fluctuation and the Natural Rate of Interest*, in «*Economic Journal*», V. 44, New York 1934.

— *Mister Clark and the Foreign Trade Multiplier*, in «*Economic Journal*», New York 1939.

— *Essays in Monetary Theory*, London 1941.

Robinson E. A., *The Structure of Competitive Industry*, London 1931.

— *Betriebsgröße und Produktionskosten*, Wien 1936.

Robinson J., *The Economics of Imperfect Competition*, London 1936.

— *The Theory of Unemployment*, London 1942.

— *An Essay on Marxian Economics*, London 1942.

Röpke W., *Art. Sozialisierung*, in «*Handwörterbuch der Staatswissenschaften*», Jena 1929.

Röpke W., Art. Staatsinterventionismus, ebenda.

- Die Theorie der Kapitalbildung, Tübingen, 1929.
- Liberale Handelspolitik, in «Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie», Bd. 24, Leipzig 1930.
- Praktische Konjunkturpolitik, in «Weltwirtschaftliches Archiv», Kiel 1931.
- Secondary Depression, in «Economic Essays in the Honour of Gustav Cassel», Geneva 1933.
- Die Nationalökonomie des New-Deal, in «Zeitschrift für Nationalökonomie», Wien 1936.
- Socialism Planning and the Business Cycle, in «The Journal of Political Economy», Chicago 1936.
- Crises and Cycles, London 1936.
- Kapitalismus und Konkurrenzsystem, in «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft», Basel 1936.
- Industrialisation des pays agricoles, problèmes scientifiques, en «Revue économique internationale», Bruxelles 1938.
- International Economic Desintegration, London 1942.
- The Network of World Trade, Geneva 1942.
- Die Lehre von der Wirtschaft, Zürich 1943.
- Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Zürich 1944.
- Civitas humana, Zürich 1945.
- Die internationale Ordnung Zürich 1947.

Roosevelt F. D., On Our Way, New York 1934.

Rosenstein-Rodan N., Art. Grenznutzen, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1929.

- Das Zeitmoment in der mathematischen Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichts, in «Zeitschrift für Nationalökonomie», Bd. 1, Wien 1929.

Ross E. A., Standing Room only, New York 1927.

Rostovzeff M., The Social and Economic History of the Roman Empire, Oxford 1926.

Rueff J., Une erreur économique, l'organisation des transferts, Paris 1928.

- Les idées de Monsieur Keynes sur le problème des transferts, en «Revue d'économie politique», Paris 1929.

S

Salin E., Die deutsche volkswirtschaftliche Theorie im 20. Jahrhundert, in «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft», Basel 1921.

- Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Berlin-Wien 1923.

- Say J. B., *Traité d'économie politique, ou simple exposition de la manière, dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses*, Paris 1803.
- Saitzew M., Eine lange Welle der Arbeitslosigkeit, in «Schriften des Vereins für Sozialpolitik», Bd. 173/I, München 1928.
- Der Interventionismus, «Festgabe für Fleiner», Zürich 1937.
- Schams E., Komparative Statik, in «Zeitschrift für Nationalökonomie», Bd. 2, Wien 1930.
- Schiff E., Kapitalbildung und Kapitalaufzehrung im Konjunkturverlauf, Wien 1933.
- Schiff M., Die ökonomischen Hauptprobleme der Planwirtschaft, Berlin 1932.
- Schmalenbach E., Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in «Zeitschrift für Handelswissenschaftl. Forschung», Leipzig 1928.
- Selbstkostenrechnung und Preispolitik, Leipzig 1936.
- Schmid E., Die Kostengestaltung in der Industrie, St. Gallen 1944.
- Schmidt F., Die Industriekonjunktur ein Rechenfehler?, Leipzig 1927.
- Der Zahlungsverkehr, Bd. 2, Zahlungsverkehr und Wechselkurs, Leipzig 1927.
- Schmoller G., Geschichte der Straßburger Tucher- und Webernzunft, Straßburg 1879.
- Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1919—1921.
- Schneider E., Theorie der Produktion, Berlin-Wien 1932.
- Schüller R., Schutzzoll und Freihandel, Wien 1905.
- Schumpeter J., Das Grundprinzip der Verteilungslehre, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik», Tübingen 1908.
- Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Wien 1910.
- Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik», Bd. 44, Tübingen 1916.
- Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte der Volkswirtschaftslehre, in «Grundriß der Sozialökonomik», Bd. 1, Tübingen 1914.
- Zur Soziologie der Imperialismen, Tübingen 1919.
- Die goldene Bremse an der Kreditmaschine, in «Die Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft», Ed. Harms, Köln 1928.
- Art. Angebot, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
- Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., München-Leipzig 1935.
- Business Cycles, Cambridge (Mass.) 1939.
- Capitalism, Socialism and Democracy, Cambridge (Mass.) 1944.

- Seischab H., Die Funktionen und der Wertumlauf der Banken, Berlin 1938.
- Selfridge G. H., L'apologie du commerce, Paris 1921.
- Seligman E. R. A., The Shifting and Incidence of Taxation, Baltimore 1910.
- Sidgewick H., Principles of Political Economy, London 1887.
- Sievekling H., Wirtschaftsgeschichte, Berlin-Wien 1928.
- Entwicklung, Wesen und Bedeutung des Handels, in «Grundriß der Sozialökonomik», Tübingen 1928.
- Simiaud F., Cours d'économie politique, Paris 1930—1931.
- Smith A., The Theory of Moral Sentiments, London 1759.
- An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations, Ed. Cannan, London 1925.
- Somary E., Bankpolitik, Tübingen 1939.
- Sombart W., Der Burgeois, München 1913.
- Der proletarische Sozialismus, München 1922.
 - Die Ordnung des Wirtschaftslebens, in «Grundriß der Sozialökonomik», Bd. 7, Tübingen 1928.
 - Gewerbepolitik, Leipzig 1928.
 - Der moderne Kapitalismus, Leipzig 1928.
 - Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, Leipzig 1928.
 - Die Juden und das Wirtschaftsleben, München 1928.
 - Die Drei Nationalökonomien, München 1930.
- Spann O., Gesellschaftslehre, Leipzig 1923.
- Das Fundament der Volkswirtschaftslehre, 5. Aufl., Jena 1929.
 - Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, 100. Aufl., Leipzig 1936.
- Spiethoff A., Die Ordnung des Geld- und Kapitalmarktes, in «Schmollers Jahrbuch», München 1909.
- Das Verhältnis von Geld-, Kapital- und Güterwelt, ebenda 1927.
 - Art. Krisen, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
- Stackelberg H. von, Grundlagen einer reinen Kostentheorie, Berlin-Wien 1932.
- Marktform und Gleichgewicht, Berlin-Wien 1934.
- Strigl R. von, Die ökonomischen Kategorien und die Organisation der Wirtschaft, Jena 1923.
- Angewandte Lohntheorie, Jena 1927.
 - Die Produktion unter dem Einfluß einer Kreditexpansion, in «Schriften des Vereins für Sozialpolitik», Bd. 173/I, München 1928.
 - Die Aenderungen in den Daten der Wirtschaft, in «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik», Leipzig 1928.
 - Art. Nachfrage, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
 - Kapital und Produktion, Wien 1934.

Strigl R. von, Lohnfonds und Geldkapital, in «Zeitschrift für Nationalökonomie», Bd. 5, Wien 1934.

- Einführung in die Grundlagen der Nationalökonomie, Wien 1936.
- Der Wicksell'sche Prozeß, in «Weltwirtschaftliches Archiv», Kiel 1942.

T

Taussig F. W., Free Trade, the Tariff, and Reciprocity, New York 1922.

- International Trade, New York 1927.
- Some Aspects of the Tariff Question, Cambridge (Mass.) 1931.

Thünen H. von, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Rostock 1826—63.

Torrens R., The Economist Refuted, London 1909.

Truchy H., Précis d'économie politique, Paris 1941.

V

Viner J., English Theories of Foreign Trade before Adam Smith, in «Journal of Political Economy», V. 38, Chicago 1930.

- Art. Balance of Trade, in «Encyclopedia of Social Sciences», New York 1930.
- Art. Dumping, l. c.
- The Theory of Protection and International Trade, in «Journal of Political Economy», Chicago 1932.
- The Doctrine of Comparative Cost, in «Weltwirtschaftliches Archiv», Bd. 26, Kiel 1932.
- Studies in the Theory of International Trade, New York 1937.
- Trade Relations between Free Market and Controlled Economies, Geneva 1943.

Viti A. de Marco de, La funzione della banca, Torino 1934.

W

Wagner A., Die Geld- und Kredittheorie der Peel'schen Bankakte, in «Schönbergs Handbuch der politischen Oekonomie», Wien 1862.

- Finanzwissenschaft, Heidelberg-Leipzig 1877—1889.

- Wagner A., Grundlegung der politischen Oekonomie, Leipzig 1892—1894.
 — Agrar- und Industriestaat, Berlin 1902. \
- Wagner V., Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937.
- Walras L., *Éléments d'économie politique pure ou théorie de la richesse sociale*, Lausanne 1874—1877.
- Weber A., Ende des Kapitalismus? Leipzig 1929.
 — Depositenbanken und Spekulationsbanken, München 1932.
 — Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1932.
- Weber Al., Reine Theorie des Standorts, Tübingen 1909.
- Weber M., Zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter, Tübingen 1889.
 — Römische Agrargeschichte, Tübingen 1891.
 — Wirtschaft und Gesellschaft, in «Grundriß der Sozialökonomik», Bd. 1, Tübingen 1914.
 — Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1920—1921.
 — Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922.
 — Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1923.
 — Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924.
- Weinberger O., Mathematische Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1930.
- Weiß F. X., Art. Monopol, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
 — Art. Abnehmender Ertrag, ebenda.
- Weyermann, Geschichte des öffentlichen Kredits, in «Handbuch der Finanzwissenschaft», Ed. Gerloff und Meisel, Tübingen 1929.
- Whetley J., Remarks on Currency and Commerce, London 1801.
- Wicksell K., Kapital, Zins und Rente, Jena 1893.
 — Geldzins und Güterpreise, Jena 1898.
 — The Influence of the Rate of Interest on Prices, in «Economic Journal», Chicago 1907.
 — Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips, Jena 1913—1922.
 — Böhm-Bawerks Dritter Grund, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen 1923.
- Wiese L. von, Art. Konkurrenz, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.
- Wieser F. von, Ueber den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Werts, Wien 1884.
 — Der natürliche Wert, Wien 1889.

Wieser F. von, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in «Grundriß der Sozial-
ökonomik», Tübingen 1914.

— Das Gesetz der Macht, Wien 1923.

Y

Yntema T., The Influence of Dumping on Monopoly Price, in «Journal of Political Economy», V. 36, Chicago 1928.

Z

Zawadski W., Les mathématiques appliquées à l'économie politique, Paris 1914.

Zeuthen T., Problems of Monopoly and Economic Welfare, London 1936.

Zwiedineck-Südenhorst O. von, Lohnpolitik und Lohntheorie, Jena 1900.

— Kritisches und Positives zur Preistheorie, in «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik», Tübingen 1909.

— Art. Lohn und Lohnpolitik, in «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Jena 1929.

— Der Begriff des homo oeconomicus und sein Lehrwert, in «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik», Tübingen 1934.

Inhaltsverzeichnis

PROBLEMSTELLUNG	7
I. Die Anwendung der Theorie der komparativen Kosten auf die Wirklichkeit	7
II. Die Methode der Untersuchung	13
III. Die Theorie der komparativen Kosten und das Wirtschaftssystem	15

1. KAPITEL

<i>Die Entwicklung der Theorie der komparativen Kosten durch David Ricardo</i>	17
--	----

I. Freihandel und Wirtschaftsentwicklung	17
II. Adam Smith	19
1. Finanzzölle	21
2. Zölle zur Erhaltung lebenswichtiger Produktionen	21
3. Erhaltungszölle	21
III. Das Werk David Ricardos	22
1. Die historische Grundlage	22
2. Die Ricardianische Theorie als Verteilungstheorie	23
3. Die Bewegungsgesetze des Einkommens	25
4. Das Methodenproblem bei Ricardo	26
5. Formulierung der Theorie der komparativen Kosten	28
6. Die logische Grundlage der Theorie der komparativen Kosten	32
7. Die geometrische Darstellung der Theorie der komparativen Kosten	32
8. Die soziologische Bedeutung der Theorie der komparativen Kosten	32
9. Zusammenfassung	35

2. KAPITEL

Die Kaufkraftparitätentheorie 37

I. Die Formulierung der Theorie	37
1. Die Gleichheit der Waren	37
2. Importwaren und Exportwaren	38
3. Die Mehrheit der Länder	39
4. Wirksamkeit der Kaufkraftparitäten	40
II. Das innere Preisniveau	41
1. Die Kostengestaltung der Exportindustrie	41
2. Der Kartellpreis	43
3. Das inländische Lohnniveau	45
4. Die Elastizität der Nachfrage	45

3. KAPITEL

Die Theorie der internationalen Werte 49

1. Die Unbestimmtheit der Ricardianischen Lösung	49
2. Die moderne Darstellung	49
3. Die Theorie der internationalen Werte als Sonderfall des Gesetzes der Grenzpaare	51
4. Das Gesetz der Grenzpaare beim freien Marktverkehr	53
5. Die Aenderungen des Realkapitalbedarfs	56
6. Zusammenfassung	62

4. KAPITEL

Die Theorie der komparativen Kosten im Rahmen des allgemeinen Preisgleichgewichts 63

I. Die Gleichgewichtsidee in der Volkswirtschaft	63
1. Das Gleichgewicht in der Industrie	63
2. Das Gleichgewicht der Unternehmung	65
II. Die Rolle der Transportkosten im internationalen Handel	66
1. Das Transportkostenminimum	66
2. Transportkosten und Transportpolitik	67
3. Der industrielle Standort	67
4. Die Verteilung der Produktionsfaktoren	67
III. Außenhandel und Wertlehre	70
1. Das Substitutionsprinzip	71
2. Der internationale Preisausgleich	73

IV. Die Bedeutung des Ricardianischen Vergesellschaftungsgesetzes für die Staatenbildung	74
V. Die Theorie der komparativen Kosten als Grundgesetz des Tauschverkehrs , ,	75
VI. Zusammenfassung	76

5. KAPITEL

<i>Außenhandel und Währung</i>	77
I. Naturalwirtschaftliche und geldwirtschaftliche Betrachtung	77
1. Der Wert des Geldes	77
2. Die Zahlungsbilanztheorie	79
3. Zahlungsbilanztheorie und Quantitätstheorie	80
4. Das Currency-Prinzip	81
5. Der Ricardianische Prozeß	82
II. Die Quantitätstheorie bei Ricardo	91
1. Die Diskontpolitik der Bank von England	92
2. Die Diskontpolitik bei Doppelwährung	93
3. Der Mechanismus der Goldwährung	96
4. Die Diskontpolitik der Gegenwart	99
5. Die Zielsetzung der Notenbankpolitik	101
6. Konjunkturpolitik der Notenbanken	103
7. Die Grenzen der Politik des billigen Geldes	106
III. Die Devisenbewirtschaftung	109
1. Das Aufkommen der Devisenbewirtschaftung	109
2. Theorie der Devisenbewirtschaftung	111
IV. Das Transferproblem	116
1. Theorie des Kapitalexportes	116
2. Rückwirkungen der Exportkrise auf das inländische Preisniveau	118
V. Zusammenfassung	122

6. KAPITEL

<i>Die Grenzen der Theorie der komparativen Kosten</i>	129
I. Die allgemeine Theorie des Schutzzolles	129
1. Der Schutzzoll als Problem der allgemeinen Preistheorie	129
2. Theorie des Industriezolls	132
II. Die Gefahren des Industriestaates	135
1. Die Diskussion um die Industrialisierung	135
2. Theorie des Agrarzolls	137
3. Erhaltungszölle	140

III. Die Theorie der produktiven Kräfte	142
1. Die Entstehung der Theorie der produktiven Kräfte	142
2. List's Stufentheorie	143
3. Der Freihandel auf der fünften Stufe	146
IV. Der vollkommene Zollschatz	147
1. Der Gedankengang der Neoromantik	147
2. Autarkie	148
V. Außenhandel und Großraumwirtschaft	149
1. Die Entstehung der Theorie	149
2. Theorie der Präferenzen	150

7. KAPITEL

Der Außenhandel im Zeitalter des Interventionismus

I. Der Eingriff	155
1. Volksvermögen und Volkseinkommen	155
2. Das ökonomische Maximumtheorem	156
II. Interventionismus und Arbeitsteilung	162
1. Arbeitsteilung und Kapitalismus	162
2. Die Arbeitsteilung in einer sozialistischen Wirtschaft	166
III. Zölle und Konjunktur	169
1. Schutzzoll und Arbeitslosigkeit	169
2. Die Theorie der Vollbeschäftigung	174
3. Exportprämien	175
IV. Die sekundäre Depression	177
V. Die Friktionen	179
VI. Die Kontingente	183
VII. Währung und Außenhandel der Schweiz	189

SCHLUSSFOLGERUNGEN

I. Schutzzoll und Wirtschaftswissenschaft	195
II. Zollwirkungen	200
III. Zoll und Fiskus	201
IV. Staat und Wirtschaft	202

LITERATURVERZEICHNIS

